

881

ZEITSCHRIFT
DER SAVIGNY-STIFTUNG
FÜR
RECHTSGESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN

VON

P. v. ROTH, E. I. BEKKER, H. BÖHLAU,
A. PERNICE, R. SCHRÖDER.

7
SIEBENTER BAND

XX. BAND DER ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSGESCHICHTE

GERMANISTISCHE ABTHEILUNG

WEIMAR
HERMANN BÖHLAU
1887.



998031

K

S2673

Z45

Bd.7

Unveränderter Nachdruck

veranstaltet vom

**ZENTRAL-ANTIQUARIAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
LEIPZIG**

Ag 05/1096/64 DDR III/18/6

Inhalt des VII. Bandes.

Germanistische Abtheilung.

	Seite
Schröder, Richard, Der ostfälische Schultheiss und der holsteinische Overbode	1
— „ —, Zur Kunde der deutschen Volksrechte	17
Gaudenzi, A., Die Entstehungszeit des Edictum Theoderici . . .	29
Schröder, Richard, Gairethinx	53
Stobbe, O., Zur Erinnerung an Rudolf Wagner	60
Mohat, G., Zur Würdigung Leibnizens	71
Distel, Th., Beiträge zur älteren Verfassungsgeschichte des Schöppenstuhls zu Leipzig	89
	Druckfehler-Berichtigung 138
von Salis, L. R., Beitrag zur Geschichte der väterlichen Gewalt nach altfranzösischem Recht	137

Miscellen:

Mann, Mecklenburgische Rentenbriefe aus dem 14. und 15. Jahrhundert mit der Order ^{tr} bruseel	116
Schröder, Richard, Horcher und Warner	118
Heusler, A., Der Bauer als Fürstengenoss	235
Ein neuentdecktes westgothisches Gesetz	236

Litteratur:

Bonvalot, Le tiers état d'après la charte de Beaumont et ses filiales	119
Dargun, Mutterrecht und Raubehe	121
Beide besprochen von R. Schröder.	
Savigny und sein Kritiker (P. Heinrich Denifle)	124
Von Dr. Georg Kaufmann in Strassburg.	
Fournier, Essai sur les formes et les effets de l'affranchissement dans le droit gallo-franc	134
Besprochen von Dr. C. Köhne in Berlin.	
Grandmaison, Fragments de chartes du X. siècle provenant de Saint-Julien de Tours	234
Besprochen von Professor Dr. König in Bern.	
Lehmann, K., Verzeichniss der Litteratur der nordgermanischen Rechtsgeschichte	205
Hugo Böhlau †	239



I

Der ostfälische Schultheiss und der holsteinische Overbode.

Von

Richard Schröder.

Nach dem Sachsenspiegel umfasste der amtliche Wirkungskreis der Schultheissen 1. den Mitvorsitz im Landgericht, 2. die Mitwirkung bei der Urteilsfindung und bei dem Gerichtszugniss, 3. den stellvertretenden Vorsitz bei Klagen gegen den Richter, 4. eine gewisse eigene Gerichtsbarkeit. Aber die letztere hatte sich erst neuerdings entwickelt und war noch zu keinem festen Abschluss gelangt¹⁾, die Untersuchung über den ursprünglichen Charakter des Schultheissenamtes muss

¹⁾ Vgl. meine Schrift „Die Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels“ (Festgabe für Georg Beseler, überreicht von der rechts- und staatsw. Fakultät zu Strassburg, Weimar 1885; abgedruckt in dieser Zeitschrift germ. Abt. V, 1—68). Hiernach hat es keine eigenen Schultheissengerichte gegeben, sondern der Schultheiss wohnte regelmässig den Gogerichten bei, um in den der Zuständigkeit des Gografen entzogenen Strafsachen, später auch bei Auffassungen, den Vorsitz zu übernehmen. Die Urkunden (a. a. O. 59—61) zeigen, dass es sich dabei zunächst nicht um die Ausübung einer dem Schultheissen als solchem zustehenden Gerichtsbarkeit, sondern um eine blosser Delegation seitens des Grafen handelte, dem dabei das letzte Urteil und das Recht der Bestätigung verblieb; die richterliche Tätigkeit des Schultheissen war also mehr eine verwaltende, als eine rechtsprechende. Vgl. Eichhorn, St. und RG. 5. Aufl. II, 358 Anm. h (dagegen Homeyer, System des Lehnrechts der sächs. Rechtsbücher 545). Aehnlich war das Verhältniss der märkischen Landgerichte gegenüber dem sogenannten dritten Urteil des Markgrafen. Die Erkenntnisse der Kriegsgerichte bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit noch heute der kriegsherrlichen Bestätigung (preuss. Militär-Strafgerichtsordnung v. 1845, § 150).

daher von der Stellung des Schultheissen als Unterrichter völlig absehen ¹⁾ und ausschliesslich seine sonstigen Funktionen ins Auge fassen.

Den Mitvorsitz des Schultheissen im Landgericht, d. h. im echten Ding, zeigen die Bilder zum Sachsenspiegel: der Schultheiss sitzt zur Linken des Richters, beiden gegenüber die Schöffen und der Fronbote ²⁾. Die Urkunden ergeben, dass der Richter ihm nicht selten die Leitung der Verhandlungen überliess und sich selbst nur, soweit dies erforderlich war, die Bestätigung mit dem Königsbanne vorbehielt ³⁾. Die Assistenz des Schultheissen gehörte ebenso wie die Anwesenheit des Fronboten und der Schöffen zur ordnungsmässigen Besetzung des Landgerichts ⁴⁾. Die Urkunden heben diese Assistenz oft ausdrücklich hervor ⁵⁾, häufig wird der Schult-

¹⁾ Dem fränkischen Centenar oder Vicar als Unterrichter entsprach nicht der Schultheiss, sondern der gekorene Gograf des Sachsenspiegels. Seit der zweiten Hälfte des 13. Jh. hat sich eine zwiespältige Entwicklung vollzogen: teils ist der Schultheiss als ordentlicher höherer Richter der Cent (des Goes) zum Obergografen geworden (vgl. Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels 61f.), unter dem der frühere Gograf fortbesteht; teils hat der höhere Beamte den niederen verdrängt oder dieser die höhere Gerichtsbarkeit des ersteren zu seiner bisherigen hinzuerworben, so dass die gesamte Centgerichtsbarkeit über die niederen Freien, mit Einschluss des Blutbannes und bald auch der Gerichtsbarkeit über Immobilien, in einer Hand liegt. So erklärt sich der „belehnte Gograf“ der Zusätze zum Sachsenspiegel. Vgl. Glosse zu Ssp. II, 22 § 1: „War des belenden richteres ding is, eder des buremeisters, eder des gogreven, dar is de scultet selden“. — ²⁾ Vgl. Batt und Babo, Teutsche Denkmäler, Tafel 24 Nr. 1, 26 Nr. 5. Kopp, Bilder und Schriften der Vorzeit I, 122. Gaupp, Recht und Verfassung der alten Sachsen 24. — ³⁾ Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels 7. 27. v. Heinemann, Cod. dipl. Anh. II, 166 Nr. 220 (1256), auch bei Loersch und Schröder, Urkunden z. Gesch. d. deutsch. Privatrechts, 2. Aufl. Nr. 133. — ⁴⁾ Ssp. I, 59 § 2: „It ne mach nen richtere echt ding heben äne sinen scultheiten, vor deme he sik to rechte heden sal“. III, 61 § 1: „to rechter dingstat, dar de scultheite unde die scepenen unde die vrone bode si“. Vgl. III, 52 § 3 (s. S. 4 Anm. 5). Sächs. Lehn. 71 § 2 (s. S. 6 Anm. 5). — ⁵⁾ Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels 10f. 12 Anm. 1. 21. 28. Schmidt, Urk. B. des Hochst. Halberstadt I Nr. 489 (1215), II Nr. 825 (1250): „presentibus comite Friderico de Kirberg, schulteto provinciali, et schabinis“, und in der Zeugenreihe: „comes F. de Kirberg, de cuius beneplacito et assensu prescripta donatio debebat fieri et est facta“ (Richter war Bischof

heiss aber zu den Schöffen gezählt und dann in der Regel an erster Stelle unter diesen genannt¹⁾. War ausnahmsweise die Zuziehung des Schultheissen nicht möglich, so bedurfte es eines besonderen Gerichtsurteils darüber, ob von diesem Mangel im einzelnen Falle abgesehen werden könne²⁾. Daher muss auch ein besonderes Gerichtsurteil erforderlich gewesen sein, wenn der Schultheiss den abwesenden Richter als Substitut vertreten sollte³⁾.

Die regelmässigen Aufgaben des Schultheissen, welche seine Anwesenheit im Landgericht notwendig machten, beruhten auf seiner Stellung als erster Urteiler und als vornehmste Urkundsperson des Gerichts. Dass der Schultheiss, wenn er nicht gerade mit der Leitung der Verhandlungen betraut war, an der Urteilsfindung der Schöffen teilnahm, kann nach der Art, wie die Urkunden ihn neben und unter den Schöffen aufzuführen pflegen, keinem Zweifel unterliegen⁴⁾. Er war aber vor allem der erste Urteiler, vor dem der Richter sich zu Recht erbieten und an den er die bekannten Eröffnungsfragen

Meinhard von Halberstadt, die Verhandlung fand im *placitum provinciale apud altam arborem*, bei Seehausen, statt). Märk. Forschungen VIII, 92 (1238). Geschichtsblätter f. Stadt und Land Magdeburg IX, 407 (1258).

¹⁾ Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels 8. 10. 12. 13. 17 f. 25 f. — ²⁾ Vgl. die a. a. O. 29 f. mitgeteilte höchst interessante Urkunde des Landgrafen Hermann über eine Verhandlung des Landgerichts zu Obhausen v. J. 1205 (s. unten S. 9 Anm. 1). Von den daselbst S. 29 Anm. 2 angegebenen Lesarten „longiteris“ und „lougitetis“ ist der letzteren der Vorzug zu geben, da im Mittelalter statt „logotheta“ auch „logitheta“ in Gebrauch war. Ich verdanke diese Bemerkung Herrn Professor Scheffer-Boichorst. — ³⁾ Dass dies häufig geschah, ergibt sich aus dem Sprachgebrauche, welcher den Begriff „Stellvertreter“ (*vicarius*) durch „Schultheiss“ wiederzugeben erlaubte. Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsensp. 48 Anm. 6. Wenn es sich um Sachen handelte die nicht notwendig unter Königsbann gerichtet werden mussten, z. B. um gescholtene Gogerichtsurteile, oder um Akte bei denen es nur auf die Gewinnung eines Gerichtszeugnisses ankam, so unterlag die Substituierung des Schultheissen keinen weiteren Bedenken. In andern Fällen bedurfte es der Einsetzung eines mit dem Königsbann beliebigen Stellvertreters, dem der Schultheiss, wie sonst dem ordentlichen Richter, assistierte. Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsensp. 13 Anm. Siehe auch *Cod. dipl. Anh. I* Nr. 710 (1196). — ⁴⁾ Vgl. *Urk. v. 1200* (Gerichtsverf. d. Sachsensp. 30): *qui scultetus simul et scabinus*.

stellen musste: „Dar umme sal he den scultheiten des irsten ordeles vragen, of it ding tiet si, unde dar na, of he verbeden mute dingslete unde unlust“ (Ssp. I, 59 § 2).

Die zweite Aufgabe des Schultheissen bestand in seiner Stellung zum Gerichtszeugniss. Mit dem Schultheissen oder Fronboten und mit den Schöffen konnte volles Gerichtszeugniss erbracht werden, das der Richter als solches verkündigen musste, auch wenn die bezeugte Tatsache ihm selber unbekannt war, das aber seine Geltung auch behielt, wenn der Richter seinerseits die amtliche Bezeugung verweigerte¹⁾. In derselben Weise konnte das Zeugniss des Richters durch das des Schultheissen oder Fronboten ergänzt werden, wenn es sich um eine Beschwerde über den Richter wegen Verletzung seiner Amtspflichten handelte²⁾.

Es fragt sich, vor welcher Instanz derartige Beschwerden anzubringen waren. Dass dies beim königlichen Hofgericht geschehen konnte, steht fest³⁾, zumal da dasselbe gleichzeitig das ordentliche Berufungsgericht für die am Landgericht gescholtenen Urteile bildete⁴⁾. Allein die regelmässige Beschwerdeinstanz gegenüber dem Richter war der Schultheiss, dem bei Klagen gegen den Richter der stellvertretende Vorsitz kraft seines Amtes zustand. Allerdings könnte der dies besagende Ausspruch des Sachsenspiegels⁵⁾ wegen der darin

¹⁾ Ssp. II, 22 § 2, III, 18 § 1. Die Bilder zum Sachsenspiegel zeigen den Schultheissen als Urkundsperson bei gerichtlichen Handlungen, indem er sich das Urkundsgeld aushändigen lässt. Vgl. Batt und Babo, a. a. O. Tafel 31 Nr. 1. 2. — ²⁾ Ssp. II, 22 § 1. — ³⁾ Vgl. Ssp. I, 34 § 3, II, 25 § 2. — ⁴⁾ Gerichtsverfassung des Sachsensp. 50 habe ich die Vermutung ausgesprochen, dass die Fürsten über die von ihnen mit der Grafschaft belehnten Untergrafen ausser ihrer Lehnsherrlichkeit auch gerichtsherrliche Rechte besessen hätten und dass insbesondere Berufungen von den gräflichen Landgerichten an das fürstliche Gericht zulässig gewesen seien. Allein einen derartigen Instanzenzug innerhalb Landes gab es nur für die märkischen Landgerichte (auch für die rechtseibischen Besitzungen des Erzstifts Magdeburg, vgl. Gerichtsverfassung 51 Anm. das Citat aus dem Landrecht von Burg), während die sächsischen Landgerichte, mit Einschluss der von den Markgrafen lehnrrührigen Grafengerichte, ihren Instanzenzug unmittelbar an das Reich hatten. Vgl. Richtst. Landr. c. 50. Ssp. II, 12 § 6. — ⁵⁾ Ssp. III, 52 § 3: An die vierden hant ne mach nen len komen, dat gerichte si over hals unde over hant, wen scultheidum allene in der grafscap,

gezogenen Parallele mit der Stellung des Pfalzgrafen gegenüber dem Kaiser und des Burggrafen gegenüber dem Markgrafen als eine der doktrinären Ausführungen erscheinen, zu denen Eike eine gewisse Neigung hatte ¹⁾, allein die nüchterne und bestimmte Art, wie der Verfasser dieselbe Frage in dem *Auctor vetus* behandelt ²⁾, lässt keinem Zweifel Raum. Freilich blieben, wenn der Richter ein Reichsfürst war, die dem königlichen Hofgericht vorbehaltenen *causae maiores* von der Kompetenz des Schultheissen und des Landgerichts ausgeschlossen ³⁾, im übrigen aber stand dem Richten des Schultheissen weder seine Lehnspflicht gegen den Richter ⁴⁾, noch der Mangel des Königsbannes im Wege ⁵⁾, auch darf man vermuten, dass die der Eröffnung des Gerichts vorangehende Erklärung, durch welche sich der Richter vor dem Schultheissen zum Recht erbot ⁶⁾, die Bedeutung einer ausdrücklichen Unterwerfung des Richters unter die Gerichtsbarkeit des Schultheissen hatte.

Der Mitvorsitz des Schultheissen im Grafengericht und sein stellvertretender Vorsitz bei Klagen gegen den Grafen selbst waren nicht blosse Eigentümlichkeiten des sächsischen Landrechts, sie wurden auch in den Städten Magdeburger Rechts beibehalten, obwol diese sich sonst durchaus an die auf fränkischer Grundlage erwachsene Gerichtsverfassung der übrigen deutschen Städte anschlossen und demgemäss den Schultheissen als Unterrichter an die Stelle des Gografen, d. h.

durch dat nen richtere ne mach echt ding hebben ane scultheiten; wenne klaget man over den richtere, he sal antwerden vor deme scultheiten, wen die scultheite is richter siner scult; als is die palenzgreve over den keiser, unde die burchgreve over den margreven.

¹⁾ Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsensp. 56. — ²⁾ *Auctor vetus* II § 67: *Iudicandi beneficium non descendit in quartam manum, nisi sola praefectura, quae super iudices habet iura.* § 68: *Dum iudex incusatur ab aliquibus, iudex super iudicem erit praefectus.* Ebenso Görlitzer Lehn. 27: *Daz len an deme gerichte daz ne nidirt sich nicht an die vierdin hant, nicht wan daz schultheizen ambacht, daz hat recht unde gerichte ubir die richtere; ob dehein man ein richtere ichtis sculdigit, so sol der schultheize richtere sin obir den richtere.* — ³⁾ Vgl. Franklin, Reichshofgericht II, 97 ff. — ⁴⁾ Vgl. Homeyer, Syst. d. Lehn. 373. — ⁵⁾ Vgl. Ssp. I, 59 § 1. Siehe S. 7. — ⁶⁾ Ssp. I, 59 § 2 (s. S. 2 Anm. 4).

des Centenars, treten liessen¹⁾. Dass der Burggraf oder Vogt das echte Ding nicht ohne den Schultheissen abhalten dürfe, wird wiederholt ausgesprochen²⁾, besonders wertvoll aber, weil die Angaben des Sachsenspiegels bestätigend und erläuternd, sind die Bestimmungen über die Unterwerfung des obersten Stadtrichters (Burggraf, Vogt) unter die Gerichtsbarkeit des Schultheissen. So heisst es in dem Rechtsbuche von der Gerichtsverfassung c. 4 § 1: „Gleicherweis als der pfallenzgrefe obir den kunig richtet, zu derselben weis sal der burggrefe richter sein obir den marggrefen in seiner schult und der schultheise obir den burggrefen“³⁾, und noch ausführlicher ebenda c. 13: „Nu horet von dem foite, ob her nicht rechte en richtet, wenne man im claget ---, oder ob her selbe ein ungerichte tut ---, wirt her beclaget zu sin selbes dinge, da sal der schultheize sin richtere sin, unde da twinget man in mit urteilen zu, daz her vor im antworten muz, als ich euch sagen will. Her bitet den foit mit urteilen ufsten, wand her uber in zu clagene habe, unde bitet mit urteile, daz her einen anderen richter an sine stat setze, der im richte. Daz sal her tun, unde setzen dar den schultheizen. Der sal im richten zu glicher wis uber den foit, alse der foit uber den schultheizen solde. Darumme ne mac der foit nicht echt ding gehaben âne den schultheizen, wand her sich zu rechte bieten sal vor dem schultheizen, ob man uber in claget. Weigert her des mit unrechte jar unde tac, so ist dem landisherrn das gerichte ledic, daz er von ihm hatte, unde dem kunige der ban, ap em gevolget wirt mit rechten urteilen“⁴⁾.

Der Schultheiss wurde vom Grafen mit dem Schultheisstum belehnt⁵⁾, sein Lehen galt als ein Gerichtslehen vierter

¹⁾ Vgl. Gerichtsverfassung des Sachsenspiegels 58. Das Gewette des Schultheissen blieb das landrechtliche von 8 β. Magdeburger Fragen I c. 1, Dist. 18; c. 2, Dist. 18. Halle-Neumarkter Recht § 7; Magd.-Bresl. Recht v. 1261 § 10. Rechtsb. v. d. Gerichtsverfassung 5 § 3 (Sächs. Weichb. 10). Magd.-Bresl. system. Schöffenrecht (her. v. Laband) II, 2 c. 9. Vgl. S. 7 Anm. 4. — ²⁾ Magd.-Bresl. Recht v. 1261 § 7, Rechtsb. v. d. Gerichtsverfassung 5 § 4 (Sächs. Weichb. 10. 16), 12 § 2 (ebd. 17), Magd.-Bresl. system. Schöffenrecht II, 2 c. 2, Magd. Fragen I, 2 Dist. 17. — ³⁾ Sächs. Weichb. 9. Laband, Magd. Rechtsqu. 55. — ⁴⁾ Sächs. Weichb. 18. Laband, a. a. O. 64. Ebenso Magd.-Bresl. system. Schöffenrecht II, 2 c. 6. — ⁵⁾ Sächs. Lehn. 71 § 2: Svie gerichte to lene hevet

Hand, und zwar als das einzig zulässige dieser Art¹⁾. Der Schultheiss war demnach nicht Unterbeamter wie der Fronbote und der Gograf²⁾, sondern mittelbarer königlicher Beamter³⁾, der zwar nicht den Königsbann empfing⁴⁾, den König aber in seinen Amtseid einschliessen musste⁵⁾. Als Inhaber eines Gerichtslehens wie als Urteiler im Landgericht musste der Schultheiss mindestens schöffensbarfreien Standes sein⁶⁾. Damit stimmen die urkundlichen Nachrichten überein, die nur adeliche Schultheissen, nicht selten sogar aus dem Stande der freien Herren, erwähnen⁷⁾. Auch darüber lassen die Urkunden keinen Zweifel, dass mindestens im dreizehnten Jahrhundert jede Grafschaft nur éinen Schultheissen hatte⁸⁾, während nach

von' me koninge nederwart, dat ne mach nicht komen in die vierden hant, áne scultheitdum al ene, durch dat nen greve dingen ne mach áne belenden scultheite. Vgl. S. 6 Anm. 2. Dass der Graf das Schultheissenamt nicht erledigt lassen durfte, ergab sich aus der Unentbehrlichkeit desselben für das echte Ding. Vgl. Homeyer, System des Lehnrechts 539. 545.

¹⁾ Auct. vet. II § 67 (S. 5 Anm. 2). Görl. Lehn. 27 (S. 5 Anm. 2). Ssp. III, 52 § 3 (S. 4 Anm. 5). Vgl. Gerichtsverf. d. Sachsp. 66. — ²⁾ Ueber die Ernennung des Gografen vgl. Gerichtsverf. d. Sachs. 63. Der Fronbote wurde von dem Richter und den Schöffen aus der Reihe der Pflieghaften gewählt (Ssp. III, 45 § 5, 56 § 1). — ³⁾ Dies wurde auch im Stadtrecht festgehalten. Rechtsb. v. d. Gerichtsverfassung c. 6 § 3 (Sächs. Weichb. 11. Laband, Magd. Rechtq. 57): „der schultheise hat den ban von dem grefen und das schultheisetum von dem landes herren“. Sehr beachtenswert ist die Uebereinstimmung mit § 11 des ersten Strassburger Stadtrechts. Vgl. Heusler, Urspr. d. Stadtverf. 84f. Waitz, Verf. Gesch. VIII, 77. — ⁴⁾ Das Gewette des Schultheissen betrug acht Schillinge (Ssp. III, 64 § 8). Vgl. S. 6 Anm. 1. — ⁵⁾ Ssp. III, 54 § 1: „Len an gerichte ne mut neman hebben, he ne si scepenbare vri, unde dat he deme koninge hulde du na vries mannes rechte, unde bi den hulden sik verplege, svenne man getúges an in tüt“. Insoweit galt übrigens auch der Fronbote als königlicher Beamter, auch er musste „deme koninge hulde dun na vries mannes rechte“ (III, 56 § 1). — ⁶⁾ Vgl. Ssp. II, 12 § 2. III, 54 § 1. — ⁷⁾ Vgl. Gerichtsverf. d. Sachsensp. 7f. 10f. 13. 17f. 20. 26f. 30. 59. 61f. Aus dem Herrenstande begegnen 1174 in Aschersleben „Fridericus Hakeburne, eiusdem iudicii prefectus“ (a. a. O. 26), 1247 und 1250 in Seehausen Graf Friedrich von Kirchberg (ebd. 21 und oben S. 2 Anm. 5), 1280 in Aschersleben Walter von Arnstein (a. a. O. 28). — ⁸⁾ Burchard von Glinde war „scultetus comecie“ der Grafschaft Mühligen (a. a. O. 11), Graf Friedrich von Kirchberg „schul-tetus provincialis“ der Grafschaft Seehausen (oben S. 2 Anm. 5), dem

der ältesten Urkunde, welche sächsische Schultheissen erwähnt, einem Privileg Heinrichs IV von 1069 für das Hochstift Hildesheim¹⁾, ursprünglich mehrere Schultheissstümer zu einer Grafschaft gehört zu haben scheinen²⁾.

Der Graf hatte bei der Wahl der Person, welcher er das Schultheissenamt verleihen wollte, nicht freie Hand. Nur einen Landesangehörigen liessen die Gerichtseinsassen sich gefallen, der Schultheiss musste einem der edeln oder schöffbaren Geschlechter der Grafschaft entstammt sein, also der einheimischen Aristokratie angehören: „It ne mach

Schultheissen Ludolf von Harsleben begegnen wir an verschiedenen Dingstätten der Harzgraftchaft (a. a. O. 8). Auch der Sachsenspiegel enthält nichts, was auf eine Mehrheit der Schultheissen zu deuten wäre, und die Glosse zu Ssp. III, 52 § 3 (bei Homeyer) bezieht das „scultambacht“ auf die ganze Grafschaft. Vgl. Homeyer, Syst. d. Lehn. 536. Stobbe i. d. Zeitschr. f. deutsch. Recht XV, 98. 111. Anderer Meinung Gaupp, Recht und Verfassung der alt. Sachsen 24. Sohm, Fränk. Reichs- und Gerichtsverfassung 433. Fronboten konnte es nach Bedürfniss mehrere geben, vgl. Meissner Rechtsbuch (Rechtsb. nach Distinctionen) III, c. 1 dist. 3: „Zu deme gerichte sin froneboten in lantrechte, in wichbilde botele, einer zwene adder dri“. Den Fronboten Heidenrich finden wir an zwei Dingstätten der Grafschaft Mühlingen tätig (Gerichtsverf. d. Ssp. 10ff.). In dem magdeburgischen sogenannten Ducatus Transalbinus wird 1196 ein „bedellus provincie“ erwähnt (Cod. dipl. Anh. I Nr. 710). Dass die Schöffen an jedem Gericht ihrer Grafschaft fungieren konnten, ist bekannt. Vgl. Gerichtsverf. des Sachsenp. 46. Wo übrigens die Entwicklung dahin führte, dass der Schultheiss zum Obergografen, d. h. zum ständigen Centrichter, wurde, hatte dies wol auch eine Reduktion seines Sprengels zur Folge, er wurde aus dem Grafschafts- zu einem Gentschultheissen. Vgl. Gerichtsverf. des Sachsenp. 62.

¹⁾ Lüntzel, Die ältere Diöcese Hildesheim 367f. Eine des „scultetus“ gedenkende Osabrücker Urkunde von 803 ist eine dem Bischof Benno II. zugeschriebene Fälschung aus der 2. Hälfte des 11. Jh. (vgl. Sickel, Regesten der ersten Karolinger 427ff.), aber selbst für die Zeit der Fälschung nicht zu verwerten, da sie den „scultetus“ offenbar italienischen Mustern entlehnt hat. — ²⁾ Der König schenkt dem Bischof die Grafschaft des Iso „in pagis Valon et Hardegan situm“, und zwar „cum sculdaciis, quas Saxones sculdidum vocant, que sunt in comitatu Gebehardi comitis“. Von der bisherigen Grafschaft des Gebehard wurden also gewisse Schultheissendistrikte (wahrscheinlich in denselben Gauen Astfalon und Hardega gelegen) abgezweigt und mit der Grafschaft des Iso verbunden. Vgl. Waitz, Verfassungsgesch. VII, 37 Anm. 1.

neman scultheite sin, he ne si vri, unde geboren von deme lande, dar' t gerichte binnen leget“¹⁾). Man könnte fast versucht sein, dabei an ein nationales Zugeständniss zu denken, das der siegreiche Frankenkönig den unterworfenen Sachsen zum Schutze gegen etwaige Willkürlichkeiten landfremder, namentlich fränkischer Grafen gewährt hätte. Allein dieser Annahme steht die auffallende Tatsache entgegen, dass der Schultheiss in dem Sinne des Sachsenspiegels nur in den ostfälischen Grafschaften längs der Elbe und Saale vorkommt, während Westfalen und Engern zwar den Fronboten und den Gografen, aber nicht den Schultheissen kennen²⁾. Der westfälische Schultheiss ist der Dorfschulze (villicus), er entspricht, gleich dem Schulzen des nordöstlichen Deutschlands, dem Bauermeister, aber nicht dem Schultheissen des Sachsenspiegels.

Dagegen glauben wir den letzteren in dem holsteinischen Overboden wiederzufinden, während der „schul-tetus“ der holsteinischen Urkunden Vorstand des Kirchspiels und Kirchspielgerichts, d. h. Centenar, war und sich von dem sächsischen Gografen nur dadurch unterschied, dass er nicht wie dieser mit dem gemeinen Landvolk, sondern mit Schöffen dinge³⁾.

1) Ssp. III, 61 § 2. Vgl. Magd.-Bresl. Recht von 1261 § 10. Magd.-Bresl. system. Schöffengericht II, 2 c. 11. Das Görlitzer Landrecht 37 § 5, das für das Wesen des Schultheissenamtes kein Verständniss hat, polemisiert gegen die Bestimmung des Sachsenspiegels. Wie sehr man darauf hielt, dass der Schultheiss die gesetzlich erforderlichen Eigenschaften besass, zeigt die S. 3 Anm. 2 angeführte Verhandlung des Landgerichts zu Obhausen: „Ubi, dum super persona schulteti, qui tunc quidem aderat, sed a comprovincialibus non legitimus iudicabatur, questio habetur, quesitum et per sententiam responsum est, non id bonorum illorum confirmacionem posse aliquatenus infirmare“. — 2) In Westfalen wurden die Hegungsfragen regelmässig an den Fronboten gerichtet. Vgl. Seibert z, Landes- und Rechtsgeschichte d. Herz. Westf. III, 658. Stüve, Untersuch. über die Gogerichte 7. 49. Wigand, Femgericht 365. Homeyer, Richtst. Landr. 435. Ebenso Dsp. 82. Schwsp. Lassb. 93. Der Richtsteig, dem der Schultheiss im Sinne des Sachsenspiegels unbekannt war, nennt statt desselben den Unterrichter (Richtst. Landr. 1 § 2). — 3) Ueber die holsteinischen Kirchspielgerichte vgl. Gerichtsverf. d. Sachsenp. 57. In einer Urkunde von 1342 (Urk.-Samml. der schlesw.-holst.-lauenb. Gesellschaft II S. 109) entbietet Graf Heinrich von Holstein

Von den drei Landschaften der nordelbischen Sachsen¹⁾ kommen, da Ditmarschen eine durchaus eigenartige Entwicklung gehabt hat, für unsere Untersuchung nur Holstein und Stormarn in Betracht, die, soweit die Kunde reicht, beständig unter einem Grafen vereinigt waren²⁾. Jeder dieser Untergaue hatte seinen eigenen „praefectus“ oder „Overboden“³⁾. Das Amt muss wie das des ostfälischen Schultheissen lehnbar gewesen sein, da wir es regelmässig erblich in bestimmten Familien finden⁴⁾. Der deutsche Amtstitel findet sich schon in der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts⁵⁾, während die lateinische Bezeichnung „praefectus“ auf die Verwandtschaft mit dem ostfälischen Schultheissen hinweist⁶⁾. Zuweilen be-

zum Kriege: „vobis sculteto in Wevesvlethe et schabinis firmiter demandamus, ut omnes inhabitantes parochie vestre cum septem schabinis — — secundum iuris consuetudinem requiri faciatis“, derselbe Befehl ergeht an den „schultetus in Wilstria“ und die dortigen Schöffen, ein anderer an den „scultetus in Beivenvleth et scabinis ibidem“ (a. a. O. II S. 433), während der gräfliche Vasall Joh. Krummendich Befehl erhält, seine Kirchspiele Brokdorf und Vlethe aufzubieten.

¹⁾ Helmold, *Chronica Slavorum* (Mon. Germ. Script. XXI) I c. 47: Tres sunt Nordalbingorum populi, Sturmarii, Holzati, Thetmarzi, nec habitu nec lingua multum discrepantes, tenentes Saxonum iura et cristianum nomen. — ²⁾ Vgl. Waitz, *Schlesw.-Holst. Geschichte I*, 42f. 48. Die Grafschaft stand dem billungischen Hause zu, von dem sie später auf Lothar und Heinrich den Löwen übergieng, wurde aber stets durch belehnte Untergrafen verwaltet. — ³⁾ Vgl. die Zusammenstellung bei Leverkus, *Urk.B. d. Bist. Lübeck I* S. 870. Nur einmal (*Urk.-Samml. d. schlesw.-holst.-lauenb. Ges. I* S. 70, v. J. 1253) werden zwei Overboden der Landschaft Holstein neben einander genannt: „Marquardus de Beyenvlethe, Hartwicus, prefecti“. Einmal kommen „Godescalcus antiquus prefectus“ und „Timmo prefectus“ zusammen vor (Leverkus, a. a. O. I Nr. 30), der erstere hatte das Amt also bereits niedergelegt. —

⁴⁾ Eine kurze Unterbrechung der Reihe erfolgte in Holstein durch die von Graf Adolf III. verfügte Absetzung des mit Heinrich dem Löwen verbundenen Overboden Marcrad II. (1181), statt dessen der Graf einen gewissen Syricus oder Cyriacus ernannte. Arnold, *Chronica Slavorum III* c. 1 (Mon. Germ. Scr. XXI). — ⁵⁾ Lappenberg, *Hamb. Urk.B. Nr. 224* (1162): Marcradus hoverbodo et Marcradus filius eius de Holsatia. Stiftungsurkunde Heinrich des Löwen für die slavischen Bistümer (Leverkus, *Urk.B. des Bist. Lübeck I* Nr. 8 v. J. 1170): Hildebrandus, Marchradus hoverbode et Marquardus filius eius et Hurno, de Holsatia. Ebd. I Nr. 11 (1175): Adolfus comes Holsatie, Marquardus overbode. — ⁶⁾ Vgl. oben S. 5 Anm. 2 und Gerichtsverf. d. Sachsensp. 59. Bevor

gegnet auch „senior terrae“, aber nicht, wie Nitzsch es verstanden und zur Ableitung des Overbodenamtes aus dem des angelsächsischen ealdorman verwendet hat¹⁾, im technischen Sinne, sondern einzig um den Overboden als hervorragendes Mitglied der Landesaristokratie zu kennzeichnen²⁾. Denn gleich dem Schultheissen des Sachsenspiegels stand der Overbode an der Spitze des Landesadels, der seniores oder maiores terrae³⁾; er war der erste unter den „iudices terrae“, den Schöffen des Landes⁴⁾, und auf der Heerfahrt bekleidete er

sie den gräflichen Titel angenommen hatten, wurden die Untergrafen als praefecti bezeichnet, vgl. Waitz, Verf. Gesch. VII, 3. 41 Anm. 3. VIII, 177 Anm. 2.

¹⁾ Vgl. Nitzsch, Der holsteinische Adel im 12. Jahrhundert (Allg. Monatsschrift für Wissenschaft und Litteratur, Jahrg. 1854) S. 363 f. 373. Derselbe, Deutsche Studien 209 f. 213. 250. Auf den ealdorman verweist auch Waitz, Verf. Gesch. VII, 38. — ²⁾ Helmold II c. 4 berichtet von einem Heerbefehl Heinrich des Löwen: „precepit Adolfo comiti et maioribus de Holzatia“; als einer der letzteren wird dann „Marchradus, senior terre Holzatorum“ hervorgehoben. Zum Jahre 1159 berichtet Helmold (I c. 86) von einer Botschaft des Grafen Adolf II. an den Obotritenfürsten Niclot „per manum seniorum terre Wagirensis, Marchradum scilicet et Hornonem“. Dass aber der senior terrae Horno kein Overbode war, ergibt die S. 10 Anm. 5 angeführte Urkunde von 1170. In einer Urkunde von 1256 (Leverkus, Urk. B. des Bist. Lübeck I Nr. 122) begegnet: „senioribus terre nostre, militibus scilicet Marquardo de Beyenvlet, Johanne Soldero et Ludero“, Overbode war aber nur der Erstenannte. Es war nicht anders, als wenn es in einer Urkunde der Grafen Gerhard und Johann von 1273 (Lappenberg, a. a. O. Nr. 755) heisst: „per vasallos et fideles nostros, scilicet Marquardum prefectum Stormarie et Marquardum dapiferum, milites“. — ³⁾ Vgl. Helmold I c. 47 von der Einführung des Vicelin als Priester des pagus Falderensis durch Erzbischof Adalbero: „commisit cuidam Marchrado, prepotenti viro, ceterisque de Faldera“. Genau denselben Sinn hat es, wenn Helmold von dem Kirchspiel Bornhövd oder Zwentineveld erzählt, dass dort „habitabat Marchradus, senior terre et secundus post comitem, et cetera virtus Holzatorum“. — ⁴⁾ Eine auf der Heerfahrt erlassene Urkunde Heinrich des Löwen von 1149 (Lappenberg, a. a. O. Nr. 188) nennt unter den Zeugen „e numero Holtsatorum“ den „Marcradus, signifer provinciae, cum filiis suis“ und dreizehn andere, alle zusammen werden als Schöffenbare bezeichnet: „hi iudices terrae“. Das um 1200 entstandene Urbar von Neumünster (a. a. O. Nr. 322) zählt drei Hufen zu Bostedt auf, die eine gestiftet von „Horne“ (vgl. Anm. 2), die beiden anderen von „Marcradus senior et Marcradus iunior, iudices“. Gemeint sind die Overboden Marcrad I. († um 1169), der Sohn des

als das Haupt der Ritterschaft das Amt des Bannerträgers¹⁾. Für uns ist es besonders wichtig, dass der Overbode regelmässig auf den gräflichen Landgerichten²⁾ anwesend war³⁾. Im 14. Jahrhundert begegnet er dann gerade so wie der zum Obergrafen gewordene ostfälische Schultheiss⁴⁾ als stellvertretender Landrichter. Dies ergibt eine Urkunde der Grafen Gerhard und Giselbert vom Jahre 1331 (Urk.-Samml. d. schlesw.-holst.-lauenb. Ges. II S. 81) über einen interessanten

„vocatus Ammo“, und jenes Sohn und Nachfolger Marcrad II., der 1181 von Graf Adolf III. vertrieben wurde und im Exil starb (vgl. Arnold, Chron. Slavorum III c. 1. IV c. 13). Eben jener Vogt Ammo hatte ein Bremer Lehen gehabt, das der Erzbischof nach Angabe des obigen Urbars nach Ammos Tode als erledigt eingezogen und an Neumünster geliehen hatte; allein die Erben Ammos, Marcrad I. und sein Sohn Marcrad II., machten ihr Lehnsrecht geltend: „quia iudices provincie erant“, sie machten also ihren schöffensbaren Stand, d. h. ihren adelichen Heerschild, geltend. Vgl. Nitzsch, Der holst. Adel 376f. 379. Von den iudices terrae oder provinciae, den Grafschaftsschöffen, sind die Kirchspielschöffen zu unterscheiden. Vgl. oben S. 9.

¹⁾ Die in der vorigen Anmerkung angeführte Urkunde von 1149 nennt ausser dem Marcrad auch den „Oherus, signifer Sturmariorum“. — ²⁾ Dieselben werden als Landding, Goding, Lutding, Grafending bezeichnet. Als holsteinische Dingstätten sind besonders der Megdeberg bei Plön, Drecksee (heute Viehburg) bei Kiel, Kellinghusen (Schelinghusen) an der Stör und Lokstedt (nördlich von Kellinghusen) bezeugt. Ueber diese und andere Dingstätten vgl. Gerichtsverf. d. Sachsensp. 44f. Waitz, Schlesw.-Holst. Geschichte I, 43. 115. Ueber Lokstedt vgl. Godeschalci visiones c. 22 (Quellen-Samml. d. Ges. f. Schlesw.-Holst.-Lauenb. Geschichte IV, 103): in conventu gentis publico Lachside — — — Atholfo comite seniore (II.) tunc pretorio presidente. Ein „placitum generale quod vulgariter landdinch dicitur“, leider an ungenannter Stätte, bei Leverkusen, a. a. O. I, Nr. 635 (1339). — ³⁾ Vgl. Waitz, Schlesw.-Holst. Gesch. I, 43. Der „prefectus“ Gotschalk wird um 1210 zu Lokstedt genannt (Lappenberg, a. a. O. Nr. 383), der „prefectus Holsatie“ Timmo am 8. Januar 1221 auf dem Megdeberge und zwei Tage später zu Schelinghusen „in communi placito quod dicitur gothinc“ (Urk.-Samml. der schlesw.-holst. Ges. I, 193. Lappenberg, a. a. O. Nr. 443) der Overbode Gotschalk 1237 unter Graf Adolf IV. an ungenannter Stätte in „iudicio quod grafding vulgariter appellatur“ (Lappenberg Nr. 508). Eine Landschenkung der Grafen Johann und Gerhard an das Kloster Reinbeck wurde „cum consensu et beneplacito Stormariorum, domini Hartwici prefeti fratrumque suorum“ vollzogen, die Dingstätte ist nicht genannt (Lappenberg Nr. 564 v. J. 1251). — ⁴⁾ Vgl. Gerichtsverf. d. Sachsensp. 59 ff.

Erbfolgestreit im Kirchspiel Rensevelde: „Et cum huiusmodi causa coram domino Hassone Vot, prefecto Holtsacie qui vulgariter dicitur overbode, diucius agitata et ventilata fuisset in locis et terminis ad hoc deputatis, tandem iusticia exigente predictae domine M. ista bona — — finaliter et diffinitive adiudicata fuerunt et eciam assignata“. Wie bei den Schultheissen-gerichten war es auch hier Sache des Grafen, das Urteil rechtskräftig zu bestätigen¹⁾: „Quam quidem sententiam tamquam iustam cause cognitione prehabita nos ex certa sciencia approbavimus ratificavimus et confirmamus“. Die alte Bedeutung des Overbodenamtes war, seit er einfacher landesherrlicher Beamter geworden, selbstverständlich verloren gegangen, auch scheint die Zahl der Overboden grösser, ihr Sprengel also kleiner geworden zu sein²⁾.

Die Identität des holsteinischen Overboden mit dem ostfälischen Schultheissen bedarf nach dem Vorstehenden kaum noch weiterer Beweise. Insbesondere erhellt deutlich, dass der Overbode ebenso wie der Schultheiss dem Grafen gegenüber die Interessen der einheimischen Bevölkerung zu vertreten hatte³⁾; wir dürfen daher auch ohne Bedenken annehmen, dass er ebenso wie der Schultheiss eine Beschwerdeinstanz gegenüber dem Grafen bildete. Ueber die Tätigkeit des Overboden als Gerichtsbeisitzer sind wir nicht unterrichtet, da er aber zu den „iudices terrae“, d. h. den Schöffen der Grafschaft, gerechnet wurde und da das spätere Holstenrecht ausser dem vorsitzenden Dingvogt einen die Hegungsfragen beantwortenden „Vorsprecher“ und einen die Beratung und Beschlussfassung der Urteiler leitenden „Abfinder“ aufweist, so ist wol anzunehmen, dass sich hier Reste der ursprünglichen Aufgaben des Overboden, die ebenso Aufgaben des ostfälischen Schultheissen waren, erhalten haben⁴⁾.

¹⁾ Vgl. S. 1 Anm. 1, S. 2. — ²⁾ Vgl. Urk.-Samml. d. schlesw.-holst. Ges. II, 102 (1338): Graf Johann befreit die Hintersassen des Klosters Reinfeld von der Mehrzahl der Kriegsleistungen und verkündigt dies „universis — — nostris fidelibus dilectis, militibus, militaribus, vasallis, advocatis, subadvocatis, nunciis etiam illis qui overboden nuncupantur, aliisque subditis nostris universis“. Aehnlich schon das Privileg von 1291 bei P. Hansen, Kurzgefasste Nachricht von den holst.-plönischen Landen 123f. — ³⁾ Vgl. Waitz, Verf.-Gesch. VII, 38. — ⁴⁾ Vgl. Falck, Schlesw.-

Die Amtsnamen „Schultheiss“ und „Overbode“ lassen gleichmässig auf eine Beziehung des Amtes zum Gerichtsvollzieherwesen schliessen, denn „scultheizo“ ist exactor¹⁾ und „overbode“ stellt sich sofort zu „bode“, „vronebode“. Der Schultheiss des Goslarer Stadtrechts hat noch viel vom Gerichtsvollzieher an sich²⁾, während der Schultheiss des sächsischen Landrechts und der holsteinische Overbode vornehme Herren sind, deren Zusammenhang mit dem Fronbotenamte nur bei dem Gerichtszeugniss und ferner darin hervortritt, dass bei den Hegungsfragen im echten Dinge der westfälische Fronbote genau die Stellung einnimmt, die in Ostfalen dem Schultheissen und in Holstein, wenigstens höchst wahrscheinlich, dem Overboden zukam³⁾. Der Ursprung des Amtes mag an den altsächsischen „eosago“ angeknüpft haben, der dann aus einem Gesetzesprecher zum Beisitzer, ersten Urteiler und ersten Gerichtsvollzieher geworden wäre⁴⁾. Jedenfalls unterschied sich von vornherein die sächsische Gerichtsverfassung von der fränkischen, wie sie sich unter Karl dem Grossen gestaltet hatte, durch die Einrichtung eines öffentlichen Gerichtsvollzieheramtes⁵⁾, das nur mit einem Einheimischen besetzt werden durfte; dass dieser Beamte im echten Ding anwesend sein

holst. Privatr. III, 88. Nitzsch, Der holst. Adel 376. Zoepfl, Altertümer des deutschen Reichs und Rechts II, 446 ff.

¹⁾ Vgl. Sohm, Fränk. Reichs- u. Gerichtsverfassung 262. Waitz, Verf.-Gesch. II, 2 (3. Aufl.) S. 8. Steinmeyer u. Sievers, Althochdeutsche Glossen I S. 727: debitores = scolen; debeat ei = was imo sculdig; exactor = sculdheizzo. S. 754: causa = sculd. S. 278: exactor = sculdsnacho. Erst durch die fränkische Verbindung des Gerichtsvollzieheramtes mit dem des Centenars hat das Wort „Schultheiss“ die übertragene Bedeutung „Unterrichter“ und „stellvertretender Richter“ angenommen. Vgl. Gerichtsverf. d. Sachsensp. 48. Die an dieser Stelle von mir ausgesprochene Vermutung über die Herkunft des ostfälischen Schultheisstitels ist nicht aufrecht zu erhalten. — ²⁾ Er erscheint dem Büttel gegenüber geradezu als ein Oberbüttel. Vgl. Göschen, Goslar. Statuten S. 367 f. — ³⁾ Vgl. S. 3 f. 9 Anm. 2. 13. Auch im Sachsen Spiegel finden wir den Fronboten mehrfach an der Stelle, die sonst der Schultheiss einzunehmen pflegt (vgl. I, 70 § 3. II, 22 §§ 1, 2. III 18 § 1), ebenso in der schon wiederholt erwähnten Landgerichtsverhandlung zu Obhausen (Gerichtsverf. d. Sachsensp. 29). — ⁴⁾ Vgl. IV, 228 dieser Zeitschrift. — ⁵⁾ Vgl. Sohm, a. a. O. 408. 537.

musste und bei der Hegung, der Urteilsfindung und dem Gerichtszeugniss eine hervorragende Stellung einnahm, gewährte der Bevölkerung unter allen Umständen eine gewisse Sicherheit gegen Uebergriffe des Grafen. Auf dieser Basis hat sich das Amt in Westfalen und Engern, dank der demokratischen Strömung, welche das Gerichtswesen in diesen Gebieten während des Mittelalters beherrschte¹⁾, erhalten, während der aristokratische Geist, welcher die sächsischen Gebiete längs der Elbe auszeichnete, zu einer weiteren Entwicklung des Schultheissenamtes führte. Um dies zu verstehen, muss man berücksichtigen, dass die Gerichtsverfassung in Thüringen durchaus gleichen Schritt mit derjenigen Ostfalens gehalten hat²⁾, auch hier finden wir wie in Ostfalen und Holstein die Erbllichkeit der Schöffenstühle innerhalb einer bevorrechteten Klasse Schöffenbarfreier³⁾, und der Schultheiss scheint hier dieselbe Stellung wie nach dem Sachsenspiegel eingenommen zu haben, nur dass er noch mehr zur Vertretung des Grafen berufen erscheint⁴⁾.

Hiernach dürfte es kaum einem Zweifel unterliegen, dass die sozialen Verhältnisse, wie sie sich in den sächsischen und thüringischen Marken längs der Elbe und Saale notwendig entwickeln mussten, das Ueberwiegen des Wehrstandes gegen-

¹⁾ Vgl. Gerichtsverf. d. Sachsensp. 51 ff. Wenn man die Erhaltung der königlichen Landgerichte in Westfalen u. a. damit zu begründen pflegt, dass sich hier der Stand der Schöffenbarfreien in grösserer Zahl als anderwärts erhalten habe, so ist dies unrichtig formuliert. Umgekehrt war vielmehr der Umstand entscheidend, dass es in Westfalen zu keiner Erbllichkeit der Schöffenstühle, also zu keiner Ausbildung eines schöffenbarfreien Geburtsstandes gekommen war. — ²⁾ Damit dürfte die frühe Rezeption des Sachsenspiegels in Thüringen zusammenhängen. — ³⁾ Vgl. Gerichtsverf. d. Sachsensp. 52 Anm. 2. — ⁴⁾ Vgl. Herquet, Urk.B. v. Mühlhausen Nr. 169 (1265). 204 (1270). 218 (1272). 230 (1273). 394 (1292). 417 (1294). Urk.B. d. Stadt Arnstadt Nr. 47 (1286). Urk.B. von Walkenried (Urk.B. d. hist. Ver. f. Niedersachsen II) Nr. 136 (1225). 200 (1235). 205 (1236). 208 (1236). 226 (1239): Auflassung „in civili iudicio quod vulgo lanthing dicitur, praesidente comite Conrado de Clettenberg“, unter den Zeugen Wernherus schulthetus (in den vorigen Urkunden „praefectus“) de Clettenberg und Wasmodus praeco. 235 (1240). 244 (1244). 264 (1249). 277 (1251). Stumpf, Acta Moguntina Nr. 117 (1193): Auflassung vor Graf Albrecht von Klettenberg in placito provinciali, unter den Zeugen Johannes praefectus de Clettenberg.

über dem Nährstande, das dichte Zusammenwohnen zahlreicher ritterlicher Geschlechter, wie es insbesondere für Holstein und den Nordschwabengau bezeugt ist¹⁾, die Umbildung der Gerichtsverfassung im aristokratischen Sinne herbeigeführt hat. Hier erlangte wol schon früh die Ritterschaft das ausschliessliche Recht zu den Schöffenstühlen und die Befreiung von der Dingpflicht in den Centgerichten (Gogerichten, Kirchspielgerichten), und da der Schultheiss oder Bote als der oberste der Schöffen galt, so würde er nunmehr zum Haupte des Landesadels, zum Zweiten nächst dem Grafen, zum Vertreter der Landesinteressen gegenüber dem oft genug aus der Fremde gekommenen Landesherrn. Nun mussten die kleinen Schultheisstümer, wie sie noch aus dem elften Jahrhundert bezeugt sind (S. 8), verschwinden, in der Grafschaft war nur Platz für éinen Schultheissen, soweit nicht, wie in Holstein, die Selbständigkeit einzelner Untergaue eine Teilung erforderlich machte. Die Aufgaben des Gerichtsvollziehers wurden Unterbeamten übertragen, während der bisher mit denselben beehrte hohe Beamte den Mitvorsitz im Landgericht erhielt und zur Beschwerdeinstanz gegenüber dem Grafen wurde. Dass hier Konflikte nicht ausblieben, zeigt das Beispiel des Overboden Marcrad II. Im Laufe des 13. Jahrhunderts war die landesherrliche Gewalt so erstarkt, dass sie den Schultheissen nicht mehr zu fürchten brauchte: Schultheiss und Overbode wurden zu Obergografen oder Centrichtern, um schliesslich unter der übrigen Menge landesherrlicher Beamten zu verschwinden.

¹⁾ Vgl. Nitzsch, Der holsteinische Adel 358. 368. 373 und für den Nordschwabengau die Ascherslebener Landgerichtsverhandlung von 1155 bei v. Heinemann, Codex diplom. Anhalt. I Nr. 413 (vgl. Gerichtsverfassung des Sachsensp. 24 Anm. 4. 26). Mit Unrecht beruft sich Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts I, 165 Anm. 7, gerade auf diese Urkunde zum Beweise dafür, dass im 12. Jh. die Hauptmasse der Bauern noch aus Schöffenbarfreien bestanden habe. Die Urkunde hat unverkennbar nur ritterliche Zeugen im Sinne.

II.

Zur Kunde der deutschen Volksrechte.

Von

Richard Schröder.

I. Der *Pactus Alamannorum*. Durch die Untersuchungen von Brunner und K. Lehmann ist der Nachweis geführt, dass die *Lex Alamannorum* ein einheitliches Gesetz, und zwar ein herzogliches Landesgesetz, und nicht vor Ende des siebenten Jahrhunderts, wahrscheinlich aber erst unter Herzog Lantfrid († 730) während der Regierungszeit Chlothars IV. (717—719) abgefasst ist¹⁾. Dadurch ist auch die Abfassungszeit des *Pactus* aufs neue in Frage gestellt. Lehmann hat nachgewiesen, dass wir denselben nicht nur in drei Fragmenten besitzen, sondern dass Merkels sogenannte „*Additamenta sive legum liber tertius*“ (S. 80 ff. der Ausgabe) als ein viertes Fragment des *Pactus* anzusehen sind. Der *Pactus* ist keine Privatarbeit, wie Lehmann annimmt, sondern ein Gesetz. Das zeigt die befehlende Fassung sämtlicher Bestimmungen und der Eingang: *Incipit pactus lex Alamannorum. et sic convenit*. Die Sprache des *Pactus* stimmt auffallend mit der offiziellen Ausdrucksweise der fränkischen Gesetze des 6. und 7. Jahrhunderts überein. Dies lässt vermuten, dass er in einer Zeit entstanden, wo die Alamannen noch durchaus der fränkischen Königsherrschaft unterworfen waren, dass der *Pactus* selbst ein fränkisches Königsgesetz gewesen ist. Dass sich keine Spuren des Christentums finden und des Herzogs nirgend gedacht wird, mag auf Rechnung der fragmentarischen Beschaffenheit des uns Erhaltenen kommen. Von entscheidender Bedeutung für die Abfassungszeit sind aber die in den Text eingestreuten deutschen Wörter. Durchaus althochdeutsch sind *stelzia* (II, 26),

¹⁾ Vgl. Brunner, Ueber das Alter der *Lex Alamannorum* (Sitz-Berichte der Berliner Akademie der Wiss. VIII 149—172). K. Lehmann, Zur Textkritik und Entstehungsgeschichte des alam. Volksrechts (Neues Archiv der Gesellsch. f. ältere deutsche Geschichtskunde X 469—505).

marcha (III, 12) und *caucha*¹⁾, ferner *medula*, *medela*, d. i. Holzbrett²⁾, und *stotarius*³⁾. Dagegen ist *drappo* (III, 5) noch entschieden altgermanisch, die althochdeutsche Form ist *trabo*, mhd. *trábe*⁴⁾. Dasselbe gilt von *taxaca* oder *taxaga*⁵⁾ und dem berühmten *minoflidus* (II, 37, 40) oder *minofledus* (III, 25), das sich bekanntlich sonst nur noch in dem ersten Kapitulare zur Lex Salica c. 9 (Behrend, Lex Salica S. 91) findet. Erwägt man die Nebenformen *midioflidus* und *mechiofledus* (L. Al. Lantfr. c. 97), so kann über die Ableitung des Wortes kein Zweifel sein. Nach der Analogie von *lidus* und *ledus* neben *litus* und *letus*⁶⁾ ist von alts., ags., altn. *flet*, ahd. *flezi*, *fluzi* auszugehen, das aber nicht, wie Merkel (S. 36 Note 61 seiner Ausgabe) behauptet und andere auf seine Auctorität hin angenommen haben, *genealogia* oder *contubernium*, sondern *area*, *aula* bedeutet⁷⁾. Das Wort ist wie *seniskalk* und *tresokamarari* halb lateinisch, halb deutsch gebildet und bedeutet den Kleinbesitzer. Eben diese bildeten aber, wie das Volkswergeld von 160 sol. und ihre Bezeichnung als *liberi* (L. Alam. Hl. c. 69 § 1) zu erkennen gibt, die grosse Masse der alamannischen Freien. Ueber ihnen stand, ausser dem wenig zahlreichen und im 8. Jahrhundert bereits untergegangenen Volksadel mit seinen

¹⁾ IV. Fragment, L. Alam. Hloth. c. 102 § 8. Lantfr. c. 94 § 8. Vgl. Graff, Althochd. Sprachschatz IV, 133. Grimm, DWB. IV, 1^a. Sp. 1524 s. v. *gauch*. V, Sp. 2520 s. v. *kuckuk*. — ²⁾ IV. Fragm., L. Alam. Hloth. c. 99 § 1. Lantfr. c. 92. Vgl. Grimm, Gesch. d. deutsch. Sprache 483 (696). 712 (1026). Dasselbe Wort kommt Ed. Roth. 300 vor: *quercum quod est modola* (var. *modula*, *medula*). Die altgermanische Form ergibt sich aus altnord. *meiðr* (arbor). — ³⁾ IV. Fragm., L. Alam. Hl. c. 101 § 3. Lantfr. c. 93. Vgl. Merkel's Note 82 zu dieser Stelle. Graff, a. a. O. VI, 652f. Kluge, Etymol. WB. d. deutsch. Sprache 337. — ⁴⁾ Vgl. Diez, Etymol. WB. d. roman. Sprachen I, s. v. *drappo*. Lexer, Mittelhochd. WB. II, 1486. — ⁵⁾ Fragm. IV, L. Alam. Hl. 104 § 1. Lantfr. 96 § 4. Die Erklärung Merckels in Note 96 zu der ersteren Stelle ist verfehlt. Das Wort kommt von ahd. *zascôn* (rapere). Vgl. Grimm bei Merkel, Lex Salica, Vorrede S. 8. Kern bei Hessels, Lex Salica, Noten § 21. — ⁶⁾ Vgl. Grimm, Gesch. d. deutsch. Sprache 411, 484, 540 (3. Aufl. 288, 338, 377). — ⁷⁾ Vgl. Grimm, DWB. III, 1771f. Lexer, a. a. O. III, 400. Schmeller, Bayer. WB. I, 595 (2. Aufl. 800). Schiller-Lübben, Mitteln. WB. V, 271. Die auf *fleda* oder *fledis* ausgehenden Frauennamen sind aus *flat* (Schönheit, Sauberkeit) gebildet.

240 sol. (Pact. II, 39), nur die Klasse der *mediani*, *medii Alamanni*, die durch das auf 200 sol. normierte Wergeld dem freien Franken gleichgestellt wurden¹⁾. Der Gegensatz der Freien und Mittelfreien muss hiernach auf dem Gegensatze des Klein- und Grossgrundbesitzes beruht haben, jene waren freie Bauern, die auf ihrer *flet* sassen, die Mittelfreien dagegen Gutsbesitzer, die eine *sala* bewohnten²⁾.

Von besonderer Bedeutung für die Sprachweise des Pactus sind die von der Wissenschaft bisher unberücksichtigt gelassenen Nebenformen des Wortes *litus*. Neben *litus* und *lctus* (II, 28, 48, 51, 54, 56) begegnet nämlich *lisa* und *lesa* (IV. Fragm. L. Alam. Hloth. c. 98 § 2, Lantfr. c. 91), also zwei ausgesprochen althochdeutsche Formen³⁾. Es ergibt sich demnach mit Sicherheit, dass die Abfassung des Pactus zur Zeit des sprachlichen Uebergangs vom Germanischen zum Althochdeutschen, also gegen Ende des sechsten oder Anfang des siebenten Jahrhunderts stattgefunden hat.

II. Zur Lex Angliorum et Werinorum. Hier ist der sprachliche Gesichtspunkt von entscheidender Bedeutung für die Heimat des Gesetzes. Kein Gewicht ist dabei auf Wörter wie *alodis*, *leudis* und *fredus* zu legen, die mehr oder weniger Gemeingut der im Frankenreiche vereinigten Stämme gewesen sind. Vollkommen niederdeutsch und sonst nur noch bei Sachsen, Friesen und Angelsachsen bezeugt ist *wlitiwam* (c. 23), d. h. Antlitzverletzung⁴⁾. Weniger entscheidend ist

¹⁾ Gegenüber den Aufstellungen Merckels ist hier vor allem auf Waitz VG. II, 1 (3. Aufl.) S. 264f. 370f. zu verweisen, dessen Darstellung nur dadurch beeinträchtigt wird, dass er *minofledi* mit Merkel für „Leute geringeren Geschlechts“ nimmt und in Folge dessen den wahren Kern des Gegensatzes übersieht. — ²⁾ Ich halte demnach alles aufrecht, was ich Bd. II, 52ff. dieser Zeitschr. über die fränkischen *minoflidi* ausgeführt habe. Die Verhältnisse bei den Alamannen waren offenbar dieselben wie bei den Franken; die alamannischen *mediani* entsprachen den fränkischen *potentes*, nur dass sie wie der *Romanus possessor* gegenüber dem *Romanus tributarius* im Wergelde höher als die Kleinbesitzer gestellt waren. — ³⁾ Das *s* ist hier bloss graphischer Natur für *z*, *lisa* und *lesa* stehen für *liza* und *leza*. Vgl. Meyer, Sprache u. Denkmäler der Langobarden 267. — ⁴⁾ Vgl. Lex Saxonum c. 5. Lex Frisionum Add. sap. III a, c. 16. Gesetze Achthelbirchts c. 56. Ueber die Erklärung des Wortes vgl. v. Richtshofen, Vater und Sohn, Mon. Germ. Leg. III, 685 Note 59. V, 49 Note 8. 123 Note 30.

parricus (c. 35), ahd. *pfarrich*, d. h. Pferch, da das Wort sich nicht bloss bei den Franken und Angelsachsen, sondern auch bei den Baiern auf der germanischen Lautstufe erhalten hat¹⁾. Auch *rhedo* (c. 38) beweist nichts, da *geræde* noch im Mittelhochdeutschen neben *geræte* vorkommt²⁾. Mehr Gewicht ist auf *sonest* (c. 37) zu legen, das unserem Gesetze mit der Lex Salica und Lex Ribuarica gemein ist³⁾. Von Wert würde es sein, wenn wir statt *spolia colli* (c. 32) den deutschen Ausdruck hätten, denn nur durch Vermittlung des altromanischen *roba* hat uns das französische *robe* die Ueberlieferung erhalten, dass alth. *roub* nicht bloss Raub und Geraubtes, sondern in erster Reihe das, was der Mensch auf dem Leibe trug, in weiterem Sinne dann wol überhaupt die fahrende Habe bezeichnet hat⁴⁾. Unter diesem Halsraube nennt unser Gesetz auch die *nusca* (c. 32), d. i. *fibula*, ein Wort das nur aus dem Althochdeutschen bekannt ist, während die bekannten niederdeutschen Formen sämtlich an „Nestel“ (ahd. *nusta*) anknüpfen⁵⁾. Völlig entscheidend ist aber *adaling* (c. 1, 4, 6, 8, 12, 16, 24, 42), eine ausschliesslich hochdeutsche Form, die sonst nur noch bei den Langobarden bezeugt ist⁶⁾; niederdeutsch entspricht ihr nur *etheling*, *aedeling*, *athelina*, *adhelung*⁷⁾.

¹⁾ Vgl. v. Richthofen, Mon. Germ. Leg. V, 129 Note 62. Diez, Etymol. WB. d. roman. Sprachen I, s. v. *parco*. Lex Ribuarica c. 82 § 2. Lex Baiuw. X, c. 2. Durch Vermittlung des Französischen ist „Park“ dann wieder zur Aufnahme in das Neuhochdeutsche gelangt. — ²⁾ Vgl. Lexer, a. a. O. I, 870f. — ³⁾ Vgl. v. Richthofen, Mon. Germ. Leg. V, 130 Note 70. — ⁴⁾ Vgl. Diez, a. a. O. I, s. v. *roba*. Grimm, RA. 635. Anklänge daran finden sich L. Alam. c. 49 § 1: *quidquid super eum arma vel rauba (var. raupa) tulit*. Hildebrandslied v. 52f.: *hrusti ginuinnan, rauba birahanen*. Form. Marc. I, 37: *rauba sua — — eidem tulisset*. Form. Senon. 51: *alia rauba sua*. Form. Bign. 9 (8): *rauba sua, caballus, aurum et argentum et drapalia, exinde tulisset*. Die fränkischen Formeln haben das Wort in der ahd. Form, die ihnen von den Alamannen oder den Oberfranken zugetragen sein muss. Auch das Französische hat es auf diesem Wege erhalten. Eine Nachwirkung des Sprachgebrauches erkennt man noch in dem königlichen *ius spoli*. — ⁵⁾ Vgl. Grimm, DWB. VII, 626 s. v. *nestel*, 1009 s. v. *nusche*. Lexer, Mittelh. WB. II, 59. 122. Diez, a. a. O. IIc, s. v. *nosche*. Schiller-Lübben, a. a. O. III, 178. v. Richthofen, Altfries. WB. 948 s. v. *nestla*. Kluge, a. a. O. 238. — ⁶⁾ Vgl. Chronicon Gothanum (Mon. Germ. Leg. IV, 644): *Isti omnes adclingi fuerunt*. — ⁷⁾ Vgl. v. Richthofen, Mon. Germ. Leg. V, 119 Note 3; Altfries. WB. 720. Schmid,

Das Ergebniss der sprachlichen Untersuchung ist, dass die Lex Angliorum et Werinorum einem Gebiete angehört, in welchem das Althochdeutsche bereits festen Fuss gefasst hatte, daneben aber noch zahlreiche altgermanische oder niederdeutsche Sprachformen stehen geblieben waren. Einzelne Wörter zeigen eine unverkennbare Verwandtschaft mit dem Sächsischen, Friesischen und Angelsächsischen, andere mit dem Fränkischen. Die Heimat des Gesetzes kann demnach weder in Belgien oder den Niederlanden, noch im Norden der Elbe, sondern einzig in Mitteldeutschland gesucht werden.

Im fränkischen Gebiete wäre der *adaling* auch sachlich undenkbar, da die Franken keinen Adel besaßen. Weniger Gewicht möchte ich auf die Nichterwähnung der *Liten* legen, da diese wenigstens in späterer Zeit bei den Thüringern ebenso wie bei allen übrigen deutschen Stämmen verbürgt sind ¹⁾ und kein Grund für die Annahme vorliegt, dass sie hier erst später eingeführt seien. Aber nach einer andern Richtung ist die Bestimmung der Lex Angliorum et Werinorum über die Freigelassenen (c. 45) von grosser Bedeutung, indem sie (zumal in Verbindung mit c. 49) zeigt, dass das Freienwergeld der Anglier und Weriner ursprünglich keineswegs mit dem fränkischen von 200 Sol., sondern mit dem der nichtfränkischen Stämme von 160 Sol. übereingestimmt hat ²⁾.

Hiernach kann es nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, dass wir den Sitz der Angeln und Weriner, für die unser Gesetz bestimmt war, in Thüringen zu suchen und bei den ersteren mit der grossen Mehrzahl der neueren Forscher zunächst an den Gau Engilin (oder Engleheim ³⁾) zu denken haben. Dieser hat aber eine weit grössere Ausdehnung gehabt, als

Gesetze der Angelsachsen, 2. Aufl. S. 526f. Die Corveyer Handschrift gehört dem 10. Jh. an, also einer Zeit, wo die Unterscheidung von *d* und *th* oder *dh* noch streng beobachtet wurde. Selbst der rheinfränkische Verfasser des Rolandsliedes, nach Gödekes Ermittlung ein Zeitgenosse Lothars III., schreibt noch *etheling* (Ausgabe von Bartsch, V. 2931).

¹⁾ Vgl. Dronke, Traditiones Fuldenses c. 43 Nr. 2, 11, 13, 16—18, 22, 24. c. 45 Nr. 3, 4—6, 8, 9. c. 48 (S. 133). — ²⁾ Vgl. v. Richthofen Sohn, Mon. Germ. Leg. V, 109. 123 Note 27. 135 Note 1. 136 Note 12. Grimm, RA. 289. 405. v. Richthofen, Zur Lex Saxonum 388. — ³⁾ Dronke, Trad. Fuld. c. 41 Nr. 64.

auf der Spruner-Menkeschen Gaukarte angegeben ist, da demselben einerseits Kirchscheidungen an der Unstrut, oberhalb Naumburgs¹⁾, andererseits Rockstedt (bei Schernberg) und Furra (bei Sondershausen) angehörten²⁾. In nächster Nähe von Rockstedt liegen Kirchengel, Feldengel, Holzengel, Waldengel, Westerengel, die in den Traditiones Fuldenses unter dem Namen „Englide“ zusammengefasst werden³⁾. Die Angeln haben demnach das ganze Unstrutgebiet oder die Gaue Wiczezi, Engilin, Altgowe und Nabelgowe bewohnt. Eine noch weitere Ausdehnung ihrer ursprünglichen Sitze scheinen Angelhausen bei Arnstadt (Gau Lanwizi) und Angelroda an der Gera (Westergowe) anzudeuten⁴⁾. Die Heimat der Weriner hat man bereits anderweitig durch den Nachweis, dass das Land zwischen Saale und Elster zur Zeit Karls des Grossen als „Werenofeld“ bezeichnet wurde, in der unmittelbaren Nachbarschaft der Angeln festgestellt⁵⁾. Eine Bestätigung findet sich bei Stumpf, Acta Imperii Nr. 315 (1068): „sex regio mansos sitos in tribus villis iuxta fluvium qui dicitur Nezza —, videlicet Gebines, Geron, Werines in suburbano Tucheri“. Unter Werines im Burgward Tucher ist unzweifelhaft das heutige Wernsdorf zwischen Teuchern und Weissenfels zu verstehen, das den schon im 10. Jahrhundert verklungenen Namen der Weriner in ihrer alten, wahrscheinlich erst im 9. Jahrhundert von Wenden eingenommenen und darum bald in Vergessenheit geratenen Heimat bis zur Gegenwart erhalten hat.

III. Zur Lex Ribuarica. Sohm hält in seiner Ausgabe an seiner früheren Annahme fest, wonach das in die Bearbeitung der Lex Salica (Tit. 32—64) nachträglich eingeschobene

¹⁾ Mon. Germ. Dipl. reg. I, pg. 278 (958): in loca Hohflurum — in pago Engili in confinio Schidinga. — ²⁾ Ebd. pg. 269 (956): „Rochastet in pago Engila“. Ueber Furra vgl. Mon. Germ. Leg. V, 111. — ³⁾ Dronke, Trad. Fuld. c. 38 Nr. 163, 230, 246, 283, 286. Vgl. Förstemann, Altd. Namenbuch, Ortsnamen, 2. Aufl. 85. 546. 867. Ob der Dronke Nr. 107 in Verbindung mit Schlotheim genannte Ort „Englenheim“ mit Englide identisch war, muss dahingestellt bleiben, ebenso die Lage von „Engelstele“ (Nr. 309). — ⁴⁾ Mon. Germ. Dipl. reg. I, pg. 179 (948): „in partibus Thuringiae Anglenhus, Anglenrod“. Ebd. pg. 180 wird ein „Anglendorph“ erwähnt, womit einer der beiden vorigen Orte gemeint sein muss. — ⁵⁾ Vgl. v. Richthofen, Zur Lex Saxonum 411. v. Richthofen Sohn, Mon. Germ. Leg. V, 112.

Königsgesetz (Tit. 57—60 c. 1, Tit. 61—62) älter als Chlotars II. Edikt von 614 und wahrscheinlich Childebert II. (575—596) oder Theodebert II. (596—613) zuzuschreiben ist¹⁾. Die Gründe für diese Annahme haben im wesentlichen schon durch Löning ihre Widerlegung gefunden, indem dieser nachgewiesen hat, dass das Edikt Chlothars in der Begünstigung der Kirche weiter als das austrasische Gesetz gegangen ist²⁾. Gegenüber den Ansprüchen des Pariser Conzils von 614 auf die Schutzvogtei über alle Freigelassenen schlechthin bewilligte Chlothar II. dieselbe nur, *iuxta textus cartarum ingenuclatis suae contenit*, also nur in dispositiver Weise, während das austrasische Gesetz (Tit. 58, 1) die beiden für die Kirche wichtigsten Freilassungsformen, die durch *tabula* in der Kirche und die durch Schatzwurf vor dem Könige, in ihren Wirkungen absolut gesetzlich feststellte und der Privatbeliebung entzog: alle *tabularii* (mit Ausnahme der freigelassenen Königssklaven, *homines regii tabularii*) stehen samt ihren Nachkommen in der mit bestimmten Machtbefugnissen ausgestatteten Schutzvogtei der Kirche, in welcher die Freilassung erfolgt ist; die Freilassung durch Schatzwurf verliert ihre bis dahin völlig unantastbare Wirkung, wenn nachgewiesen wird, dass der Freilassende unbefugterweise gehandelt hat (Tit. 57, 2), oder wenn der *denariatus* ein *tabularius* gewesen ist (Tit. 58, 1). Es liegt doch auf der Hand, dass der Kirche damit ein sehr viel weiter gehendes Privileg als das, welches sie seit 614 besass, zu Teil wurde; denn es ist selbstverständlich und wird mit Unrecht von Sohm bezweifelt, dass die frühere dispositive Bestimmung damit nicht aufgehoben war, sondern für alle übrigen Freilassungsformen auch ferner in Kraft blieb: wer anders als durch *tabula* oder Schatzwurf freigelassen wurde, kam nach wie vor unter die Vogtei desjenigen, dem der Freilasser dieselbe zugedacht hatte, nach dessen Belieben also auch (*iuxta textus cartarum ingenuclatis suae contenit*) unter die Vogtei der Kirche. Wenn es noch eines besonderen Beweises dafür bedarf, so liegt derselbe in der wiederholten Erwähnung des

¹⁾ Vgl. Mon. Germ. Leg. V, 189 ff. 243 und in der Schulausgabe S. 13 f. Zeitschrift f. RG. V, 432—443. — ²⁾ Vgl. E. Löning, Gesch. d. deutsch. Kirchenrechts II, 238 f. 741. K. Lehmann in d. Neuen Arch. d. Ges. f. ält. deutsche Gesch. K. X, 494 Anm. 4.

ecclesiasticus homo in der *mundeburdis ecclesiae* (Tit. 58 c. 11, 13) und der Gleichstellung desselben mit dem *tributarius* (ebd. c. 21). Wie in der Frage der Schutzvogtei so zeigt sich auch in der kirchlichen Gerichtsbarkeit über Freigelassene eine entschiedene Fortbildung. Das Pariser Concil hatte die unbedingte Gerichtsbarkeit der Kirche über alle Freigelassenen (mit der selbstverständlichen Ausnahme der Freigelassenen des Königs) verlangt; Chlothar II. aber überhaupt keine Gerichtsbarkeit bewilligt, sondern nur das eingeräumt, dass wie bei Prozessen der Hintersassen so auch bei solchen der in kirchlicher Vogtei befindlichen Freigelassenen mit dritten Personen der betreffende Kirchenvorstand den Nebenvorsitz neben dem Richter haben sollte (c. 5 und 7). Sohm nimmt an, dass bei blossen Streitigkeiten innerhalb der Hofgenossenschaft schon damals ausschliesslich das Gericht des kirchlichen Schutzherrn entschieden habe. Aber selbst wenn man dies zugeben wollte, wozu die Bestimmungen des Edikts keineswegs nötigen, so würde doch auch hier nicht festzustellen sein, dass das austrasische Gesetz der Kirche weniger bewilligt habe, wenn es in Betreff der *tabularii* ausdrücklich bestimmt: *nōn aliubi quam ad ecclesiam, ubi relaxati sunt, mallum teneant* (Tit. 58, 1). Dass diese Bestimmung sich nur auf Streitigkeiten innerhalb der Genossenschaft beziehen sollte, ist ja zuzugeben¹⁾, aber damit war doch das gemischte Gericht bei Streitigkeiten mit Dritten nicht ausgeschlossen. Ich halte es nach alledem nicht bloss nicht für erwiesen, dass das austrasische Gesetz vor 614, sondern vielmehr für zweifellos, dass es erst nach 614 erlassen ist. Ein zwingender Grund für diese Annahme liegt aber in dem „Staffelgericht“ des Königs, das nicht bloss in dem die Titel 65—79 umfassenden dritten Teile der *Lex Ribuaria* (Tit. 67 c. 5 und 75), sondern auch in der Bearbeitung der *Lex Salica* (Tit. 33 c. 1) in gleicher Wortform erwähnt wird²⁾. Staffel ist Stufe (*gradus*), u. a. auch die steinerne Stufe (*perron*), die gewöhnlich an den Burgeingängen zum bequemen Besteigen der Pferde angebracht war, offenbar eben der Platz

¹⁾ Vgl. Roth, Feudalität und Untertanenverband 301f. Löning, a. a. O. II, 239 Anm. 3. — ²⁾ Vgl. Grimm, *Gesch. d. deutsch. Spr.* 3. Aufl. 285 (2. Aufl. 406). Lexer, *Mittelh. WB.* II, 1140. v. Richthofen, *Altfries. WB.* 1044. Schiller-Lübben, *Mitteln. WB.* IV, 364.

der an den königlichen Pfalzen zugleich zur Abhaltung des Hofgerichts zu dienen pflegte. Die altgermanische Form des Wortes ergibt sich aus alts. ags. altfries. mnd. *stapel*, *stupul*, *stapol*, *stepel*, altn. *stöpull*, während es ahd. *staphal*, *staphala*, *staphil*, *staphul*, mhd. *stapfol*, *staffel* lautet. In der Lex Ribuaria liefern nun gerade die dem ursprünglichen Wortlaute am nächsten stehenden Handschriften der A-Klasse fast ausschliesslich die althochdeutsche Form, zumal Tit. 33, 1 (*stafolus*, *staffolus*, *staffulus*, *staffalus*, *staflus*, *stapphulus*), nur der zwischen beiden Handschriftenklassen stehende Codex A 9 hat *staplus*, während A 6, 7 das Wort mit lat. *stabulum* verwechseln. Die lex emendata der Klasse B hat zwar überwiegend *staplus*, *stapplus* u. dgl. m., aber auch hier begegnet *stapfolus* (B 1, 11), *stafolus* (B 5), *staffolus* (B 6, Til.), *stapfolus* (Herold). Bei den beiden anderen Stellen (Tit. 67 u. 75) ist das Verhältniss im wesentlichen dasselbe, nur haben die Schreiber der B-Klasse hier noch konsequenter das p festgehalten. Das Schwanken der Schreiber erklärt sich sehr einfach aus den dialektischen Verschiedenheiten, die ganz besonders im Gebrauche der Lippenlaute im Rheinfränkischen bestanden, — auf diesem Gebiete hat die althochdeutsche Lautverschiebung erst nach und nach ihre Eroberungen gemacht, um so wichtiger aber ist die unzweifelhafte Tatsache, dass der ursprüngliche Wortlaut des zweiten und dritten Teils der Lex Ribuaria bereits die althochdeutsche Form gehabt hat¹⁾. Damit ist aber jeder Gedanke an das sechste Jahrhundert ausgeschlossen und wir haben den zweiten und dritten Teil unseres Volksrechts, mit Einschluss des Königsgesetzes, frühestens in das siebente Jahrhundert, auf alle Fälle nach 614, zu setzen.

Genauer ergibt sich aus Tit. 36, dessen ursprünglichen Bestand c. 5—10 gebildet haben müssen. Sohm, der im Anschluss an die Untersuchungen Lönings und Soetbeers²⁾ seine frühere Annahme von der Entstehung dieses Titels gegen Ende des 8. Jahrhunderts³⁾ aufgegeben hat und nunmehr die volle Zugehörigkeit desselben zum 2. Teil der Lex Ribuaria behauptet⁴⁾, ist doch der Ansicht, dass Tit. 36 ursprünglich erst

¹⁾ Vgl. Heinzel, Niederfränk. Geschäftssprache 15, 232 f., 254. —

²⁾ Vgl. E. Lönig, a. a. O. 297 ff. Soetbeer i. d. Forschungen z. deutsch. Geschichte I, 561. II 314. — ³⁾ Vgl. Zeitschrift f. RG. V, 455 ff.

— ⁴⁾ Vgl. Mon. Germ. Leg. V, 188 f. 229 ff.

hinter Tit. 64 gestanden habe, weil er die fortlaufende Bearbeitung der Lex Salica unterbreche und wenigstens Tit. 36 c. 11, 12 in einer Handschrift des 9. Jahrhunderts (A 5) erst hinter Tit. 64 unter eigener Titelrubrik aufgeführt seien¹⁾. Man erwäge zunächst folgendes: der Verfasser des zweiten Teils unseres Volksrechts stand mit Tit. 35 bei der Bearbeitung von Lex Salica Tit. 15 (*De homicidiis vel si quis uxorem alienam tulerit*); indem er die schon Tit. 7—15 behandelten Tötungsfälle übergieng, beschränkte er sich auf Ehebruch und Unzucht mit freien Frauen (35, 1, 2), Entführung von Frauen in verbo regis und feminae ecclesiasticae (35, 3), Tötung von Geistlichen (36, 5—9) und, in Ergänzung von Tit. 12, Tötung einer Schwangern, eines Neugeborenen, Abtreibung einer Leibesfrucht (36, 10), woran sich dann die eherechtlichen Bestimmungen des Tit. 37 ohne grossen Zwang anreihen mochten²⁾. Löning und Sohm legen mit Recht ein besonderes Gewicht auf die ursprüngliche Fassung von Tit. 36 c. 5. Das Wergeld des niederen Geistlichen ist hier nicht, wie später in der lex emendata (B.-Klasse der Handschriften), schlechthin nach dem Geburtsstande, sondern nach dem Stande der Römer geregelt; Sohm macht es wahrscheinlich, dass sich dies hinsichtlich der Subdiakonen (c. 6) und Diakonen (c. 7) ursprünglich analog verhalten habe²⁾. Daraus soll dann folgen, dass Tit. 36 zu einer Zeit, wo der Klerus noch ausschliesslich aus Römern bestand, also vor dem 7. Jahrhundert entstanden sei. Zunächst glaube ich nicht, dass bei dem Wergelde von 100 Solidi für den niederen Kleriker in erster Reihe an den römischen Provinzialen und nicht vielmehr, dem Geiste der Lex Ribuarria entsprechend, an liberti Romani und ecclesiastici zu denken ist. Auf der anderen Seite ist nicht zu übersehen, dass die Wergeldsbestimmungen für Priester (c. 8) und Bischöfe (c. 9) mit den Ansätzen des 8. Jahrhunderts durchaus übereinstimmen und noch durch das Capitulare legibus addendum von 803 bestätigt werden. Zur Zeit der Abfassung unseres Titels muss also die höhere Geistlichkeit im wesentlichen schon denselben Charakter wie im 8. Jahrhundert getragen

¹⁾ Vgl. Mon. Germ. Leg. V, 189. — ²⁾ Vgl. a. a. O. 188, wo aber Zeile 29—32 statt 7 und 8 zu lesen ist 6 und 7.

haben, während der freie Franke sich von den niederen ordines noch zurückhielt. Diese dienten ihm nur als Durchgangsstufe, als Lebensstellung genügten sie nur für römische Provinzialen und für Gotteshausleute, deren Stellung unter kirchlicher Vogtei ihnen den niederen Kirchendienst leicht nahe legen mochte. Damit erhalten wir ein ziemlich sicheres Merkzeichen für die Bestimmung der Abfassungszeit: nicht das 6. Jahrhundert, weil schon Germanen im höheren, nicht mehr das 8. Jahrhundert, weil noch keine Germanen im niederen Kirchendienst stehen (wie dies nach Lex Alam., Lex Baiuw. und Lex Rib. emendata bereits der Fall war). Der zweite Teil der Lex Ribuaria, mit Einschluss des Königsgesetzes, ist demnach in das 7. Jahrhundert, und zwar aus sprachlichen Gründen wol nicht vor die Mitte desselben, zu setzen. Dies gilt aber unmöglich von Tit. 36 c. 1—4 und c. 11—12. Die beiden letzteren können nicht vor Ende des 8. Jahrhunderts entstanden sein; sie sind Zeitgenossen der Lex Saxonum c. 66 und des Capitulare Saxonicum von 797 c. 11. Die Berufung auf das Münzsystem der Lex Alamannorum und Lex Baiuvariorum vermag die entgegengesetzte Annahme nicht mehr zu stützen, seit feststeht, dass auch diese beiden Gesetze erst dem 8. Jahrhundert angehören. Wir dürfen vermuten, dass c. 11 und 12 ursprünglich eine selbständige Titelrubrik (*Quomodo wirageldum solvere potest*) gebildet haben¹⁾. Von den übrigen Bestimmungen kann c. 4 ebenfalls nicht vor dem Ende des 8. Jahrhunderts entstanden sein; die Gegen Gründe sind so schwach, dass jede Widerlegung überflüssig erscheint. Da c. 1—4 unverkennbar ein Ganzes bilden, so sind c. 1—3 auch nicht früher zu setzen; das Ganze war eine Ausführungsbestimmung zu Tit. 31, 3. Sie wurde hinter Tit. 35 eingeschoben, weil die auf denselben folgenden Bestimmungen (36, 5—10) ebenfalls von dem Wergeld handelten. Auf diese Weise haben endlich auch c. 11—12, nachdem sie eine Weile umhergeirrt sein mögen, am Schluss des erweiterten Tit. 36 eine passende Stelle gefunden.

IV. Zur Lex Saxonum. Die vielumstrittene ruoda der Lex Saxonum c. 14 dürfte sich aus einer erst später in

¹⁾ Vgl. MGL. V, 254 Zeile 15.

den Text hineingeratenen Glosse erklären. Zur Erläuterung ist c. 28 der Capitulatio de partibus Saxoniae heranzuziehen: *De praemiis et muneribus: ut munera super innocente nullus accipiat; et si quis hoc facere praesumpserit, nostrum bannum solvat. et si, quod absit, forte comis hoc fecerit, honorem suum perdat.* Hier sind *praemia* und *munera* offenbar in demselben Sinne gebraucht, aber nicht für Geschenke, denn die durfte der Graf auch von dem Schuldigen nicht annehmen, sondern für das Friedensgeld. L. Sax. c. 14 wird ursprünglich gelautet haben: *Qui nobilem occiderit, 1440 sol. componat, et in premium 120 solidi.* Das Wergeld betrug 1440, wozu noch ein Friedensgeld von 120 solidi kam. Hierzu machte irgend jemand die sprachliche Bemerkung: „Die Zahl 120 wird bei den Sachsen *ruoda* genannt“. Denn wie „Mandel“ ursprünglich ein Bund von 15 Getreidegarben und erst in abgeleitetem Sinne die Zahl 15 bezeichnet (vgl. Heyne in Grimm's DWB. VI, 1534 f.), so war „Rute“ ein Längenmass von 120 Zoll (vgl. v. Richthofen, Zur Lex Saxonum 381 ff. und Monum. Germ. Leg. V, 35 Note 28) und ist dann ebenfalls zu einem Zahlkollektivwort geworden¹⁾. Derartige Kollektivworte scheinen aber in der Gerichtssprache nicht bloss gebräuchlich, sondern stellenweise geradezu unentbehrlich gewesen zu sein. Wie die Lex Salica statt 200 sol. den Gerichts Ausdruck *leudis* vorschrieb, auch wenn es sich nicht gerade um ein Wergeld handelte, und wie der Ribuarier nicht „fünfzehn“, sondern „dreimal fünf“ sagte²⁾, so mag auch *ruoda* der notwendige Gerichts Ausdruck für das Grösshundert gewesen sein.

V. Karl der Grosse als Sammler der Volksrechte. Noch in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts stand Karl der Grosse als Lehrer der *phaht* (*pactus*) in der Erinnerung des Volkes. Der Pfaffe Konrad erzählt von ihm in seinem Rolandsliede (her. von Bartsch, V. 702 ff.), und zwar unabhängig von seiner Quelle (der Chanson de Roland):

*er was reht rihtäre,
er lërte uns thie phakte:*

¹⁾ Der sachlichen Erklärung, welche v. Richthofen Vater und Sohn (Zür Lex Saxonum S. 388 Anm., Mon. Germ. Leg. V pag. 35 Note 28, pag. 136 Note 12) von der Bedeutung des *praemium* geben, kann ich nicht beitreten. — ²⁾ Vgl. Sohm, Monum. Germ. Leg. V, 187.

*ther engel sie imo vore tihte.
er erkunde elliu reht.*

Die jungen Leute am Hofe erhalten Unterricht in der *phiht* (V. 661 f.):

*sie hörten thie phiht lē:en
thie ethelen juncherren.*

Daran schliesst sich das von einem unbekanntem Verfasser des 13. Jahrhunderts herrührende Gedicht „Die gute Frau“ (her. von Sommer, in d. Zeitschr. f. deutsch. Altert. II, 480):

*und der biderbe Karle uns mahte
die hêrlîchen pfahte.
des suln im iemer danken
die Swâbe und diu Franken,
daz er si vor aller diet
an ir rehte ûz schiet.*

III.

Die Entstehungszeit des Edictum Theoderici.

Von

Herrn Privatdocent Dr. **Augusto Gaudenzi**

in Bologna¹⁾.

I.

Die Frage nach der Entstehungszeit des Edictum Theoderici ist als eine noch offene zu betrachten. Die neueren Schriftsteller haben meistens nur die älteren Ansichten entkräftet ohne diesen eine positive Behauptung entgegenzustellen: und gewiss ist es der Mühe nicht unwerth zu untersuchen,

¹⁾ Dieser Aufsatz ist theils aus unserer Schrift *Gli editti di Teoderico ed Atalarico e il diritto romano nel regno degli Ostrogoti* (Torino 1884) entnommen, aber grossentheils enthält er Berichtigungen oder Zusätze dazu.

ob es möglich ist, statt mit diesen negativen Resultaten sich zu begnügen, eine bestimmte Ansicht aufzustellen.

Die ältere von Pagi und Ritter vertretene Meinung, denen Sartorius, Manso, Neumann, Gans, Savigny, und neuerdings Bluhme gefolgt sind, setzt den Erlass des Edictum in das Jahr 500. Sie stützt sich auf zwei Stellen des Anonymus Valesianus und auf eine des Chronicon Paschale¹⁾. Die erste Stelle des Anonymus ist die folgende:

„Deinde (Theodericus rex) veniens, ingressus urbem, venit ad senatum, et ad Palmam populos adlocutus se omnia deo iuvante, quod retro principes ordinaverunt inviolabiliter servaturum promittit. Per tricennem triumphans populo ingressus palatium donavitque populo romano et pauperibus annonas singulis annis etc.“²⁾.

Diese Nachricht fällt in das Jahr 500, wie man aus dem Chronicon des Cassiodor ersieht, der unter den Namen der Consuln Patricius und Hypathius schreibt:

„Hoc anno D. N. rex Theodericus Romam cunctorum votis expectatus advenit, et senatum suum mira affabilitate tractans, Romanae plebi donavit annonas etc.“

Und Valesius bemerkt dazu: „Forte legendum est *per decennalem* (statt *per tricennem*) ut haec Theoderici pompa ad decennalia eius referatur. Ingressus autem Romam anno regni sui octavo. Itaque si decennalia tunc celebravit toto biennio anticipavit, quod non insolitum fuisse eruditi sciunt.“ Diese Emendation hält Pagi³⁾ für unbedenklich, denn Procopius gebe Theoderich 37 Regierungsjahre, also rechne seine Regierung von 489, nicht von 493, wie Valesius anderen Quellen folgend, thut: und darum sei es wahrscheinlich dass Theoderich seine Decennalien im Jahre 500 gefeiert habe: was sonst nicht möglich gewesen wäre⁴⁾. Eine Beziehung

¹⁾ Cf. Glöden, Das römische Recht im ostgothischen Reiche, p. 2—9. — ²⁾ Excerpta Valesiana §§ 66, 67 in der Ausgabe des Ammianus Marcellinus von Gardthausen (Lipsiae 1875) II, p. 297—298. — ³⁾ Dissertatio hypathica, Lugduni 1682, proleg. XXI. — ⁴⁾ Pagi glaubt dass Theoderich seine Decennalien auch 502 gefeiert habe, um etwas Recht zu geben auch denen, welche seine Regierung von 493 datierten. Die Decennalien aber sind nicht nur das Steckenpferd, wie Glöden sagt, sondern auch die Manie von Pagi.

aber zum Edictum Theoderici enthält die so zurecht gemachte Stelle erst durch die Verbindung, in welche man sie mit der folgenden desselben Anonymus gebracht hat:

79. „*Igitur Theodericus rex illiteratus erat, et sic obruto sensu. ut in decem annos regni sui quattuor litteras subscriptionis edicti sui discere nullatenus potuisset. de qua re laminam auream iussit interrasilen fieri, quattuor litteras regis habentem; unde si subscribere voluisset, posita lamina super chartam, per eam pennam duceret, ut subscriptio eius tantum videretur* 1).“

Das „in decem annos“ hat man gesagt, beziehe sich auf die Decennalia, welche Theoderich in Rom 500 gefeiert habe, und also müsse das Edict in diesem Jahre entstanden sein. Dies aber bestätigte die folgende Stelle des Chronicon paschale:

„*Τούτου τῷ ἔτει Θεοδορίῳ, τῷ γενωμένῳ Ῥηγὶ Ῥώμης προσῆλθεν μία γυνή συγχλητικὴ Ῥώμης ὀνόματι Ἰουβενάλια, διδάσκουσα αὐτὸν ὅτι τρία ἔτη ἔχω δικαζομένη μετὰ τοῦ Πατρικίου Φίρμον, καὶ εὐλύτωςόν με καὶ ἐνεγκῶν τοὺς δικολόγους αὐτῶν ἀμφοτέρων μερῶν εἶπεν αὐτοῖς ὅτι εἰ μὴ διὰ τῆς αὐριον δώσετε ὄρον καὶ ἀπαλλάξατε αὐτοὺς ἀποκεφαλίζω ὑμᾶς. καὶ καθίσαντες διὰ τῶν δύο ἡμερῶν εἶπαν τὰ δοκοῦντα τοῖς νόμοις, δεδωκότες αὐτοῖς ὄρον καὶ ἀπηλλάξαντες αὐτούς. καὶ ἄψασα κηρὸς ἡ Ἰουβενάλια προσῆλθεν αὐτῷ εὐχαριστοῦσα ὅτι εὐλυτώθη ἡ δίκη αὐτῶν. καὶ ἠγανάκτησεν ὁ αὐτός. Ῥῆξ κατὰ τῶν δικολόγων, καὶ ἀγαγὼν αὐτοὺς εἶπεν αὐτοῖς Διὰ τί, ὁ ἐποιήσατε εἰς δύο ἡμέρας καὶ ἀπηλλάξατε αὐτοὺς, εἰς τρία ἔτη οὐκ ἐποιήσατε; καὶ ἀπεκεφάλισε τοὺς δύο δικολόγους ἕξ ἀμφοτέρων τῶν μερῶν. καὶ ἐγένετο φόβος. καὶ ἐποίησε διάταξιν περὶ ἐκάστου νόμου. καὶ ἐξελεθῶν οἴκησεν τὴν Ῥάβαινναν πόλιν παραθαλάσσιον ἕως θανάτου αὐτοῦ· καὶ μετὰ θάνατον αὐτοῦ ἐγένετο Ῥῆξ Ῥώμης ὁ ἐκ γένους αὐτοῦ Ἀταλάριχος· ἦν δὲ Ἀρειανὸς τῷ δώγματι ὃ ἐστὶν Ἐξιωνίτης* 2).“

Diese Erzählung, die in das Jahr 485 gesetzt ist, hat Ritter in das Jahr 500 gerückt, indem er vermuthete, dass die Quelle des Chronisten nur die Indiction VIII angegeben

1) Amm. Marc. Ed. Gardthausen, p. 300—301. — 2) Chronicon Paschale, Ed. Dindorf, S. 604, und Joannes Mal. S. 384.

und dieser bei der Stellung sich geirrt habe. Wenn aber in diesem Jahre Theoderich eine *διάταξις περὶ ἐκάστου νόμου* erlassen habe, so solle diese mit dem „Edictum“ des Anonymus und dem uns erhaltenen „Edictum Theoderici“ identisch sein.

Aber gegen diese so scharfsinnig durchgeführte Annahme lassen sich folgende Gründe geltend machen.

Theoderich rechnete seine Regierungsjahre von 489, nicht von 490, wie Pagi früher glaubte. „Si Romani praedium ex quo Deo propitio Sonti fluenta transmisimus, ubi primum Italiae nos suscepit imperium, praesumptor barbarus occupavit, eum priori domino restituat“ schrieb er an Domitian und Willia (Var. I, 18). Und bekanntlich überschritt er den Sontius am 28. August 489, wie der Anonymus Cuspiniani erzählt. Seine Decennalien fielen also in das Jahr 499, nicht in das Jahr 500. Dass er sie in Rom 500, also wie Pagi selbst annimmt¹⁾, „praeter legitimum tempus“ gefeiert habe, ist nicht aus einer willkürlichen und handschriftlich nicht zulässigen Abänderung von *tricennalem* in *decennalem* zu erweisen. Wahrscheinlicher ist es, dass auf die Tricennalien von Theoderich die andere Nachricht desselben Anonymus zu beziehen sei, dass Theoderich nachdem er das Consulat Eutarich gegeben (a. 519) in Rom und Ravenna triumphirt habe, und dass die Worte *per tricennalem* oder *tricennalia* in der Quelle des Anonymus mit diesem Ereigniss in Verbindung ständen, und er sie versetzt habe. Jedenfalls kann man nicht ein Ereigniss, dass im zehnten Regierungsjahre Theoderichs geschehen sein soll, in das elfte Jahr setzen, weil dieser seine Decennalien ein Jahr nach der gehörigen Zeit gefeiert habe.

Aber sieht man auch von dieser Erwägung ab, so ist die Stelle des Anonymus für die Chronologie des Edictum gleichfalls unbrauchbar. Der Anonymus sagt, dass Theoderich die Metallplatte habe fertigen lassen, um sich derselben zu bedienen, so oft er unterschreiben wollte, nicht um sein Edict zu unterzeichnen. Und wollte man glauben, dass er diese Nachricht mit Rücksicht auf die Veröffentlichung des Edicts

¹⁾ op. cit. Prolegomena XXXX.

hätte mittheilen wollen, so sind die Zahlangaben bei ihm zu verdorben um Schlüsse daraus zu ziehen¹⁾. Und allerdings müsste es Bedenken erregen dass Theoderich in den ersten zehn Jahren seiner Regierung niemals hätte zu unterzeichnen brauchen, während wir wissen dass er schon im Jahre 493 oder 494 ein Edictum erliess²⁾, für das seine Unterzeichnung ebenso wenig entbehrlich war wie für das uns erhaltene.

Will man aber trotzdem die Erzählung des Anonymus so verstehen, so ist es unmöglich sie auf das Jahr 500 (oder auch 499) zu beziehen. Der Anonymus rechnet die Regierungsjahre von Theoderich nicht von 489 sondern von 493 an, und dies in einer ganz consequenten Weise. Im Jahre 476, als Theoderich mit Zustimmung seines Volks dem Vater in der königlichen Würde gefolgt war, nennt ihn der Anonymus nicht rex sondern *dux Gothorum*. Nach seiner Ankunft in Italien bezeichnet er ihn immer als „Theodericus patricius“ bis zum Jahre 493. Dann schreibt er:

Ut ingressus est Ravennam et occidit Odoacrem Gothi sibi confirmaverunt regem Theodericum, non expectantes iussionem novi principis . . . Ergo praeclarus et bonae voluntatis in omnibus qui regnavit annos XXXIII (Theoderich starb 526), *cuius temporibus felicitas est secuta Italiae per annos triginta.*

Und wenn er nun Theoderich drei und dreissig Regierungsjahre giebt und sagt, dass das Glück nur dreissig Jahre Italien begleitet habe, so geschieht dies, weil im Jahre 523, als Theoderich durch die Arianerverfolgung des Kaisers Justinus erzürnt seine Politik gegen die katholische Kirche veränderte „*invenit diabolus locum quemadmodum hominem bene rempublicam sine querela administrantem subriperet*“ (§ 83). Darum ist er nachher nicht *rex* sondern *tyrannus* (§ 94). Wenn also der Anonymus sagt, dass Theoderich *in decem annos regni sui* die vier Buchstaben³⁾ seiner Unterzeichnung

¹⁾ Er schreibt z. B. dem Romulus Augustulus zehn Regierungsjahre statt zwei. — ²⁾ Ennodii Vita Epiphani 135. — ³⁾ Diese vier Buchstaben haben den Auslegern viel zu thun gegeben. Valesius meint, sie seien „Theod“ und schiebt dieses Wort in den Text ein vor *unde*. Glöden, der bemerkt, dass es nicht vier sondern fünf Buchstaben seien, und trotzdem er das „Theod“ aufrecht erhalten will, meint, sie seien in dem griechischen (Θεοδ) oder gothischen (þeod) Alphabete zu suchen. Nur

nicht gelernt hatte, so muss dies auf 503 nicht auf 500 zu beziehen sein. Was die Stelle des Chronicon Paschale anbetrifft, so ist gewiss aus einer annalistischen Quelle, welche der ganzen Regierung Theoderichs und seines Nachfolgers unter einem und demselben Jahre erwähnt und dieses irrig angiebt, nichts für die Chronologie des Edicts zu folgern. Will man aber die *διάταξις περὶ ἐκάστου νόμου* in das Jahr 500 setzen, so kann man sie mit diesen Worten des Anonymus in Verbindung setzen „*Verba enim promissionis ejus, quae populo fuerat adlocutus* (scil. se omnia quod retro principes romani ordinaverunt inviolabiliter conservaturum) *rogante populo in tabula aenea jussit scribi et in publico poni*“. Und auf diese feierliche Rechtserklärung muss man gewiss mit Dahn die Erwähnung eines Edicts in der folgenden Stelle desselben Anonymus beziehen „*exhibens ludos et circenses, ut a Romanis Trajanus et Valentinianus quorum tempora sectatus est appellaretur, et a Gothis secundum edictum suum, quod eis constituit, rex fortissimus in omnibus judicaretur*“.

weil dies Bedenken erregt zieht er die ganze Nachricht in Zweifel. Der Anonymus aber ist sehr gut erkündigt über das Leben Theoderichs, und stimmt hier ganz mit Procop überein (B. G. I, 2), der gewiss aus ganz anderen Quellen schöpft. Wollte man aber in der Subscription des Königs die Schreibung seines Namens sehen, so könnte man vermuthen, dass die Stelle so zu berichtigen wäre „*ut in annos regni sui quatuordecim litteras subscriptionis suae* (Theodericus rex) *nullatenus discere potuisset*“. Aber auch dies ist nicht befriedigend. Unter subscription haben die Römer, wie Bruns (Abhandlung, der Berl. Ac. 1879) dargethan hat, nicht die Schreibung ihres Namens verstanden. Die Fürsten insbesondere pflegten eine Grussformel oder irgend ein anderes ‚motto‘ statt der Unterzeichnung zu brauchen. Die vier Buchstaben Theoderichs könnten also legi sein und man könnte „quattuor literas ‚legi‘“ statt „quattuor litteras regis“ lesen. Diese mir zuerst vom Prof. Breslau mitgetheilte Vermuthung hielt ich vorher für unbedenklich. Erstens Valentinian der dritte soll sich einer solchen Unterzeichnung (Marini, Diplomi p. 94), wenn das Diplom nicht eine Fälschung ist, bedient haben, und Theoderich wird, wie in allen anderen Sachen, so auch an diesem Gebrauch der ravennatischen Kanzlei festgehalten haben. Zweitens, der Codex Meermannianus (Gardthausen, p. 303) des Anonymus hat *egi* statt *regis*. Drittens die subscriptio Alarichs, des Königs der Westgothen, wie sie sich aus der auctoritas des Breviarium ergibt, ist *recognovimus*, was dasselbe bedeutet. Jedoch bezweifle ich jetzt auch die Richtigkeit dieser Ansicht

Diese Stelle ist wohl mit Dahn zu berichtigen: „ut a Romanis Trajanus vel Valentinianus, quorum tempora, secundum edictum suum, quod eis constituit, sectatus est, appellaretur etc.“ Wie sollen, sagt Dahn, die Gothen nach seinem Edict ihren König für einen Helden angesehen haben? Und er hat ja das Edict nicht bloss den Gothen gegeben. Wohl hat er aber den Römern eine für sie höchst wichtige Rechtserklärung gegeben, das Versprechen ihnen das römische Recht zu belassen, welche Erklärung als ein „*edictum*“ auf Tafeln angestellt wurde und zwar gerade damals als er ihnen *ludos* und *annonam* gab, nämlich a. 500 bei seinem Besuche in Rom. Der so hergestellte Text giebt aber nicht nur, wie Dahn bemerkt, einen guten Sinn im Zusammenhange mit den Worten des An. „*omnia quae retro principes (scil. Trajan et Valent.) ordina-verunt*“, er kann vielmehr noch obendrein mit zwei Stellen der Varien erläutert werden. Als Athalarich das von Theoderich im Jahre 500 den Römern gegebene Versprechen das römische Recht beizubehalten erneute, sagte er (Var. VIII, 3): „*Ecce Trajani vestri clarum saeculis reparamus exemplum: iurat vobis per quem iuratis: nec potest ab illo quisquam falli, quo invocato non licet impune mentiri*“. Und sein Edict, welches bestimmt war „*reliquum jus non debilitare sed conservare*“ (Var. IX, 19) begann mit den Worten „*Ut sanctio divi Valentiniani adversus eos pessime neglecta consurgat*“ etc. Will man nicht annehmen, dass in dem Edict von Theoderich im Jahre 500 dieses Verbot der Selbsthülfe enthalten gewesen sei, so muss man glauben, dass er die gerechte Verwaltung und die Gerechtigkeit Valentinians I. erwähnte.

Ist aber etwas daraus für die Chronologie des Edicts zu folgern, so kann man nur mit Sicherheit behaupten, dass das Edict später als jene feierliche Rechtserklärung entstanden sei. Im Eingange des Edicts sagt der König nicht nur, dass er alle römischen Gesetze erhalten wolle, sondern er setzt dies als einen bekannten und auf die Praxis angewendeten Grundsatz voraus. „*Et quamvis nullus iniuste factum possit sub legum auctoritate defendere, nos tamen praesentia iussimus edicta pendere ut salva iuris publici reverentia et legibus omnibus cunctorum devotione servandis, quae Barbari Romanique sequi debeant super expressis articulis, edictis*

praesentibus evidenter cognoscant.“ Dass mit *leges* nur und allein die römischen Gesetze gemeint sein können, unterliegt keinem Zweifel. Wäre das Edict schon 500 erlassen, und wie es Sitte war (Var. XI, 19) „*locis celeberrimis solemniter propositum*“, hätten die Römer gewiss von Theoderich nicht gefordert, dass er die Versprechung, die römischen Gesetze zu erhalten, auf einer ehernen Tafel aufstellen liesse.

In Ermangelung aber directer Zeugnisse hat Glöden einen Umweg eingeschlagen, um die Entstehungszeit des Edicts näher festzustellen. Er hat nämlich nachzuweisen versucht, dass bei Abfassung des Edicts die *Lex romana Wisigothorum* benutzt worden sei und also das Edictum nach dieser entstanden sein müsse. Ihm stimmt Stobbe bei¹⁾, der bemerkt, dass, wengleich sehr unwahrscheinlich sei, dass man in Italien, wo die Quellen des römischen Rechts selbst überall vorlagen, sich bei Abfassung eines neuen Gesetzbuchs an die in fernen Gegenden entstandene *Lex Wisigothorum* angeschlossen haben sollte, so stimmen doch in einzelnen Stellen die Worte der *Interpretatio* und des Edicts so auffallend überein, dass eine Erklärung dafür nur in der Benutzung des Breviars gefunden werden könne: das Edictum sollte also nach 506, aber vor 526, dem Todesjahre Theoderichs, entstanden sein.

Dahn leugnet diese Abhängigkeit des Edictum vom Breviar: er glaubt aber, dass, wenn eine auf Absicht ruhende Uebereinstimmung zwischen Edictum und Breviarium bestehe, vielmehr an eine Nachahmung des Edictum durch die *Lex Wisigothorum* zu denken sei: weil (dies sind seine Worte) „Theoderich und Italien zu Alarich und Gallien eher als Lehrer denn als Schüler sich verhielten: wonach das Edictum vor a. 506 entstanden sein müsste.“

Man kann aber, wie Bluhme gethan hat, die Uebereinstimmung zwischen Edict und Breviar auf andere Weise sich erklären. Man kann annehmen, dass die *Interpretatio* älter als das Breviarium sei²⁾, und also das Edict sie unabhängig vom Breviarium benützt habe. In diesem Falle ist es klar, dass

¹⁾ Gesch. der deut. Rechtsqu. p. 97. — ²⁾ Dies hat schon Fitting, in der Zeitschr. f. R.-G., wie uns scheint, überzeugend nachgewiesen.

es auf diesem Wege nicht möglich ist, das Alter des Edictum festzustellen.

II.

Wir aber glauben, dass das Edict selbst uns genügende Anhaltspunkte für die Bestimmung seiner Entstehungszeit darbiete. Dasselbe lautet cap. 148: *Servi aut coloni ab hostibus capti et reversi domino restituantur: si non sunt ab altero vendentibus hostibus comparati.*

Sind aber die Bestimmungen des Edictum keine abstracten Rechtsprinzipien, sondern Massregeln für die häufigsten in der dermaligen Praxis vorkommenden Fälle, wie der Prolog und der Epilog ausdrücklich sagen, und ist dies besonders der Fall mit dem letzten Paragraphen desselben, welche ohne Zusammenhang mit den ersten, ohne eine bestimmte Ordnung nach den Bedürfnissen des Augenblicks demselben angehängt wurden, so muss eine solche Verfügung, und also das Edict selbst nach einem Kriege entstanden sein, in welchem Gefangene fortgeschleppt und dann zurückgekehrt sein konnten. Es muss also nach dem illyrischen¹⁾ oder dem gallischen²⁾ Feldzuge erlassen worden sein, weil Theoderich nach seinem Siege über Odoaker keine anderen Kriege geführt hat. Die erste Annahme aber ist unzulässig, weil Ennodius, der um das Jahr 507 eine Lobrede auf Theoderich hält, in der er mit äusserster Sorgfalt alles aufzählt, was seinem Helden zur Ehre gereichen kann, wobei die Bemühungen des Königs um eine geordnete Rechtspflege mit besonderem Nachdruck hervorgehoben werden, einer Gesetzgebung desselben mit keinem Worte Erwähnung thut. Während dies ein Beweis für die Nichtexistenz des Edictes in diesem Jahr ist, zeigen die Worte des Ennodius an den König (Paneg. § 12) „*Interea ad limitem suum romana regna remearunt; dicta more veterum praecepta Sirmiensibus*“, dass das Edict gewiss nicht eben nach der Eroberung von Pannonien erlassen worden ist, weil er in jenem Falle gesagt hätte „*praecepta Sirmiensibus dictasti*“.

¹⁾ Cass. Chron. an. 504. Cethegus v. c. Hoc consule virtute D. N. regis Theoderici victis Bulgaribus Syrmium recipit Italia. — ²⁾ Cass. Chron. an. 508. Venantius Junior et Celer. His cons. a D. N. destinatur exercitus qui Gallias Francorum depraedatione confusas, victis hostibus ac fugatis, suo acquisivit imperio (a. 509—510).

Aber eine genauere Prüfung der oben angeführten Worte des c. 148 führt zu demselben Resultate. Die Gepiden, welche von den Bulgären unterstützt wurden, waren die alten Beherrscher des Landes, welches Theoderich eroberte, und welches sie gegen ihn vertheidigten: sie hatten also keinen Grund Slaven oder Colonen wegzunehmen. Anders verhält es sich mit den Burgundionen und Franken, welche im Jahr 507 in das westgothische Gallien als Feinde einfielen. Abgesehen davon, dass es in der Natur der Sache lag, dass in diesem Falle Gefangene fortgeschleppt worden, bezeugen uns directe Nachrichten, dass solche Gefangene sehr oft in das Land zurückkehrten. Avitus, Bischof von Vienna in Burgund, schrieb etwa im Jahre 511 oder 512 an Liberius, praefectus praetorio Galliarum, der Statthalter Theoderichs: *„Unde quod nobis a viro spectabili vicario vestro, per quorundam captivorum libertate suggestum est ad praeceptionem culminis vestri laetus implevi, pretio tamen non recepto. Quia si aliquid praefato viro magnifico filio meo Gemello condicionis personae ipsae per originem debent (also sie Slaven oder Colonen waren) potest hoc quod mihi obtulerat redimendis ingenuis distribuere: si vero istos liberos natu agnoscitis, sufficit pretium profuisse“*¹⁾. Und Chlodowech erliess in derselben Zeit, oder kurz vorher, einen Brief an die gallischen Bischöfe, worin sich diese Worte finden *„De servis ecclesiarum . . . ita praeceptum est observare . . . ut si aliquis vim captivitatis pertulisset sive in ecclesiis sive extra ecclesia, omnino sine dilatione reddendos esse praecipimus. De ceteris quidem captivis laicis qui extra pacem nostram sunt captivati (also Freien oder Slaven, welche in dem Kriege gefangen worden waren) et fuerint approbati, apostolia cui volueritis arbitrii vestri non negandum“*²⁾. Indem dieser Erlass zeigt wie Slaven oder Colonen, ohne mit Geld losgekauft zu sein, in ihr Vaterland zurückkehren konnten, erklärt er uns auch, wie Avitus als Bischof von Vienna über solche Menschen frei verfügen konnte. Als die Könige der Franken und der Burgundionen zugleich in das Land der Westgothen einfielen, werden sie dieselben Mass-

¹⁾ Mon. Germ. Hist. Scriptores Antiquissimi, VI, 2 S. 101. —

²⁾ Mon. Germ. Hist. Legum sect. II. Capitularia, tom. I, S. 1, 2.

regeln getroffen und den Bischöfen die Befugniss, Gefangene loszusprechen, gegeben haben.

Wir glauben also, dass das Edict nach der gallischen Eroberung erlassen wurde: nicht aber sogleich, denn c. 148 erwähnt des Falles, in welchem Slaven oder Colonen von den Feinden im Verkehre gekauft worden seien; und es musste eine gewisse Zeit verflossen sein nach der Beendigung des Krieges, bevor der Verkehr von den Franken und Burgundionen mit den Einwohnern der Provence wieder angeknüpft sein konnte. Weil aber der Krieg in dem Jahre 510 beendet war, können wir die Redaction des Edictum in die ersten Monate des Jahres 512 setzen.

Und für diese Zeit passt am besten die Fassung des Epilogs des Edicts, in welchem Theoderich sich entschuldigt, nicht alles hierin aufgenommen zu haben, weil er von Staatsorgen in Anspruch genommen war: „*Haec quantum occupationes nostrae admittere potuerunt . . . tam Barbaris quam Romanis sumus profutura complexi . . . quae autem vel edicti breuitas vel curae publicae comprehendere non siverunt, quoties oborta fuerint, custodito legum tramite terminentur.*“ Diese Worte klingen seltsam in dem Munde Theoderichs, für den, wie er unendlich oft in den Varien wiederholt, die Aufrechthaltung der *civilitas*, der Schutz des Rechtes, die erste Sorge war. Sie erklären sich nur, wenn das Edict in einer Zeit von ausserordentlicher politischer oder kriegerischer Thätigkeit entstanden ist. Und dies waren gewiss die Jahre 511 und 512. Theoderich hatte seit kurzer Zeit Gallien und Spanien erobert und seine Machtstellung war da noch unsicher. Er war mit den Vandalen verfeindet, deren König Thrasamund den Gesaleicus unterstützt hatte: mit Kaiser Anastasius stand er gewiss nicht in freundschaftlichem Verhältniss¹⁾; mit den Gepiden musste er Krieg führen, wie wir aus der Nachricht ersehen, dass er Colosseus mit einem Heere nach Pannonien schickte. Von seiner ausserordentlichen Thätigkeit in dieser

¹⁾ Nur im Jahre 516 oder kurz vorher versöhnte Theoderich sich mit dem Kaiser. Cf. Rescriptum senatus urbis Romae ad Anastasium Augustum bei Mansi, Conc. VIII, p. 401. „*Proinde, piissime imperator, haec senatus adjunxit, ut qui animo quambenigno in utraque rep. concordanda fuisti tam esse pio in ecclesiae redintegrandae unitate noscaris.*“ Cf. auch Aviti Ep. LXXXIII (84), S. 101.

Zeit zeugen nicht nur die zahlreichen Erlasse, welche sich in den Varien aus dem Jahr 511 finden, sondern auch die Ausdrücke mit welchen sie gewöhnlich anfangen, b. w. III. 15: „*Inter gloriosas reipublicae curas, quas perpetua cogitatione, Deo auxiliante revolvimus, cordi nostro est levamen humilium*“: Ausdrücke denen man in Erlassen aus anderen Jahren nicht begegnet. Aber der Epilog des Edictum enthält, unseres Erachtens, noch eine andere Bestätigung unserer Meinung. Er lautet: „*Haec quantum occupationes nostrae admittere, vel quae nobis ad praesens occurrere potuerunt a victis, tam Barbaris quam Romanis sumus profutura complexi*.“ Welche sind diese *victi*, wenn nicht die Einwohner von Gallien und vielleicht von Pannonien? Und man wende nicht ein, dass nicht diese, sondern die Franken oder die Bulgaren die *victi* seien. In den Varien III, 16 schreibt Theoderich an Gemellus, welchen er als *vicarius praefectorum* nach Gallien schickt „*Age igitur mandata si cupis in te proficere nostra judicia: turbulenta non ames, avara declina, ut talem te judicem provincia fessa suscipiat, qualem romanum principem transmisisse cognoscat. Desiderat viros egregios coacta cladibus suis. Effice ut victam fuisse delectet*“. Die Stelle des Epilogs ist bisher nicht verstanden worden: und darum hat Glöden die Aenderung von *a victis* in *cunctis* vorgeschlagen und ihm sind Walch, Dahn und neuerdings auch Bluhme in seiner Ausgabe des Edictum in den *Monumenta Germaniae* gefolgt. Aber diese Abänderung ist nicht nur gegen alle handschriftliche Ueberlieferung, weil Pithoeus, der wenigstens zwei Handschriften des Edicts benützte, *a victis* schrieb, sondern ist auch gegen alle Regeln der Kritik. Hätte der Codex des Edicts *cunctis* gehabt, so hätte niemand einen so klaren Ausdruck in den dunkleren „*a victis*“ abgeändert: und an ein blosses Versehen eines Abschreibers ist schwerlich zu denken. Nach dieser Auffassung also ist nicht nur das Edict nach der Eroberung von Pannonien und Gallien entstanden, sondern es sind die verwilderten Zustände dieser Provinzen, die den Erlass desselben veranlasst haben. Und dies wird durch andere Beweise bestätigt. Im Jahre 511, als Theoderich Colosseus als Statthalter nach Pannonien schickte, schrieb er an ihn¹⁾:

¹⁾ Var. III, 23. Dass dieser Brief in das Jahr 511 fällt, ergibt

„*Iuvat probatis ordinanda mandare: siquidem de talibus iudicium gaudet eligentis, et eorum secunda substantia est quae committitur approbata . . . Proinde ad Syrmiosensem Pannoniam, proficiscere . . . commissamque tibi provinciam armis protege, iure compone . . . Aequitati fave, innocentiam animi virtute defende, ut inter nationum consuetudinem perversam Gothorum possis demonstrare iustitiam: qui sic semper fuerunt in laudis medio constituti, ut et Romanorum prudentiam caperent et virtutem gentium possiderent. Remove consuetudines abominanter inolitae: verbis ibi potius non armis causa tractetur. Non sit convitium negotium perdere: cum proprie abiurator alieni furtum non animam reddat. Ne plus intentio civilis rapiat quam bella consumant. Scuta in hostes erigant, non in parentes . . . Quapropter consuetudo nostra feris mentibus inferatur, donec truculentus animus velle consuescat.*“

Und an die Provinzialen selbst schrieb er gleichzeitig (Var. III, 24):

„*Res parva non vos ducat ad extrema discrimina. Acquiescite iustitiae, qua mundus laetatur. Cur ad monomachiam recurritis qui venalem iudicem non habetis? Deponite ferrum, qui non habetis inimicum. Pessime erigitis brachium contra parentes, pro quibus constat gloriose moriendum. Quid opus est homini lingua, si causam manus agat armata, aut unde pax esse creditur, si sub civilitate pugnatur? Imitamini certe Gothos nostros, qui foris praelia, intus nocent exercere modestiam. Sic vos volumus vivere, quemadmodum parentes nostros cernitis floruisse.*“

Aus diesen Briefen ersieht man, dass im Jahre 511 in Pannonien zwar die Missbräuche vorkamen, an welche die Redaction des Edicts anknüpfte, dass aber in Italien sie nicht vorkamen oder weniger häufig waren; sonst hätte der König sein Ziel ganz verfehlt, indem er seine Gothen den verwilderten Pannoniern als Muster hinstellte. Nur so konnte er 509 den Römern sagen (Var. I, 27): „*Si exterarum gentium (scil. Gothorum) mores sub lege moderamur, quanto magis decet ipsam civilitatis sedem legum reverentiam plus habere*“, und

sich aus dem Umstand, dass Senarius zum comes patrimonii für die vierte Indiction (511) ernannt wurde (Var. IV, 3) und als solcher er beauftragt war (Var. IV, 13) *Colosseo ad Syrmiosensem Pannoniam destinato iuxta veterem consuetudinem victualia praebere.*

lange nachher Athalarich sich an die Gothen von Nursia und Reate mit den Worten wenden: „*Sic domini avi nostri estis moribus instituti, ut et leges libenter audiat et iudices*“. Noch grösseres Gewicht legen wir auf die Aeusserungen des Anonymus Valesii, welcher eine Chronik auszog, die nach dem Tode Theoderichs und in einer dem Könige gewiss nicht günstigen Tendenz abgefasst war. „*Hujus temporibus, sagt er, felicitas secuta est Italiam per annos XXX, ita ut pax etiam pergentibus esset*“ und nachher (§ 72) „*Negotiantes vero de diversis provinciis ad ipsum concurrebant. Tanta enim disciplinae fuit ut si quis voluerit in agro suo argentum vel aurum dimittere ac si intra muros civitatis esset ita existimabatur. Et hoc per totam Italiam augurium habebat, ut nulli civitati portas faceret: nec in civitate portae claudebantur*“. Man vergleiche diese Schilderung mit der des Zustandes von Suavien (wovon die Pannonia Sirmiensis ein Theil war) in den Varien IV, 49: „*Fridiladum locis vestris praeesse censuimus, qui abactores animalium legitima severitate coerceat, homicidia resecat, furta condemnet, quietosque vos a sceleratis ausibus reddat, quos nunc praesumptio iniqua dilacerat*“ und frage sich, ob es nicht wahrscheinlich sei, dass das Edict mit besonderer Rücksicht auf die ausseritalischen Provinzen erlassen worden sei.

Dass aber die gallischen Zustände nicht sehr verschieden von den pannonischen waren, beweist der folgende Erlass aus dem Jahre 510 (Var. III, 17):

„*Universis provincialibus Galliarum Theodericus rex. Libenter parendum est romanae consuetudini cui post longa tempora estis restituti: quia gratus ibi regressus est ubi pro-
vectum vestros constat habuisse majores. Atque ideo in anti-
quam libertatem deo praestante revocati vestimini moribus togatis, eiicite barbariem, abiicite mentibus crudelitatem: quia sub aequitate nostri temporis non vos decet vivere moribus alienis. Proinde de necessitatibus vestris inuata nobis man-
suetudine cogitantes, quod feliciter dictum sit, v. s. Gemellum vicarium praefectorum, fide nobis et industria comprobatum, ad componendam provinciam credidimus dirigendum: sperantes in nullo eum delinquere posse, qui nobis peccantes graviter intelligit displicere. Quapropter ordinationibus eius ex nostris jussioni-*

bus oboedite: quia cum credimus vobis profutura decernere. Respicite paulatim iuridicos mores. Non sit novitas molesta quae proba est. Quid enim potest esse felicius quam homines de solis legibus confidere, et casus reliquos non timere? Iura publica certissima sunt humanae vitae solatia, infirmorum auxilia, potentum frena. Amate unde et securitas venit et conscientia proficit. Gentilitas enim vivit ad libitum; ubi magis reperit mortem propriam qui potest habere quod placeat. Vos iam securi ostendite divitias parentum. Bona longo situ recondita prodantur in lucem. Quia tantum quis nobilior erit quantum et moribus probis et luculenta facultate reluxerit. Ideo enim vobis praefectorum vicarium direximus, ut cum tanta dignitate et civilem videamur regulam destinasse. Fruamini quod tantum audiebatis. Intelligite homines non tam corporea vi quam ratione praeferri, et illos merito crescere qui possunt aliis iusta praestare.“ Obwohl in diesem Briefe der König sich mit vieler Vorsicht ausdrückt, so ersieht man doch aus demselben, dass auch in Gallien in ausgedehntem Masse die Missbräuche vorkamen, welche dem Erlasse des Edicts nach dem Prologe Veranlassung gaben. Dass schon damals der König beabsichtigte sie auf legislativem Wege zu beseitigen, ergibt sich vielleicht aus dem Anfange eines Briefes, welchen er an Gemellus und an Marabadus Comes von Massilia kurz nachher schrieb (Var. IV, 12): „*Propositi nostri est, sagt er, ut provincias nobis Deo auxiliante subiectas sicut armis defendimus, ita legibus ordinemus*“. Und dass der Durchführung dieses Gedankens unser Edict seinen Ursprung verdanke, ist im höchsten Grade wahrscheinlich. Dass aber in dem Edict selbst nicht nur auf die gallischen und pannonischen sondern auch auf die italienischen Verhältnisse Rücksicht genommen wird, ist selbstverständlich. Die Rechtsgeschichte zeigt, dass fast jede Gesetzgebung mit einer Ausdehnung des Staatsgebiets, in welchem sie entstanden ist, in Verbindung steht: dass aber, wie es in der Natur der Dinge liegt, bei solchem Vorgehen nicht weniger die alten als die neuen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Man wird vielleicht unsere Ansicht darum seltsam finden, weil in Gallien, wo erst seit wenigen Jahren das Breviarium veröffentlicht worden war, am wenigsten sich das Bedürfniss

nach einer Gesetzgebung fühlbar machen konnte. Und wäre das Breviarium unter Theoderich in Kraft geblieben, so hätte es gewiss für das Edict keinen Platz gegeben. Dies aber, glauben wir, war nicht der Fall. Aus dem oben angeführten Erlasse Theoderichs an die gallischen Provinzialen, worin es heisst, dass sie gern der römischen Gewohnheit sich fügen sollten, der sie nach langer Zeit wiedergegeben wären, ersieht man, dass mit der Herrschaft Theoderichs in Gallien eine Aenderung in dem damaligen Rechtszustand eintrat. Wie soll man sich aber diese anders vorstellen, als dass Theoderich das römische Recht in seinem ganzen Umfang wieder in Geltung gebracht habe? Und dies bestätigen ja andere Erlasse der Varien. Es war kaum sein Heer in Gallien eingerückt, als er ein Proclama erliess, welches mit den Worten anfang: „*Delectamur jure romano vivere quos armis cupimus vindicare*“ und gleichzeitig schrieb er an das römische Volk (Var. I, 27): „*Si iuri romano servit quidquid sociatur Italiae quanto magis decet ipsam civilitatis sedem, legum reverentiam plus habere*“. Und ein Rescript vom Jahre 510 (Var. IV, 12) an Marabadus, comes von Massilia und an Gemellus vicarius praefectorum enthält diese Worte: „*Ideoque nos qui desideria supplicantum consuevimus remittere ad statuta divalium sanctionum . . . sublimitatis vestrae iudicio hanc causam committimus audiendam, ut omni incivilitate remota, mediis sacrosanctis evangeliiis, cum tribus honoratis, quos partium consensus elegerit qui legum possint habere notitiam, quicquid prisci iuris forma constituit, inter eos proferatis*“. Dass aber diese Hinweisung „*ad quidquid prisci iuris forma constituit*“ den Gebrauch des Breviariums, in dessen Einleitung es heisst: „*providere te convenit ut in foro tuo nulla alia lex neque iuris formula proferri vel accipi debeat*“ ausschliesse, leuchtet ein.

Wären aber in den Varien solche Andeutungen nicht enthalten, so hätte man dies gleichfalls nicht bezweifeln dürfen. Theoderich trat in Gallien, wie er selbst sagt (Var. III, 16), als ein römischer Fürst und als Vertreter des römischen Reichs ein. Als ein solcher konnte er nicht ein Gesetz annehmen, das, obwohl aus römischen Quellen geschöpft, doch förmlich den Gebrauch des römischen Rechts als solchen abschaffte. Theoderich, welcher seinen Ruhm darein setzte, dass er die alten römischen Gesetze

beibehielt, und welcher stets die grösste Ehrfurcht vor denselben bewies, konnte schwerlich einen Codex sich aneignen, der die *iniquitates* des alten Rechts zu verbessern beanspruchte. War aber in Gallien der Gebrauch des Breviariums beseitigt, so musste sich das Bedürfniss nach einer practischen Gesetzanordnung fühlbar machen, welche einerseits den ostgothischen Grafen, denen trotz ihrer geringen Kenntniss des römischen Rechts die Rechtspflege anvertraut war¹⁾, zu Hülfe käme, andererseits die Anwendung der wichtigsten Sätze des römischen Rechts auf die Barbaren ausdrücklich vorschrieb²⁾.

Diesem Bedürfniss entsprach das Edict, das, indem es die absolute Geltung des römischen Rechts bestätigte, eine Regel für die häufigsten Fälle enthielt. Das Edict war also mehr ein Verwaltungs- als ein Gesetzgebungsact. Jedenfalls war es ein Gelegenheitsgesetz, das auf die Dauer keinen Anspruch machen konnte, und mit dem Sturze der Macht, die es erlassen hatte, jede Bedeutung verlieren musste. Darum ist es ein blosser Zufall gewesen, wenn zwei Handschriften desselben bis auf Pithou's Zeit sich erhalten haben. Dass aber eine wenigstens von diesen aus Gallien stammte³⁾, ist ein Beweis für die Ansicht, dass es in Gallien hauptsächlich gegolten habe.

Anders natürlich war es mit dem Breviarium, das auch, nachdem es mit dem Aufhören der westgothischen Herrschaft jede Gesetzeskraft verloren hatte, wie ein Rechtsbuch das grösste Ansehen genoss. Das verschiedene Loos also des Edicts und des Breviarium erklärt sich aus ihrem Inhalte: das eine bewahrt ein treues Bild des Systems des römischen Privatrechts, das auf alle Zeit anwendbar war; das andere war eine Reihe von Strafbestimmungen, oder von Andeutungen an Sätze des römischen Privatrechts, die aber allein genommen keinen Werth hatten.

¹⁾ So finden wir Graf Marabod in Marseille, Geberich in Narbonne, Arigern in irgend einer andern gallischen Stadt. — ²⁾ Die Westgothen sind schwerlich alle aus Gallien ausgewandert. Sie hätten keinen Grund dafür gehabt, weil Theoderich auch in Spanien regierte. Sie haben aber unter Theoderichs Regierung nach eigenem Recht gewiss nicht gelebt. — ³⁾ Dies zeigt ein Zusatz zum Edicte, welchen Pithou gewiss aus einer seiner Handschriften mittheilte, der aus den zwei ersten Paragraphen des Tit. II des Papiantum besteht. Die Handschrift, welche sie enthielt, muss in jenem Theile Burgundiens entstanden sein, welchen Theoderich im Jahre 523 eroberte.

Wenn es also aus inneren Gründen sehr wahrscheinlich ist, dass das Edict kurz nach der gallischen Eroberung erlassen worden, so sprechen dafür auch äussere Gründe.

Die Abfassung des Edicts lag dem Quästor sacri palatii ob. Schon die Notitia dignitatum schreibt diesem Beamten *leges dictandae* und *preces* zu, und die Formel der Quästur im sechsten Buche der Varien, die Ernennungsbriefe der Quästoren Honoratus (Var. V, 2. 3), Ambrosius (VIII, 13. 14), Felix (VIII, 27. 28), Patricius (X, 6) lassen uns keinen Zweifel darüber, dass es in der ostgothischen Zeit nicht anders gehalten wurde. „*Vox legum diceris dum nos iura condimus*“ sagt Athalarich zu Ambrosius. Nun bekleidete aber zu Lebzeiten Theoderichs die Quästur sehr oft Cassiodor, welcher auch damals, als er zum Magister officiorum ernannt wurde, deren wichtigste Geschäfte führte: „*Quo in loco positus (scil. in magisterio) quaestoribus semper affuisti: nam cum opus esset eloquio defecato, causa tuo protinus credebatur ingenio*“. Aber das Edict ist nicht von ihm abgefasst worden: sonst wäre es in die Varien aufgenommen, in denen Cassiodor alles sammelte, was er als Quästor, Magister officiorum, und Praefectus praetorio geschrieben hatte¹⁾. Die von ihm dictirten zwölf Capitel des Edictum Athalarici befinden sich nicht nur in den Varien, sondern sie werden auch als ein ewigdauerndes, und den zwölf Tafeln selbst vergleichbares Werk gepriesen (Var. IX, 19). „*Conquerentium siquidem vocibus adacti et frequentium populorum de rebus quibusdam interpellatione commoniti, necessaria quaedam romanae quieti edictali programme, duodecim capitulis, sicut ius civile legimus institutum, in aevum servanda conscripsimus, quae residuum jus non debilitare sed potius corroborare videantur*.“ Der Umstand also, dass das Edictum Theoderici, an welches Cassiodor gewiss seinen Namen sehr gern angeknüpft hätte, nicht von seiner Hand herrührt, erklärt sich nun, wenn dies, bevor Cassiodor in den Dienst des Königs eintrat oder als er an seinem Hofe nicht thätig war, erlassen wurde.

Weil aber die erstere Annahme dadurch ausgeschlossen ist, dass einige der Varien dem Edicte vorangegangen sind

¹⁾ Var. praef.: „*Et ideo quod in quaesturae, magisterii ac praefecturae dignitatibus a me dictatum potui reperire, bisseña librorum ordinatione composui*“.

(und darüber ist man wohl einig), so bleibt nur die zweite übrig. Wenn wir aber die politische Laufbahn des Senator (dies war der Name des berühmten Schriftstellers) betrachten, so ergibt sich uns folgendes¹⁾. Er war zuerst zum consiliarius seines Vaters, als dieser praefectus praetorio war, und nachher von Theoderich zum Quästor ernannt²⁾; wohl nach 500, in welchem Jahre nach dem Anonymus (§ 68) Theoderich „*Liberium praefecto praetorii, quem fecerat in initio regni sui, fecit patricium et successorem ei dedit in administratione praefecturae*“. Nach unserer Ansicht aber bekleidete er die Quästur nur im Jahre 506, weil von der *synodus palmaris*, für welche wichtige Erlasse von der ravennatischen Kanzlei ausgingen³⁾, von den Tumulten in Rom zwischen den Jahren 502—505⁴⁾, und endlich von dem illyrischen Kriege in den Jahren 504 und 505 sich kein Wort in den Varien findet. Danach aber finden sich Briefe aus den Jahren 506—511, welche zeigen, dass Cassiodor bis zum letzten dieser Jahre Quästor blieb. Vor 514 wurde er zum Patricius ernannt, welche Würde nach der Niederlegung eines wichtigen Amtes gegeben zu werden pflegte, und 514 zum Consul. Die Ernennungsbriefe zu diesen Würden wurden nicht von ihm selbst geschrieben, sonst hätte er sie in die Varien eingetragen, wie die Ernennung seines Vaters zum Patricius (I, 3. 4), die Berufung desselben an den Comitatus (III, 28), seine eigene Ernennung zum Praefectus praetorio (IX, 24. 25) und alles was zu Ehren seiner Familie gereichen konnte. Und dies giebt einen sicheren Beweis dafür, dass er zwischen den Jahren 511—514 vom Hofe entfernt gewesen sein muss, während wir ihm im Jahre 515 wieder als Quästor begegnen.

¹⁾ Usener, Anecdota Holderi, Leipzig 1877, p. 66 ff. Mommsen, Praefatio ad Jordanem (in den Mon. Germ. SS. antiquiss. V, 1) S. XLI. — ²⁾ „Excerpta ex libello Cassiodori Senatoris, monachi, servi dei, ex patricio, ex consule ordinario quaestore et magistro officiorum, quem scripsit ad Rufum Patronium Nicomachum ex consule ordinario patricium et magistrum officiorum Cassiodorus Senator vir eruditissimus et multis dignitatibus pollens, iuvenis adeo, dum patris Cassiodori patrici et praefecti praetorii consiliarius fieret, et laudes Theoderichi regis facundissime recitasset, ab eo quaestor est factus, patricius et consul ordinarius.“ — ³⁾ Mansi, Conc. VIII, p. 253 sqq. — ⁴⁾ Vita Symmachi a schismatico quodam descripta, Mansi, vol. VIII, p. 203.

Darum finden sich in den Varien keine Briefe aus den Jahren 512, 513, 514. Ist dies nicht eine indirecte Bestätigung unserer Ansicht über die Entstehungszeit des Edicts in diesem Zeitraum? Aber eine genaue Betrachtung der Varien selbst führt uns zu demselben Resultate. Im Jahre 511 erliess Theoderich das folgende Rescript (Var. IV, 42) an Argolicus Praefectus urbi¹⁾: „*Bene principalis clementia suscipit quos pietas paterna destituit: quia sub parente publico genitoris minime sentiri debet amissio. Ad nos siquidem iure recurrit infantia destituta, quibus universorum hominum proficiunt incrementa. Clarissimorum igitur adultorum Marciani atque Maximi nos querela pulsavit, cum paschalibus diebus essent vulnere sauciati et ipso laetitiae tempore soli cogentur tristitiam sustinere, utilitatem suam pio neglexisse contemptu: cum vel firmae aetati inter lacrimas ista cogitare genus videretur insaniae. Cessat enim lucri ambitus cum vocatur ad planctus, nec mens quodlibet alium capit cum eam qualitas pietatis impleverit. Hac crudeli surreptione capta, turrem Circi atque locum Amphitheatri illustris recordationis patris eorum detestabili ambitu a vestris suggerunt fascibus expetitur. Quorum insidiatorem non humanitatis affectus, non similis terruit casus: gravavit infantiam cui non subvenire merito pudoris aestimatur esse jactura. Sed nos qui regulas veterum, qui servamus momenta pietatis, salubri ordinatione decernimus ut si quondam patricius atque magnificus vir Volusianus pater supplicum commemorata loca communi iure possedit, filiis perire non debeant.*“

Wie man hieraus ersieht, hatten in den Ostertagen des Jahrs 511 Maximus und Marcianus ihren Vater verloren. Bei dieser traurigen Gelegenheit (*hac crudeli surreptione capta*) war gegen sie eine Klage wegen des Besitzes eines Thurmes des Circus und eines Sitzplatzes im Amphitheater vor dem Praefectus urbi angestellt. Marcianus und Maximus antworteten nicht und wurden in contumaciam verurteilt. Jetzt wenden sie sich an den König, der eine Revision des Prozesses anordnet. Dass aber eine Klage in den Ostertagen vorzubringen eine rechtswidrige Handlung wäre, davon findet sich hier keine

¹⁾ Diese Zeitbestimmung ergibt sich aus dem Ernennungsbriefe des Argolicus zum Praefectus urbi für die vierte Indiction (Var. III, 11).

Spur. Wäre aber schon das Edict erlassen gewesen, dessen letztes Capitel (158) lautet:

„*Die solis qui dominicus nuncupatur, sed et diebus paschalibus, nullum praecipimus conveniri: qui contra fecerit, reus sacrilegii habeatur*“,

gewiss hätte der König ganz anders gesprochen. Er hätte Argolicus nicht nur auf die materielle, sondern auch auf die formelle Rechtsverletzung aufmerksam gemacht. Der Prozess also spielte vor dem Erlasse des Edictum. Man wende nicht ein, dass das Verbot in den Ostertagen zu klagen schon in den römischen Gesetzen enthalten war, und dass man auf diese Weise auf die Nichtgültigkeit des römischen Rechts in jener Zeit argumentiren könnte, was gewiss falsch wäre. Es ist nicht leicht zu bestimmen, welche genaue Bedeutung die Constitution von 389 (C. Th. II, 8, 19. C. I. III, 12, 6 (7)) hatte, welche gewisse Tage, unter denen die Ostertage und die Sonntage, zu den Ferien rechnete. Es scheint aber gewiss, dass nicht jede Rechtshandlung in diesen Tagen untersagt werden sollte, sonst hätte man nicht in den justinianeischen Codex die Constitution Kaiser Leos von 469 aufgenommen, welche das absolute Verbot, irgend eine gerichtliche oder aussergerichtliche Handlung an den Sonntagen vorzunehmen, enthielt. Und in der Constitution selbst wären die Worte: „*In quindecim autem paschalibus diebus . . . omnium publicorum et privatorum debitorum differatur exactio*“ überflüssig gewesen: deren natürliche Auffassung ist, dass eine reelle Klage in diesen Tagen zulässig war. Wie es aber auch mit dem römischen Recht stehen möge, so sieht man aus dem Ausdrucke des Edicts: *diebus dominicis sed et diebus paschalibus nullum praecipimus conveniri*, dass Theoderich eine Modification des bestehenden Rechts einführen wollte. Wie neu war das *crimen sacrilegii* für die Verletzer eines solchen Befehls, für welche die Constitution des Jahrs 389 keine Sanction hatte¹⁾.

Aber auch andere Erlasse der Varien weisen darauf hin, dass 511 das Edict noch nicht veröffentlicht war. In diesem

¹⁾ Die Constitution des Jahres 469 war im Abendlande nicht promulgirt worden.

Jahre spielte in Rom ein wichtiger Prozess gegen „*Basilium atque Praetextatum artis sinistrae contagione pollutos*“, d. i. wie es scheint im folgenden Briefe „*magicis artibus involutos*“, über welche der König dem Argolicus schrieb (Var. IV, 22): *Et per omnia iuris ordine custodito, si crimen quod intenditur fuerit comprobatum, ipsam quoque legum districtione plectatur*, und dem Arigernus (Var. IV, 23): *Et si rei criminis cuius impetuntur approbantur, sententiam subeant, quam iuris definita sanxerunt*. Hätte das Edict schon vorgelegen, dessen c. 108 ein solches Verbrechen vorsieht, so wäre es natürlicher gewesen, auf dasselbe Bezug zu nehmen. Aehnliches gilt von vielen anderen Erlassen, welche in die Jahre 509, 510, 511 fallen. Wir haben also durch die Varien das Jahr 511 als terminus a quo für die Redaction des Edicts gewonnen. Den terminus ad quem können wir nur annähernd feststellen, wenn wir den folgenden Brief (Var. V, 33) betrachten:

„*Wilitancho duci Theodericus rex.*

Graviter est Partzenis clementiae nostrae sensibus intimata conquestio, qui se in expeditione gallica constituto in eum Brandilam prosiluisse testatur excessum, ut uxorem eius Reginam proprio sociandam duceret esse coniugio. Et in iniuriam nostrorum temporum adulterium simulata matrimonii lege commissum fuit. . . . Et ideo sublimitas tua impetitos ad suum faciat examen occurrere, et rerum veritate discussa, sicut iura nostra praecipiant in adulteros maritorum favore reseceatur.“

Dass der König, indem er, ein Gothe, zu einem Gothen spricht, unter *iura nostra* nicht das römische Recht im allgemeinen verstehen kann, leuchtet ein. Die Ausdrücke, welche er regelmässig anwendet, um das römische Recht zu bezeichnen, sind *iura*, *leges* schlechthin, oder *divales sanctiones*, *divalia constituta* oder dergleichen. Ueberdies würde eine solche Hindeutung in dem gothischen Herzoge Wilitanchus eine Kenntniss des römischen Rechts voraussetzen, welche er schwerlich besass. Unter *noster* aber versteht Theoderich immer etwas ihm näher stehendes als die Römer oder was ihnen gehört; so sind *juvenes nostri* die Gothen (Var. I, 38), wie *sermo noster* für Athalarich (Var. VIII, 21) die gothische Sprache bedeutet. Aber doch kann hier von gothischem

Rechte nicht die Rede sein, wie Dahn es glaubt¹⁾. Auf die Gothen, wie übereinstimmend alle Schriftsteller, selbst Dahn, annehmen, ist nimmer das gothische Strafrecht angewendet worden, wie das Edict selbst offenbar zeigt. Auch kann man die Schwierigkeit nicht damit beseitigen, dass man, wie Dahn es thut, den Fall vor dem Erlasse des Edicts spielen lässt, als ob damals in gewissen Fällen, z. B. bei Ehebruch, das gothische Gewohnheitsrecht angewendet wäre. Theoderich sagt ausdrücklich:

„*Mulierum se, proh dolor! vota continere nequeunt, quibus castitatem ratio persuadet poena legis imponit, terror maritalis extorquet . . . Defensorem reipublicae redire noluerunt qui tentarunt legibus inimica.*“

Diese Worte beweisen, dass die Strafe für den Ehebruch nicht von einem Gewohnheitsrecht, sondern von einem bestimmten Gesetze verhängt war. Kann man aber unter *iura nostra* weder römisches Recht im allgemeinen, noch gothisches Recht verstehen, so muss man nothwendig an das Edict selbst denken, aus welchem die zwei folgenden Bestimmungen auf unseren Fall anwendbar waren:

§ 7. *Iudex utriusque partibus suggestionibus atque documentis* (worauf vielleicht das „*rerum veritate discussa*“ in Cassiodor hinweist), *id solum judicare debet quod iuri et legibus videtur convenire.* § 38. *Adulteri et adulterae intra iudicia convicti interitum non evadant,* (worauf das „*in adulteros maritorum favore resecare*“ der Varien hindeutet).

Dass aber dieser Brief nicht lange nach der Eroberung von Gallien geschrieben ist, leuchtet ein. Nach unserer Ansicht ist er 515, als Cassiodor wieder die Quästur verwaltete, erlassen. Das Edict muss also 515 schon bestanden haben. Offenbarer ist die Erwähnung des Edicts in den Varien IV, 27:

„*Vir spectabilis Petrus conquestus est Saionis Amarae tuitionem quam ei contra violentos indulsumus in se potius fuisse grassatam: ita ut ictum gladii in se demersum . . . De plaga itaque vero, quam educto gladio, temerarius praesumptor inflixit, ad iudicium comitis Dudae saepe dictus sajo te com-*

¹⁾ Dahn, Die Edicte der Könige Theoderich und Athalarich, S. 142.

pellente veniat audiendus, ut secundum edictorum¹⁾ seriem, quae male commissa claruerint sine dilatione componat.“ Ist Petrus, wie wahrscheinlich, der Consul des Jahres 516, und ist er nur *vir spectabilis*, nicht *vir illustris* genannt, so ist dieser Brief vor seinem Consulate, also spätestens 515 erlassen. Wir würden also in diesem Jahre wieder einen terminus ante quem für die Abfassung des Edicts finden.

Auch ein anderer Erlass an Johannes Consularis Campaniae (Var. IV, 10) deutet auf das Edict hin:

„Provincialium igitur Campaniae atque Samnii suggestione comperimus nonnullos, neglecta temporum disciplina, ad pignorandi licentiam se transtulisse²⁾: et quasi edicto omissio, vulgo licentiam crevisse vitiorum.“

Dieses Erlasses aber wie auch der Formel, mit welcher ein Comes Gothorum (Var. VII, 3) *„qui secundum edicta nostra litem inter duos Gothos debeat amputare“* eingestellt ist, können wir das Alter nicht bestimmen. Wenn aber diese Stellen, um einen terminus ante quem für die Redaction des Edicts festzustellen, nicht benutzt werden können, so zeigen sie wenigstens, dass nach dessen Veröffentlichung die Bezugnahmen auf dasselbe in den königlichen Erlassen ziemlich häufig waren, und bestätigen damit unsern früheren Schluss, dass, wenn in den zahlreichen Erlassen vor dem Jahre 512 des Edicts keine Erwähnung geschieht, dasselbe noch nicht vorhanden gewesen ist.

¹⁾ Dass das Edict gleichgültig *edictum* oder *edicta* genannt wäre, zeigt der Prolog desselben (*praesentia jussimus edicta pendere*), der § 34 (*salvo super hoc quod superiora nostra edicta sanciant*) und der Epilog (*quae nos vel edicti brevitatis etc.* und nachher: *quod si forsitan non permiserint edicta servari*). — ²⁾ Cf. Ed. Theod. c. 123.

IV.

Gairethinx.

Von

Richard Schröder.

Das vielberufene *gairethinx*, durch welches Rothari seinem Edikt die Kraft einer *lex firma et stabilis* verlieh, wird neuerdings überwiegend auf die allgemeinen Volksversammlungen der Langobarden unter ihren Königen oder Herzogen gedeutet¹⁾. Sachlich hätte diese Auslegung manches für sich, sprachlich aber ist sie, gegenüber dem Wortlaute des Ed. Roth. 386: *per gairethinx secundum ritus gentis nostrae confirmantes*, undurchführbar, da das Erforderniss der Zustimmung der Volksversammlung unmöglich als *ritus gentis nostrae* hätte bezeichnet werden können; ganz abgesehen von der bei einem Rothari kaum denkbaren Wiederholung, da der König wenige Zeilen vorher schon erklärt: *pari consilio parique consensum cum primatos iudices cunctosque felicissimum exercitum nostrum augentes constituimus*. Die Worte *secundum ritus gentis nostrae* deuten notwendig die Anwendung eines volkrechtlichen Symbols an²⁾. Welches Symbol gemeint ist, hat Pertile (III 65, n. 5) wenigstens für den Fall der Freilassung erkannt. Die richtige Erklärung findet sich zuerst bei Förstemann, Geschichte des deutschen Sprachstammes I 221, und danach bei C. Meyer, Sprache und Sprachdenkmäler der Langobarden (1877) S. 286—288, aber mehr angedeutet als ausgeführt und begründet.

¹⁾ Vgl. Pertile, Storia del diritto italiano I, 71 n. 44, IV, 7 f. 541 n. 1. Pappenheim, Launegild und Garethinx 30. 44. 68. Val de Lièvre, Revision der Launegildstheorie, Bd. IV, S. 24 f. dieser Zeitschrift. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts II, 622. —
²⁾ So heisst es in einer die Freilassung durch die vierte Hand vortrefflich veranschaulichenden Urkunde von 752 (Troja, Cod. dipl. IV, 443 Nr. 669): *iuxta ritus gentis Langobardorum*, um so bezeichnender als gerade diese Freilassung durch *gairethinx* (*in gahida et gisel*) erfolgte.

Man muss zunächst die staatsrechtliche Anwendung des *gairthinx* (Roth. 386) von der privatrechtlichen trennen. Den Ausgang für die Erklärung der letzteren bildet Roth. 224: *Qui fulcfree et a se extraneum id est aamund¹⁾ facere voluerit, sic debet facere: tradat cum prius in manu alteri homines liberi et per gairthinx ipsum confirmat; et ille secundus tradat in tertium in eodem modo; et tertius tradat in quartum; et ipse quartus ducat in quadrubium et thingit in gaida et gisil, et sic dicat etc.* Man sieht deutlich, dass sich ein und derselbe symbolische Akt mehrfach wiederholt. Der Freilasser erster Hand bestätigt die Uebergabe (*traditio*) an die zweite Hand *per gairthinx*, dasselbe geschieht seitens der zweiten gegenüber der dritten Hand (*eodem modo*); bei der Uebergabe an die vierte Hand ist die Wiederholung offenbar nur aus Versehen unerwähnt geblieben. Während die Freilasser erster, zweiter und dritter Hand also *per gair* zu thingen haben, soll die vierte Hand thingen *in gaida et gisil*, dort ist *gair*, hier *gaida* und *gisil* das Symbol, mit welchem gethingt wird. Die Vermutung spricht für die Identität dieser Symbole. Fragen wir, ob sich dies sprachlich rechtfertigen lässt. „Gair“ ist ahd. mhd. *gêr*, ags. *gar*, altn. *geirr*, der zu Wurf und Stoss gleichmässig bestimmte altgermanische Speer, die *framea*. Die langobardische Form *gair* wird durch verschiedene mit diesem Worte zusammengesetzte Eigennamen bestätigt. Ihm entspricht italien. *ghiera*, der Pfeil, während der von der keilförmigen Gerspitze übertragenen Bezeichnung eines ebenso gestalteten Grundstücks oder Teiles eines Kleidungsstücks (*pilum vestimenti*) mit *gêr*²⁾ in italienischen Dialekten *gajda* (piemont., parm.), *gheda* (cremon., mailänd.), *gaja* (sard.) entspricht³⁾, so dass die Uebereinstimmung zwischen *gaida* und *gair* zweifellos festgestellt ist. Altnordisch entspricht *gadd* oder *gaddr* (Stachel, Spitze), angelsächsisch *gad*⁴⁾. Die altgermanische Form für *gair* war das in Per-

¹⁾ Die von Bluhme aufgenommenen Formen *haamund* und *haldius* beruhen auf handschriftlicher Entstellung. — ²⁾ Vgl. Lexer, Mittelh. WB. I, 869. Grimm, RA. 158; DWB. IV, 1b, 2543 ff. Diez, Etym. WB. d. roman. Sprachen I s. v. *gherone*. — ³⁾ Vgl. Diez, a. a. O. IIa s. v. *ghiera*. Du Cange (ed. Favre) IV, 10 s. v. *gaida* 2. 4; 48 s. v. *gayda*, *gaydes*. — ⁴⁾ Vgl. Wright, Anglosaxon Vocabularies, 2. edit.

sonennamen mehrfach erhaltene *gais* oder *gis*, diminutivisch *gisil* (mhd. *gisel*), ursprünglich Speer, Mann, Held (vgl. IV, 1 f. dieser Zeitschrift), dann Kriegs- oder Speergefangener, Bürge, Peitschenstock (Geißel)¹). Während das Deutsche das Wort nur in diesen abgeleiteten Bedeutungen bewahrt hat, kannte das Langobardische *gaida* und *gisil* noch in der ursprünglichen Bedeutung von Ger oder überhaupt Wurfgeschoss. Richtig erklärt das Glossar. Matrit.: *gaida et giseleum id est ferrum et astula sagittae*²). Die Freilassung durch die vierte Hand war demnach eine einfache Fortbildung der bekannten, von Paulus Diaconus I c. 13 geschilderten Freilassung mit dem Pfeil: *Langobardi — —, ut bellatorum possint ampliari numerum, plures a servili iugo creptos ad libertatis statum perducunt. utque rata eorum haberi possit ingenuitas, sanciunt more solito per sagittam, innumurantes nihilominus ob rei firmitatem quaedam patria verba*. Diese Freilassungsform durch Wehrhaftmachung, von Tacitus als altgermanisch angedeutet und bei Sachsen und Angelsachsen noch im Mittelalter bezeugt³), war demnach bei den Langobarden zur Zeit des Rothari noch nicht untergegangen⁴). Später freilich ist

by Wülcker, I, 105 *stimulus: gad; aculeus: sticel vel gadisen*. 275 *cuspis: gad*. 90 *cum stimulo: mid gadisene*.

¹) Das Verdienst, diesen Zusammenhang aufgedeckt zu haben, gebührt Wackernagel, bei Binding, Gesch. d. burg. Königreichs 356. 367 f. (jetzt auch Kl. Schriften III, 362. 375 f.). Vgl. Diefenbach, WB. d. goth. Sprache II, 383 f. Hildebrand bei Grimm, DWB. IV, 1 b, 2542. 2614 ff. Kluge, Etymol. WB. s. v. Ger. Verwandt ist das aus dem Keltischen schon früh in das Lateinische übergegangene *gaesum*, *gaesa*. Vgl. Diez, a. a. O. II c, s. v. *gèse*. Du Cange (ed. Favre) IV, 62 s. v. *gessum*, 63 s. v. *gesum*, 71 s. v. *giselon*. — ²) Mon. Germ. Leg. IV, 652. Das Glossar. Vatic. (ebd. 654) stimmt damit wörtlich überein, während die übrigen Glossare kein Verständniss mehr zeigen. — ³) Vgl. Sohm, Fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung 550 ff. Leges Wilh. reg. Angl. III c. 15: *Si qui vero velit servum suum liberum facere, tradat eum vicecomiti per manum dextram in pleno comitatu, quietum illum clamare debet a iugo servitutis suae per manumissionem, et ostendat ei liberam viam et portas, et tradat illi libera arma, scilicet lanceam et gladium. deinde liber homo efficitur*. Betreffs des sächsischen Rechts ist das bekannte Bild zu Ssp. III, 80 (Kopp, Bilder und Schriften I, 127) zu vergleichen. — ⁴) Dies haben schon Wach (Italienischer Arrestprozess, 3 Anm. 4) und Sohm (a. a. O. 551 Anm. 17) in richtiger Deutung des Wortes *gaida* bemerkt.

es ihr wie der römischen Stipulation ergangen, man gedachte ihrer in den Freilassungsbriefen, ohne den Akt tatsächlich noch vorzunehmen¹⁾.

Das *gairethinx* bei der Freilassung bestand hiernach in der Uebergabe oder wol vielmehr dem Zuwerfen des Gers, der von Hand zu Hand wanderte und zuletzt an den Freizulassenden kam. Der Akt wurde mit Hand und Mund vorgenommen, indem ihn formelhafte Worte (*inmurmurantes patria verba*) des Werfenden begleiteten²⁾. Dass der Akt im Thing vollzogen werden musste, wird nicht ausdrücklich gesagt, ergibt sich aber, wenigstens für das ältere Recht, aus der Analogie der fränkischen, alamannischen, angelsächsischen und nordischen Freilassung; handelte es sich doch um die Verleihung des Waffenrechts an einen bis dahin Waffenunfähigen, also um ein staatliches Hoheitsrecht³⁾. Wahrscheinlich wurde der Akt eben darum mit *thinx* und *thingare* bezeichnet⁴⁾.

Ausser der Freilassung⁵⁾ wurde auch die *adoptio in hereditatem* durch *gairethinx* (*thinx*, *thingare*) vollzogen⁶⁾. Der Akt geschah auch hier mit Hand und Mund, indem das *thingare* von formelhaften Worten begleitet wurde⁷⁾. Ueber die Form bestimmte Roth. 172: *De thinx quod est donatio. Si quis res suas alii thingare voluerit, non absconse, sed ante liberos homines ipsum garethinx faciat, quatinus qui thingat et qui gisel fuerit liberi sint, ut nulla in posterum oriatur intentio.* Der Akt vollzog sich vor freien Männern, d. h. in der Volksversammlung, wie der durchaus entsprechende Akt des fränkischen *adfatus*⁸⁾. Da auch zu Gunsten Unfreier *gethingt* werden konnte⁹⁾, so ist unter *gisel* nicht der *Thinx*-empfänger (*qui garethinx susceperit*, Roth. 174), sondern ein Dritter zu verstehen, der Salmann der fränkischen *Affatomie*

¹⁾ Vgl. u. a. Urkunde von 1078 bei Ficker, Forschungen zur Reichs- u. Rechtsgesch. Ital. IV, 105 f. — ²⁾ Vgl. Heusler, a. a. O. I, 78. — ³⁾ Vgl. Pappenheim, a. a. O. 40 ff. — ⁴⁾ So viel ist denen, die *gairethinx* für Volksversammlung nehmen, zuzugeben. Vgl. Heusler, a. a. O. I, 183. — ⁵⁾ Vgl. über diese noch Roth. 156. 157. 222. Liutpr. 9. 140. — ⁶⁾ Vgl. Roth. 156. 157. 167. 168. 170—174. 176. 360. 367. 375. Liutpr. 54. 65. 73. — ⁷⁾ Dies folgt aus Roth. 173. — ⁸⁾ Vgl. Heusler, a. a. O. II, 621 ff. Waitz, Das alte Recht der sal. Franken 147 f. Grimm, RA. 121 f. Beseler, Erbverträge I, 96 ff. — ⁹⁾ Vgl. Roth. 156.

(L. Sal. 46), der die zweite, dritte und vierte Hand des Freilassungsverfahrens zusammenfassende Treuhänder¹⁾. Die Bezeichnung desselben als *gisel* könnte zu der Annahme verführen, als habe man es mit einem Wettbürgen zu tun, allein die bei der *wadia* vorkommenden Bürgen werden regelmässig *fideiussores* genannt²⁾, und wir wissen bereits, dass *gisel* den Gerträger, hier also den Gerträger zu treuer Hand, bezeichnet. Damit ist die Gleichartigkeit der Erbeinsetzung und der Freilassung *per gairethinx* dargetan: in beiden Fällen ein Thingen mit Gerwurf durch die Hand eines Mittelsmannes. Der Grundgedanke beruht auch bei der Erbeinsetzung auf der Wehrhaftmachung, *adoptio in hereditatem* wird als Adoptionsakt behandelt³⁾. Dass die fränkische *festuca* bei dem *adfatus* genau dieselbe Rolle spielt wie der Ger beim *gairethinx*, liegt auf der Hand. Ueberhaupt aber kann ich mich dem Eindruck nicht verschliessen, dass die geworfene oder geschossene *festuca*, soweit sie nicht als *wadia* zu dienen hatte, nur ein Surrogat des Gers, die *festucatio* oder *werpitio* nur eine Fortbildung des ursprünglich gemeingermanischen *gairethinx* gewesen sei⁴⁾.

Die Verwendung des Speeres als Investitursymbol⁵⁾ lässt sich noch unmittelbar an die alte Wehrhaftmachung anknüpfen; die Speerreichung hatte hier ursprünglich nicht die Bedeutung einer symbolischen Investitur, sie bezog sich nicht auf das Lehn, sondern auf die Mannschaft und ist aus der Waffenreichung des Herrn an den neu aufgenommenen Gefolgs-

¹⁾ Wie nach Liutpr. 9 bei der Freilassung am Altar *per manus sacerdotis*. — ²⁾ Vgl. Roth. 190—192. 346. 360—362. 366. Liutpr. 128.

— ³⁾ Vgl. Heusler, a. a. O. 624. Sohm, a. a. O. 546f. 550ff. Grimm, RA. 166. 464. Pappenheim, a. a. O. 65f. Auch die Freilassung zu vollem Recht geschah ursprünglich durch einen Adoptionsakt, Aufnahme in ein Geschlecht. Vgl. Pappenheim 41f. — ⁴⁾ Vgl. Thévenin, Contributions à l'histoire du droit germanique (Abdruck a. d. Nouv. Revue hist. de droit, 1880) 45. 81. Ehrenberg in dieser Zeitschrift III, 231. Auf die Verwirrung, welche bei der Frage nach der ursprünglichen Natur der *festuca* durch die Nichtausscheidung der Wettfunktion entstanden ist, macht mit Recht aufmerksam Heusler, a. a. O. I, 79, dessen sinnreicher und vielfach ansprechender Hypothese von den als älteste Form der Urkunden verwendeten Runenstäbchen (*festucae notatae*) ich freilich nicht beipflichten kann. — ⁵⁾ Vgl. Obertus de Orto, II. F. 2: *dicitur investitura, quando hasta vel aliud corporeum quodlibet porrigitur a domino feudi, se investituram facere dicente*. Also auch hier mit Hand und Mund.

mann (Germania c. 13, c. 14) hervorgegangen. Es beruhte auf einer den ursprünglichen Gedanken verlassenden Umbildung, wenn man bei der nichtritterlichen Leihe die Investitur in analoger Weise vollzog, dem ritterlichen Speer aber einen Stab substituierte¹⁾.

Die Speer-, Schwert- oder Stabreichung scheint dann mehr und mehr auch bei anderen Rechtsgeschäften, zuvörderst bei Eheschliessungen, Schenkungen und dann schlechthin bei Landübertragungen, Eingang gefunden zu haben. Sollte es nicht auf einem Rechtssprichworte beruhen, wenn es im Hildebrandsliede heisst: *mit gëra scal man geba infâhan?* zwar werden die Worte hier von Hadubrand in einem ganz anderen, dem Schenker feindlichen Sinne gebraucht, aber das könnte auf eine geschickte Wendung des Dichters, der dem geläufigen Sprichwort eine andere Beziehung zu geben wusste, zurückzuführen sein.

Besonders Herscherrechte wurden nicht selten durch Speerreichung übertragen²⁾. Charakteristisch ist namentlich, was Paulus Diaconus VI c. 55 von einer Königswahl der Langobarden im Jahre 735, wo Liutprand schwer erkrankt und bereits tot gesagt war, berichtet: *Quem Langobardi vita excedere existimantes, eius nepotem Hildebrandum foras muros civitatis ad basilicam — regem levaverunt. cui dum contum, sicut moris est, traderent* u. s. w. Wie hier das Volk durch *gairëthinx* die Herschergewalt auf seinen erwählten König übertrug, so finden wir andererseits bei den Franken den Gebrauch, sich durch Wegwerfen der *festuca* von seinem bisherigen Herrscher loszusagen³⁾. Ist die zugeworfene *festuca* für eine abgeschwächte Form des *gairëthinx* zu erachten, so scheint dies Wegwerfen der *festuca* die Niederlegung der Waffen, die man nicht mehr für den bisherigen Herrn führen wollte, zu versinnbildlichen⁴⁾.

¹⁾ Anselminus de Orto (ed. Jacobi, 1854, pg. 18): *Investitura debet fieri per lignum vel aliud aliquid quod in manu habeatur, cum homines in perpetuum terras suas locant aliis. quae si non fiat praedicto modo, nullius momenti est contractus iste qui vocatur investitura.* Vgl. Grimm, RA. 133. Du Cange (ed. Favre) IV, 412, 416, 418, s. v. *investitura*. Kohler, Beitr. z. germ. Privatrechtsgeschichte 12 Anm. 1. 15. 42 Anm. 1. 79. 95 Anm. 1. — ²⁾ Vgl. Grimm, RA. 163. — ³⁾ Vgl. ebd. 123. — ⁴⁾ Vgl. ebd. 136 über die Niederlegung des Stabes nach dem Kölner Dienstmannenrecht.

Bei der altnordischen *scotatio* (altschwed. *skötning*, altnorw. *skeyting*), der von der Schenkung ausgegangenen Form der Landübertragung¹⁾, fand ausser der realen Investitur durch Erdwurf (der Veräusserer warf dem Erwerber unter Ausspruch der Uebertragungsformel eine Hand voll Erde in den Schoss) und Grenzbehang (*utfærþ*) eine symbolische Handlung mit dem Speer statt, die nach schwedischem Recht darin bestand, dass der Veräusserer und die Thingzeugen (*fastar*) die Hand an einen Stab oder Speer legten, während nach norwegischem Recht die Bestätigung des Uebertragungsaktes oder, wenn sich der Veräusserer denselben zu vollziehen weigerte, die gerichtliche Ergänzung desselben durch *vápnatak* der versammelten Gerichtsgemeinde erfolgte, also durch denselben Akt, durch den das concilium nach Tacitus Germ. c. 11 seine Zustimmung zu äussern pflegte: *sin placuit, frameas concutunt. honoratissimum assensus genus est armis laudare*²⁾. Man darf wol annehmen, dass in diesem Sinne auch die von Rothari erwähnte confirmatio seines Edikts erfolgt ist, dass *gairethinx* hier also mit *vápnatak* identisch ist. An eine Speerreicherung kann in dem vorliegenden Falle nicht wol gedacht werden, dagegen darf man vermuten, dass der König selbst als *confirmans* sich bei dem *gairethinx* beteiligt, also zugleich mit der versammelten Volksgemeinde den Speer erhob und durch die Luft geschwenkt³⁾ oder dass, wie zuweilen im Norden, eine Berührung seines Speeres durch die der übrigen stattgefunden hat. Dem Edikt wurde so durch *gairethinx* des Königs und des versammelten Langobardenvolkes in feierlichster Weise die Rechtskraft verliehen.

¹⁾ Vgl. v. Amira, Nordgerm. Obligationenrecht I, 512 ff. K. Lehmann, Die altnordische Auffassung, V, 84—115 dieser Zeitschrift. Die im Thing durch Erdwurf vollzogene *scotatio* war auch dem dänischen Rechte geläufig; dagegen scheint Speer oder Stab dabei keine Rolle mehr gespielt zu haben. Vgl. Jütisch Lov. I c. 37, Seeländ. Lov (ed. Thorsen) c. 31. 32. Andr. Sunesons lex Scaniae (ed. Thorsen) S. 122, c. 2. X. de consuetudine 1, 4. — ²⁾ Vgl. Grimm, RA. 770. K. Maurer i. d. Germania XVI, 320—333. — ³⁾ Bei der *missio in bannum* erhob der Richter seinen Stab. Vgl. Urkunde von 911 (Ficker, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens IV, 26): *tunc ipse W. comes per fuste elevationem, quod in suis tenebat manibus, omnibus casis et rebus iuris ipsius L. pro singulis locis in finibus Placentina in bannum misit, pro eo quod unquam ad placitum minime eum habere potuit.*

Dass auch in den privatrechtlichen Fällen des gairethinx neben der Speerreichung eine Bestätigung durch vápnatak stattgefunden haben mag, bleibt nicht ausgeschlossen.

V.

Zur Erinnerung an Rudolf Wagner.

Von

Herrn Professor Dr. **Otto Stobbe**

in Leipzig.

Trotz des Reichthums an Problemen, welche die heutige Wissenschaft der Jurisprudenz darbietet, und trotz der Aussichten, welche die akademische Laufbahn dem jungen juristischen Docenten eröffnet, sind es doch unter der grossen Zahl der Juristen immer nur Wenige, welche sich die Pflege der Wissenschaft zu ihrer Lebensaufgabe erwählen. Um so trauriger ist es, wenn aus ihrem Kreise ein seiner ganzen Anlage und seiner vollsten Neigung nach für die Wissenschaft bestimmter Mann durch den Tod seinem Beruf in jungen Jahren entrissen und der Hoffnung auf weitere, mit Gewissheit erwartete Leistungen früh ein Ziel gesetzt wird. Solch' ein Gelehrter war Rudolf Wagner. Alle, welche seinen Studien näher standen, haben sich an seinen Arbeiten erfreut und wussten, was sie von ihm noch zu erwarten hatten. Jetzt fragen wir rathlos, wer das vollenden soll, was er begonnen, und wer das verarbeiten soll, was er gesammelt hat.

Rudolf Wagner wurde zu Riga am 3. Oktober 1851 geboren. Nach dem Tode seines Vaters, der dort Kaufmann war, siedelte die Mutter, eine Schwester des Afrikareisenden Schweinfurth, im Jahre 1860 der Erziehung der Kinder wegen nach Deutschland über, zuerst nach Eisenach, dann nach Dresden. In Dresden besuchte Rudolf das Krausesche Gym-

nasium und bestand um Ostern 1870 sein Maturitätsexamen bei der Kreuzschule. Er bezog dann die Universität Leipzig, um orientalische Sprachen zu studiren, vertauschte dieselben aber bald mit dem Studium der Rechtswissenschaft; 1874 ging er auf mehrere Semester nach Göttingen. Am 12. Mai 1876 bestand er bei der Leipziger Juristenfakultät in vortrefflicher Weise den mündlichen Theil des Doktorexamens; die Dissertation wollte er später einreichen. Aber es kamen nun böse Zeiten für ihn. Es ergriff ihn längere Krankheit, — wohl schon der Vorbote seines späteren Lungenleidens —; er lebte abwechselnd in Leipzig, Berlin und Weimar und trug sich mit dem Gedanken, die gelehrte Laufbahn, welche bisher sein Ziel gewesen war, mit der Consulatskarriere zu vertauschen. Nicht ohne Einfluss auf diese Pläne war es, dass Georg Schweinfurth sein Onkel, und Gerhard Rohlfs mit ihm verschwägert war. Aber nach seiner Genesung behielten die wissenschaftlichen Interessen die Oberhand und er wandte sich, zunächst zum Zweck der Ausarbeitung seiner Dissertation, dem energischen Studium des Seerechts zu. Die Eindrücke, welche er als Knabe in seiner Vaterstadt empfangen hatte, machten ihm diese Disziplin besonders werth und er ist ihr sein Leben lang treu geblieben. Auf Grund der Dissertation „über die Rechtsverhältnisse der Rhederei nach dem Handelsgesetzbuch“ wurde er zu Leipzig am 22. Mai 1878 mit dem Prädikat magna cum laude zum Doctor juris utriusque promovirt.

Der Erfüllung seines Wunsches, sich bald als Privatdocent an der Leipziger Fakultät zu habilitiren, stand wiederum der Zustand seiner Gesundheit im Wege. Der nicht weichen wollende Lungenkatarrh nöthigte ihn, die beiden folgenden Winter in reiner Alpenluft, in Davos, zuzubringen. Aber er widmete diese Zeit nicht bloss der Erholung und dem Leben für seine Gesundung, sondern auch den ernstesten wissenschaftlichen, namentlich seerechtlichen Studien.

Schon am 17. Januar 1879 schrieb er mir: „Ich habe mir hier als Aufgabe gesetzt, ein systematisches Werk über deutsches Seerecht zu verfassen und bin damit, da es mir hier nicht an Zeit fehlt und ich auch schon Vorarbeiten dazu gemacht hatte, schon ziemlich weit gekommen, so dass ich

hoffen kann, den ersten Band, welcher ausser Einleitung und einem kurzen allgemeinen Theile das Personen- und Sachenrecht umfassen soll, bis zum nächsten Herbst erscheinen lassen zu können.“ Am 9. April 1879 sprach er sich eingehender über die beabsichtigte Systematik aus¹⁾: „Ausser der Einleitung soll der erste Band in zwei Büchern das Personen- und Sachenrecht enthalten. Das Personenrecht zerfällt in 5 Abschnitte, welche den Rheder, die Rhederei, die Ladungsbetheiligten, den Schiffer als Institor und die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Schiffsbesatzung behandeln. Das Sachenrecht zerfällt in 2 Theile, welche Schiff (und Fracht) und Ladung, oder die fortune de mer des Rheders und der Ladungsinteressenten behandeln. Obgleich ich ursprünglich die Absicht hatte, nur das Privatseerecht darzustellen, habe ich mich doch überzeugt, dass eine Trennung desselben von dem öffentlichen Seerecht zur Zeit noch schwer durchführbar ist, und daher auch das letztere in den Kreis meiner Darstellung gezogen, wobei ich das Völkerseerecht nur kurz, eingehender dagegen die öffentlichrechtlichen Bestimmungen der Reichsgesetze über Seerecht zu besprechen gedenke.“

Bei allen seinen Arbeiten interessirte ihn die Geschichte in lebhafterem Mass als die Dogmatik. Daher entschloss er sich den Sommer zwischen den beiden Schweizer Winteraufenthalten in Hamburg mit Arbeiten auf der Commerzbibliothek auszufüllen, um „gründlichere Literatur- und Quellenstudien zu betreiben“, die er namentlich zu der Einleitung nöthig habe. Am 4. August 1879 schrieb er mir von Hamburg aus: „Seit 6 Wochen befinde ich mich nun bereits hier und arbeite täglich ungefähr 7 Stunden in der Commerzbibliothek selbst, wofür ich der Verwaltung um so dankbarer sein muss, als dieselbe aus nur 2 Personen besteht, und die Bibliothek eigentlich nur 3 Stunden täglich geöffnet ist. Die Commerzbibliothek bietet in der That so reiche Schätze für das Seerecht, dass die Auswahl des genauer zu Benutzenden oft schwierig ist. So befinden sich hier z. B. sämtliche Gesetzsammlungen der europäischen Staaten und alle eng-

¹⁾ Ich theile dies hier mit, weil Wagner sich darüber in dem erschienenen 1. Band seines „Handbuchs des Seerechts“ nicht erklärt hat.

lischen Parlamentspapiere, von denen die letzteren allein an 1000 Bände bilden. Den grösseren Theil des Materials, welches ich hier zu sammeln beabsichtigte, glaube ich hinter mir zu haben und denke in ungefähr 4 Wochen meine Thätigkeit hier beschliessen zu können. Vielleicht gehe ich dann noch auf einige Wochen nach Lübeck, um die dortigen noch ungedruckten Akten des Oberappellationsgerichts aus den zwanziger und dreissiger Jahren durchzustudieren, welche gewiss gerade für das Seerecht von hervorragender Bedeutung sind.“ Als er dann im Herbst 1879 wieder nach Davos reiste, war er sehr glücklich darüber, in München die ihm bis dahin unzugänglich gewesenen Twiss'schen Monumenta juridica durchsehen zu können.

In Davos setzte er seine seerechtlichen Studien fort; neben dieselben traten aber auch andere germanistische Interessen, welche durch die Umgebung, in der er lebte, erweckt wurden. Wie er überall scharf beobachtete und zu lernen suchte, so machte er sich in seinen vielen kleinen Notizbüchern zahllose Aufzeichnungen und Bemerkungen über die Tracht der Leute, den Bau der Häuser, die Sprüche, welche an den Gebäuden angebracht sind, u. s. w. Ganz besonders aber waren es die Hausmarken, welche er zu sammeln begann¹⁾.

¹⁾ Es dürfte von allgemeinerem Interesse sein, wenn ich eine Ausführung über die Hausmarken aus seinem Brief vom 29. Dez. 1879 hier mittheile:

„Während das Wetter so schön war, habe ich zahlreiche mitunter meilenweite Spaziergänge unternommen, und zwar um so häufiger, als ich in diesem Jahre mit denselben einen wissenschaftlichen Zweck verbinde. Derselbe besteht darin, die in Davos zahlreich vorkommenden Hausmarken — hier Hauszeichen genannt — zu sammeln und die Art ihrer Anwendung festzustellen. Die Hausmarke vererbte sich in Davos, wenn mehrere Brüder vorhanden waren, auf den jüngsten, ebenso in Klosters, in dessen Landbuch es heisst: „Der jüngste Sohn soll des Vaters Zeichen führen und haben, es sei am Vieh Brennzeichen, oder auch Siegel und Pettschier; so er aber nur Töchter hinter ihm verliesse, sollen sie sonst des Zeichens halber sich vergleichen.“ Die übrigen Brüder nehmen dann gewöhnlich an der Marke kleine Veränderungen vor, wie Sie aus der beiliegenden Tafel ersehen können, von der ich annehme, dass sie für Sie Interesse hat. {Wagner fügte seinem Brief eine Tafel mit zahlreichen, sauber gezeichneten und wissen-

Aus seinen seerechtlichen Forschungen gingen die unter dem Titel: „Beiträge zum Seerecht.“ Riga. 1880 erschienenen

schaftlich geordneten Marken bei.] Wenn ich mit meinem Aufsatz fertig sein werde, will ich mit Hülfe der Kirchenbücher und des hiesigen Archivs eine genauere Controle der verschiedenen Arten der Anwendung durchzuführen versuchen; weil ich annehme, dass es von rechtsgeschichtlichem Interesse sein wird, gerade in einer so abgeschlossenen Bevölkerung, wie die Davoser bis vor kurzem war, diese Fragen speziell zu lösen. Schon jetzt — ich habe bereits circa 600 Hausmarken gesammelt — kann ich folgende Arten der Anwendung constataren:

1. Zeichen des Besizes, resp. Eigenthums: so findet man die Hausmarke über dem Querbalken der Haus- und Stallthüren, dann im Giebel des Hauses; an allen Inventarstücken, in den Ohren der Schafe eingeschnitten, in Klosters auch in das gefällte Holz eingebrannt.

2. Auf den Giebeln der Häuser findet man sehr häufig mehrere Hauszeichen, bis zu 10 Stück. Dann ist entweder — in den selteneren Fällen — Miteigenthum vorhanden, oder aber aufeinanderfolgendes Eigenthum; die früheren Autoren [? — Besitzer —] werden durch Buchstaben und Marken bezeichnet, so dass das Giebelfeld gewissermassen das Grundbuch vertritt.

3. Ursprungszeichen: namentlich auf Häusern, auch in Kirchen ist die Marke des oder der Baumeister eingebrannt oder eingeschrieben.

4. Endlich finden sich in einigen Kirchen die Hausmarken an hervorragendem Platze, wie ich vorläufig annehme, um die politische bzw. kirchliche Berechtigung der Inhaber derselben anzudeuten. An der Kirche von Davos Dörfli findet man auswendig über der Eingangstür die Spuren davon, dass früher zahlreiche Hausmarken in dem Giebelfelde sich befanden; in der Kirche von Sertig Dörfli, einem Orte, der nur im Sommer bewohnt wird, finden sich zwischen Chor und Apsis die in der Tafel angegebenen Marken.

Abgesehen von diesen Anwendungen, die rechtliches Interesse gewähren, finden sich die Marken auch auf Glasmalereien, die hier im 16. und 17. Jahrhundert allgemein in den Fenstern vorhanden gewesen zu sein scheinen, in den Pestschieringen u. s. w.“

Am 3. Febr. 1880 schreibt er: „Auch will ich einen Abstecher in einige cultur- und rechtsgeschichtlich interessante Thäler — Avers, welches von Walsern, Rheinwald und Safien, welche von Schwaben colonisirt sein sollen, — machen, um mich durch den Augenschein von dem dortigen Vorkommen der Hausmarken zu überzeugen.“ — Nachdem ich ihm auf seinen Wunsch das Homeyer'sche Werk über die Haus- und Hofmarken zugeschickt hatte, welches ihm in Davos nicht zur Hand war, schrieb er am 17. März 1880: „Ich habe aus demselben zu meiner Ueberraschung ersehen, dass die Davoser Hausmarken Anspruch auf besondere Beachtung zu verdienen scheinen und in Folge dessen

beiden Aufsätze hervor: „Zur Geschichte und Theorie des sg. Setzungsrechts“ und „Die privatrechtliche Stellung der Deutschen Lootsen“. Ein dritter, theilweise ausgearbeiteter Aufsatz: „Ueber die Natur der Stoppage-Klage“ und damit in Verbindung über die Konnossementsklage wurde vorläufig zurückgelegt.

Auf Grund jener beiden Aufsätze und einer Probevorlesung über die Natur des Accepts habilitirte sich Wagner nach seiner Rückkehr am 9. Juni 1880 als Privatdocent an der Leipziger Juristenfakultät. Im folgenden Wintersemester begann er seine akademische Thätigkeit.

Was seine Wirksamkeit als Dozent angeht, so hat er Vorlesungen über Seerecht, Handels- und Wechselrecht, Völkerrecht, Preussisches Landrecht und Deutsche Rechtsquellen gehalten. Auf das gewissenhafteste ging er bei den Vorbereitungen für seine Vorlesungen zu Werke; aber in vertrauten Stunden gestand er es doch rückhaltlos ein, dass das Doziren ihm weniger Freude, als das selbstständige Forschen mache und dass die Form ihm weniger wichtig, als der Inhalt sei. Hatte die Lehrthätigkeit für ihn keinen besondern Reiz, so konnte er auch auf die Studirenden keinen tiefer gehenden Einfluss gewinnen. Bisweilen war er damit ganz zufrieden, wenn eine angekündigte Vorlesung nicht zu Stande kam und er dadurch mehr Musse gewann, um seine historischen Untersuchungen über alte Seerechtsquellen und das schon lange vorbereitete „Handbuch des Seerechts“ zu fördern. Im Sommer

um so eifriger meine Sammlung fortgesetzt. Dieselbe enthält zur Zeit circa 1000 Marken, darunter ein Viertel aus dem Prättigau, namentlich aus Klosters, einzelne auch aus romanischen Gegenden. Ein auch nur annähernder Abschluss ist indessen damit noch lange nicht erreicht, und ich werde mich bei meiner Rückreise ein paar Tage in Chur aufhalten, um dort einige Bekannte für die weitere Durchführung zu interessiren.“

Wo er sich später aufhielt, auf seinen weiteren Schweizer Reisen, in Wisby, in kleineren Sächsischen Städten u. s. w., überall verfolgte er den Gebrauch der Hausmarken und die sich an denselben anschliessenden Sitten.

Vielleicht unternimmt es einmal ein Schweizer Gelehrter, die von Wagner gesammelten Materialien in einem Aufsatz über den Gebrauch der Hausmarken zu veröffentlichen.

1880 hatte er es übernommen, sein Seerecht in dem von Binding herausgegebenen „systematischen Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft“ erscheinen zu lassen, und im Frühjahr 1884 verliess der erste Band die Presse. Ich brauche es hier nicht ausführlicher zu erwähnen und zu begründen, dass Wagner's Seerecht die erste deutsche wissenschaftliche Bearbeitung dieser lange vernachlässigten Disziplin ist und dass sein Werk sich sofort bei seinem Erscheinen der allgemeinsten Anerkennung erfreut hat. Auf dem Grunde eindringender historischer Forschung und umfassender Kenntniss des Seerechts anderer Nationen und unter Würdigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse des Seeverkehrs giebt der Verfasser eine systematische Darstellung der Rechtsinstitute des deutschen Seerechts. Indem er sich nicht enge an die Behandlung der einzelnen Materien im Gesetzbuch anschliesst, hat er das Verdienst, einzelne in demselben zurücktretende, wichtige Partien eingehend behandelt zu haben. Nirgends geht er einer Schwierigkeit aus dem Wege und in den von ihm dargestellten Lehren wird er den Praktiker, welcher bei ihm Belehrung über dieselben sucht, wohl nur selten im Stich lassen.

Von Seiten der Sächsischen Regierung wurde dem Verfasser die Anerkennung zu Theil, dass er am 19. Novbr. 1884 zum Professor extraordinarius ernannt wurde.

Doch ich bin damit den letzten Jahren seines Lebens vorangeeilt und habe noch einzelnes nachzuholen.

Wagner hatte das glückliche Geschick, dass was er zu seiner Erholung oder zur Kräftigung seiner Gesundheit unternahm, zugleich seinen wissenschaftlichen Studien zu Gute kam. Im Juli 1881 machte er als Mitglied des Hansischen Geschichtsvereins die Fahrt nach Wisby mit. Ueber dieselbe und die gewonnenen Eindrücke hat er in der Magdeburger Zeitung (vom 10. Aug. 1881) einen frischen und humorvollen Bericht veröffentlicht; man ersieht aus demselben, mit welcher Vielseitigkeit er zu beobachten, mit welcher Lebhaftigkeit er zu geniessen verstand. — Bei dem sich anschliessenden Aufenthalt in Lübeck gewann er wichtige Aufschlüsse für seine Untersuchungen zur Geschichte des Wisbyschen Seerechts. — Dann unternahm er für mehrere Monate eine wissenschaftliche Reise wieder nach Graubünden. Von

Sonthofen im Allgäu aus durchwanderte er Vorarlberg, wo ihn besonders die Walser Colonien interessirten, und hat dann die Bündnerlande, Berge und Thäler nach allen Richtungen hin durchstreift. Auch den Herbst 1882 hat er wiederum in den Graubündner Landen zugebracht und überall bei den Einwohnern und in den Archiven nach Geschichts- und Rechtsquellen geforscht. Er, der in dem grösseren geselligen Verkehr zurückhaltend zu sein pflegte, wusste durch sein einfaches und sachliches Wesen sich das Vertrauen und die Zuneigung natürlicher Menschen zu gewinnen; er fand bei seinen Wanderungen auf das leichteste freundliches Entgegenkommen für seine Studien und erhielt den Zugang zu den Archiven und den von ihm gesuchten Quellen. Wie unermüdlich er aus alten Urkunden, Gesetz- und Gerichtsbüchern Abschriften genommen und welche Massen von ungedrucktem Material er zusammengebracht hat, das zeigen seine „Rechtsquellen des Canton's Graubünden“, welche er in der Zeitschrift für Schweizerisches Recht (N. F. Bd. III und IV) in drei Beiträgen herausgegeben hat, denen aus seinem Nachlass noch ein vierter Beitrag (N. F. Bd. V) gefolgt ist, welchen Herr Dr. jur. v. Salis aus Basel druckfertig gemacht und mit einer Einleitung versehen hat.

Im Frühjahr 1884 reiste er nach Norditalien, besonders Venedig, um auf dem dortigen Archiv die alten Notariatsurkunden durchzusehen und Studien für die Geschichte des Seerechts und Handelsrechts zu unternehmen. Im Juli 1884 schrieb er mir aus Davos: „Mein Venetianer Aufenthalt ist nun schon seit geraumer Zeit vorbei. Ich bin fast vier Wochen daselbst gewesen und glaube diese Zeit tüchtig ausgenutzt zu haben. Die letzten Wochen war ich fast ausschliesslich mit dem Abschreiben bzw. Excerptiren älterer handelsrechtlicher Urkunden beschäftigt, die ein ganz neues Licht über die früh-mittelalterlichen Handelsverhältnisse verbreiten: sie gehen bis zum J. 1031, also weit über die Kreuzzüge zurück. Im Allgemeinen wird das, was ich in der Einleitung zum Seerechte vermuthungsweise geäussert habe, durch dieselben bestätigt, im Einzelnen natürlich vielfach rectificirt und verdeutlicht. Sollte ich noch eine gleiche Ausbeute in Pisa finden, wie ich nach Aeusserungen von Professor Ficker

ziemlich sicher erwarten darf, so wird es wohl möglich sein, die ältesten Gestaltungsformen des Handels und die ältesten Handelsrechtsinstitute des Mittelalters mit genügender Sicherheit zu präzisiren.“

Zu einer solchen Reise nach Pisa kam es nicht mehr. Da sich wieder in bedenklicher Weise die Spuren seines alten Leidens meldeten und die Hitze in Venedig unerträglich wurde, ging Wagner wieder nach Davos und blieb dort bis zum Herbst. Bei seiner Rückkehr nach Leipzig kam er als ein Anderer zurück, als er uns verlassen hatte. Seine Freunde konnten sich nicht mehr darüber täuschen, dass in den letzten Monaten sein Leiden entsetzlich schnelle Fortschritte gemacht hatte. Freilich hielt er noch im Winter seine Vorlesungen an der Universität, aber er musste sie bereits im Februar schliessen und auf den Rath der Aerzte in den Süden gehen. In Begleitung seiner Mutter, welche bereits seit Jahren des Sohnes wegen ihr Domizil nach Leipzig verlegt hatte, reiste er zunächst nach Meran. So schwach und leidend er war, verfolgte er doch auch hier alle neuen wissenschaftlichen Erscheinungen mit dem lebhaftesten Interesse und freute sich „die wissenschaftliche Lektüre mit seinen Curpfflichten vereinigen zu können“. Aber er wurde schwächer und schwächer. In dem letzten Brief (vom 24. April 1885), welchen ich von ihm habe, schreibt er:

„Die Vegetation hat sich hier prachtvoll entwickelt; unsere Villa führt nicht umsonst den Namen „Flora“; ein wunderschöner Garten umgiebt das Haus, welches ebenfalls bis zum Dache hinauf von allen möglichen Blumen bekränzt wird. Da macht es doch auch Freude, auf dem Balkon zu sitzen und nichts zu thun. Ja, mit dem Arbeiten ging es in der letzten Zeit gar nicht mehr, es musste völlig aufgesteckt werden. Allmählich kann ich wieder daran denken, etwas geistige Arbeit vorzunehmen. Vor jener Erkältung hatte ich mich mit dem Actienrecht (Recension für die krit. Viertelj.-Schrift) beschäftigt. Ich werde auch dies aufgeben müssen. Sollte ich mehr Kräfte gewinnen, so möchte ich vor Allem meine Venetianer Sachen in eine solche Ordnung bringen, dass sie eventuell auch von Andern benutzt werden könnten. Ich habe übrigens in dieser Beziehung vielleicht sogar die Mög-

lichkeit einen grösseren Aufsatz zum Abschluss zu bringen.“ Aber dieser Wunsch sollte leider nicht mehr in Erfüllung gehen.

Bald nachdem er nach Weesen in der Schweiz übersiedelt war, starb er dort leicht und plötzlich am 3. Juni 1885. Er wurde am 6. Juni in Chur, wo er so oft und gern gewilt und gearbeitet und zahlreiche gelehrte Freunde gewonnen hatte, beerdigt. Der würdige Geistliche, welcher ihm die Grabrede hielt, konnte von ihm sagen: „Ein Fremdling unter uns und dennoch nicht fremd, wie wohl mancher unter den hier Anwesenden bezeugen könnte.“

Mit ihm ist eine Gelehrtennatur im wahren und edeln Sinne des Wortes zu Grabe getragen; allgemein und aufrichtig ist die Trauer über seinen Verlust, ebenso sehr bei seinen Fachgenossen wie bei seinen zahlreichen persönlichen Freunden. Trat er in der grösseren Geselligkeit zurück, so war er im Kreise gleichstrebender Genossen, besonders in dem grossen Kreise der jüngeren Leipziger Gelehrten eines der beliebtesten und belebendsten Mitglieder. Einfach und durch und durch wahr, dankbar, harmlos und anspruchslos, konnte er doch ironisch und scharf denen entgegentreten, welche Präntensionen erhoben und sich mit ihren Schwächen breit machten. Von vornehmer Gesinnung, aber eine heitere und trotz aller Krankheit zu Scherz aufgelegte Natur. Gründlich und ausdauernd in der Arbeit, von rastlosem Forschertrieb, vor keiner Mühe zurückscheuend kam es ihm stets nur auf die Sache an: er wollte lernen und die Wissenschaft fördern. Unbekümmert darum, ob er bald ein Resultat gewinnen und bald mit seiner Arbeit würde hervortreten können, verfolgte er methodisch seinen Weg. Er liess sich keine Mühe verdriessen, um seltene Bücher und entlegenes Material herbeizuschaffen; für seine Darstellung des deutschen Seerechts studirte er das Seerecht aller Zeiten und aller Länder und lebte sich in die Sprachen aller Kulturvölker hinein. In der geistigen Arbeit, nicht in der Anerkennung fand er Genuss und Befriedigung. Freilich war es ihm nicht immer leicht, darüber hinwegzukommen, dass mancher gleichalterige junge Gelehrte, der ihm sicher nicht überlegen war, zu höheren akademischen Stellen gelangte, während an ihn selbst kein Ruf kam. Aber er hat sich nie dadurch verbittern oder zu schroffem Urtheil hinreissen lassen;

er kannte ja den Grund und wusste es, dass man sich wegen seines Leidens scheute ihn zu berufen.

Was er trotz seiner schwankenden Gesundheit gearbeitet hat, dafür legen nicht bloss seine veröffentlichten Werke¹⁾ Zeugniß ab, sondern auch die Stösse von Papieren und Heften mit Vorarbeiten, Abschriften, Sammlungen und Notizen, welche er mit unermüdlichem Fleiss zusammengeschrieben hat. Abgesehen von den Venetianer Urkunden sind dieselben aber grösstentheils der Art, dass nur er selbst sie hätte verwerthen können. Wo der Kopf fehlt, der all' diese Vorarbeiten mit einheitlichen Gedanken umfassen und zusammenhalten konnte, wird es kaum möglich sein, dass ein Anderer dem Material wieder Leben einhaucht und aus den Notizen geistige Bilder gestaltet.

¹⁾ Ausser den im Text genannten Werken erwähne ich noch: Beiträge zur Geschichte des Seerechts und der Seerechtsquellen. I. Zur Geschichte der Quellen des Wisby'schen Seerechts (in Goldschmidt's Ztschr. XXVII. 1882, S. 393—416); II. Zur Entstehungsgeschichte des Konsulats der See (daselbst XXIX. 1884, S. 413—431); eine Besprechung von Twiss monumenta juridica (daselbst XXVII. 1882, S. 619—633); der Via-mala-Brief vom J. 1473 (daselbst XXX. 1885, S. 60—68); zur Frage nach der Entstehung und dem Geltungsgebiet der lex Romana Utinensis (Ztschr. der Savigny-Stiftung Germ. Abth. IV. 1883, S. 54—75); eine vorreformatorische Pfarrordnung der Landschaft Davos (in d. Ztschr. f. Kirchenr. XVIII. 1883, S. 201—207); zahlreiche, meistens mit R.W. unterzeichnete Anzeigen in Zarncke's Centralblatt.

VI.

Zur Würdigung Leibnizens ¹⁾.

Von

Herrn Dr. iur. **G. Mollat**

in Kassel.

Als Mitglied des höchsten kurmainzischen Gerichtshofes, des sog. Oberrevisionscollegiums, und später als herzoglich hannoverscher Hofrath lernte Leibniz die oft und mit Recht gerügten Mängel und Schwächen der damaligen deutschen Justizpflege aus eigener Anschauung kennen. Bereits in seiner 1668 zu Frankfurt am Main erschienenen Jugendschrift, der von hinreissender und überzeugender Beredsamkeit getragenen *nova methodus discendae docendaeque iurisprudentiae*, einem Werke, das übrigens noch heutigen Tages Anspruch auf vollste Beachtung erheben darf, hatte er die Unhaltbarkeit dieser trostlosen Zustände nachgewiesen, zugleich Anleitung zu ihrer Heilung geboten und war seitdem in verschiedenen tief eindringenden Abhandlungen mit neuen Plänen hervorgetreten, ein kühner, jedoch kühl und nüchtern urtheilender Reformator auf dem Gebiete der von ihm so hochgeschätzten „*scientia caritatis*“, durchaus unähnlich den in scholastischen Ideen befangenen Zeitgenossen, jenen „*paedagogi*“ und „*puerorum ductores*“, die auch nicht eines Fingers Breite von den alten Bahnen abzugehen gesonnen waren.

Die Besserungsvorschläge, welche Leibnizens Herz und Geist trotz seiner vielen sonstigen Arbeiten fast dauernd beschäftigten, bezweckten im wesentlichen ein vierfaches:

1. Heranbildung tüchtiger „Priester der Gerechtigkeit“

¹⁾ Vgl. hierzu Bluntschli Geschichte der neueren Staatswissenschaft. 3. Aufl. 1881. S. 165—184. Pfleiderer Leibniz als Patriot, Staatsmann und Bildungsträger. 1870. S. 445—479. Mollat Réchtphilosophisches aus Leibnizens ungedruckten Schriften. 1885. Nr. VI, S. 42—53: *de legum interpretatione, rationibus, applicatione, systemate* und Anhang III, S. 90—91.

durch Umgestaltung des Studiums und Herausgabe systematischer Lehrbücher,

2. populäre Darstellung des geltenden materiellen Rechtes oder gar Abfassung eines einheitlichen Gesetzbuches, eines codex Leopoldinus,

3. Einführung eines formenfreien, leicht zu handhabenden processualen Verfahrens,

4. Errichtung von etwa zwei weiteren Reichsgerichten — eins für Sachsen und Westphalen, das andere für Franken und Schwaben — neben dem Reichshofrathe und dem Kammergerichte.

Leider ist hier nicht der geeignete Ort für eine nur einigermaßen erschöpfende Schilderung dieser rührigen, ja fieberhaft zu nennenden Thätigkeit. Vielleicht mag die Bemerkung gestattet sein, dass der von Dutens, Foucher de Careil, Guhrauer, namentlich aber von Onno Klopp so ungemein fleissig und gewissenhaft gesammelte Stoff zur Lösung eines derartigen Problemes keineswegs ausreicht, dass vielmehr die auf der königlichen öffentlichen Bibliothek zu Hannover bewahrten, bisher wenig berücksichtigten *manuscripta iuridica Leibnitiana* unbedingt benutzt werden müssten, wenn wir ein getreues Bild von Anlage und Tendenz aller Unternehmungen gewinnen wollen. Dasselbst befinden sich unter anderen Bruchstücken, Gutachten, Materialien, Versuchen: *discussio singulorum titulorum corporis iuris Iustinianei*; *institutiones*; *digesta*; *criminalia nonnulla*; *scripta quae pertinent ad Leibnitii consilium de reformanda iurisprudentia*; ferner *commentationes et observationes iuridicae*; *miscellanea*; *relationes, decisiones et responsa*; *tractatus nonnulli* (*de sponsalibus, novissimi successionum iuris compendium, varia de successioneibus, de praescriptione atque usucapione*).

Unser besonderes Interesse erwecken die Bände IVa und IVb. Dieselben führen die Titel: *synopsis singularum iuris materialium novo systemati accommodata* und *alia eaque accuratior synopsis singularum iuris materialium secundum novum systema*. Während wir aus dem letzterem Convolute, das sowohl das Concept wie die an einzelnen Stellen von Leibniz eigenhändig verbesserte und mit Zusätzen versehene Reinschrift enthält, unten einige

Abschnitte zum ersten male veröffentlichen, soll die auf fol. 14—19 vol. IVa entworfene Disposition zunächst abgedruckt werden. Bei den schon in Angriff genommenen Capiteln ist die Blattzahl ausdrücklich hinzugefügt.

Leges fol. 4a — verborum significatio — de regulis iuris fol. 8a — de fictionibus iuris generalibus fol. 10a — de praesumptionibus iuris et de iure fol. 141a — nullum in genere — aliud in genere — persona in universum eiusque species — quando persona habetur pro aliqua vel nulla seu excepta — quando persona habetur pro alia persona vel quando una persona cum alia connectitur fol. 20, 21a — quando unum pro alio attribuitur personae seu interpretatio qualitatum personae fol. 22a — concursus personarum fol. 24 — res in universum eiusque species — quando res habetur pro nulla vel excepta fol. 26a — quando res habetur pro alia re vel cum alia connectitur fol. 28a — quando unum pro alio attribuitur rei fol. 30a — concursus rerum fol. 32a — actus in universum eiusque species — quando actus habetur pro nullo vel ex postfacto rescinditur vel per exceptionem eliditur fol. 34, 35 — quando actus unus habetur pro alio vel cum alio coniungitur fol. 36a — quando unum pro alio attribuitur actui seu interpretatio actus fol. 38, 39a, 44a, 46a — concursus actuum et factorum fol. 40a, 41a — interpretatio verborum vel aliorum signorum seu qualitas dispositionis fol. 6 — ius in genere a causa, modificatione, dissolutione abstrahens — praescriptio fol. 47a, 54a — causa iuris fol. 48a — successio fol. 58 — successio ab intestato fol. 60a — ultima voluntas fol. 62, 63a — communia vel comparatio successionum et contractuum fol. 64a — modificatio iuris fol. 49a — communia realium et personalium — concursus iurium fol. 50a — dissolutio iuris fol. 53a — ius propriae auctoritatis fol. 66a — ius actionis popularis fol. 132a — ex quibus causis peti possit ut persona praecise aliquid faciat vel omittat vel patiatur. ius personalitatis vel personalissimum — modificatio iuris personalissimi — modi tollendi ius personarum — obligatio ex officio seu ex statu iniungente officium — ex quibus causis peti possit ut nobis praecise copia rei fiat vel aliquid fiat aut non fiat in re seu ius reale fol. 68, 75 — modificatio iuris realis fol. 71a — de modis tollendi ius in rem fol. 73a — ius reale in genere et species iuris realis — ius possessionis fol. 69 — ius mixtum seu ius rerum personale seu obligatio h. e. ex quibus causis peti possit ut persona aliquid praestet vel eius aestimationem seu causae actionum personalium fol. 76a — modificatio obligationis fol. 77a — de modis tollendi obligationem fol. 81a — exceptiones quibus actiones personales elidi possunt vel restringi fol. 79a — obligatio ex dispositione etiam sine conventionione — obligatio ex consensu vel ex conventionione sive accedat synallagma sive non fol. 84a — obligatio ex nudo consensu sine reali synallagmate fol. 86 — obligatio ex consensu cum causa fol. 88a — obligatio ex causa fol. 90a — obligatio ex culpa laxè sumpta ut et dolum comprehendat fol. 93a — obligatio ex dolo fol. 90b, 96a — obligatio ex facto stricte dicta i. e.

ex casu vel culpa fol. 91 b — obligatio ex culpa stricte dicta fol. 91 a, 92 a — obligatio ex facto strictissime dicta seu ex casu — ius indemnitis fol. 98 — ius indemnitis laxae sumtae ut et lucrum cessans comprehendat — ius indemnitis stricte sumtae — ius indemnitis contra eum qui in culpa est latius sumta fol. 101 a — ius indemnitis stricte sumtae contra dolum fol. 102 a — ius indemnitis contra culpam arctiori utriusque vocis sensu fol. 104 a — ius indemnitis totalis vel particularis contra eum qui in casu est fol. 109 — ius indemnitis contra lucrantem etiamsi is in casu sit fol. 107 — ius indemnitis contra indemnem seu quasi lucrantem — ius non faciendi sumptus fol. 111 a — ius lucrandi fol. 116 a — ius lucrandi contra eum cuius non interest fol. 121 a — ius lucri cessantis — ius lucrandi ex facto sine culpa et dolo contra lucrantem ex re nostra — ius lucri petendi ab eo per quem stetit quominus lucraretur seu qui lucrari debuit — ius lucri cessantis retinendi contra eum qui in dolo est etiam si ipsius quoque lucrum cesset vel damnum emergat fol. 99 a — ius lucri contra eum qui in casu est fol. 119 a — ius securitatis fol. 114 a — ius cautionis contra eum qui in dolo futurus metuitur — ius cautionis contra eum qui in culpa futurus metuitur — ius cautionis contra casum — ius tranquillitatis fol. 134 a — ius poenae privatae fol. 117 — ius praemii petendi — delictum fol. 126, 127 a — mulcta fol. 124 — poena criminalis fol. 129 — politica fol. 147 a — processus fol. 136, 139 — processus criminalis fol. 137 a — de praesumptionibus simplicibus fol. 140 a — de probationibus fol. 144 — quae iudex facit ex officio — ius mere publicum fol. 149 a — publica in genere quae comprehendunt politica et ius publicum — iura fisci, Kammersachen fol. 151 a.

Proben aus dem novum systema.

I. Persona seu qualitatis moralis i. e. iuris et obligationis capax est substantia habens aut habitura rationem et voluntatem, quo pertinet et furiosus, dormiens, qui in utero est, collegium, mortuus quoque ob immortalitatem animae. excipitur 1. impubes i. e. masculus minor 14, foemina 12 annis, nisi quo ad validitatem actuum ius non minuentium, item eorum quoque, qui ius tollunt, quibus tutoris auctoritas in continenti interposita est. 2. minor 25 annis quo ad personam standi in iudicio sine curatore, quo ad donationem omnino. 3. mulier et miles in eo actu, quo alterius obligationem in se recipit ex SCto. Velleiano. 4. filius in potestate patria existens quo ad mutui sumptionem ex SCto. Macedoniano, item potestatem ultimae voluntatis condendae nisi in mortis causa donatione, etiamsi permittat pater in bonis, ex quibus patri ususfructus acquiritur. 5. clerici quatenus nihil disponere possunt de bonis ex re ecclesiae profectis, monachi omnino de rebus suis, nisi quod liberis possunt relinquere. 6. hostis et a Caesare vel camera bannitus quo ad ius omne. 7. domicilium habens in civitate peregrinis ius denegante, quatenus alibi patitur ius retortionis. 8. clericus

vitio nato imperfectus, foemina in feudis, nisi quae personalibus serviitiis carent.

II. Persona personam repraesentat. aequiparantur 1. legitimatus et adoptatus decreto magistratus legitime nato, nisi in nobilitate. 2. legitimatus vero per subsequens matrimonium plane in omnibus. 3. minor curatorem habens, si quid sine eo suscipit, pupillo, nisi quod curatoris consensus in continenti necessarius non est. 4. prodigus cui decreto magistratus bonis interdictum est, absens ex iusta causa, respública, ecclesia minori. — repraesentant 5. servus dominum quatenus quae sibi acquireret, si liber esset, ea domino acquirat, item quatenus dominus si a servo vel pecude nocitum est vel id sarcire vel noxam dedere tenetur, socius socium in obligando sorte tenus. 6. qui in patria potestate est, parentem quatenus eum peculio tenus obligat facto suo et ex re eius proficiscentium dominium, caeterorum vero usumfructum parenti acquirat exceptis castrensibus et quasi castrensibus i. e. quae in militia vel artis alicuius liberalis professione aut exercitio vel munere publico acquiruntur, dos quoque profectitia in filiae dominio est. 7. qui in nave, caupona, stabulo, domo degit, exercitorem quatenus ex eo quod ille nocuit hospitibus vel ex quolibet aedificio deiciendo in publicum damnum praetereunti dedit, hic tenetur. 8. pater, tutor, curator liberos in potestate existentes, pupillum, minorem vel alium qui rebus suis praeesse non potest. tutor est qui pupillum seu personam impuberem in potestate patria non existentem regit resque eius administret. curator est qui puberis res administrat sive minoris sive dementis sive prodigi bonis interdicti sive absentis, eius qui utero est, item bonorum domini incerti. fit autem tutor vel curator qui testamento patris in potestate habentis aut eius qui aliquid minori relinquit, datus est vel eo cessante ascendens masculus, mater, avia, proximus cognatus vel denique hoc quoque cessante datus a magistratu; administrationem accedere non potest nisi decreto magistratus et ubi satisdederit rem pupilli vel minoris etc. salvam fore ac denique inventarium confecerit, rationes reddet, quoties poscet magistratus. 9. quicumque alicuius haeres ab intestato esse potest, si de rato et indemnitate caverit ob interesse futurum. 10. omnis mandatarius repraesentat principalem, sed si de voluntate principalis non satis clare constat, tum demum si de rato caverit. 11. absentem, rempublicam quilibet qui cautione praestita periculum in se suscipit, quando de damno eius vitando seu eo defendendo agitur. huc actiones populares, ubi publice interest. 12. cessionarius actionis cedentem, nisi potentior in re publica, item nisi quatenus redempta actionis summa pretium excedit. 13. successor defunctum particularis, nempe legatarius etc. in re particulari, sed universalis et quotae bonorum seu haeres per omnia exceptis poenalibus et debitis ultra vires haereditatis, si fieri curavit inventarium i. e. specificationem bonorum in haereditate repertorum iudicialiter vel tribus testibus factam. haeredes fiunt liberi ipso iure, nisi repudient, alii declaratione habendi praesumpta, si intra annum a tempore scientiae aliud non significant. creditores tamen defuncti haerede obaerato petere

possunt separationem bonorum haereditariorum a bonis haeredis. 14. fiscus repraesentat eum cui ut indigno aufert, quod ei ultima voluntate relictum est. indignus intelligitur, qui ultimam voluntatem testatoris vi, metu, dolo, importunis sollicitationibus fieri vel corrumpi coegit, impedivit, qui frustra impugnavit eius validitatem, qui celavit, qui alioquin graviter in testatorem, necem eius non ultus aut cuius culpa interiit, deliquit, qui alere noluit, atrocissimorum criminum convictus est, meretrix a milite eius consuetudine utente instituta, adulter ab amasia vel contra, denique quod quis ipse sibi solus scripsit, id ei ut indigno aufertur. hodie potius caeteris accrescit. 15. maritus dotis dominum durante matrimonio et fructus suos facit in compensationem onerum matrimonii. dos est in dubio, quidquid matrimonii contracti tempore uxor marito attulit, nisi quid exceptum sit. 16. monasterium monachum instar haeredis testamentarii. 17. fideiussor i. e. qui se obligat ad solvendum quod alius debet, principalem quando principalis debitor excussus non est solvendo vel semper est solvendo vel difficulter excudi potest, quatenus item uno liberato liberatur alter. factum iudicis est factum partis. — cessat repraesentatio 18. in iis quae sunt facti, non iuris, uti est possessio. 19. in personalissimis, ubi qualitas personae in individuo attenditur, in donatione administratorum. 20. in usu et fructu nudo qui non transmittitur nisi ex feudo et emphyteusi. 21. in iure ex ultima voluntate dilato in diem vel conditionem incertam, item ex contractu conditione collata in potestatem ius illud habentis, quatenus non transmittitur ad haeredes ante existentiam diei vel certificationem conditionis. 22. in haereditate quatenus eam ante scientiam delationis haeres ad haeredes non transmittit, nisi fideicommissarius, liberi, quorum transmissio dicitur Theodosiana, infans. 23. in factione ultimae voluntatis, quae per alium fieri non potest, sed ipsum testatorem a testibus vel iudice et audiri et videri necesse est. 24. in actione iniuriarum quoad haeredes rei, in revocatione ob feloniam, ingratitude quoad haeredes actoris. 25. quaecunque tamen actiones alias neque haeredibus neque contra haeredes dantur, eae litis contestatione facta dantur.

III. Succedunt defuncto, quos ille ultima voluntate valida designavit. talis est 1. militis in expeditione et hominis peste laborantis et parentis inter liberos disponentis nuda ex iure gentium, modo legitimam non imminuat. 2. ad pias causas, item facta a ruri degentibus vel tempore belli aut pestis habens 5 testes. 3. ab ipso testatore praesente iudici, licet alias non competenti in loco iudicii vel duabus personis iudicialibus, iudici vel assessoribus, rogatis et a iudice missis declarata vel insinuata. 4. si legata i. e. res particulares ex haereditate directe relictae et fideicommissa i. e. omne quod non immediate tibi, sed alii cum onere tibi restituendi relictum est sive sit universale, nempe haereditas vel eius quota sive particulare, non vero si haereditates directae codicillis i. e. ultima voluntate, in qua 5 testes sufficiunt, relinquuntur. 5. non solennis etsi in ea et mulieres et non rogati testes sint, sicut in testamento. 6. testamentum solenne si fiat vel

scripto vel sine scripto; si scripto fit, ita fieri debet: testator notario et 7 testibus praesentibus ad hoc rogatis ostendat schedam testamenti dicens hanc esse suam voluntatem, tum vero singuli una cum ipso testatore subscribant nomina sua in prima parte vacua et sigillum suum vel etiam dummodo id in subscribendo expriment, alterius apponant. testator si scribere non potest, octavo testi caeteris audientibus nomen suum ut scribat dictet. sine scripto seu nuncupativum testamentum fit praesentibus 7 testibus a testatore rogatis eum videntibus et audientibus ex eius ore ultimam voluntatem. in caeci testamento concurrere debent solennitates scripti et nuncupativi. testamentum denique uno contextu nullo extraneo actu interposito totum fieri debet. 7. testamentum non valet si haeres directe institutus non est et liberi ac parentes testatoris nec instituti nec expressa causa exhaereditati. causae ob quas exhaereditari possunt: si testatoris vitae insidiati, si coniugi vel concubinae eius se miscuerunt, testatorem testari prohibuerunt, furiosum neglexerunt, captivum non redemerunt, si sint haeretici, si parens alterum parentem interemit, si liberi parentibus manus vel aliam gravem iniuriam attulerunt, criminaliter excepto crimine contra principem et rempublicam accusaverunt, eos detulerunt et delatione damnum dederunt, pro iis ob debita incarcerationis fideiubere noluerunt, si liberi cum hominibus maleficis versantur, item histrionicam invito parente exercent vel cum histrionibus manent, nisi parens ipse sit histrio, item si filia libidinose vixerit vel ante annum 25 absolute vel postea conditionibus honestis a parente quaesitis assentiri nolens; causam autem veram esse haeres institutus probare debet. 8. omnis ultima voluntas valet nisi in ea negligantur iura testamentorum nominatim non remissa. 9. impuberis vel furiosi in eo statu morientis ultima voluntas intelligitur quam parens eum in potestate habens eius nomine condidit, dummodo idem parens eam condat vel confirmet in ea ultima voluntate quam condit sibi ipsi et is qui in potestate est, non sit in alterius potestatem recasurus. 10. donatio mortis contemplatione facta, acceptata. — infirmatur ultima voluntas 11. sola animi mutatione nisi haereditis institutio quae tum demum, si postea alio tempore alius haeres rite, imo successurus ab intestato etiam non rite institutus est. 12. si a testatore tabulae consulto violatae sic sunt, ut amplius vim probandi non habeant, item quatenus in iis ab eo aliquid est cancellatum vel deletum. 13. honorato vel eius successore relictum non capiente. 14. infirmata haereditis institutione testamentum totum ita ut nec legata debeantur, nisi ex testamento ob praeritionem parentum et liberorum invalido, item legata ad pias causas. — rescinditur ultima voluntas 15. si fratri aut sorori turpis persona praelata est in haereditate, item si liberi vel parentes inique exhaereditati expressa causa. 16. quatenus legitima cui aequatur portio coniugis statutaria, imminuta est. legitima descendentium est triens, si quattuor et pauciores, semis, si quinque et plures liberi sunt, portionis ab intestato debita. legitima ascendentium est triens. imputatur tibi in legitimam, quidquid ex re defuncti ad te pervenit titulo lucrativo. 17. quatenus haeredi quarta

legatis vel fideicommissis ablata est, quae in illis Falcidia, in his Trebellianica dicitur. in ratione illius ineunda spectatur tempus mortis testatoris, in huius ratione tempus debitae ex fideicommisso restitutionis. cessat utraque detractio, si a testatore prohibita, item in relictis ad pias causas, item si haeres sine beneficio inventari adiit. 18. quatenus coniugi secundae non potest plus relinqui quam uni ex liberis prioris matrimonii. 19. filius detrahit et legitimam et Trebellianicam simul.

IV. Succedunt ab intestato i. e. deficiente ultima voluntate 1. descendentes iure repraesentationis, scilicet nulla ratione habita proximitatis in stirpes, ascendentes iure proximitatis in lineas. 2. descendentes praeferuntur caeteris omnibus testamento non extante, nisi quod liberi naturales tantum succedunt patri non extantibus aliis liberis in duabus uncis cum matre partiendis; similiter pater succedit illis. 3. ascendentes praeferuntur collateralibus nisi quod fratres et sorores utrinque coniuncti eorumque si forte aliqui germani, non tamen omnes praemortui sint. filii et filiae concurrunt cum ascendentibus in capita et mater liberis tutorem, ventri curatorem non petens amittit haereditatem. 4. collaterales succedunt iure proximitatis in capita, nisi quod fratrum filii etiam cum fratribus succedunt iure repraesentationis in stirpes et fratres utrinque coniuncti seu germani unilateralibus uno gradu propiores intelliguntur. 5. coniux ratione portionis statutariae caeteris omnibus concurrat, imo haec detrahitur ante legitimam. 6. religioso succedit monasterium capax bonorum. 7. clerico succedit ecclesia in iis quae ex re eius acquisivit. 8. vasallo succedunt in feudo soli descendentes proprie loquendo. ideo et hi factum defuncti et debita praestare tenentur nec possunt haereditate eius in allodialibus abstinere et tamen feudum retinere. 9. collaterales non tam succedunt vasallo ultimo morienti quam primo acquirenti, cuius descendentes sunt. 10. proximitas lineae in feudalibus aestimatur ex persona ultimi morientis, proximitas gradus ex persona primi acquirentis. 11. si non apparet primus feudi acquirens, feudum quam maxime antiquum intelligitur. 12. in feudo non succedunt foeminae et cognati per foeminas, ideo nec duplicitas vinculi attenditur. in caeteris regulae successionum feudalium a communibus non discrepant. imo si feudum sit haereditarium i. e. datum primo acquirenti et haeredibus eius, tum vero et testari de eo permissum et succedunt quoque ascendentes et collaterales. non tamen foeminae, nisi feudum sit foemineum i. e. expresse et foeminis datum. imo etsi sit foemineum, nihilominus deficientibus demum masculis succedunt. in feudo tamen franco i. e. a servitiis libero, uti nonnunquam pensiones pro servitio praestantur, eodem cum masculis iure utuntur. 13. coniux inops ex sanctione Iustiniani in haereditate coniugis concurrat cum caeteris, ita ut si tres paucioresve vel nulli liberi sint, succedat in quartam, sin plures, accipiat partem unius liberorum. 14. de caetero deficientibus cognatis coniux superstes indistincte succedit et ex asse. 15. deficientibus caeteris succedit ecclesia clerico et alias collegium ad hoc privilegium membro. 16. fiscus i. e. aerarium

eius qui habet superioritatem territorialem, succedit subditis nemine alio haerede existente, damnatis vero laesae maiestatis statim exclusis aliis omnibus

V. Concursus plurium personarum ad idem. 1. si aequali iure ad idem, singulorum est in solidum, partes demum in concursus executione oriuntur, nisi quod plures correi promittendi; item existentes in communione praeter socios non tenentur nisi altero absente vel inope, plures vero rei stipulandi ab initio partem tantum habent, nisi item res sit spiritualis, quae tunc est nullius. 2. delinquentium ad poenam est in solidum cumulative. 3. reorum et doli et latae culpa ad interesse est in solidum elective, ut unius solutione alter liberetur. tenetur tamen liberatus solventi pro parte sua ad restitutionem. 4. tutorum et curatorum ad administrationem non admittitur, sed unus periculo caeterorum administrat. 5. si plures habent mandatum ad standum in iudicio, tum occupantis est mandatum exequi; potestas alterius interim pendet, donec prior impediatur, quo facto alter itidem administrat, donec ipso quoque impedito priori regressus detur. 6. in re communi potior est conditio prohibentis. 7. in collegio circa ea de quibus in collegium a singulis consensus est, praevalet maiora vota. 8. in concursu creditorum quatenus uni periculum amittendi debiti non imminet, stare maioribus tenetur. maiora hic computantur ex magnitudine summarum, non multitudine personarum. ita consentientibus caeteris unus tenetur debitori dilationem permittere, dum caveatur ei de debito non deteriorando. 9. in ultima voluntate plures re eadem coniuncti uno deficiente habent ius accrescendi seu eius partem acquirunt sine onere. et omnes cohaeredes eo ipso intelliguntur re coniuncti nisi quod his solis res accrescit cum onere. ususfructus accrescit et post concursum. 10. plures vero verbis coniuncti seu in eadem constructione positi in ultima voluntate censentur sibi invicem substituti in eandem causam, ut unus alterius partem acquirat cum onere. ideo si concurrant cum re coniunctis, illis praeferuntur. 11. nemo in communione manere cogitur. 12. divisio inter dissentientis officio magistratus, assignatio per sortem fit, nisi quod in duorum fratrum divisione haereditatis ascendentium ius canonicum ad exemplum Lothi et Abrahami recipit, ut maior dividat, minor eligat. 13. in divisione haereditatis inter liberos ii aequalitatis servandae causa conferre debent profectitia v. g. dotem etc. et alia quae a patre titulo lucrativo acceperunt vel pati ut sibi detrahantur. excipe si in parente appareat animus donandi, item ea quae consumpta nec in rem versa sunt, item alimenta et ea quae ad educationem liberorum a parente impensa sunt, uti semptus studiorum, peregrinationum, promotionum. 14. ante concursum creditorum actualem nulla inter eos praerogativae ratio habetur, sed quod minus privilegiato solutum est, magis privilegiatus postea repetere non potest excepto fisco, dote et habente ius reale et eo quod in fraudem creditorum solutum est. 15. in concursu creditorum rem auferunt domini, item ii qui domini fuerunt et in alienando sibi hypothecam reservarunt, et qui hypothecam in re

habuerunt, antequam ea ad debitorem pervenit, 16. qui ad funerandum, redimendum ab hostibus aut aegrotum curandum crediderunt, 17. tributa et collectae, postea 18. hypothecarii in rebus hypothecatis, ita ut prior tempore sit potior iure. 19. excipe quod mulier ratione dotis illatae praefertur omnibus, nisi anteriorem expressam habentibus. 20. fiscus, nisi in poenis praefertur etiam anteriori expressae et tacitae in bonis postea quaesitis, ut et is qui ad rei perfectionem cum effectu creditit, in illa re, item pupillus, minor, universitas, mulier, miles, quorum pecunia res empta est, item qui ad emptionem rei cum effectu crediderunt sibi que hypothecam reservarunt in illa re. 21. hypotheca in iudicio vel coram notario et testibus constituta praefertur etiam anteriori in privata scriptura constitutae, nisi huic 3 testes subscripserint. 22. si res uni in genere, alteri in specie hypothecata est, ille licet tempore prior ad rem hanc accedere non potest, donec caeteris excussis appareat solidum ex iis consequi non posse. 23. personaliter privilegiati, nempe deponens ratione rei depositae non amplius extantis, qui ad rei emptionem cum effectu creditit sine reservatione hypothecae. 24. caeteri creditores chirographarii appellantur et concurrunt pro rata, nisi quod ultimo loco ponendi, quibus aliquid debetur titulo mere lucrativo, etiam post legitimam. 25. qui cum effectu creditit vel rite obtulit ad creditorem privilegiatum dimittendum, in eius privilegium succedit. 26. usurae et interesse debiti privilegiati eodem iure cum debito censentur. 27. cessat privilegium personale, quando creditum in mutuum simplex acceptis vel pactis usuris conversum est. 28. sponsalia sequentia publica praeferruntur antecedentibus clandestinis.

VI. Actus circa ius et obligationem efficax esse potest qui non excipitur. — excipitur tum actus nullus, qualis est 1. omnis actus illicitus quatenus cedit in commodum facientis v. g. simoniacus. 2. gratuitus seu donatio inter virum et uxorem constante matrimonio, item inter patrem et filium in potestate eius existentem, utraque si sit inter vivos nec remuneratoria vel reciproca in continenti, illa tamen subsequente traditione et deinceps morte, haec sola morte confirmatur. 3. donatio inter vivos non remuneratoria, quatenus est ultra 500 solidos vel aureos qui sic computandi ut 72 constituent auri libram, iudici alicui, etiam alias incompetenti non insinuata. excipe dotem et donationem propter nuptias, item si annuum sit donatum, quod in singulos annos non excedit. 4. dotis constitutio a muliere intra annum luctus nubente facta quatenus est ultra tertiam partem bonorum, item a muliere secundo nubente facta quatenus est ultra id quod attulit priori marito et partem unius ex liberis prioris matrimonii. 5. compromissio in laicum in causa ecclesiae, compromissum in causa, ubi peccatum versatur, uti matrimoniali, transactio de causa matrimoniali et criminali poenam sanguinis non continente. 6. fideiussio mulieris, militis, clerici pro laico. 7. actus quem in scripturam redigi contrahentibus placuit, quia eius ius interim pendet. 8. actus in scripturam redactus eius qui scribere difficulter potest, nisi eius nomine subscribat testis supernumerarius. 9. contractus emphyteuticus sine scripto.

10. actus sine causa v. g. societatis leoninae, pactum ut alter totum damnum ferat vel nihil lucri. 11. actus in scripturam redactus, in quo causa non expressa est. 12. declaratio voluntatis generalissima v. g. dono tibi omnia, renuncio iuribus omnibus etc. aliud est in subalterna et speciali. exceptioni vis maioris seu casus fortuiti in genere renuntiari non potest, singulis potest. 13. conventio qua debitor promisit se expensas praestitutum secundum nudam actoris assertionem, qua quis promisit stare nudae alterius assertioni in reddendis rationibus etc., ut alter non teneatur de dolo et similes aliae irrationales, 14. beneficii competentiae, S^Cti Macedoniani, non numeratae pecuniae et cessionis bonorum, item a clerico privilegiis fori facta ob publicum interesse. 15. renuntiatio haereditatis paternae a filia non congrue dotata facta etiam iurata, imo etsi dotata sit, iurata sit necesse est. 16. pactum mulieris ut maritus in dote de culpa non teneatur et similia doti damnosa. 17. autoritas a parente, tutore, curatore in rem suam interposita. 18. actus, votum captandae mortis alienae de haereditate viventis continens, nisi ea persona consentiat vel sit incerta. 19. pactum creditoris in continenti legis commissoriae in pignore. 20. pactum obstagii i. e. quando debitor promittit se in certo loco sistere et tamdiu laute excipere creditorem, donec solvat, quae res in luxum abibat. 21. actus cui dolus vel vis causam dedit, quoad inferentem. 22. actus ignorantia vel ob vim gestus respectu alterius quam inferentis rescinditur in integrum restitutione. — tum actus rescinditur, qualis est 23. permutatorius, in quo est laesio ultra dimidium iusti pretii, si laedens nolit supplere, quod iusto pretio deest. 24. omnis actus legitimae imminutivus, item in fraudem creditorum factus. 25. omnis actus quo minor, ecclesia, universitas iuris sui inconsulta amissione laesi sunt, rescinditur in integrum restitutione. 26. omnis actus quo absens, imo quilibet sine culpa iuris sui amissione laeditur (excepta praescriptione, de qua infra) rescinditur in integrum restitutione. 27. donatio ob atrocem ingratitude, item supervenientiam liberorum, item inopiam debitoris, si hoc casu ei alimenta non praestantur, rescinditur. 28. actus nullus vel rescindibilis accedente iuramento vel fidei interpositione illustris confirmatur, etiam respectu haeredum, nisi de re mihi illicita iuraverim, quo casu iuramentum ipsum nullum est, nisi item actus a parte tua, cui iuravi, contineat peccatum, quo casu contra te agere possum ad relaxationem, denique nisi a magistratu, etiam saeculari, uti Caesare et camera relaxationem impetravero.

VII. Actus, adiectiones, conditio, dies, modus. 1. pendente conditione pendet ius vel obligatio. 2. conditio impossibilis vel turpis in ultimis voluntatibus et sponsalibus est pro non adiecta, in caeteris reddit actum nullum. 3. conditio captatoria haereditatis alienae reddit institutionem haeredis nullam, conditio mortis alterius certi reddit conventionem nullam ob metum alioqui insidiarum. 4. si Titius voluerit, tu haeres esto: institutio talis nulla est, legatum tale valet. 5. res spiritualis et ius publicum, uti iurisdictio, iudicium, sententia, excommunicatio, tutela dativa non recipiunt conditionem, nisi ex ipsa

actus natura fluentem seu non recipiunt extrinsecam. 6. servitus praedii neque sub conditione neque ad conditionem vel sub modo constitui potest. 7. quicumque in testamento praeteriri non possunt, nempe parentes et liberi, illi non possunt institui vel exhaereditari sub conditione nisi potestativa, legitima vero conditionem plane non recipit. 8. actus qui non recipiunt conditionem, in totum vitiantur eius adiectione. 9. conditionem collatam in potestatem eius cui aliquid ultima voluntate relictum est, implevisse is intelligitur, si per eum non stetit seu facit, quod in se erat. si vero is sit pupillus et interea conditio deficiat seu fiat impossibilis, per eum non stetisse intelligitur. 10. adiectio cum morieris, vivo te existere intelligitur. nam qui moritur, adhuc vivit. 11. plures conditiones intervallo eidem conditionato ascriptae in haereditate institutione et pia causa intelliguntur disiunctae, in contractibus coniunctae, in legato et fideicommisso implenda est novissima. 12. conditio contra substantiam matrimonii seu quae a vero fine matrimonii abest v. g. ducam te, si dives es, si pulchriorem non invenero, reddit sponsalia nulla. 13. sponsalia conditionalia copula secuta purificantur, perinde ac si impleta esset conditio. 14. ius conditionale ex ultima voluntate ante impletam conditionem quasi nullum intelligitur et nec transmittitur nec in bonis aut commercio est, similiter in diem incertum an vel quando dilatum. contra est in iure conditionali ex conventionem orto quod et aestimationem ex quantitate spei recipit. partus edi potest intra menses 7. vel $10\frac{1}{2}$; mensis 30 dierum est. 15. modus qui libertatem infringit, est in ultima voluntate pro non adiecto. talis est qui aliquid inutile alicui imponit v. g. haeres esto, sed tota vita tua vinum non bibes, urbe non exibis etc. 16. conditio mere negativa modus esse intelligitur in ultima voluntate v. g. haeres meus esto, si debitum a Caio non exegeris; ibi non opus est expectare, dum moriatur, ut appareat eum non exegisse, sed statim fit haeres, si caveat de eo non exigendo. modus enim dat pure, sed ad conditionem resolutivam, qua existente iterum adimit. si debito dies nullus adiectus, statim debetur.

VIII. Obiectum iuris et obligationis seu ius et obligatio versari potest circa omne quod non excipitur. — excipitur 1. omne ad quod quis praestandum a magistratu cogi non potest v. g. res impossibilis, illicita, factum personae, quo pertinent res quae non sunt in commercio: aer, aqua profluens, mare, litora maris, res publicae, sacrae, liber homo. 2. quidquid mea non interest te obligari v. g. ne bibas vinum, ne rideas et similes actus mere physici. 3. quota litis quae advocato et procuratori frustra promittitur. 4. usura illicita i. e. quidquid excedit 5 de 100 (usura usurarum, ultra alterum tantum nisi rei iudicatae) usura detracta sorti ab initio. 5. redditus annui quatenus vendi minoris non possunt quam 5 pro 100. nec potest adici pactum, quod emptore volente venditor reemere cogatur. alioqui actus habetur pro usurario. 6. monopolum in necessariis vitae quatenus certi ad reliquos a quodam commercio excludendos paciscuntur. 7. res litigiosa. 8. res dotalis et propter nuptias donata, item res minoris servabiles quae nec con-

sentiente minore sine decreto magistratus recte alienantur. 9. merces bellicae v. g. arma, tormenta etc. hostibus barbaris et infidelibus non transmittendae. 10. quidquid est ultra id quod deductis alimentis facere seu praestare potest parens, coniux, coniugis parens, socius, donator, nobilis, miles, doctor. his enim relinquenda sunt alimenta personam eorum decentia. 11. ius nondum competens quod valide non alienatur vel resignatur. 12. onera fundorum publica quae sine consensu magistratus in alium ne volente quidem domino transferri possunt ob publicam utilitatem. 13. res immobilis subditi quatenus officialis eam sine consensu prioris acquirere non potest. 14. iuncta et affixa aedibus detrahenda, item aedes diruendae. haec non possunt ultima voluntate relinqui; coloni et onera a fundis separari non possunt.

IX. In ius et obligationem deductum intelligitur seu continetur 1. sub re a te praestanda: ipsa in natura si in patiendo consistit praestatio; sin in faciendo vel ipsa vel si culpa tua factum est quominus praestetur, aestimatio; sin dolo id quod mea interest praestari. rei impraestabilis factae nec aequivalens debetur ab initio talis, sciente disponente debetur, nisi res sit extra commercium. 2. sub re omne damnum seu periculum et commodum rei quod dominum, item eum in cuius potestate est rei dominium acquirere v. g. emptorem re nondum tradita, quod et in cambio obtinet, si is qui cambium accepit, apud tertium stato tempore non exigat nec cum protestatione remittat campiori. 3. sub re affixa rei quae sine vi avelli non possunt. 4. sub re fungibili non mensurata, etsi mensura adiecta sit, integrum corpus, sic tamen ut excessus vel defectus pretio accedat vel detrahatur. 5. sub debito solutio totalis una vice. 6. sub debito dilato usque ad diem favor solius debitoris, ut tamen creditor invitus accipere cogatur, secus in dilato usque ad conditionem. 7. sub pecuniae mentione non corpus, sed aestimatio ideo reddendum, quod tantundem possit seu quo tantundem emi possit, quantum tempore contractus, ita tamen ut nemo in solutione magnae summae super 25 fl. minutae monetae accipere teneatur. 8. legato genere v. g. equo individuum mediae bonitatis et alioquin sub genere non vilissimum. 9. via est in rectum 8 pedum, in flexum 16. 10. sub interesse seu eo quod inter facultates quas habes et quas habiturus esses, nisi per alium stetisset, interest ratione tam damni emergentis quam lucri cessantis continetur, quidquid intra terminos a magistratu praestitutos in litem iuraveris. sub aestimatione continetur pretium rei commune. in id quod interest, etiam privata affectio et utilitas venit. 11. interesse morae ipso iure est 5 pro 100, nisi maius esse probetur. 12. damnum sic aestimatur in animali mansueto, quanti eo anno plurimi fuit, in re alia, quanti 30 diebus proximis plurimi fuerit. 13. cautio inopis sufficit iuratoria qua iurat de non laedendo et quod non potuerit invenire aliam cavendi rationem, immobilium possessoris nude promissoria, alterius per pignora de re certa, per fideiussores de re incerta.

X. Causa iuris vel actionis et obligationis in genere. omnis tam persona quam res tenetur mihi: 1. non nocere, item nihil facere animo

nocendi, etiamsi re vera damnum non sequatur. 2. de damno probabiliter a se secuturo vel eo quod ut sequi possit, facto suo efficit, securitatem praestare vel removendo causam vel praestando cautionem. huc cautio usufructuaria, a qua tamen liber est parens. 3. nihil facere solo animo aegre faciendi, unde non licet aedificare eo solo fine, ut vicino incommodes. — praestare id quod intererat nocitum non fuisse. 4. facto suo animo nocendi seu dolo. 5. cessatione sua dolosa in re mea quam possedit, usus tantum mei causa. 6. lata culpa est dolus praesumptivus in civilibus. — aestimationem praestare damni dati. 7. facto suo culpa media. 8. facto suo sponte, non per accidens. 9. cessatione sua culpa media in re mea quam possedit, usus mei et sua causa. 10. cessatione sua culpa levissima in re mea quam possedit, usus sui tantum causa. hinc usufructuarius tenetur ad rei reparationem eiusque onera realia. 11. gestor negotiorum domini ignorantis de levissima etiam culpa tenetur et secundum nonnullos mandatarius, precarium accipiens tantum de dolo. 12. bonae fidei possessor lite contestata (hodie facta citatione) tenetur de culpa levi. 13. possessor rei meae in tradendo moram non iure faciens etiam de eo quod interest et casu fortuito tenetur, etsi apud me ille eventurus fuisset, quia casui causam culpa vel dolo praebuit. 14. mora currere incipit lapsu diei, ubi ea praefixa est, lapsu biennii, si dos promissa marito, interpellatione, incipit et finitur cum aetate minoris creditoris, cui ipso iure currit, ut et legitimae et piae causae. 15. iniuriator verbalis si animus iniuriandi apparet, tenetur ad aestimationem vel revocationem aut nisi gravis, deprecationem, si non apparet ad declarationem. 16. occisor defuncti animae ad missas legi curandas arbitrio magistratus tenetur iure pontificio. 17. laesionem alterius quae ex facto suo vel non facto sequi potest, cogitare est dolus: cogitare posse si ratione recte utaris, est culpa. iam si laesio ex facto necessario sequitur, est culpa lata. si probabile est secuturam, est culpa levis. sin possibile saltem sequi, culpa est levissima. tanto enim facilius tibi in mentem venire poterat, modo animadvertisses, quanto maior eius cum facto tuo connexio est. iam si cogitatio frustranea sit i. e. si laesio etsi scias praecaveri humano consilio non possit, casus est fortuitus. 18. in facto animalis quasi dolus ac quasi culpa intelligitur pro ratione sensus qui in ipsum cadit. 19. si arbor vicini in aedes meas radices agit aut ramos diffundit atque ita nocet, tenetur is praecidere nec teneor pati, ut arbor eius in agrum meum umbram ultra 15 pedum altitudinem proiciat, quo spatio et arbores ab aquae ductu distare debent. caeteroquin arbor 5, speciatim vero olea aut ficus novem pedibus, maceria uno, domus duobus, sepulchrum aut scrobs quantum profunda est, puteus passus latitudine a vicini fundo distare debet. 20. non licet habere in suo herbas venenatas et animalia nocentia non clausa, furnum pistorium in loco ubi non fuit, suspensa habere ea quorum casus metuitur. 21. qui opus novum facit, tenetur alio id apud magistratum nunciante ad non amplius aedificandum, nisi de damno futuro caverit, alioqui quod aedificaverit, amplius destruitur. si tamen nuncians interesse suum intra

tres menses probare paratus sit, aedificator ad cautionem durante hoc intervallo non admittetur, modo sine damno desistere possit. 22. aquae cursum ita mutare non licet, ne opere quidem in tuo facto quo alteri noceatur. 23. sarcire teneris quantum ex damno inviti factus es locupletior, nisi suo dolo causam dedit. 24. reddere teneris quidquid datum tibi est ob causam vel non secutam vel ex parte tantum tua turpem, item sine causa et indebitum per errorem datum, nisi iure saltem gentium debitum sit. 25. quidquid negotiorum tuorum gestori sine omni culpa sua casu abest, restituere teneris. 26. quidquid mihi prodest, tibi non nocet, id ut sumptibus meis fiat, etiam in tuo pati debes. 27. omnis turbator aut diffamator qui sibi ius aliquid contra me asserit, tenetur ad illud intra praefixum a iudice tempus probandum aut perpetuo silendum.

XI. Causa iuris realis in genere 1. nulla alia est nisi possessio et dispositio in continenti adiecta, non conventio, nisi ubi lex specialiter concessit, ut in singulis dicitur, non ultima voluntas, quia in ea non tam ius reale constituitur, quam semel constitutum in successorem defunctum repraesentantem transfertur. 2. possidet qui habet rem in potestate per se vel per alium sibi non possidentem. 3. possessor fit etiam cui prior possessor rem in conspectu existentem vacuum vel apertam se resignare dicit, traditio item symbolo v. g. clavibus. 4. successor in officio ipso iure acquirit possessionem antecessoris, secus de successore in bonis. 5. ius possidere intelligor, si praestationi meae alter pareat. 6. signatio et degustatio rei est pro traditione. 7. dignitates et officia symbolice traduntur. — ius reale in specie est ius possessorium. 8. possidens turbandus non est, sed retinebit possessionem, donec iniusta probetur. 9. spoliatus i. e. qui amisit possessionem vi, clam vel precario ante omnia est in eam restituendus, etsi adversarius paratus sit probare, quod is non iure possederit; hoc enim in iudicium petitorium differtur. 10. si non apparet, uter possessor, uter turbator sit et subest periculum armorum, interim sequestranda res est et utri momentanea possessio competat summarissimo iudicio definitur. — ius retentionis 11. in re habeo, si ipsa res mihi obligata est, hinc ius pignorandi animal laedens, non hominem. 12. si dominus rei mihi obligatus est et obligatio eius ex possessione mea vel ex eadem cum ea causa oritur, ita habet ius retentionis qui utiliter in rem impendit, hospes in illatis pro mercede, mulier in bonis mariti pro dote. 13. si rem in qua hypothecam habeo, sine vitio possideo. idem enim est pignus quod hypotheca cum iure retentionis. 14. item si duplici nomine mihi obligatus es et unius debiti causa pignus dedisti, habeo ius retentionis etiam alterius nomine. 15. conductor re locata ante tempus cedere non tenetur, nisi re male utatur aut mercedem non solvat, nisi item dominus rem velit reficere vendereve aut alias ad proprios usus indigeat et damnum conductori sarciat. — ius protimiseos vel retractus, ut rei alienatio retrahi possit regulariter intra annum et mensem a tempore scientiae oblato eodem pretio. hoc competit 16. domino directo. in emphyteusi et superficie offerenda prius res est; qui nisi intra duos

menses se declaret, cessat ius protimiseos. 17. primo licitatori in re subhastata. 18. antiquis conductoribus in locatione praediorum publicorum. 19. multis in imperio locis competit primo proximis cognatis, maxime in bonis avitis, deinde consortibus, denique vicinis, dummodo in usum suum, agnatis in feudo. — ius arrestandi 20. rem habeo si summarissime ostendero dominum eius mihi obligatum et periculum in mora esse; tum enim licet incipere ab executione, non ut res mihi applicetur, sed ut sequestretur vel saltem sistatur, nisi in nundinis a Caesare privilegiatis. — ius immissionis 21. in rem habeo, si dominus eius mihi obligatus contumax est in respondendo vel iudicato implendo, ita tamen ut prius in possessionem mobilium, deinde immobilium, hinc nominum, extremo loco instrumentorum debitoris quibus vitam tolerat caeteris non suppetentibus pro debiti quantitate creditor immittatur, pignoris iure possessurus. — ius hypothecae 22. est obligatio rei pro persona instar fideiussoris, ita ut creditor suum ex ea consequi possit; sed si tertius in rei possessione est vel in ea ius habet, habet rei nomine beneficium excussionis, ut tum demum res teneatur, quando caetera debitoris non sufficiunt. consequitur autem suum ex re debitore non solvente distractione eius iudiciali, ita ut iudex certo pretio publice rem venum exponi et plus offerenti addici curet. si nemo eam velit, ipsi creditori pro debito vel pretio sub quo proposita est, utrum volet, addicetur. 23. ius hypothecae habent omnes quos supra (ubi de concursu creditorum V, 14 seqq.) inter hypothecarios retulimus vel iis etiam praetulimus. 24. his accedunt: is cui a domino conventionem vel ultima voluntate hypotheca constituta est, etiam sine traditione; quae si accesserit, oritur pignus. 25. immissus a iudice in bona rei contumacis. 26. locator in rebus ab inquilino in praedium urbanum animo ibi habendi illatis, item in fructibus extantibus praedii rustici. 27. qui administratore indiget, ut minor, universitas etc. in bonis eius. ita mulier in bonis mariti ratione tam dotis a tempore matrimonii quam paraphernalium a tempore illationis, imo et ratione donationis propter nuptias, item contra maritus in bonis eius ratione dotis promissae, non praestitae. 28. fiscus etiam in poenis. 29. is cui alimenta debentur vel annua praestatio in re ad hoc destinata. 30. liberi et parentes ratione legitimae post eos qui titulo oneroso crediderunt. 31. legatarius et fideicommissarius ratione legati in haereditate post creditores defuncti. 32. qui usuras illicitas dedit, in bonis usurarii. 33. is cui debetur aliquid onus reale v. g. canon, solarium, census, decimae, redditus annui de re certa ad hoc obligata promissi. habet hypothecam in illa re non solum ratione securitatis ipsius in se oneris realis, sed et singularium praestationum, etiam quarum dies iam venit. — ius administrandi: 34. id nihil aliud est quam quando persona personam in exercitio iuris alicuius repraesentat. 35. usufructu ius administrandi continetur et adempto eo remanet idque et maritus habet in paraphernalibus. — ius usufructus. 36. ius usus nudum est utendi re alterius tantum ad necessitatem, ius usufructus plenum est utendi etiam ad commoditatem et abundantiam. utrumque est ius administrandi,

etiam personam repraesentandi, sed in rem suam. 37. bonae fidei possessor acquirit fructus industriales percipiendo. 38. coniux ad secundas nuptias trans vel libidinese vivens superstitibus liberis prioris matrimonii amittit proprietatem bonorum quae a coniuge aut liberis eius matrimonii per successionem habuit eaque in liberos superstites translata retinet solum usumfructum. 39. mortuo vasallo inter ultimum augusti et primum martii fructus non percepti sunt eius cuius est feudum, mortuo inter primum martii et ultimum augusti sunt vasalli haeredum. 40. partus hominis in fructu non est. 41. huc pertinet ius emphyteuticum, quando fundi sterilis ususfructus sub condicione meliorationis conceditur. 42. ius superficiei, quando ius alteri conceditur aedificium in fundo habendi. 43. feudum seu ususfructus rei immobilis ei datus qui danti fidelitatem promisit, quod constituitur investitura et possessione investiti. investitura est solennis symboli cuiusdam pro consuetudine loci facta traditio animo concedendi feudum, accedente a vasallo promissione fidelitatis et testimonio parium curiae seu convasallorum sub eodem domino in eadem ditione, ecclesiasticis tamen feudis secundum nonnullos remisso. — ius servitutis 44. i. e. oneris realis passivi quod praedium praedio debet, non ad voluptatem, sed usum idque etsi persona acquirat, praedio acquirere intelligitur, nisi aliud actum sit. 45. fundus alteri servitutum in aedificio consistentem debens tenetur et ad aedificii refectionem quo servituti locus sit. 46. licet cuilibet quodlibet in suo facere nisi iure prohibetur, uti ea ex quibus damnum metuitur. 47. inferius praedium tenetur aquam recipere a superiori, superius demittere non tenetur. 48. aedificare non perpendiculariter et efficere ut sua fundo alieno immineant, non licet. 49. ius braxandi ad negotiationem alii extra civitates regulariter non habent. 50. teneor pati ut alius feram vulneratam vel amissam in conspectu persequens ingrediatur fundum meum, sed sine inflatione corniculi venatorii et clamosa canum incitatione. — praestatio realis 51. seu onus reale activum competit: canon et solarium domino fundi emphyteutici et superficarii in recognitionem domini. 52. quando fundus talis venditur, debetur domino laudemium ex alienatione in extraneum inter vivos vel mortis causa pro laudatione seu approbatione estque in dubio pars pretii 50^{ma}. 53. ecclesia debet episcopo duos solidos ratione synodalis vel cathedralici. 54. decimae fructuum praedialium ne sumptibus quidem deductis ecclesiae parochiali loci debentur. 55. ab impositionibus et collectis libera sunt praedia ea, quibus imposita servitia militaria. 56. quartam partem decimarum dabant clerici episcopo quae dicitur canonica portio. 57. feudum tenetur ad personas quae a feudo excluderentur v. g. foeminas et imperfectos ex feudo dotandas, educandas, alendas, funerandas. 58. de reditu fodinarum decima debetur superiori. — ius consolidationis 59. habet omnis dominus in eo quod sibi ad plenitudinem domini deest, mortuo sine haeredibus habente vel hannito etiam ante fiscum recuperando.

XII. Causa dominii i. e. iuris dominandi in rem pleni nisi quid expresse excipitur, est 1. possessio rei nullius animo habendi quo

pertinet apprehensio rei nullius etiam per aliam rem v. g. per canem nostrum, hinc fructus sunt domini rei, huc pertinet quod res extincto per praescriptionem alterius iure possidenti acquiritur. 2. immobilia derelicta sunt fisci. 3. thesaurus cuius dominus ignoratur, est dimidius inventientis, nisi data opera invenerit, dimidius domini soli; sed si dominus soli magicis artibus invenerit, totus est fisci. 4. feras et pisces in alieno capiens non acquirit hodie. 5. fera animalia i. e. quae hominis manui non assuevere, capiens non aliter acquirit quam quod in iis habet ius retentionis. nam si ex possessione et e conspectu amiserit, fiunt occupantis, nisi consuetudinem redeundi habeant. 6. venationes, aucupia avium maiorum, vulgo „Federwildbrett“ pertinent ad superioritatem, ut et flumina perennia. 7. ad regalia seu iura fisci pertinent armandiae seu armamentaria, viae publicae, flumina navigabilia et per quae alia fiunt navigabilia, portus, ripatica seu quod de ponte vel pro vectura de ripa in ripam solvitur, vectigalia, monetae, mulctae, bona vacantia, quae ut indignis auferuntur, angariae et parangariae seu praestationses plaustrorum naviumque ad rei publicae necessitatem, auri argentique fodinae, salinae. 8. capta ex hostibus bello iusto inter duas res publicas sunt capientis, nisi quod immobilia, item apparatus bellicus sunt reipublicae. 9. si res rei maiori cohaeret, dominio quoque eius accedit, ita aedificium, item implantatum solo, nisi quod scripturae tabula, picturae cedit charta. 10. si neutra dici potest alteri accessisse, res fit communis. 11. insula in flumine nata eius est cuius est flumen. 12. flumen alveo mutato praediis priorum accolarum adicit, quantum priori ripae adiecit. adicit quoque quidquid per alluvionem latenter accedit. exceptio est in agris limitatis et arcifiniis. 13. specificatione res fit specificantis, si prior species interiit, ut reduci non possit. 14. traditione i. e. possessione rei alterius animo habendi eo consentiente ut imposterum habeam, rem acquirō. 15. in rei alienatione pro alterius praestatione dominium non transfertur, nisi praestatio facta vel fides de ea habita sit. 16. dotis aestimato datae dominium plenum est apud maritum. 17. res pecunia minoris ab administratore empta minor acquiritur. 18. res in quibus vectigali fraus facta, cadunt in commissum seu cedunt fisco. 19. quae fisco acquiruntur commissi iure, sine traditione acquiruntur. 20. sine traditione acquiruntur beneficialia et spiritualia. 21. qui per modum representationis personae acquirunt, sine possessione apprehensa acquirunt, ita haeres, socius omnium bonorum, legatarius, fiscus.

VII.

Beiträge zur älteren Verfassungsgeschichte des Schöppenstuhls zu Leipzig.

(Mit urkundlichen Beilagen und Siegelabbildungen.)

Von

Herrn Archivrath Dr. jur. **Theodor Distel**

in Dresden.

I. Die älteste Zeit bis zum Jahre der Reformation des Stuhles (1574).

Als der Gesetzgeber der Konstitutionen vom 21. April 1572 dieses sein denkwürdiges Werk beendet und damit grössere Sicherheit in den Rechtszustand seines Landes gebracht hatte¹⁾, musste ihm vor Allem daran gelegen sein, die in dem Schöppenstuhle zu Leipzig, diesem seit alten Zeiten von Nah und Fern befragten Rechtsorakel²⁾, herrschenden Missstände abzustellen. Schon im Juni desselben Jahres sehen wir ihn an die Arbeit herantreten³⁾, erst im November 1574 ist dieselbe gethan. Dieses Augusteische Reformwerk hat eine aktenmässige Darstellung⁴⁾ noch nicht erfahren, aber auch die ältere Geschichte des Leipziger Schöppenstuhls ist bisher zu wenig durchforscht worden, weshalb ich hier zunächst zu der letzteren einige Beiträge darbiere.

Schon unter Markgraf Otto von Meissen folgte Leipzig dem Halle-Magdeburgischen Rechte⁵⁾, Verwaltung und Rechtspflege gediehen bald in der schnell emporgekommenen Handelsstadt⁶⁾.

¹⁾ Vgl. Schletter: Die Konstitutionen Kurfürst Augusts von Sachsen u. s. w. (Leipzig 1857). — ²⁾ Peifer: Lipsia (Francof. 1700; die älteste Ausgabe ist von 1689) p. 153. — ³⁾ Darüber Näheres später. — ⁴⁾ Die in neuerer Zeit oft angezogene Gretschel'sche Abhandlung, in dessen Beiträgen zur Geschichte Leipzigs (Leipzig 1835) S. 56 flg., beruht nach seiner eigenen Angabe nur auf der älteren Litteratur. — ⁵⁾ Codex diplomaticus Saxoniae regiae II. Hauptth. Bd. VIII Nr. 2 (cfr. S. XI), vgl. Gaupp: Das alte Magd. u. Hall. Recht (Breslau 1826) und Haubold: S. Privatr. 2. Aufl. (Leipzig 1829) S. 7. — ⁶⁾ Ebenda S. XXV.

Bereits 1325 wies der Böhmenkönig Johann von Luxemburg seine, nach demselben Rechte lebende Stadt Pirna im Falle der Rechtsnoth an die Bürger Leipzigs¹⁾. Leider sind Nachrichten über die Thätigkeit der dortigen Stadtschöppen nach Aussen hin aus dem vierzehnten Jahrhunderte²⁾ bis auf die Mittheilung der Leipziger Stadtwillkür an den Rath zu Dresden um 1370³⁾, nicht auf uns gekommen, und selbst das bis zum Jahre 1485 geführte Urkundenbuch der Stadt Leipzig⁴⁾ hat dieses Schöppenkolleg in keiner Weise berücksichtigt.

Gleichviel! Die ersten Worte der Vorrede zu dem Rechtsbuche nach Distinktionen beweisen, dass die Schöppen zu Leipzig gegen die Mitte des vierzehnten Jahrhunderts um ihrer Rechtsweisheit willen ebenfalls schon in Ruf gekommen waren, man sich bei ihnen aus vielen Städten der Markgrafschaft Meissen Rechtsbelehrung holte⁵⁾. — „Anni plus minus centum

¹⁾ Ebenda Bd. V Nr. 15 (S. 341), z. vgl. Stobbe, Rechtsquellen II, Braunschweig 1864. S. 69 Anm. 22, 25. Allzuviel Gewicht darf übrigens auf diesen Vorgang nicht gelegt werden. Man erinnere sich nur, dass z. B. 1398 Werdau nach Zwickau gewiesen wurde. (Flehsig: De antiquissimo orbis Zwicavicae dicasterio — Zwicc. 1860 —; Göpfert: Geschichte des Pleissengrundes — Zwickau 1794 — S. 433 flg. Horn: Friedrich der Streitbare. Leipzig 1733 Nr. 154 p. 769. S. Hauptst. Arch. Copial 15 fol. 10^b.) Der zum Schiedsrichter gewählte Hauptmann zu Schellenberg hatte sich, wie wir einem Leipziger Schöppenspruch aus dem fünfzehnten Jahrhundert entnehmen, auch bei denen zu Zwickau „erfahren“. Mittweida'sches Stadtbuch S. H. St. Arch. Loc. 9893 Bl. 15 flg. — ²⁾ Der im Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit (Nr. 9 von 1879) mitgetheilte Spruch ist ein gewöhnliches städtisches Schöppenurteil, lehrt jedoch, dass die Schöppen schon damals ihr eigenes Siegel hatten. Auch die Schöppen zu Chemnitz hatten schon 1381 ihr Siegel (Cod. cit. VI, S. XXXIII sub 4); desgleichen gab es, wie dem trefflichen Chronisten Lorenz entgangen ist, wohl schon frühzeitig in Grimma ein besonderes Gerichtssiegel. Ein Abdruck desselben von 1508 ist mir in den Akten des S. Hauptstaatsarchivs Loc. 8891 (von Welte-witz etc. 1485—1486 Bl. 27^b) begegnet. (Dresdener Sprüche tragen dagegen das Stadtsiegel.) — ³⁾ Cod. dipl. Sax. Reg. II. Hptth. Dresden Nr. 69. — ⁴⁾ Der unter 5 angezogene Band, welcher 1868 erschien. Ob das in der Einleitung zu demselben erwähnte Stadtbuch (etwa aus der Mitte des 15. Jahrh.) Nachrichten über das Schöppenkolleg enthält, vermag ich nicht anzugeben; das Buch ist seit Jahren spurlos verschwunden. — ⁵⁾ Ausgabe von Ortloff (Jena 1836) vgl. Ott: Beiträge zur Receptions-geschichte u. s. w. (Leipzig 1879) S. 178 Anm. 11.

septuaginta [circa annum 1420¹⁾] sunt, — so meldet Peifer²⁾ in den achtziger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts —, cum ordo Lipsiensium iudicum de jure publice respondere coepit.“

Dass diese Zeitangabe nicht richtig, dass überhaupt nach einem Anfange des Schöppenstuhls zu Leipzig, welcher nicht gestiftet worden ist, sondern nach und nach seinen Wirkungskreis sich selbst geschaffen hat (wobei ihn wohl die nachher zu erwähnende Verordnung von 1432 wesentlich unterstützt haben wird), zu forschen ein eitles Unternehmen ist, ergibt sich aus dem Gesagten. Doch wie kam man dazu, die Zeit um 1420, oder wie Spätere³⁾ thun, das genannte Jahr selbst als Anfang der Thätigkeit der Leipziger Schöppen nach Aussen hin zu bezeichnen? Ich glaube, dass entweder das älteste noch vorhandene, zufällig 1420 angelegte Schöppenbuch⁴⁾, obgleich dasselbe nur Einträge über städtische Angelegenheiten enthält, oder der Umstand, dass 1423 die obere Gerichtsbarkeit zuerst wiederkäuflich an die Stadt kam⁵⁾, zu der irrigen Annahme Veranlassung gegeben hat. Schliesslich lasse ich zur Widerlegung Peifers noch den Stadtschreiber zu Mittweida, Heinrich Teschwitz, sprechen. Derselbe schrieb unter dem Bürgermeister Thomas Hildebrand im Jahre 1412 eine Vorrede in das dortige Stadtbuch⁶⁾, welche die Jacob Grimm'sche Bemerkung: Man entlieh das Recht wie Feuer und Licht bei dem Nachbar⁷⁾, so recht illustriert.

Dieselbe lautet:

„Dis buch ist gezugit zu nucze und zu fromen der stad arm und rich und allen unsern nachkomen, do man inne geschrebin vint di recht di zu dem male in den retin gewest

¹⁾ Dresser (De praec. Germ. urb. — Lips. 1606 — pag. 368). —

²⁾ A. a. O. — ³⁾ Z. B. Brummer (De scabinis — Lips. 1635), Heydenreich (Chronik von Leipzig, 1635), Vogel (Annales Lips. — 1717), Leuber: Gründl. etc. Discurs etc. (1648) IV — Weichbild bei 44 — will sogar wissen, dass der Schöppenstuhl von Dohna nach Leipzig 1420 gebracht worden sei. — ⁴⁾ Nicht 1422, wie Cod. cit. sub 5 S. VIII angiebt. Dasselbe ist übrigens jetzt im Leipziger Rathsarchiv zu suchen. — ⁵⁾ Cod. cit. Bd. VIII Nr. 135 (Nr. 186). An demselben Tage kamen die Gerichte auch in Chemnitz und Leisnig an die betr. Städte. (Cod. cit. Bd. VI Nr. 98 in v. Mildenstein, Chronik der Stadt Leisnig — Leisnig 1857 — S. 131.) — ⁶⁾ S. H. St. A.: Loc. 9893 I, 9^b. — ⁷⁾ Vgl. Thomas: Oberhof z. Frankf. a/M. (ebenda 1841) S. XI.

sin und vor vel jarin einteil gelegin habin und man von jare zu jare dar noch schriben sal recht, di da geholt werdin in di stad, uf daz das man darinne gelernen mochte und lute gescheidin und ir geld in der stad behaldin mochte. daz habin di burger daz jar in dem bestin dirkant zu nucze und zu fromen den retin und darnach arm und rich in daz buch sal man schriben und sten geschrebin recht, di da bestendig und waraftig geteild sin zu Lipzk, zu Dresden¹⁾, und zu Gyten, und si hir nach mals von rechtes wegin geteild werden.“

Aus dem erwähnten Schöppenbuche, dessen nächste Fortsetzungen leider nicht auf uns gekommen sind, erfahren wir die jeweilige Gerichtsbesetzung in den Jahren 1420 bis 1478. Auf Grund einer Vergleichung der dort vorkommenden Namen mit denen der zu ermitteln gewesenen Rathsmitglieder und unter Heranziehung der in der Beilage B mitgetheilten alten Schöppenordnung, lässt sich feststellen, dass seit Gelangung der Gerichte an die Stadt unter einem zum Rathe gehörenden²⁾ Richter (früher unter dem landesherrlichen Vogt) in der Regel sechs (es kommen auch sieben, fünf und vier vor) auf Lebenszeit von den Schöppen gewählte und vom Rathe bestätigte³⁾

¹⁾ V. Webers Archiv f. d. Sächs. Gesch. N. F. II, 193 ff. insbesondere 200, Anm. 25; Bl. 2^b des Stadtbuchs wird in einer Einweisung auch auf Magdeburger Sprüche, welche wir jedoch vergeblich in demselben suchen, Bezug genommen. — Aus dem Nachbarstädtchen Geithain geholte Rechtsbelehrungen enthält die Sammlung nur zwei, darunter eine mit dem Datum 1377. Dieselben habe ich mitgetheilt in der Zeitschr. der Savigny-Stiftung V. Germ. Abth. S. 190—191. Aus welcher Zeit die ältesten der aus Leipzig eingeholten Sprüche stammen, hat sich nicht ermitteln lassen. Die Zahl der von Teschwitz eingetragenen ist eine geringe (Stadtbuch: Bl. 10 fig.). Daneben steht aber betreffs der auf Bl. 23—24 zu lesenden Sprüche fest, dass sie spätestens 1430 aus Leipzig geholt worden sind. — ²⁾ Aus jedem Rathe war einer bestellt. — ³⁾ Die Schöppen wählten, der Rath bestätigte und verpflichtete. Den Rath bestätigte der Landesherr, in Torgau und Dresden z. B. bestätigte derselbe auch die Schöppen. (S. H. St. Arch.: Cop. 42 Bl. 93^b. d. ao. 1444 u. Cod. cit. V Nr. 344 d. ao. 1470). Der älteste Bürgermeister, bzw. dessen Vertreter, fungirt als Schöppenmeister. 1471 wird Stange als solcher aufgeführt. (Rathsbuch im Rathsarchive zu Leipzig Bl. 88^b.) Auch der zum Schöppen gewählte Bürgermeister musste vom Rathe bestätigt werden. (Raths-

Rathsmitglieder und unter ihnen immer die drei Bürgermeister „das Gerichte sitzen“¹⁾). Dieses Kolleg der Sechs ist es auch, welches neben den „sächen der burger“ die „frembden sachen“ gegen Entgelt²⁾ verspricht. — Im Jahre 1432, also zu der Zeit, in welcher die denkwürdige Verordnung, betreffend die Aufhebung des Rechtszuges nach Magdeburg, gegeben wurde, sehen wir im Schöppenstuhl nur Laien, die Bürgermeister Conrad Beer, Peter Ilburg, Hans Wachau und die Rathsmitglieder Andreas Stobener, Hans Legat, Hans Bruser, Heinrich Steyn. Wenn nun Kurfürst Friedrich II. und dessen Bruder Herzog Sigmund in Gemeinschaft mit ihrem Vetter, dem Landgrafen Friedrich ihre Unterthanen anwiesen³⁾, in Zukunft Urtheil und Rechtsbelehrung nicht mehr zu Magdeburg, sondern im Lande, vornehmlich in Leipzig⁴⁾, entweder bei

buch Bl. 188: „wie dann von alters ubelich“ — 1527.) Im Jahre 1574 ist eine Abschrift der alten Schöppenordnung gemacht worden, welche auf uns gekommen ist. Dieselbe dürfte dem Ende des 15. Jahrhunderts angehören. (Beilage B.)

¹⁾ Der Richter verkündete nur das Urtheil, fand es aber nicht mit, Planck: Deutsches Gerichtsverfahren etc. — Braunsch. 1879 — S. 248 ff., Schultze: Privatrecht u. Process etc. — Freib. i. B. u. Tübing. 1883 I. Th. — S. 97 ff., 127 ff., 176 ff. — ²⁾ Vgl. den mitgetheilten Eintrag des Stadtschreibers Teschwitz. Das Urtheilsgeld betrug nach einem Kanzleibuch (S. H. St. Arch.: W. A. Justizsachen Bl. 1) i. J. 1442 18 Gr. 1483 schickten die Schöppen den Boten, welcher nur ein Urtheilgeld bei sich hatte, da sie drei Fragen vorgelegt bekamen, „ungefertigt“ nach Hause, sie schrieben gleichzeitig an den Hofmeister Dittrich von Schönberg, dass sie in Zukunft nicht zu sprechen gedächten, es wäre denn das Urtheilgeld mit überantwortet, daneben mahnen sie um noch zwölf aus der fürstlichen Kanzlei rückständige Urtheilgelder (ebenda Bl. 71—72). In Magdeburg kostete ein Urtheil 1449 24 neue Groschen. (Schreiben der dortigen Schöppen an den Rath zu Merseburg. Abschrift im dortigen Magistratsarchiv Ms. III, S. 417.) — ³⁾ Es stehen derartige Verordnungen, wie v. Stintzing: Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft — München u. Leipzig 1880 — S. 56 treffend bemerkt, mit den auf territoriale Absonderung und Unabhängigkeit gerichteten Strebungen der Fürstenmacht, die jeden Einfluss auswärtiger Autoritäten eifersüchtig fern zu halten bemüht sein musste, im engsten Zusammenhang, Schultze a. a. O. S. 193 ff. — ⁴⁾ Es heisst: „zu Liptzk an unsern doctoren erbarn unde vorstendigen burgern daselbst“, daneben kommt freilich auch folgende Wortstellung vor: „an unsern doctoren vorstendigen und erbarn burgern zu Liptzk“, „addir an andern vorstendigen luten in unsern landen“. (Man denke z. B. an Dohna, Dresden, Zwickau u. a.; über die sächs. Bergstädte vgl. Tomasek: Oberhof Iglau — Innsbr. 1868 — S. 19 a. E.)

den Doktoren, oder bei den verständigen und ehrbaren Bürgern daselbst zu suchen, so ist die Vermuthung, damals wären vielleicht schon Juristen im Schöppenstuhl gewesen, widerlegt. Nach dem klaren Wortlaut der Urkunde sind unter den Doktoren vielmehr die Mitglieder der Juristenfakultät gemeint¹⁾, denn wozu wäre wohl sonst im Eingange der Verordnung auf die Gründung der hohen Schule mit ihren Rechtsgelehrten Bezug genommen? Stobbe verbreitete sich zuerst über diese Frage²⁾. Ihm lag jedoch, wie auch v. Martitz³⁾ und Stölzel⁴⁾, nur die ungenaue und leicht verführende Mittheilung Günthers⁵⁾, aber nicht der im Urkundenbuche der Stadt Leipzig mitgetheilte Text⁶⁾, vor. Die Doktoren entschieden die geistlichen Rechtssachen⁷⁾. —

Dass dieses Gebot nicht, wie Muther⁸⁾ vermeint, ohne erhebliche praktische Folgen geblieben ist, beweisen die allein aus dem fünfzehnten Jahrhundert zu mehreren Hunderten auf uns gekommenen⁹⁾, wenn auch kaum zu Dutzenden¹⁰⁾ bekannt gewordenen Sprüche der Leipziger Schöppen zur Genüge.

Da es 1432 juristisch gebildete Schöppen in Leipzig noch nicht gab, die Rechtsgelehrten aber im sechzehnten

¹⁾ So sandte 1464 der Official des Probstes zu Zschillen eine Sache „gegen Liptzk an etzliche doctorn, darober im rechten zu sprechen“; da der Handel jedoch für weltlich und nicht für geistlich erachtet wurde, wies der Official die Parteien wieder an das weltliche Gericht, wo die Sache bereits früher anhängig gewesen war. (H. St. Arch.: II. Abth. Orte, Rochlitz Bl. 14.) — ²⁾ A. a. O. Anm. 23. — ³⁾ Ehel. Güterrecht etc., Leipzig 1867 S. 67; vgl. Schultze a. a. O. S. 200 ff. — ⁴⁾ Die Entwicklung des gelehrten Richterthums etc. I, Stuttgart 1872, S. 194 bis 195. — ⁵⁾ Das Privilegium de non appellando (Dresden-Leipzig 1788) S. 20. — ⁶⁾ Cod. S. cit. VIII Nr. 176. Der Text ist nach einer sehr schlechten Vorlage gedruckt, da mir eine bessere vorgekommen ist, werde ich dieselbe in Heilage A mittheilen. — ⁷⁾ Vgl. Kühns: Gesch. d. Gerichtsverf. i. d. M. Brandenburg etc. I. u. II. Berlin 1865 u. 1867, insbes. I, 272 ff. II, 542 ff. — ⁸⁾ Zur Geschichte der Rechtswissenschaft etc. Jena 1876, S. 133. — ⁹⁾ Mit einer Sammlung der älteren Sprüche bin ich beschäftigt. Dieselben sind weit verstreut, Conceptbücher nur von 1487—1492, 1517—1520, 1546—1557, 1561—1574, 1593—1598, 1606 bis 1608 u. s. w. vorhanden. (Universitätsbibliothek zu Leipzig Nr. 2275 bis 2281.) — ¹⁰⁾ Ausser den bei Wassersleben: Sammlung deutsch. Rechtsqu. I. — Giessen 1860 — aus dem Codex der Kgl. Bibliothek zu Dresden Ms. M. 34^b gedruckten 19 Sprüchen von Leipzig finden sich nur einzelne wenige, z. B. im Cod. Brandenburg u. Sax. Reg. Abth. II. und a. and. O.

Jahrhunderte Rath und Schöppenstuhl beherrschten, so fragen wir, seit wann lässt es sich nachweisen, dass die Laien bei dem immer mächtigeren Eindringen der Fremdrechte sich ihrer Aufgabe nicht mehr ganz gewachsen fühlten¹⁾? Sehr bald nach jener Verordnung mit der Anstellung eines Syndicus²⁾, und zwar keines geringeren als des Stadtschreibers und späteren Ordinarius und kurfürstlichen Kanzlers, Johann Scheibe³⁾, dürfte das rechtsgelehrte Element auf Rath und Schöppenstuhl seinen ersten Einfluss geäußert haben. Da erst 1472 die Trennung der Aemter eines Stadt- und eines Schöppenschreibers erfolgte, handelte Scheibe auch in Schöppenangelegenheiten. Ein in dieser Thätigkeit von ihm verfasster Originalbrief befindet sich bei den Akten⁴⁾, in welchen uns neben mehreren Sprüchen der Schöppen zu Leipzig auch einige im Original erhalten sind, welche die Schöppen gemeinsam mit der Juristenfakultät gefällt haben⁵⁾. Dieselben sind

¹⁾ Man dachte zwar 1487 auf dem Landtag zu Leipzig, als über die Verbesserung des neugegründeten Oberhofgerichts berathschlagt wurde, daran, auch zwei Leipziger Schöppen zu dem genannten Gerichte heranzuziehen. (S. H. St. Arch.: Bedenken etc. Loc. 9822 Bl. 71.) Dieser Vorschlag, welcher auf eine inöglichst gleichmässige Rechtsprechung abzielte, kam bekanntlich nicht zur Ausführung. Der Eid, welchen Richter und Beisitzer im Hofgericht zu schwören hatten, sollte auch von den Schöppen und dem Schöppenschreiber geschworen werden. (S. H. St. Arch.: Bedenken u. Ordnung etc. 1488—1493 Bl. 4 Loc. 9822.)

— ²⁾ Schon 1451 kommt er vor als *artium liberalium magister*, in *decretis baccalarius, syndicus et procurator honestorum ac providorum virorum proconsulum consulum ac totius communitatis opidi Lipezensis* (Cod. cit. VIII Nr. 280, cfr. Nr. 282). — ³⁾ Er schreibt sich in den so gleich anzuziehenden Akten Bl. 32 Schyban. (Cod. cit. XI enthält, beiläufig bemerkt, Irrthümer über die Person — cfr. S. 648 i. Verb. m. S. 253 Z. 20 —). Ueber die hier vorkommenden Ordinarien vgl. m. v. Gerber: Die Ordinarien der Juristenfakultät zu Leipzig (Leipzig 1869); Friedberg: Das Collegium Juridicum (Leipzig 1882) Beil. I; die Allgemeine deutsche Biographie berücksichtigte bisher ebenfalls sämtliche Ordinarien. — ⁴⁾ K. H. St. Arch.: Kurfürst Friedrich etc. 1460—1462 Loc. 9698 Bl. 3, 11, 35, 40; z. vgl. auch Bl. 18; daselbst sprechen die *doctores* mit, aber nur die Schöppen unterzeichnen. Ein Referat aus den Akten findet sich im Archiv f. Sächs. Gesch. IV, 412 flg., nur muss der dort oft erwähnte Schreiber in einen Schreier verwandelt werden. —

⁵⁾ Wenn die Juristenfakultät für sich allein urkundete, gebrauchte sie früher stets das Siegel des Propstes des Thomasklosters, „in welchem die Juristen ihre solennen Acte zu halten berechtigt waren“ (S. H. St.

in der Schöppenstube ausgefertigt worden, da die Fakultät damals und noch lange eines eigenen Siegels „darbte“, mit „der scheppen innsigil vorsigilt“, aber mit den Worten: „Doctores der juristen schulen unnd scheppen zcu Lipczk“ unterzeichnet. Vor Allem dürfte die Mitwirkung des damaligen Ordinarius, Dr. Theodorich von Bocksdorf¹⁾, bei Abfassung jener Urteil nicht zu bezweifeln sein²⁾. Ihm folgte Scheibe im Ordinariat. Was lag wohl näher, als dem mit allen Rathssachen vertrauten Manne das Syndikat zu lassen? So sehen wir ihn in einer verwickelten Ehesache 1469 zu den Verhandlungen vor Bürgermeister, Rathsfreunden und Schöppen hinzugezogen³⁾.

Arch.: W. A. Niederlaus. Sachen Bl. 273^b, 277, Cod. cit. XI Nr. 112, 115. Riedel: Cod. dipl. Brandenb. I, 4 Nr. LVI, S. 338). Z. vgl. Zarncke: in den Abhandlungen der K. S. Gesellschaft der Wissenschaften (Leipzig 1857) phil. hist. Cl. 2, 902 sub 5 i. Verb. in. 779 Nr. 1. In der v. Neitschütz'schen Sache (1694) spricht die Juristenfakultät ebenfalls gleichzeitig mit den Schöppen, drückt aber auch ihr Siegel bei (S. Hptst. Arch. Loc. 9681 Fernerweit etc. Bl. 144^b), vgl. Schletter: Annalen etc. 1849 S. 235.

¹⁾ Zu seinen Personalien trage ich hier nach, dass 1443 zwei Doctores der Universität, einer der heiligen Schrift und er, in Kirchensachen nach Nürnberg geschickt werden. (S. H. St. Arch.: Cop. 1 Bl. 249.) Seine Biographie enthält die Allg. deutsche Biographie, eine Rechtsunterweisung von ihm an den Kurfürsten Friedrich d. Sanftmüthigen (um 1454) habe ich in der Zeitschr. der Savigny-Stiftung IV. Germ. Abth. S. 234 mitgetheilt. — ²⁾ Rechtssprüche des Rektors oder der Juristenfakultät zu Leipzig finden sich im Cod. dipl. Sax. Reg. — Universität Leipzig — Nr. 36, 115 u. s. w. Das älteste Gutachten, welches als vom Rath zu Leipzig bei einer fremden Universität eingeholt, in den Stadtrechnungen mir vorgekommen ist, gehört dem Jahre 1531 bzw. 1532, an. Dasselbe hat die Universität Tübingen ertheilt. — ³⁾ Rathsbuch Bl. 59 (Rubrik: „Für des rats standt und wesen“). Zu den Rechnungen der Stadt Leipzig — vielmals fehlt der Name des betr. Beamten dabei — kommt 1472—1473 mag. Wilde als Schöppenschreiber, 1474 flg. Joh. Wilde als Stadtschreiber vor; 1482—1494, bzw. 1495 wird als Schöppenschreiber Sebastian Weide (Weidener), welcher 1483 als bacc. bezeichnet ist, genannt. Derselbe ist 1478—1479 als Unterstadtschreiber erwähnt, während das Jahr vorher Martinus und im Jahr darnach Petrus als solcher vorkommt. 1495 wird bacc. Weydener als der alte Schreiber, bacc. Bernhardinus Tuckswert als der neue bezeichnet. Letzterer kommt 1495—1500 weiter vor, wird aber von 1497 an als licentiat aufgeführt. 1500 finde ich ihn im sächs. Hauptst. Arch. (Cop. 106 fol. 134^b) als Bernhart Zeuckschwert, Schöppenschreiber zu Leipzig, genannt. 1502—1504 ist als Schöppenschreiber bacc. Petrus, welcher 1503 und 1504 licenciatus genannt wird, thätig,

Nachrichten über die Abkommen, welche der Rath zu Leipzig mit den jeweiligen Ordinarien zu treffen pflegte, liegen uns zwar erst aus den Jahren 1520 und 1526 vor, doch in dem ersteren dieser Verträge (mit Simon Pistoris) ist ausdrücklich gesagt, dass die „vorfarn ordinarien allewege in des rats vorseprechen gewest“ wären, und in dem späteren verpflichtete sich Dr. Georg von Breitenbach „uber die vorwantnis, damit er einem erbarn rat zu Leipzigk als ein ordinarius zugetan, in sachen einen rat den schöppenstul und gemeine stad belangend drei jar lang raten und schreiben, auch, so tapfere sachen voffallen würden, sich uf des rats bitten ufs rathaus fügen und gegen Dresden und sonst vorschicken lassen zu wollen“¹⁾).

Auch die erwähnte alte Schöppenordnung spricht von Sachen, welche der Schöppenschreiber „umb beschwerung willen“ an den Ordinarius oder Syndicus weist. Was konnte man vollends seit Errichtung des Oberhofgerichtes Besseres thun, als sich gerade des Ordinarius zu vergewissern, der seinen festen Sitz im Oberhofgerichte, der Appellationsinstanz,

als Unterstadtschreiber erscheint derselbe 1480—1501 (incl.), seit 1492 heisst er bacc., 1505 tritt Dr. Johann Lindeman als Schöppenschreiber auf (des Oberstadtschreibers Namen ist von 1481—1503 nicht angegeben; 1504 ist es mag. Joh. Lindeman, 1505 mag. Joh. Kochel). Der Jahrgang 1506 der Stadtrechnungen fehlt, 1507—1509 wird Lindeman in denselben als syndicus aufgeführt, 1507 kommen als Schöppenschreiber lic. Valent. Schmid, 1508—1510 mag. Muller vor, 1511—1520 erscheint dafür mag. Augustin Tirolff (1520 als Doctor aufgeführt), 1521 mag. Holtzel, „der im ersten vurtel jhars vorstorben“ und nach ihm bis 1523 licent. Dr. Wolffg. Wildeck, 1524—1534 mag. Andreas Camitianus (1527 steht bei seinen Namen „sust Franck gnant“), welcher 1525 als licent., seit 1527 als Dr. vorkommt und schon 1532 oder 1533 Oberschöppenschreiber wurde, 1535—1537 tritt als Oberschöppenschreiber Bened. Sculteti († 1537) auf, 1535 als Unterschöppenschreiber Lorentz Reybehand (fol. 114^b), 1538 als Oberschöppenschreiber Dr. Joh. Scheffel und ist derselbe noch 1543 in der Stellung, obgleich er schon 1542 Rathsmittglied wird. Ein Rechtsgutachten schickt Dr. Christoph Zobel an ihn, auch an Dr. Simon Pistoris, vgl. sächs. Hauptstaatsarchivsakten: Jobst Marschalls etc. Loc. 9688 Bl. 76^b.

¹⁾ Rathsbuch 255, bzw. Bl. 176. Pistoris wurden V Schock „und die andern geschenck wie einem ratsfreunde zugesagt“, Breitenbach bekam zu XV noch weitere XXXV alte Sch.

hatte! Schon Muther¹⁾ hat auf das Verhältniss, in welchem 1486 der Ordinarius zu den Leipziger Schöppen stand, hingewiesen. Wer anders als Dr. Johann von Breitenbach wird dem Kollegium 1483 beigestanden haben, als es „nach vleisiger betrachtunge und gehaltenem rat mit den rechtvorstendigen“ eine Sache versprach²⁾? Erst unter dem Ordinarius Dr. Johann Lindeman, welcher 1514 als Bürgermeister erscheint³⁾, hielten die Rechtsgelehrten ihren Einzug in Rath und Schöppenstuhl. Lindeman war anfänglich Stadt-, alsdann Schöppenschreiber in Leipzig gewesen. Schon 1506, als er „sich vom rathe zu einem cantzler aldo zu Zeitz zu begeben“ gedachte, mochte der Rath „sein oder eines andern doctors bei des raths gescheften und dem schöppenstule nicht empern“. Was Wunder! Hatte man doch noch den 1503 neuerwählten Schöppen Johann Koningk und Benedix Belgershain warm an's Herz gelegt, sie sollten den Sachsenspiegel lesen⁴⁾! Lindeman blieb, erhielt „uber seinen sold der schöppenschreiberei eine zimliche verehrung“⁵⁾, ferner das Syndikat⁶⁾

¹⁾ A. a. O. S. 198 u. „Gewissenvertretung“ (Erlangen 1860) S. 45. — Bürgermeister, also folgewise auch Schöppe, war Johann von Breitenbach (so Kretschmann: Geschichte des Churf. sächs. Oberhofgerichts zu Leipzig — Leipzig 1804 — S. 347), damals war, wie schon wiederholt bemerkt, noch kein Rechtsgelehrter im Leipziger Rath, wenn auch schon frühzeitig, wie in anderen grösseren Städten Graduirte darin Platz gefunden hatten und 1472 der Stadt- und Schöppenschreiber „den personen des rats also eyn syndicus und in latinischen sachen, wo sein not were gewertig und dinstlich“ sein musste. (Cod. cit. VIII, Nr. 460). Im Hofgericht sass Breitenbach als Ordinarius und bekam nach der Rechnung Blasebalgs (S. H. St. Arch.: Loc. 8678 Bl. 337 u. öft.) für die Theilnahme an jedem Hofgericht 25 Gulden. — ²⁾ S. H. St. Arch.: W. A. Reichsstädte (Nordhausen) Bl. 257. — ³⁾ Er starb 1519. Dass dieser Ordinarius nicht, wie Steche: Beschreibende Darstellung etc. Heft III, 43 annimmt, an den Inschriften des Moritzmonuments zu Freiberg thätig gewesen sein kann — man denke vielmehr dabei an Laurentius — (Moritz † 1553 am 11. Juli, vgl. meinen Aufsatz in v. Webers Archiv f. d. sächs. Gesch. N. F. VI, 124), liegt auf der Hand. Leider kommt keiner der Beiden in der Allgem. deutschen Biographie vor! — ⁴⁾ Rathsb. Bl. 59; vgl. S. Hauptstaatsarchiv: Quartblätter, Leipzig (2811^b), Justizsachen Bl. 1. — ⁵⁾ Sein Jahresgehalt belief sich alsdann auf 121 Gulden. — ⁶⁾ „Dem rate in sein sachen rechtlich [rethlich?] zu sein, auch bei dem scheppenstule, das die sachen daselbst recht aussgericht vleis zu haben.“

von 1507 ab und überdies die Anwartschaft auf ein Lehen¹⁾. Während des kurzweiligen Ordinariats Dr. Johann Schantz' blieb Lindeman Syndikus, hatte doch Ersterer das Syndikat für Halle auch noch als Ordinarius zu Leipzig beibehalten²⁾. Als Lindeman nach Schantz' Tode (1509) auf Vorschlag der Fakultät³⁾ selbst Ordinarius wurde, bedurfte es daher keiner neuen Abmachung mit dem Rathe. Um die gedachte Zeit werden zwei andere Fakultätsmitglieder Dr. Heinrich Scheybesen. (1508) und Dr. Johann Peilicke aus Zeitz⁴⁾ (1512) Rathsmitglieder, wahrscheinlich auch noch unter Lindemans Prokonsulat (1514—1519) und auf sein Betreiben Schöppen, wenigstens sind vor 1522 sie als solche nachzuweisen⁵⁾. Ich bringe diese Vorgänge mit folgendem Passus aus einem damals⁶⁾ an Herzog Georg erstatteten Bericht der Universität in engste Verbindung: „Auch wurde mit merklicher erhaltiger besserunge Euer fürstl. gn. universität mit eines erbarn rats und der richtigkeit nutzparliche forderunge durch E. f. g. forordent, das zwen beder recht doctores aus E. f. g. stadt scheppenbank und gericht besoldet wurden, welche zu rechts erkenntnus noch gethonem eide der stadt in die scheppenbank verpflichtet werden und sunst von alle der stadt gescheft

¹⁾ Rathsb. Bl. 186. — ²⁾ Dreyhaupt: Beschreibung des Saalkreises II (Halle 1755), 707. — ³⁾ S. H. St. Arch.: Cop. 110 Bl. 91^b, 114^b i. Verb. m. Rathsb. Bl. 249^b. — ⁴⁾ Cod. cit. XI (Register) nennt Peilicke und Zeitz fälschlich als verschiedene Personen. — ⁵⁾ An Peilickes Stelle († 1522) wird nämlich 1524 Fachs gewählt und der in dem betreffenden Eintrag als Schöppe mit erwähnte Scheybe starb wenige Tage nach jener Wahl. (Rathsb. Bl. 102.) Man beachte auch, dass Melchior von Osse (geb. 1506) sich noch der Zeit erinnert, als weder Ordinarius noch andere Legenten im Schöppenstuhl sassen. (Thomasius: Osses Testament — Halle 1717 — S. 387.) Nach dem von Osse (ebenda S. 388) erwähnten Buche, darin der Ordinarius die Urtheile, die er den Schöppen stellte, schrieb, ist (auch im Archiv der Juristenfakultät zu Leipzig) vergeblich gesucht worden. — ⁶⁾ Cod. cit. XI Nr. 278. Zur Berichtigung der dort beliebten Datirung bemerke ich Folgendes: Zunächst kann das fragliche Gutachten nicht vor 1511 ertheilt sein, denn der darin erwähnte Dr. Noricus (Conrad Tockler) wurde erst in jenem Jahre Doktor, ferner kann es nicht nach 1530 fallen, da der genannte Gelehrte in diesem Jahre verstarb. (Vogel: Annales sub 1511 u. Stepper: Inscription. Lips. — Lpzg. 1675 Nr. 38.) Weiter: Zur Zeit des Berichtes sassen noch keine Rechtsgelehrten im Schöppenstuhl, wohl aber war dies, wie bereits oben betont wurde, 1522 der Fall.

entlediget und nach essens zu bequemer stund itzlicher zu einer lection verbunden.“

Gab der Rath, wie gezeigt wurde, auch noch nach Lindemans Tode (1519) das Syndikat an die Ordinarien Drs. Simon Pistoris und Georg von Breitenbach, so machten doch die immer zahlreicher werdenden Ernennungen von rechtsgelehrten Raths- und Schöppenstuhlmitgliedern die Heranziehung des Ordinarius überflüssig, und selbst von einer Erneuerung des 1520 auf drei Jahre mit Georg von Breitenbach abgeschlossenen Vertrags meldet das Leipziger Rathsbuch nichts. Wir sehen nun die Rechtsgelehrten bis zu dem Jahre 1572 in folgender Reihenfolge in den Rath und Schöppenstuhl gelangen¹⁾:

Dr. Ludwig Fachs (1524, 1552, 1524, B. 1534), Ordinarius
Dr. Johann Kochel (1524 nur als Rathsmittglied erwähnt),
Dr. Martin Lössel²⁾ (1534, 1555, 1534) Dr. Andreas Francke,
Camitianus (1535, 1544, B. 1547), Dr. Johann Scheffel (1542,

¹⁾ Die erste Zahl nennt das Jahr des erstmaligen, die zweite die des letztmaligen Vorkommens der betr. Person im sitzenden Rathe, die dritte die Wahl zum Schöppen (gewöhnlich hat diese Stelle zuvor der Schöppenschreiber mit bekleidet), B. = Bürgermeister. Zur Biographie der einzelnen Personen vgl. m. Allg. deutsche Biogr., Zeitschrift für Rechtsgesch. VI., v. Gerber, Friedberg, Muther, Stintzing an den angegebenen Orten. Ulrich Mordeisen war Viceordinarius, vgl. v. Gerber a. a. O. S. 29, auch meinen Artikel in der Allg. deutsch. Biogr. „Mordeisen“, auch G. W[ustmann]: Das Freischiessen zu Leipzig im Juli 1559 (Leipzig 1884) S. 3 flg. Ich belege der Kürze wegen nur die dritten Zahlen aus den Rathsbüchern und bemerke, dass die ersten und zweiten mit Hilfe der im Leipziger Rathsbücherverzeichnis befindlichen Rathswahlbestätigungen ermittelt worden sind: Bl. 102 (Fachs), Bl. 192 (Lössel), Bl. 220 (Francke), Bl. 183 (Scheffel), Bl. 75 (Pistoris) — Badehorn betr. s. m. unten — (S. H. St. Arch.: Cop. 313 fol. 41^b — Krell —), Bl. 19 (Thömingk), Bl. 22 (Scheiße). Für Funcke wurde Balthasar Schelhammer substituiert. (Näheres S. 109 u. später.) Scheffel kommt schon 1537 als protonotarius iudicis vor. Schneider: Chron. Lips. — Lpzg. 1655 — S. 107. Zeitschrift f. Rechtsgesch. VI — Weimar 1867 — S. 332, 334. 335. — ²⁾ Mod. Pistoris erwähnt in seinen Quaestion. (Pars IV, 168) 1562 Dr. Crel u. 170 schreibt er 1552 (im April) D. Losselius et ego sub nomine scabinorum; vgl. auch Pars III, 122, 95, 98, 27, 47, insbesondere: „Scabini Lipsienses torquenter quid pronunciando consuetudinem inducunt“ und „Scabinorum Lipsiensium sententiae in volumina statutorum Saxoniorum redactae, notoriae sunt“.

1553, 1544, B. 1547), Dr. Modestinus Pistoris (1547, 1563, 1547, B. 1557), Dr. Leonhardt Badehorn (1556, 1571, 1556, B. 1562), Dr. Wolfgang Krell (Vater des Kanzlers), wohl nur als Vertreter Badehorns (1562, 1562, 1565), Dr. Jakob Thömingk (1558, 1570, 1558), Wolfgang Scheibe (1560, 1572, 1562), Dr. Andreas Funcke (1568, 1571, 1572).

Mit dem Eindringen des rechtsgelehrten Elements in den Schöppenstuhl fing auch der von juristisch gebildeten Räten umgebene Landesherr an, der Rechtsprechung im Schöppenstuhle grössere Aufmerksamkeit zu widmen. Während uns aus früherer Zeit kein Fall bekannt geworden ist, in welchem der Landesfürst den Schöppen zu Leipzig seine Unzufriedenheit kund gegeben hätte, besitzen wir aus der Regierungszeit Herzog Georgs des Bärtigen einige solche Tadelbriefe. So schreiben 1515 die genannten Schöppen an Georg, dass sie es in den bewussten peinlichen Fällen keineswegs „an guther achte ader auffschawen und mogelichen fleys“ hätten fehlen lassen, auch nicht zu milde verfahren wären, sondern „gerathen und geantwortet“ hätten, was das Recht verlange. Sie bitten schliesslich den Herzog, er möge ihnen überhaupt erlassen, in peinlichen Sachen zu sprechen, indem sie hinzufügen, dass sie nicht mehr und nicht weniger sein dürften, als ihre Kollegen zu Magdeburg¹⁾ und Halle, auch ihre Liebe und Lust für die peinliche Rechtsprechung „gar cleyne“ sei²⁾.

Auch 1530 rügte der Herzog, dass die Schöppen in einem Incestfall zu mild gesprochen hätten³⁾.

¹⁾ Hierdurch wird Stölzel a. a. O. S. 230 Anm. 192 berichtigt. —

²⁾ S. H. St. Arch.: Leipzig etc. Bl. 393 flg. 385. 386. Loc. 10532. (Codex i. Rathsarch. z. Zwickau v. 1468 Bl. 143^b.) In einem älteren Spruche äussern sie sich also: „So denn sollich sach peinlich straffunge anlangit, phlegen wir in sollichen sachen nicht recht zu sprechen von etzlicher bewegunge wegen, sunder uch zu willen wollen wir uch unser gedenken und meinunge verstehen geben, die dem rechten enlich ist.“ Auch in anderen Sachen, z. B. über geistliche Personen und deren Güter (ebenda Bl. 286^b), auch nach Freistuhlsrecht sprechen die Schöppen zu Leipzig nicht (ebenda Bl. 175^b), vgl. auch Cod. Brand. I, Bd. 2, 133. — ³⁾ S. H. St. Arch.: Cop. 152 Bl. 5^b. Der Bruder hatte die Schwester geschwängert, da beide unverheirathet waren, erkannten die Schöppen auf die Inceststrafe. Georg bemerkt hierzu Folgendes: „wiewol der incest, so er durch einen ehebruch geschiet, nicht unbillichen etwas heftiger dan äne ehebruch

Wie gern der Herzog aber den gerechten Vorstellungen der Schöppen entgegenkam, möge folgender Fall lehren. Das bekannte kaiserliche Edict (betr. das Repräsentationsrecht der Seitenverwandten), d. d. Nürnberg d. 27. November 1521¹⁾, schickte Georg u. A. auch an die Schöppen zu Leipzig mit dem Befehl, dass die Rechtsurteil in Zukunft darnach æestellt würden. Hierauf antworten dieselben:

„wir sein aber glaubwürdiglich underrichtet, das die herrn vorordenten E. f. gn. obernhoferichts, in ein bedenken sollen gestalt haben, ab sie in iren spruchen der reformationn nach urteiln wollen, als wolten wir dannoch nicht unbillichen gern dorob sein, das wir uns mit den herren hofgerichts vorordenten in rechtspruchen gemes hiltten, dann âne das, wu sie anders sprechen wurden disfals, dann wir, wörden die urteile von uns, an das hofgericht durch appellation gelanget oder devolvirt liederlich retractirt und zuruck gezogenn werden, welchs dan uns nicht zu kleiner beschwerunge unde vorcleinigung gereichen werde, und dieweil wir itzo uf den fal etzliche urteil zu vorsprechen haben und dieselbigen, sollicher der herren hofrichters bedenkunge halben ufgezogen und gleichwol auch die leute gerne fordern wolten, bitten — uns gnediglich hierinnen zu verstendigen, wes wir uns halten sollen, auch gnediglich in die sache sehen, damite des hofgerichts und unser urteile desfals nicht gezweiet werden, besondern aber eyn komen²⁾.“

Auf diese Vorstellung zog Georg das Edikt wieder zurück³⁾.

Auf dem Landtage zu Leipzig 1526 wurde der Antrag gestellt: „zu beschliessen, dass allen, die ohne Rechtswegerung

gestraft, so werden wir doch durch die rechtverstendigen bericht, das alzeyt die straf des incest, sunderlich so er nicht in schein eins ehelobnis, sundern durch ein stuprum, wie in disem fal gescheen, wirde vorgenommen und man sich das aus gemeiner eingebung der natur hette wissen sollen zu enthalten, mit der straf des ehebruchs zu vergleichen und der selbigen nach und nicht linder anzustellen, so dan aus obgemelter ewerer ursach zu vermerken, das der ehebruch mit grosserer straf, dan ir auf disen incest, erkant, zu rechtfertigen, achten wir darvor, das zum wenigsten diser incest wie sunst der ehebruch billichen sölt zu strafen sein.“

¹⁾ S. H. St. Arch.: Leiptzigische haendel 1519—1526 betr. Bl. 94 Loc. 9884. — ²⁾ Cod. August. I, 1043. — ³⁾ Ebenda.

austreten und drauen, sie haben Schaden gethan oder nicht, auch die sie wisentlich hegen, wenn sie ertapt werden, der Kopf abgeschlagen werden solle, dass die Schöppenstühle darnach sprechen müsten ¹⁾.“

Aus der kurzen Regierungszeit Herzog Heinrichs und seines durch die politischen Verhältnisse und zahlreiche Kriegszüge vollauf in Anspruch genommenen Sohnes Moritz besitzen wir ähnliche Nachrichten nicht ²⁾. Erst mit August, welcher seinem heldenmüthigen Bruder am 11. Juli 1553 in der Kur folgte, fliessen die Quellen reicher. Der grossen Ordnung, welche er in das Kanzleiwesen brachte, danken wir es in erster Linie, dass wir uns über Vorgänge unter seiner Regierung fast immer genügend unterrichten können.

Schon vor Empfang des bald nach dem Regierungsantritte des Kurfürsten August verfassten Osseschen Testamentes ³⁾, welches auch über den Schöppenstuhl zu Leipzig einige Bemerkungen enthält, beachtete August Alles, was in dem genannten Spruchkollegium vorging. Als z. B. Anfang 1554 Scheffel gestorben war, befahl er sogleich die Besetzung seiner Stelle; als der Bürgermeister und Ordinarius Fachs alsbald ebenfalls mit Tode abging, erfolgte ein ähnliches Reskript. Aus der bezüglichen Korrespondenz wird übrigens bestätigt, dass Osse recht unterrichtet war: neben den drei Bürgermeistern sassen nach Fachs' eigener Angabe damals nur zwei Doktores und — als der sechste Schöppe — der Oberschöppenschreiber im Stuhl, ja seit überrechtsverwährter Zeit, so meldet Fachs weiter, hätten nur fünf Schöppen und der Oberschöppenschreiber das Kolleg gebildet und sei einmal eine

¹⁾ Sächs. Hauptstaatsarchiv: Loc. 9353 Landtag zu Leipzig 1526 Bl. 3. Ein beachtenswerthes Urtheil gegen einen Gotteslästerer — derselbe sollte mit der Zunge angenagelt werden — aus der Zeit Herzog Georgs habe ich mitgetheilt im vorigen Bande dieser Zeitschrift auf S. 184 sub II, desgleichen ein Fakultätsgutachten aus Leipzig über einen Bauer, welcher „ungebeichtet das Sakrament empfangen wollen“ vom Jahre 1523, ebenda S. 189—190. — ²⁾ Vgl. aber Stobbe a. a. O. S. 73 Anm. 40 und Michelsen, Verf. des ehem. Oberhofs zu Lübeck etc. — Altona 1839 —: Stadtordnung für Jena — 1858 — SS. 62 u. 131. — ³⁾ Ueber Osse vgl. meine Artikel i. d. allg. dtsh. Biogr. u. i. N. Archiv f. d. Sächs. Gesch. VII, 153.

Lücke entstanden, so habe einer der drei Richter dieselbe ausgefüllt¹⁾. Zu Anfang des Jahres 1556 waren die Osseschen Vorschläge in die Hände des Kurfürsten gelangt, bereits am nächsten 23. April erging von Torgau aus an die Schöppen zu Leipzig folgender Befehl²⁾:

„An uns gelangen von denen von der ritterschaft in stedten unserer auch anderer lande, vormerken es auch in überreichunge unserer amtsrechnungen, das die boten bei euch sehr langsam gefordert, also das eins teils acht, virzehent tage, monatsfrist und mehr wochen ligen und zeren müssen, ehe sie bescheid erlangen, dardurch nicht allein den unsern, sondern auch andern, so sich des rechten bei euch erlernen, beschwerlicher costen zugezogen und vorursacht, ob welchen wir dan nicht wenig befrembdunge tragen, dan ir zuerachten, do es nicht abgewendet, wie der scheppenstuel forder in wesen bleiben und es denselben fordern möchte; wie uns dan unvorborgem, das derselbe itziger zeit nicht so statlich als hirvor beschehen sein mag, besucht wirdet, und sich die leute sehr weg wenden und an orten do es zuvor nicht breuchlich gewesen, sich des rechten erkunden —, ist demnoch an euch unser ernstlichs begern und bevelich, wo es albereit nicht geschehen, ir wollet den scheppenstul bei euch hinfur mit genugsamen personen also stattlich und wol bestellen, domit die sachen und boten, wie oberurt, nicht vorzogen und aufgehalten, sondern, erst es muglich, gefordert, uf das der scheppenstul in seinem wesen und gedei erhalten und in ferner abnehmen und abfal nicht kommen muge, meniglich sich och vorzugs und unkostes halben nicht zu beschweren.“

Viel früher, als man bisher annahm³⁾, beschäftigte sich der Kurfürst mit der Frage, wie den Verschiedenheiten in der

¹⁾ Näheres hierüber später. — ²⁾ S. H. St. Arch.: Cop. 274 Bl. 105. — ³⁾ Schletter a. a. O. S. 38, z. vgl. Muther a. a. O. S. 552. Aus den Akten des S. H. St. Arch.: Loc. 9820 „Belangend das Oberhofgerichte ao. 1529—1532“ Bl. 6 flg., 13, 20, 22 erfahren wir, dass 1531 zwischen Kurfürst Johann und Herzog Georg vereinbart wurde, auf dem nächsten Crucistermin zu Altenburg, unter Hinzuziehung einiger Mitglieder der Juristenfakultät zu Leipzig und Wittenberg, sowie des Schöppenstuhls zu Leipzig und des Hofgerichts zu Wittenberg über die streitigen Fälle zu berathen. Ob es zu dieser Berathung gekommen ist, lässt sich leider nicht ersehen.

Rechtsprechung abzuhelpen wäre. Aus den zu Leipzig, Pffingsten 1554¹⁾, abgehandelten Landgebrechen vernehmen wir die Klagen, dass Mitglieder des Schöppenstuhls auch im Hofgericht sitzen, eine Appellation an dasselbe also bedenklich sei, auch das Sachsenrecht noch in vielen Dingen der Erklärung bedürfe. An den Kurfürsten erging damals das Gesuch, „es unrichtigkeit und irthum zu vorhueten etlichen erfahrenen rechtsvorstendigen aufs treulichst zu ubersehen und zu ercleren befehlen, auch die lateinischen worter darinne vorstentlich zu vordentschen, dann sich aus itzigen unvorstand vielmals zutregt, das die schöppen zue Leipzig und das oberhofgerichte in allerlei fellen gleichwol zweierlei und also widerwertige urteil und recht sprechen“. August ging auf die Vorschläge ein und befahl schliesslich (1557) auch den Schöppenstühlen zu Leipzig und Wittenberg sowie dem Oberhofgericht²⁾, sie sollten sich am nächsten Crucistermine über die streitigen Fälle vergleichen. Wir wissen, wie lange diese Vergleichung währte. In der Zwischenzeit liess der Kurfürst den Dingen im Schöppenstuhle ihren Lauf und verfügte selbst auf die beim Landtage zu Torgau (1570) lautgewordenen Klagen über die in jenem Spruchkolleg herrschende Nachlässigkeit und kostspielige Verschleppung der Rechtshändel zunächst nicht das Geringste³⁾.

¹⁾ S. H. St. Arch.: Loc. 9356 Bl. 16^b, 17^b, 85. — ²⁾ Ebenda: des Schöppenstuhls etc. Bl. 1 Loc. 10367. — ³⁾ Es heisst in den Landtagsakten Bl. 186^b (ebenda Loc. 9357) also: „Man beclaget sich auch uber den scheppenstul und urteiffassere Leipzig und Wittenberg, das sie zum offeren mal in grossen hohen wichtigen bürgerlichen und peinlichen sachen auf die fragen, so ihnen überschicket, durch ihre nachlessigkeit die armen leute in grosse beschwerung, mühe unrust, botelohn und vorgebliche zehrung setzen, das auch nach einem urteil oft bis in VI, VIII, X oder mehr boten müssen abgefertiget werden, es ist auch zu mehren erfaren, das in peinlichen sachen aldo, dan sonderlich wie meniglich wolbewust, treffliche kosten und geltsplitterung auflaufen, die acta nicht allein X, XX, sondern wie aus unserm mittel mit etzlichen zu bescheinen, wol ganzer XL wochen unvorsprochen ligen blieben sein, das man auch, do man entlich die urteil haben wollen, mit churf. durchl., damit man die bekommen, sie bedrauen müssen, sint auch bisweilen in etlichen hendeln die fragen wol gar verloren, auch auf etzliche, davor sie doch das urteiltgelt genomen, niemals gesprochen worden, wie dan solches in dem consistorio Wittenberg auch

Die Konstitutionen¹⁾ waren erlassen, der Kurfürst auf einer Reise nach Dänemark, als der Kammersekretär Hans Jenitz der Kurfürstin ein Schreiben mit angeblich einigen Recepten überreichte. Der Brief (vom 28. Juni 1572) kam von dem Leipziger Bürgermeister Hieronymus Rauscher²⁾, bei welchem, wie uns Vogel³⁾ meldet, der Kurfürst kurz zuvor zu Gaste gewesen. Die „Recepte“ waren jedoch nicht für Anna, sondern für August bestimmt⁴⁾ und betrafen die Reformation des Schöppenstuhls zu Leipzig. Die Beilage C bietet dieselben dar.

Die von Rauscher darin vorgeschlagene „Inquisition“ war damals, wenigstens in der Universität Leipzig, bereits im Gange. „Zur Besserung gemeiner Universität“ erforderte nämlich August 1571 von einer jeden Fakultät ein Einkommensverzeichnis⁵⁾. Da die „klugen und naseweisen“ Juristen Dies und Jenes verschwiegen, so wurde der Mathematiker Mag. Christoph Figulus⁶⁾, welcher früher in der Kurfürstlichen Kammer „aufgewartet“ hatte, mit der Herbeischaffung der erforderlichen Unterlagen beauftragt⁷⁾. Der-

wol ehe geschehen, faren auch daruber weiter zu und dehnen die fragen, die doch ufs kürzist gefasset und eingezogen, oftmal vom heupthandel auf beurteil, damit sie also in einer sachen ein, zwei oder drei urteilgelt vordienen mögen, da doch in andern faculteten gleich auf dieselben fragen alsbalt richtig zum heupthandel geschritten und darauf gesprochen worden, welches dan je von ihnen unrecht und unbillich, welcher wegen man dan wie vor, undertenig umb gnedigste enderung bittet.“

¹⁾ Bei Anwendung der im öffentlichen Druck ausgegangenen Konstitutionen sollte die Formel gebraucht werden: „vermöge unsers gnädigsten herrn . . . landesordnung“, bei den nur den Schöppenstühlen und Gerichten mitgetheilten: „noch dieser lande bewehrten rechten“. (Ebenda: Etliche Fälle etc. Bl. 1 Loc. 15023.) — ²⁾ Ebenda: Reformationen etc. 1572 Bl. 1, 7 flg. Loc. 10592. — ³⁾ Annalen der Stadt Leipzig S. 226, der Schöppenstuhl z. Dohna wurde keineswegs, wie Vogel und Wabst: Sächs. Justizverfassung — Leipzig 1732 — S. 291 ff. angeben, 1572 zum Leipziger geschlagen. Näheres später. — ⁴⁾ Rauscher hat die Kurfürstin, sie möge das Begleitschreiben vernichten, die mit verstellter Hand geschriebenen Einlagen aber an ihren Gemahl gelangen lassen. Sämmtliche Schriftstücke befinden sich originaliter bei den Akten. — ⁵⁾ S. H. St. Arch.: Universität etc. 1571 flg. Bl. 1 flg. Loc. 10534. — ⁶⁾ Ebenda: Bl. 7, 39^b, 52. — ⁷⁾ Ebenda: Schriften etc. 1581 Bl. 56^b Loc. 9668.

selbe gab auch später ein Gutachten¹⁾ darüber ab, wie der Universität ohne neue Zulage zu helfen sei. Er meint, für das mehr als 5000 Thaler betragende Universitätseinkommen werde viel zu wenig gelesen und die hohe Schule darüber „zu Sumpf getrieben“. Dieser „verderbliche Schade“ komme aber lediglich daher, dass eine Person mehrere Aemter innehabe: „Erstlich will einer ein professor sein, darzu ein sceppe, zum dritten ein ratherr, zum vierden ein procurator, zum fünften ein consistorialis, zum sechsten im hofgericht, zum sibenden ein colligat, zum achten in zweien unterschiedlichen faculteten, zum neunden zwei lectiones haben, zum zehenden noch darzu frembder herrendienste abwarten, do es doch nicht möglich, das einer so aufs lesen bestalt, könne zugleich den scheppenstul vorwesen, denn ein iglich amt einen sonderlichen kopf bedarf.“

Auch über den Schöppenstuhl klagt Figulus und führt alle Unordnung darauf zurück, dass die Schöppen eben nicht nur Schöppen seien. Betreffs der drei Bürgermeister macht er den Vorschlag, man möge von ihrem Einkommen²⁾ entweder drei gelehrte Substituten halten oder einen Syndikus „wie für alters“ anstellen; „und für allen dingen, so schliesst Figulus, solte kein sceppe die acte oder urteilsfragen daheim alleine lesen und den andern referiren, sondern dieselbigen allezeit beisamme aufm rathause uberlesen und sententiziren.“

„Jedes Amt soll seinen Kopf haben!“ So und nicht anders³⁾ dachte auch der Kurfürst, als er 1572 den Leipziger

¹⁾ Ebenda: Universität etc. 1571 flg. Bl. 53 flg. Loc. 10534 und Schriften etc. 1574 flg. Bl. 84 flg. Loc. 10596. — ²⁾ Figulus meint, dass ein Schöppe, seien es ihrer sechs oder sieben, jährlich ein Einkommen von über 500 Gulden habe. Für den Syndikus wirft er zwei Schöppeneinnahmen mit nur 880 Gulden aus. — ³⁾ Gretschel (a. a. O.) lässt Rauscher bei den Dingen eine Rolle spielen, welche er durchaus nicht (Näheres später) gespielt hat. Gretschel gründet überhaupt seine Behauptungen auf sehr bedenkliche Unterlagen. Nur zu ebenda S. 30, 59 u. 65 will ich berichtigen, dass der Rath schon in älterer Zeit, wie auch an andern Orten, vom Landesherrn bestätigt werden musste. Nicht erst 1563, sondern 1563 erst am 29. März (eigentlich hätte es etwas früher geschehen sollen, nämlich am Montag nach Invocavit) muss die angezogene Quelle interpretirt werden. August zögerte lange mit der Bestätigung, weil er dem Rathe zu

Rath bestätigen sollte und den Rechtslehrer Scheibe darin fand. Der Name Scheibe wurde einfach in der Bestätigung ausgelassen. In Leipzig glaubte man, es liege ein Versehen vor und eiligst wandte man sich abermals an August. Ohne einen Grund anzugeben, befahl dieser eine Nachwahl¹⁾. Im folgenden Jahre hätte der Ordinarius Thömingk²⁾, welcher zuletzt 1570 im amtführenden Rathe war, wieder gewählt werden müssen. Wohl sein Schicksal ahnend bat er den Kurfürsten, schon bevor er vorgeschlagen war, um seine Entlassung. Er schützte Krankheit vor und versprach, dafür seinen übrigen Pflichten mit um so grösserem Fleisse obliegen zu wollen, nur wünsche er, dass zu Vermeidung „vergeblicher Suspitien“ der Grund seiner Entlassung in der bevorstehenden Rathsbestätigung erwähnt werde³⁾. August gewährte Beides, entband aber auch Mag. Tobias Möstel (wegen des Hofgerichts) und den neuvorgeschlagenen Mag. Moritz Steinmetz (wegen seiner Profession) ihrer Rathspflichten. Rauscher schrieb bald nach jenen Vorgängen an Craco⁴⁾, dass erfahrene und gelehrte Leute bei den auch in geringen Regierungen immer

Leipzig, welcher eine Bürgerschaft für ihn nicht übernehmen wollte, zürnte. Der Bürgermeister und Ordinarius Modestinus Pistoris, welcher als regierender Bürgermeister an der Reihe war, sollte erst durch Dr. Ulrich Mordeisen „der Länge nach gelaust werden“. (S. H. St. Arch.: Cop. 321 Bl. (34), 40, 44, 48 u. Buch I Bl. 332 Loc. 8521, des Rathes zu Leipzig etc. Loc. 10376 Bl. 10, angezogene Rathswahlbestätigungen im Leipz. Rathsarchiv — VIII, 31 — Bl. 162 flg.) Mordeisen schreibt Bl. 9 der angezog. Akten (Loc. 10376) 1563 ein vorzügliches Urtheil über Mod. Pistoris an den Kurfürsten, er nennt ihn u. A. einen in seiner Profession weithin gelehrten und geschickten Mann. Ein Urtheil über den bejahrteren Mordeisen giebt der Kammermeister Hans Harrer an Craco (H. St. Arch.: Loc. 8573 Vol. II. Bl. 27 unterm 28. Nov. 1570), welches ihn „mit Geberden, Lachen, lautem Schreien“ als den Alten bezeichnet. Zum Schöppenstuhl hat er übrigens nie in irgendwelchem Zusammenhange gestanden (vgl. m. Artikel über ihn i. d. Allgem. deutsch. Biographie).

¹⁾ Angez. Bestätig. Bl. 196, 198. — ²⁾ Er war, als er am 15. Aug. 1576 starb, 52 Jahre 3 Monate 2 Wochen alt, kann also nur 1524 (nicht 1518 — v. Stintzing a. a. O. I, 128 —) geboren sein. — ³⁾ Ebenda: Bl. 200, 203, 206, 208, 209. — ⁴⁾ S. H. St. Arch.: Allerlei Briefe etc. Vol. II, Bl. 25 Loc. 8573. — Beiläufig bemerke ich, dass Badehorn (und Lotter) 1562 verstrickt werden sollten (S. H. St. Arch.: Instruktion etc. Loc. 7191 Bl. unic.).

schwerer werdenden Geschäften ganz unentbehrlich seien und fügte hinzu: „wan man sie aber nichtt leiden will, so mus man aus mangel kalks mit leimen mauren.“

Nun waren im folgenden Jahre aus dem Rathsverein nur noch die 1571 aktiv gewesenenen Gelehrten, nämlich Bürgermeister Badehorn, der Medikus Wolfgang Meurer und Funke¹⁾ auszuschliessen. Der letztgenannte erlebte die Zeit der Neuwahl nicht, doch Badehorn wurde, da er auch im Hofgericht sass, und Meurer, weil er mit seiner Lektur und Profession ohnehin genug zu schaffen habe, dazu hoch bejahrt sei, des Rathsstuhls enthoben und sollte ihnen und ihren Kindern dies an Ehren und Leumund unverletzlich sein²⁾.

Wenige Tage nach dem Antritt des neuen Rathes, mit Rauscher³⁾ an der Spitze, wurde Kaspar Peucer in Wittenberg verhaftet und mit ihm stürzten mehrere vertraute Diener des Kurfürsten, vor Allem Craco. Wer die Darstellungen Calinichs und Kluckhons⁴⁾ kennt, wird verstehen, dass der Kurfürst in jener Zeit zu einer Reform des Schöppenstuhls nicht kommen konnte und — wer die bezüglichen Akten eingehender liest, muss zugeben, dass Rauscher in den Verhören mit Peucer und Craco nur die kurfürstlichen Befehle befolgt hat. Dass derselbe aber nie, selbst nach Cracos Sturze nicht, wie behauptet worden ist⁵⁾, an eine Verdrängung der Doktoren aus dem Schöppenstuhle gedacht hat, wird aus den später einmal zur Darstellung gelangenden Streitigkeiten der Gelehrten im Schöppenstuhle mit den Bürgermeistern und der denselben folgenden Neubegründung des Spruchkollegiums durch Kurfürst August erhellen.

¹⁾ Derselbe stammte aus der reichen Schneeberger Familie, war ein Schwager von Craco u. Thömingk (Meltzer: Hist. Schneeberg. Renov. — 1716 — S. 573, 605). — ²⁾ Ebenda: Bl. 211. — ³⁾ Die Bestätigung Rauschers hat nichts Auffälliges, da Badehorn 1572 Bürgermeister gewesen, auch kam Lotter 1575 wieder an die Regierung, dies zur Berichtigung Gretschels (a. a. O. S. 68) aus den Rathswahlbestätigungen. Auch ins Bürgermeisteramt überhaupt war Rauscher keineswegs auf Befehl des Kurfürsten und wider die freie Wahl des Rathes (so Gretschel a. a. O. S. 65) (1566) gelangt. — ⁴⁾ Z. vgl. Distel: Der Flacianismus etc. (Leipzig 1879) S. 16. — ⁵⁾ Böttiger-Flathe a. a. O. S. 68; z. vgl. auch S. 50 Anm. 2. — Gretschel a. a. O. S. 67.

Beilagen.

A.

[Weissenfels, 13. November 1432¹).]

Nach der im Magistratsarchiv zu Merseburg (MS. I, 304; cf. MS. IV, 26^b) befindlichen, etwa gleichzeitigen Abschrift.

Eine vorkundigung der herzogen, das man sich rechtis zu Liptzk und nicht zu Magdeburg irholen sal. — Allen und iglichen geistlichen fursten, prelaten, graven, herren, frien, rittern, eddeln, erbarn, burgermeistern, burgern, gemeinenden der stete, merkte und dorferre dorch alle unser herschafte und lande und darzu allen unsern amptluten, welches states addir wesens die sint itzund und in zukunfftigen ziten, vorkundigen wir Frederich und Segimund gebrudere, von gotis gnaden herzogen zu Sachsen, landgraven in Doringen und marggraven zu Missen, noch dem male und is der almechtige got gefuget und unser lieber herre und vatrir clarer gedechtenis mit vil koste muhe und arbeit vorsorget hat in unser stad zu Liptzk eine hoe schule und vil meistere darinne, doctore und gelarten des rechtin und in mancherleie andern kunsten geordent hat, unsern landen nicht alleine zu nutze und fromme, sundern auch zu grossen eren, das wir uns mit unserm lieb in vettern, dem landgraven zu Doringen, undirredt und voreinet habin, das er, wir, sine und unser undirtanen, welches statis die sint, im, uns addir in not were rechtis undirwisunge, bescheidunge addir sentencien in einicherleie sachen zu holen und zu habin, sulche sentencien, rechtis undirwisunge und bescheidunge zu Liptzk an unsern doctoren erbarn und vorstendigen burgern daselbist addir an andern vorstendigen luten in unsern landen und nicht zu Magdeburg, als vormals geschen ist, holen suchen und bekommen sollen, dorch mancherleie nutzes und vor midunge willen vil unratis, den mennigliches vorstendigen vornunft wol kan besinnen. Und darumme bitten wir alle obingerurte geistliche fursten und praelaten und gebiten allen unsern undirtanen, wie die namen habin und was states addir wirdikeit die weren, nimandis usgesundert, ir wollet und sollet vordirmehir, wanne und wie afte rechtisbescheidunge, orteile addir sentencien uch uwerm iglichen adder den uwern zu holen addir zu suchen, wie obin gerurt ist, not sin wirdet, das zu holen und zu bekommen an unsern doctoren vorstendigen und erbarn burgern zu Liptzk addir an andern vorstendigen in unsern landen und nicht zu Magdeburg, umbe deswillen, das man sulche undirwisunge daselbist zu Liptzk und in unsern landen, ab got wil, wol bekommen und gehabin mag, und getruwen eime iglichen wol, das er betrachte ere nutz und fromen, der darus ane zwifeln kummet und zukunfftiglichen komen wirdet, und unser bete begerunge und geboten gehorsam und undirtenig sich mache und die und dis unser wolbedachtis gebod, wie itzund gemeldit ist, volliglichen halde und fullen-

¹) Hiernach sei der bei Friedberg (a. a. O. S. 22 Anm. 1) zu lesende Druckfehler „1452“ berichtigt.

fure und das ouch mit allen den sinen und den unsern bestellen gehalten zu werden. Darinne tud ir unde uwer iglicher unser dangnemen willen, dinste und wol zu danke. Gegeben zu Wissenfels am dunrestage noch Martini anno domini M^oCCCCXXX secundo.

B.

Die alte Schöppenordnung.

Dieselbe ist leider undatirt und liegt nur in einer bisher unbekannt gewesenen Abschrift a. d. J. 1574 vor. Ihre Abfassung fällt vielleicht noch ins fünfzehnte Jahrhundert, sicher aber vor 1518, da das in diesem Jahre angelegte Schöppenbuch (das zweitälteste der auf uns gekommenen — Nr. 1 schliesst mit 1478 ab —) bereits kein „pirgamenenes“ ist, wie es die Ordnung selbst noch voraussetzt. Beachtenswerth ist hierin die Unterscheidung [Stadt-] Gericht und Schöppenstuhl (Schultze a. a. O. I, 127 ff., Loersch: Ingelh. Oberh. — Bonn 1885 — S. CLXLII ff.).

Item es sollen stetiglich sechs schöppen im schöppenstuel sein, dieselbigen under sich sollen so oft es not, das sich ein schöppenstuel vorledigen, einen andern an sein stat binnen vier wochen ungeferlich aus den dreien reten kiesen und erwelen, und wan der also gekorn, so soll er dem rat presentiret werden, der ihne dan zum schöppenstuel bestettigen soll, wie es auch alle wege vor alters herkommen ist. — Item, wan ein schöppe also gekorn ist, sol er seinen eid zu seinem ampte in gerichte, das nechst darnach folgende, mit aufgelegten fingern uf die heiligen, in der bank kniende, schweren, nach inhalt des eides so derhalben begriffen und gestelt ist. — Item die schöppen sollen vormittage im sommer uf ostern zu sieben schlegen und uf Michaelis zu acht schlegen des seigers uf dem rathause aufgehen und in der schöppenstuben erscheinen, die sachen der burger, oder andere frembde sachen, so an den schöppenstuel zu versprechen geschickt, abfertigen. — Item nachdem der regierende burgermeister mit viel sachen und gescheften des rats und gemeiner stadt, das jar uber beladen, also das er zu den schöppen zu gehen nicht vorpflcht, allein so er sunst mit des ratsachen unbeladen zu den schöppen gehen mag, es were dan, das sachen, die den rat belangen, furfallen, dorumb soll man einen scheppenmeister haben als den eldisten burgermeister, wan der nicht an der regirung ist, und so der an der regirung sein, den andern eltisten burgermeister, der auch die schoppen, wan es von nöten, in sachen das gericht oder schoppenstuel belangende fordern und heischen macht haben soll. — Es soll auch derselbige schoppenmeister der gestalt schoppenmeister sein, das alle boten und spruche sollen an den schoppenmeister geweist werden, der soll die spruche annehmen mit dem urteilgelde und bei sich behalten bis uf den folgenden tag vor mittage, die alle in die schoppenstube bringen und in versamlung der schöppen vorfertigen lassen. — Item die schöppen sollen dieselbigen sachen alle vleissig lesende anhören und darnach eins ieden schöppen meining und sinne derwegen uf befragen des schöppenmeisters hören, und also sich eines urteils voreinigen. — Item, was also auf und in den zu-

geschickten sachen auf einen tag beschlossen, und dem schoppenschreiber bevolen wird, sol er den tag begreifen in das copial und das concept des andern tags oder, wo es gescheen mag, denselben tag den schoppen vortragen, die das concept lesen und den acten nach wohl bewegen, darnach von stund ingrossiren lassen. — Item, wan der spruch ingrossirt, sollen die alzeit in beiwesen der schoppen gelesen und vorsigelt werden. — Item das sigel der schöppen soll der schöppenmeister in bewahrung haben in einem kotichen in der schoppenstuben und doselbst verschlossen halten. — Item, so vollemacht, vortrege, aposteln, schiede, zezeugnis, citation, remission, und andere urkunde, von richter und schöppen zu vorsigeln notturftig sein wurden, sollen alzeit dieselbigen darnach vorfertigt werden, das die vorsiegung derselbigen in beiwesen der schoppen, so die bei einander sind, gescheen mugen, darnach mag auch der schoppenschreiber seine sachen richten. — Item, wan der seiger die stunde des aufgehens wie oben geschlagen hat, als im sommer umb sieben und im winter umb acht hora, sollen die schöppen, so vorhanden, sich setzen, sachen zu lesen oder zu fertigen furnehmen, so viel sachen gelesen und darinne beschlossen ader der schoppenschreiber an den ordinarium ader sindicum unb beschwerung willen der sachen gewest, sol dem oder den, die also zu spate oder langsam kommen, von solchen spruchen von jedem ein groschen seins verdiensts abgekürzt und abgezogen werden, es were dan sache das einer ehafft hette und die vor sine boten liess; wo die von andern schöppen vor gnugsam geachtet, so soll ihme an seinem vordienst nichts abgezogen werden, sondern seine gebür volgen. — Item kein schöppe noch schreiber soll in keinerlei sachen schreiben ader raten, die vor den schoppen oder dem gericht zu vorsprechen gedigen oder anhengig wurden ist, inhalts seines eides; welcher doruber anders befunden, der soll als ein meineidiger geacht und gehalten werden, und darzu seiner geburlichen straf gewertig sein. — Item alle gerichts und schoppenbucher dorinne alle die donationes oder gaben, hendel, vortrege, zusage, bekentnis, auflosung, vorwilligung, und andere mehr geschefte das jar uber von einem richter zum andern vorzeichnet, forder geschrieben werden, sollen mit dem jarbuch in eine sonderliche kapsel kote oder kasten mit zweien schlusseln verschlossen werden, dorzu der schöppenmeister einen und der schöppenschreiber den andern haben sollen, und wan etwas darinnen zu lesen oder daraus zu schreiben und zu copiren den leuten von nöten ist, soll in beiwesen der schöppen gescheen, und von stund, wan das gefertiget, wider verschlossen werden. — Item die schoppen sollen alle jar in vorenderung des richters, das jarbuch donationem genant besichtigen und vleissig ohne verzug in das pargamenenbuch schreiben lassen, darumb der richter dem substituten vom richtergelde zwen gulden geben soll.

Schoppenschreiber. Dem schoppenschreiber sollen die schoppen mit wissen des rats aufzunehmen und zu setzen haben, und sol auch seinen eid zu seinem dienste tuen darauf ausgesetzt. — Item der schoppenschreiber soll aus der stadt nicht ziehen, die schöppen erlauben

ihme dan solchs uf ehoft seiner eigenen anligenden, des rats ader gericht's notsachen. — Item des schöppenschreibers substitut sol auch seinen eid, zu seinem dienste ausgesatz, vor den schoppen tuen und schweren. — Item der schöppenschreiber soll auch nicht mehr von burgern oder frembden zu lohne nehmen vor alle stücke, dan so viel vor alters verordent und ausgesatz ist.

C.

Wan es nun mer, dafur dem almechtigen billich zu danken, durch sonderliche sorgfältigkeit des churfursten zu Sachsen dohin gericht, das in den schoppenstulen gleichformig gesprochen wird und aber uf ezlichen, sonderlich dem lezten zu Torgau gehaltenem landtage der landschaft sich beschwert, das auch dorans viel unrichtikeit erfolgte, das die sachen in den schoppenstulen nicht gefordert, und das sie je bisweilen drei oder vier boten nach einem urtel schicken musten, die boten auch zu drei in vier wochen ufgehalten wurden, und sich also auszureten, das sie mannichs mal von hause zu hause betteln gehen musten, welchs nicht alleine den armen boten beschwerlich, sondern auch denen von adel und steten, von denen sie abgefertiget, ganz schimpflich, derowegen sie dan untermenigst gesucht, das hochgedachter churfurst ein gnedigst einsehen haben wolte, damit die sachen, wie fur jaren gescheen, gefordert werden muchten. So solte nicht undinstlich sein, das seine churfürstlichen gnaden erstlich eine visitacion und, nach befindung derselben, do es von nöten, auch eine reformation der scheppenstule anordnen lisse; die visitacion kunte dergestalt furgenomen werden, das seine churf. gn. einen oder zwene doctores und darneben einen oder zwene vom adel zu commissarien vorordenten, welche sich unvormarkt gegen Wittenberg und Leipzig vorfugeten, doselbst zu fruer dagzeit die scheppen zusammen fordern lissen, mit vormeldung, das sie mit mundlicher werwung an sie abgefertiget. Wan sie nun beisamen, so kunte dem eltesten angezeigt werden, das er bei den commissarien pliebe, die andern aber in ein besonder gemach entwichen, und nicht von einander gingen, bis die commissarien iren bevelch von einem zu dem andern, wie sie nach der ordnung siezen, vorricht hetten, und welcher also gehort, dem wurde injungirt, das er anheim ginge und sich mit den andern, ehe dan sie auch verhöret, nicht underredet, noch ihnen etwas zu endböte, und were einem jedem furzuhalten, das seine churf. gn. durch vilfaltige klage, das undertanen und frembde in den scheppenstulen so langsam gefordert, verursacht wurden, sich zu erkunden, vorkan der mangel, damit durch geburliche mittel solche unrichtikeit vorkomen, den dingen rat geschafft, die justicia gefordert, und die scheppenstule nicht sogar in abfal geraten muchten. Darumb so solle ein jeder bei den pflichten, damit er seiner churf. gn. vorwand were, alleine uf die artikel, dorauf er befraget wurde, one alle umbschweif und weitleuftikeit, die pur lautere warheit aussagen und hierinne umb seines eigenen nuzes, freundschaft oder feindschaft und sonst umb keiner andern ursach willen die warheit versweigen.

Die artikel aber, dorauf sie zu fragen, weren diese:

I. Ob er zum scheppenstul geschworen? — II. Wie vil und wer die personen weren, so zum scheppenstul geschworen? — III. Ob sie auch adjunctos hetten und wer die weren? — IV. Wie vil tage in der. wochen die scheppen zusammen kemen? — V. Umb welche stunde sie zusammen pflegten zu komen und wie lang sie beisamen pliben? — VI. Ob auch ezliche negligentes und bisweilen aussen pliben? — VII. Wer dieselben weren? — VIII. Wie oft dasselb gescheeh? — IX. Ob er auch fur seine person teglich im scheppenstul were und die hendel abwartet? — X. Ob ime seinen pflichten nach solchs nicht geburet? — XI. Ob er dan auch seinen pflichten genung tete, wan er leibes schwachheit halber ausgehen kunte und nicht comparirte? — XII. Ob er auch mit emptern, herren diensten oder frembder leut gescheften beladen, dardurch er an vorrichtung der scheppensachen gehindert? — XIII. Ob es auch muglich, das in so kurzer zeit, die sie beisammen, die scheppensachen kunte gefordert werden? — XIV. Was fur ein proces in vorlesung der acten gehalten? — XV. Ob die urtel mit gemeinem rat und bedenken der scheppen gestellt und publicirt wurden? — XVI. Ob auch die leute mit dem urtelgelde hecher dan fur alters beswert wurden? — XVII. Ob er mit gutem gewissen sagen kunte, das bei diser bestallung dem scheppenstul treulich furgestanden und die hendel, wie billich gescheen solte, gefordert wurden? — XVIII. Was die ursach were, das die leut so langsam gefordert wurden?

Wan uf diese artikel unterschiedlich und pure geantwortet, so wurde sich ex propria confessione finden, woran der mangel, und kunte alsdan seine churf. gn. darauf fernere verordnung thun, wie die scheppenstule zu bestellen. Es solte auch nicht undinstlich sein, das die churfurstlichen commissarien in locum ordinarium gingen und selbst sehen muhten, was fur acta und fragen so noch unvorsprochen in den scheppenstulen vorhanden, und dem scheppenschreiber bevolen wurde, dieselben neben einem vorzeichnis, wan die einkomen, in eine registratur zu pringen, dardurch dan seine churf. gn. gewahr werden kunte, wie die sachen gefordert. Wan solche inquisition in den universiteten der lectures halber auch furgenommen wurde, das solte zu ufnemung der universiteten und befurderung der studiis ser zutreglich sein.

Siegeltafel.

Die beiden ältesten Siegel des Stadtgerichts¹⁾, bzw. Schöppenstuhls zu Leipzig sind bisher unbekannt geblieben. Das unter 1 abgebildete ist durch Herrn J. B. Henze in Dresden nach einer Menge von Bruchstücken gezeichnet und alsdann, wie auch das zweite, (nach einem Gipsabguss) von Herrn Schwendler daselbst photographirt und in Zinkhochätzung hier dargestellt worden.

Das Siegel 1 kommt bis gegen Ende des 15. Jahrhunderts an Sprüchen vor, das Siegel 2 ist mir 1498²⁾ zum ersten Male begegnet und ist bis nach der Neubegründung des Schöppenstuhls 1574 im Gebrauch gewesen (vgl. Gretschel a. a. O. S. 45).

Beide Siegelstempel (nach denselben habe ich vergeblich geforscht) pflegten in gelbes Wachs gedrückt zu werden.

Die Siegel sind, da die Sprüche selbst in der Regel kein Datum tragen, für die Zeitbestimmungen der Urteile oft überaus wichtig.

1



Sigillum schabinorum opidi Lipzck.

2



S. scabinorum civitatis Lipzenensis.

¹⁾ Der Richter Mag. Melchior Wölner gebrauchte das Siegel sub 2 1560 unter einer Ausfertigung. (S. Hptst.-Arch.: Loc. 14035 Das ehemals etc.) — ²⁾ S. Hptst.-Arch.: Loc. 9665 Sammlung etc. Bl. 1.

Nachtrag bei der Korrektur.

Zu S. 94 Anm. 4 trage ich noch nach: Stölzel in Bödikers Magazin f. d. deutsche Recht IV, 261 und die 1886 erschienene Abhandlung Skedls: Die Nichtigkeitsbeschwerde etc. Lpzg. S. 5, 6, 8 ff., verweise auch auf SS. 520—534 des holl. rechtsgel. Magazijns, 1886. (Nach freundlicher Mittheilung des Herrn Professor Schultze in Strassburg.)

Dr. D.

Miscellen.

Mecklenburgische Rentenbriefe aus dem 14. und 15. Jahrhundert mit der Orderklausel.

Mitgeteilt

von Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Mann in Rostock.

Das Kirchenökonomie-Archiv zu Rostock besitzt ausser einer bedeutenden Anzahl mittelalterlicher Urkunden zwei Diplomatarien und Register des Priester- und Herren-Kalandes, sowie des Marienkalandes, beide in der Marienkirche zu Rostock. Unter den darin abschriftlich mitgetheilten Rentenbriefen finden sich mehrere, in denen die Idee, dass der Schuldner sich nicht blos dem ursprünglichen Gläubiger und dessen Erben, sondern auch deren Cessionarien so verpflichtet, als seien diese die ursprünglichen Gläubiger, einen besonders prägnanten Ausdruck erlangt hat. Die älteste Form ist die, dass der Schuldner verspricht, den Käufern des Rentenbriefes einen neuen, auf den Namen des Käufers lautenden, sonst aber mit dem alten Briefe gleichförmigen auszustellen. So in dem Blatt 18 des Diplomatars des Priester- und Herren-Kalands enthaltenen, 1362, Sonnabend nach Mariae Geburt ausgestellten Rentenbriefe der Stadt Marlow; nachdem die Befugniss des Gläubigers und dessen Erben, die Renten, ganz oder zum Theil, zu verkaufen (*assignare et vendere, quibus voluerint*) anerkannt worden, heisst es dann weiter:

Et nos nostrique successores debemus nostro et omnis nostri oppidi nomine eiusdem emptoribus cautionem hiis litteris similem ac si litteras apertas sub superius expresso tenore dare et tradere, nostri oppidi pendenti sigillo sigillatas, quam cito fuerimus per ipsum Nicolaum vel suos heredes aut quemlibet alium, cui intererit, requisiti.

Die spätere Form ist die, dass der Schuldner sich denen, die mit Willen des Gläubigers oder seiner Erben den Rentenbrief haben, sich verpflichtet, als sei der Rentenbrief auf dieselben bereits ausgestellt. So sagt der Knappe Heinrich Schönveld auf Subzin 1469, Dienstag nach Tiburtius,

unde we dessen breff hefft mit ... willen, deme schal ik unde wil mit minen erven alle stucke unde articule holden, likerwis ofte he, eme van worden to worden bi namen unde bi tonamen to geschreven si, — —

Dipl. des Pr. u. H. Kal. Blatt 30. Ebenso derselbe in einem Renten-

briefe 1468 am St. Godehardstage, Blatt 31. Ferner der Knappe Joachim Bassewitz auf Bassewitz 1468 am Tage vor Martini:

unde we dessen breff hefft mit . . . willen, deme schal ik unde mine erven alle stücke unde articule van worden to worden holden, also desse breff utwiset, recht ofte he em bi namen toschreven were, — — —

Ebendasselbst Blatt 12. In gleicher Fassung verpflichten sich die Knappen Claus und Hermann Thun auf Sepelin deme holder desses breves 1447 am St. Adrianstage, Register des Marienkalandes (Blatt 1 der notula litterarum). Georg Hoghe auf Steinfeld verspricht 1473, Sonnabend nach St. Andreä, dem Inhaber des Briefes mit Willen des Gläubigers, dass ihm der Brief gehalten werden soll in guden truwen, ofte he em toschreven were van worden to worden. (Ebendasselbst Bl. 3). Es kommt auch die Wendung vor, der Brief solle dem Inhaber io so behulpelik wesen, ofte he em to geschreven were; so in dem vom Knappen Hermann Koss auf Teschow 1477 to hant na paschen ausgestellten Rentenbriefe (Ebendasselbst Bl. 5 u. 6). Ebenso lautet ein Rentenbrief des Johann Axkow auf Zisendorf aus dem Jahre 1480. (Ebendasselbst Bl. 9).

Eine abgeschwächtere Form ist dann die, worin der Aussteller des Rentenbriefes verspricht, deme hebbere desses breves mit . . . willen wil ik mit minen erven alle articule holden, also desse breff utwiset. Sie findet sich in den Rentenbriefen des Gottschalk Buk auf Alversdorf 1479 am Tage vor Martini und 1475 am Tage vor Johannis, 1485 des Hermann Koss auf Teschow, 1521 des Lutke Bassewitz auf Dallwitz. (Ebendasselbst Bl. 2. 7. 8. 9. 10. 14. 15.).

Schliesslich findet sich auch die Form, dass das Versprechen an den Briefinhaber nicht in einem besonderen Satze, sondern im Anschluss an das dem Gläubiger ertheilte Versprechen erklärt wird. In dem Rentenbriefe des Claus von Gummeren auf Lambrechtshagen 1477, Mittwoch nach Allerseelen, heisst es:

Dat love ik Claus van Gummeren mit minen erven den vorbenömeden kalandesheren un eren nakomelinghen unde alle den jennen de dessen breff hebben mit eren ofte erer nakomelinghe willen, so vorschreven steit.

Auch dieser Fassung wird dieselbe Bedeutung wie der älteren Form beigelegt werden dürfen, dass derjenige, welcher den Brief mit Willen des Gläubigers oder dessen Rechtsnachfolger erworben hat, als vom Schuldner vorbehaltlos anerkannter und nach Inhalt des Briefes berechtigter Gläubiger gelten soll, in solchem Sinne also die Urkunde der Träger des Rechtes war.

Aussteller dieser Rentenbriefe waren Besitzer ritterschaftlicher Güter; ob diese Lehn- oder Allodialgüter waren, tritt nicht hervor, stets wird der Bewilligung der Erben und Freunde gedacht, vom lehnherrlichen Consense ist nur in dem Rentenbriefe des Lutke Bassewitz von 1521 in der beschränkten Weise die Rede, dass der Aussteller für sich und seine Erben verspricht, dem Gläubiger, sobald dieser es von ihm begehren sollte, binnen 14 Tagen den landesherrlichen Willebrief

zu verschaffen, sonst aber, wenn der Willebrief nicht zu erlangen sein sollte, den Hauptstuhl mit aller rückständigen Rente und Pacht dem Gläubiger zurückzuzahlen. Die Bedeutung der ausgestellten Urkunde tritt schon im Eingange der Briefe darin hervor, dass die Aussteller erklären, zu verkaufen und zu verlassen (auch wohl mit dem Zusatz: mit hande und mit munde) die Renten gegenwärtig in Kraft dieses Briefes, die Renten sollen dem angewiesen werden aus bestimmten Bauergehöften in näher angegebenen Beträgen vor richter und vor breven also recht is. Der Gläubiger soll in der Bauernpacht dem Gutsherrn vorgehen und darf die Bauern wegen der ihm überwiesenen Bauernpacht selbst oder mit Beihülfe des Gutsherrn auspfänden, auch im Falle einer Verwüstung der rentenpflichtigen Bauernhöfe die jährliche Pacht aus dem ganzen Gute des Ausstellers, seiner Erben und Rechtsnachfolger (minen erven und nakomelingen) mahnen, oder es wird dem Gläubiger die Befugniss zugestanden, das Bauerngehöft in eigene Benutzung zu nehmen. Als eine besondere Gunst wird es jedesmal bezeichnet, dass dem Rentenverkäufer die Wiedereinlösung durch Rückzahlung des Kaufgeldes, des Hauptstuhls, vergönnt ist; der Schuldner muss dies dem Gläubiger am Tage Johannis Baptistae im Mitsommer ankündigen und sodann den Hauptstuhl nebst rückständigen Renten zu Rostock am nächstfolgenden h. Dreikönigstage auszahlen. Neben dem Siegel des Ausstellers pflegen an den Rentenbriefen noch andere Siegel (von erbaren un duchtigen mannen) zu hängen, aber nur to tughe, vulbort und witlickheit.

Als besondere persönliche Verpflichtungen sind aus diesen Rentenbriefen noch hervorzuheben, dass der Aussteller für sich, seine Erben und Rechtsnachfolger (nakomelinghe) verspricht, dem Gläubiger den bei Pfändungen erlittenen Schaden zu vergüten, demselben auch wegen seines Gutes (nämlich der Renten) Gewähr zu leisten, zu entfreien, zu verdienen vor dem Landesherrn, deren Vögten und Amtleuten und wider alle Ansprache geistlich und weltlich, ohne dass eine Zeitbeschränkung hinzugefügt wäre.

Horcher und Warner.

In der „Gerichtsordnung wie auf denen dorfschaften im amt Massfeld und Meiningen gebräuchlich, geschrieben zu ehren den schultheiss und geschwornen zwölfen des dorfes Neubrunn“, vom Jahre 1584¹⁾, findet sich folgende Formel für das Andingen des Fürsprechers (Wortredners):

Herr richter, so stehe ich vor diesem gericht und dinge mich an von wegen gegenwärtigen N. N. als klägern für einen redner vor diesem Peters- und helfsgericht und nehme hierzu den kläger als anwalter der

¹⁾ Nach einer gefälligen Mitteilung aus den Papieren des verstorbenen Pfarrers Spiess zu Jüchsen, der die Abschrift aus dem Kirchenbuche zu Neubrunn (Sachsen-Meiningen) genommen hatte.

sachen und N. N. zu einem horcher, ingleichen N. N. zu einem warner. ich dinge mich an diesem gericht an, wie gerichtsortung, recht und gebrauch und gewohnheit ist, behalte mir auch alles das zuvor was mir (von) rechts wegen von nöten sein wird, in aller form, was und wie ich das von worten zu worten ausgesagt habe; und da ich etwa zu wenig oder zu viel redet, dass mir beide, horcher und warner, einzureden haben, und euch hierauf, herr richter, in recht danach zu fragen, ob ich mich also hiermit an diesem Peters- oder helfgericht genugsam angedingt habe.

Wir erhalten hier einen neuen erwünschten Beleg zu dem, was wir sonst über die Gehilfen des Fürsprechers wissen. Vgl. Nietzsche, Commentatio juris Germanici de prolocutoribus (1831) 63—66. Franklin, Reichshofgericht II, 185 f. L. Maurer, Geschichte des Gerichtsverfahrens S. 135 f. Homeyer, Richtsteig Landrechts 367, 425 f. Grimm, Weistümer VII, 339 u. d. W. Ratgeber. Loersch, Der Prozess in der Mörlin des Hermann von Sachsenheim (Drei Abhandlungen zur Geschichte des deutschen Rechts, Festgruss für Homeyer von Bluhme, Schröder und Loersch) S. 43, 46, 65.

R. Schröder.

Litteratur.

E. Bonvalot, Le tiers état d'après la charte de Beaumont et ses filiales. Paris 1884, A. Picard. 557 und 88 Seiten. 8.

Eine der interessantesten Erscheinungen in der französisch-deutschen Rechtsgeschichte ist das Privileg des Erzbischofs Wilhelm von Reims, Grafen von Champagne, vom Jahre 1182, für das von ihm zur Stadt erhobene Dorf Beaumont (bekannt durch die Schlacht vom 30. August 1870). Da die Bestimmungen dieses Privilegs, die sich zum Teil an die Stadtrechte von Laon und Reims anschlossen, in verständiger und zeitgemässer Weise zwischen ländlicher Gebundenheit und städtischer Unabhängigkeit die Mitte hielten und ein Gemeinwesen schufen, das, mit ausgedehnter Selbstverwaltung ausgestattet, sich doch von den für die Herren so gefährlichen gemeindlichen Eidgenossenschaften (communitates, communes jurées) fern hielt, so gewannen dieselben bald ausserordentliches Ansehen und weiteste Verbreitung. Für die Einwohner brachten sie die Befreiung von unerträglichen Lasten, setzten Recht und Gesetz an die Stelle herrschaftlicher Willkür und erzeugten, indem sie das Beamtenernennungsrecht des Herrn zu Gunsten des Gemeinewahlprinzips aufgaben oder doch wesentlich beschränkten, ein Interesse am gemeinen Wesen, das dem Landvolke in jahrhundertelanger Unterdrückung fast ganz abhanden gekommen war; den Herren aber gewährten sie den Vorteil einer gesicherten

Einnahmequelle aus den gefreiten Orten, die sich bald eines immer wachsenden Zuzuges aus minder begünstigten Gegenden und zunehmenden Wohlstandes erfreuten. Nachweislich sind mehr als 500 Orte, Dörfer und Städte, aus den Flussgebieten der Maas und der Mosel in der Zeit vom Ende des 12. bis zum Ende des 15. Jahrhunderts mit dem Rechte von Beaumont (loi de Beaumont, lex Bellimontis, Bömer Recht, lex Campaniae, nach dem Aufbewahrungsorte des Privilegs auch Arca, lex Arcarum) bewidmet worden. Es war ein sehr glücklicher Gedanke des durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der elsässischen Rechtsgeschichte auch in Deutschland längst vorteilhaft bekannten Verfassers, den auf diese Weise im nordöstlichen Frankreich, in Luxemburg und dem südlichen Belgien begründeten rechtlichen und sozialen Verhältnissen des dritten Standes (denn Adel und Geistlichkeit wurden von den Bestimmungen des Beaumontrechtes nicht berührt) eine eingehende Untersuchung zu widmen, bei welcher ausser den Bestimmungen des Privilegs von Beaumont selbst auch die in den Bewidmungsprivilegien für andere Orte enthaltenen zahlreichen Modificationen auf das vollständigste herangezogen wurden. Das Werk des Verfassers, das bereits von der Stanislaus-Akademie in Nancy durch die Erteilung eines Preises geehrt wurde, verdient die grösste Anerkennung. Es ist ungemein sorgfältig und gründlich gearbeitet und bietet inhaltlich so viel Neues und Interessantes, dass wir das Studium desselben auch den deutschen Lesern nur dringend empfehlen können. Der Verfasser gibt zunächst einen historisch-geographischen Überblick über das Gebiet der loi de Beaumont und die früheren rechtlichen und sozialen Zustände innerhalb dieses Gebietes. Das zweite Kapitel enthält die Geschichte und eine kurze Charakteristik des Privilegs von 1182, sowie den lateinischen Urtext und eine altfranzösische Übersetzung, beide gegenüber den bisherigen Abdrücken vielfach berichtigt; das noch gegen Ende des 16. Jahrhunderts vorhanden gewesene Original ist leider verschollen. Das dritte Kapitel behandelt die Ausbreitung der Beaumontprivilegien, die bald eine so grossartige war, dass man dieselben im 15. Jahrhundert als „les franchises et privilèges que une chascune créature doit naturellement désirer“ bezeichnen konnte. Hauptsitze des Beaumontrechtes waren die Grafschaften Bar, Luxemburg, Chiny, Aspermont-Dun und das Bistum Verdun, demnächst die Champagne; im Herzogtum Lothringen leisteten die zum Teil von Kaiser Friedrich II. unterstützten feudalen Bestrebungen des Landesadels der Einführung erfolgreichen Widerstand. Das Privileg wurde ins Französische und ins Deutsche übersetzt; ausserdem entstand unter dem Namen „loy de Beaumont“ oder „Arche“ eine französische Kompilation, welche die ursprünglichen 57 Artikel auf 150 vermehrte. Die Verleihung des Beaumontrechtes, von der der Verfasser im vierten Kapitel ausführlich handelt, geschah teils in Verbindung mit der Neugründung eines Ortes, teils und vornehmlich durch die Bewidmung eines schon bestehenden, der nun als gefreiter Ort, nova villa, angesehen wurde, mochte er gleichzeitig zur Stadt erhoben werden oder Dorf oder Marktflecken bleiben; auf gewisse

eigentümliche Vorgänge von grossem Interesse, die sich an die Verleihung zu knüpfen pflegten, wird Referent demnächst bei anderer Gelegenheit zurückkommen¹⁾. In den vier folgenden Kapiteln stellt der Verfasser den Inhalt des Beaumontrechts, unter peinlicher Berücksichtigung aller demselben widerfahrenen Modificationen, dar: Erwerb und Verlust des Bürgerrechts, Ehe, Grundbesitzverhältnisse, Einwohnerklassen, Rechtspflege, Verfassung, Verwaltung, Autonomie, Abgaben und Dienste, Gerichtsverfahren, Privatrecht, Strafrecht. Unter den Abgaben ist von besonderem Interesse das terragium (terrage, gerbage), ein Sechstel des Ertrages von altbebautem Lande, ein Siebentel von neuen Kulturen. Der Zusammenhang dieser Abgabe mit dem Medem (vgl. Bd. II, S. 66 ff. dieser Zeitschrift) ist dem Verfasser entgangen. Das neunte Kapitel ist dem ökonomischen, sozialen und politischen Aufschwunge der Bevölkerung in den gefreiten Gemeinden gewidmet. Im 16. Jahrhundert fieng die Ausbreitung des Beaumontrechts an zu stocken und die Reaktion des absoluten Staates gegen die Selbständigkeit der Gemeinden begann. In dem nun entstehenden Kampfe widerstrebender Interessen, den der Verfasser im neunten Kapitel schildert, verlor die loi de Beaumont mehr und mehr an Boden, ganze Gebiete wurden ihr entzogen, und wo sie in Geltung blieb, mussten sich die Bürger doch vielfache Einschränkungen ihrer alten Freiheiten gefallen lassen. In einem Appendix teilt der Verfasser eine bedeutende Zahl grösstenteils ungedruckter Quellen, die meisten in altfranzösischer Sprache, mit.

R. Schröder.

L. Dargun, Mutterrecht und Raubehe und ihre Reste im germanischen Recht und Leben (a. u. d. T. Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, herausgegeben von O. Gierke. XVI). Breslau 1883. W. Koebner. 161 S. 8²).

Die an anregenden Untersuchungen reiche, auf ein umfassendes Quellenmaterial aus dem Gebiete der vergleichenden Rechtswissenschaft gestützte Arbeit zerfällt in zwei Abteilungen, von denen die erste (S. 1—77) dem Mutterrecht, die zweite (S. 78—140) der Raubehe

¹⁾ Vgl. Schröder, Weichbild (i. d. Historischen Aufsätzen für G. Waitz, 1886, S. 306—323).

²⁾ Auf den Wunsch des Herrn Verfassers sei hier einigen zusätzlichen Bemerkungen desselben Raum gegeben:

„Auf S. 27 (9. Z. d. Textes v. u.) hat das Citat Liutpr. 130 hinwegzufallen, während Grimoald 6 als besonders beweiskräftig eingehendere Berücksichtigung verdient hätte. Das nämliche gilt von Liutpr. 114.

Auf S. 28 ist der Inhalt von Liutpr. 57 ungenau wiedergegeben. Es soll heissen: Der Sohn haftet für die Schulden des Vaters mit dem was er von ihm erhalten, sowie mit dem was er von seiner Mutter geerbt hat, wenn die Mutter zur Zeit ihres Todes im Mundium des Vaters war. — Hiermit wird die Möglichkeit offen gelassen, dass die

gewidmet ist. Die Bedeutung des Mutterrechts bei den nichtgermanischen Völkern behandelt Verfasser S. 1—20, ebenso die der Raubehe S. 78—111, während die im germanischen (deutschen wie skandinavischen) Rechte vorhandenen Spuren des Mutterrechts S. 21—72, der Raubehe S. 111—140 zur Erörterung kommen. Bei der Abhandlung über das Mutterrecht liegt der Schwerpunkt in dem germanistischen, bei der über die Raubehe in dem die vergleichende Rechtswissenschaft betreffenden Teile. Als unzweifelhaft festgestellt ist zu erachten, dass es für alle Völker eine Zeit gegeben hat, wo alle Verwandtschaft durch die Mutter vermittelt wurde, wo das ganze Familienrecht im Mutterrecht (daher *matrimonium*) wurzelte, während die Stellung des Mannes zu Weib und Kind nur einen vermögensrechtlichen Charakter hatte (daher *patrimonium*); ebenso eine Zeit, wo die durch Raub begründete eheliche Gemeinschaft trotz mangelnder Zustimmung der Verwandten der Geraubten, gleichviel ob die letztere der Entführung zugestimmt hatte oder nicht, als vollgiltige Ehe angesehen wurde. Dass freilich, wie manche behaupten, die Raubehe ursprünglich die einzige Eheform gewesen sein sollte, ist durchaus nicht zuzugeben und kann auch nicht aus der vielfach noch heute bestehenden Sitte, mit der Eheschliessung einen Scheinraub zu verbinden, gefolgert werden¹⁾. Zu den zahlreichen von dem Verfasser angeführten Beispielen dieses auch in dem Worte „Brautlauf“ angedeuteten Scheinraubes ist noch der interessante Bericht über Brautlauf und Brautkauf in Südarabien in Wrede's Reise in Hadramaut (herausgegeben von v. Maltzan, 1873) S. 219, 262 f., hinzuzufügen. Über Hemmung der Braut in der Rhön vgl. L. Höhl, Rhönspiegel (Würzburg 1881) S. 62 f. Zu den aus Dichtern entnommenen Beispielen von Entführungen sind u. a. noch zu vergleichen König Rother, Ortnit und Wolfdietrich. Auf wirklichen Frauenraub deuten die Kämpfe Gunthers mit Brunhilde im Nibelungenliede. Über Raubehe im finnischen Epos vgl. Kohler, i. d. Zeitschrift für vergleich. Rechtswissenschaft VI, 277 ff. — Der Verfasser führt den Nachweis, dass es dem germanischen Begriffe der Ehe nicht widerstrebe, wenn der Mann nicht Vormund oder alleiniger Beschützer seiner Frau war, zwischen

Mutter nicht im Mundium des Vaters war, obwol der Titel unzweifelhaft nur einen aus rechtlich anerkannter Ehe entsprossenen Sohn betreffen soll.

Auf S. 30 hätte nicht bloss Roth. 161, sondern auch Roth. 162 herbeigezogen werden sollen. Bei Benützung des Liber Pap. (der Expositio) zu diesen Titeln hätte betont werden sollen, wie sehr dieselbe dem Inhalt des Edictes entspreche. Endlich muss als Lücke die Nichtberücksichtigung des langob. Erbrechtes angesehen werden, auf dessen Verwendbarkeit als Beleg für das Mutterrecht Prof. Brunner mich aufmerksam machte. Die diesbezügliche Arbeit konnte ich leider seitdem nicht vornehmen, an die Tatsache wurde ich aber durch die Recension meines Buchs in der „Cultura“, Rivista di scienze etc., Napoli 1884, p. 752 von Neuem erinnert.“

¹⁾ Die von dem Verfasser betonte Redewendung „eine Frau rauben“ lässt sich für die ursprüngliche Notwendigkeit des Brautraubes ebenso wenig verwerten, wie der Ausdruck „eine Frau kaufen“ für den Brautkauf.

den Ehegatten kein eheliches Güterrecht eintrat, die Kinder nicht dem Stamme des Vaters, sondern dem der Mutter angehörten: auch die Ehe ohne Munt war eine Ehe, da jeder Ehegatte ein Recht auf eheliches Leben hatte und dem Manne bei Angriffen auf die geschlechtliche Ehre seiner Frau ein Sühneanspruch zustand. Es ist ein Verdienst des Verfassers, diese Ehe ohne mundium in den Volksrechten nachgewiesen zu haben. Er konnte da zum Teil an die wertvollen Untersuchungen Rosins über die langobardische Ehe anknüpfen, behauptet aber im Gegensatz zu diesem die Priorität jener Eheform vor der vertragsmässigen mit Brautkauf und Trauung. Eine Priorität in dieser Weise möchte ich nun nicht gerade annehmen. Die noch auf dem Boden des Mutterrechts stehende Ehe ohne Munt muss der Raubehe von je her eigentümlich gewesen sein und es ist dem Verfasser zuzugeben, dass die Möglichkeit der Umwandlung der letzteren in eine Mundialehe im Wege der Sühne durch Entrichtung des Muntschatzes einer späteren Rechtsbildung angehört. Dass aber erst durch derartige Sühneverhandlungen die Idee des Brautkaufes aufgekommen, der Muntschatz sich aus der Muntbrüche entwickelt haben sollte, und nicht umgekehrt, ist mir durchaus unwahrscheinlich. Ich halte, wie oben bemerkt, die vertragsmässigen Eheschliessungen mit Trauung und folgeweise mit Brautkauf für ebenso alt wie die Raubehen ohne Munt, beide müssen lange Zeit nebeneinander bestanden haben, und zwar ohne sich in ihrem Inhalte wesentlich von einander zu unterscheiden. Der Gegensatz trat erst schärfer hervor, als die Ehe mit Brautkauf mehr und mehr zum agnatischen Prinzip führte und das Mutterrecht verdrängte, das schliesslich nur noch bei der Ehe mit Ungenossen, also insbesondere bei der zu Herrenrecht (*ad legem salicam*) mit blosser Morgengabe (*ad morganicam*) bestehen blieb. Dass aber das Mutterrecht auch im germanischen Recht den Ausgangspunkt des Familienrechts gebildet hat, zeigt ausser der schon oft in dieser Richtung verwerteten Stellung des Mutterbruders die Bevorzugung der Spindelmaggen im Erbrecht (d. h. dem ursprünglich allein anerkannten Mobiliererbrecht), sowie bei der chrenecruda und dem reipus der salischen Franken. Dem reipus hat der Verfasser S. 141—152 einen besonderen Exkurs gewidmet; er vermutet, dass die vertragsmässige Eingehung einer zweiten Ehe für Witwen ursprünglich unzulässig gewesen sei, hier habe nur Raubehe gegolten, das für diese an die mütterlichen Verwanten zu zahlende Sühngeld (reipus nihil sinus) von $62\frac{1}{2}$ solidi (2500 Denare sind $62\frac{1}{2}$ solidi, nicht 63, wie der Verfasser im Anschluss an den Wortlaut der L. Sal. 44 schreibt) habe sich dann später, nach Zulassung der Vertragsehe, in eine bloss symbolische Abfindung, den reipus der Lex Salica, umgewandelt. Wie dem auch sein möge, jedenfalls hat der Verfasser mit diesem Gedanken wie mit seiner ganzen Arbeit eine sehr berücksichtigungswerte Anregung gegeben.

Die wertvollen Beiträge von Kohler i. d. Zeitschr. f. vergl. RW. V hat der Verfasser nicht mehr benutzen können.

R. Schröder.

Savigny und sein Kritiker.

P. Heinrich Denifle, Unterarchivar des heil. Stuhles, hat in seinem Werke *Die Universitäten des Mittelalters bis 1400*¹⁾, sodann in verschiedenen Aufsätzen des von ihm und Franz Ehrle S. J. herausgegebenen *Archivs für Litteratur und Kirchengeschichte*²⁾ eine grosse Anzahl von wertvollen Urkunden, namentlich aus den Schätzen des Vaticanischen Archivs herausgegeben, er hat ferner viele andere bereits bekannte mit den Handschriften verglichen und die Drucke controliert, und er hat endlich zahlreiche chronologische und andere Untersuchungen beigefügt, die das Verständnis und die Benutzung derselben berichtigen und erleichtern. Für alles dies ist ihm die Wissenschaft zum höchsten Danke verpflichtet, aber um so mehr muss man auch darauf hinweisen, dass seine Methode im Uebrigen erhebliche Mängel zeigt und dass er eine grosse Zahl von falschen Behauptungen aufstellt. Denn die gelehrte Umgebung, in der sie auftreten, blenden jeden, der sich nicht ganz vertraut gemacht hat mit dem Stoff, und die Geschichte der Universitäten ist ein Stoff der zwar vielen interessant aber wenigen bekannt ist. Einige dieser falschen Behauptungen hatte ich in den *Göttinger Gelehrten Anzeigen*, Jahrgang 1886 Nr. 3 S. 97—117, richtig gestellt, namentlich die grundlosen Angriffe Denifles auf Savigny und Döllinger zurückgewiesen. Darauf hat Denifle in dem neuesten Hefte seines *Archivs* (Bd. II, Heft 2, 337—352) diese Beschuldigungen wiederholt³⁾, und da er keine Beweise zu geben hatte, allerlei Staub aufgewühlt und

¹⁾ Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1885. — ²⁾ Ebendasselbst. —

³⁾ Denifle hat diese Erwiederung angefüllt mit allerlei Ausfällen gegen meine Person und meine Forschung. Es war das bei seiner Art der Polemik nicht anders zu erwarten und teile ich damit nur das Geschick Döllingers und Anderer, die er in gleicher Weise behandelt. Wer die Dinge untersucht, wird finden, dass er so schilt, weil er schwerer Fehler überführt worden ist. Zu berichtigen habe ich nur einen Punkt. Durch einen lapsus calami oder memoriae schreibe ich S. 112 eine Aeusserung Bonifacius' VIII., die sich auf ein durch Honorius III. geschaffenes Verhältnis bezieht, diesem Honorius III. zu. Für die Untersuchung hat es übrigens keinerlei störende Folgen, denn wichtig ist nur, dass es ein Papst ist, der jene Auffassung äussert. Diese Verwechslung hat nun aber Denifle zu einem characterischen Trugschluss verleitet. Er nimmt sie nämlich zum Beweise; dass ich die bezüglichen Briefe nicht gelesen habe. Mit gesperrten Lettern verkündet er das Resultat, obschon es kaum denkbar ist, dass Jemand die Verfassung von Bologna untersucht, ohne diese Urkunden zu lesen, und die Annahme eines Versehens zur Erklärung ausreichte. Er liefert damit nur einen weiteren Beleg zu den vielen Stellen, in denen er Behauptungen für Beweise ausgiebt.

Es ist im Besonderen ein Gegenstück zu seinem Beweise, dass ich nicht einmal den unentbehrlichen Bulaeus benutzt hätte. Ich hatte nämlich getadelt, dass Denifle in der Untersuchung über den Rector von Paris die Bedeutung des von der Universität 1244 erlassenen Statuts für die Stellung des Rectorats nicht genügend hervorhebe, indem er

die Sachlage verdunkelt. Weil es sich nun um zwei Männer handelt, deren Namen einen ausgezeichneten Klang in der deutschen Gelehrtenwelt haben, und da es ferner wichtig ist, diese Methode des Kritikers Denifle zu beleuchten, so nehme ich die Frage noch einmal auf, aber an dieser Stelle, dem Character der Zeitschrift entsprechend, mit Beschränkung auf Savigny.

Savigny hat in seiner Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter Bd. III, 152—419 und Anhänge S. 643—718 über die Entstehung und Verfassung der mittelalterlichen Universitäten gehandelt. Er konnte in diesem Abschnitte eines Werkes, das eine andere Aufgabe verfolgt, natürlich nicht die Geschichte aller Universitäten schreiben, sondern musste sich auf diejenigen beschränken, deren Entstehung und Wirksamkeit für die Rechtsstudien oder für die Ausbildung der Universitäts-einrichtungen von besonderer Wichtigkeit zu sein schien. Aber trotz dieser Beschränkung hat Savigny eine Darstellung geliefert, welche bisher als die beste Darstellung mittelalterlicher Universitäten überhaupt galt. Indessen hatte er doch der weiteren Forschung grossen Spielraum gelassen, auch ist seither viel neues Material zugänglich geworden und das bereits Vorhandene hat zum teil sorgfältige Prüfung und Bearbeitung erfahren. Wenn Denifle deshalb sagt, dass Savignys Arbeit heute nicht mehr genügt, dass eine neue Bearbeitung notwendig ist, so ist das ganz richtig, es wäre ein Wunder, wenn es anders wäre, es sind mehr als 50 Jahre verflossen, seitdem das Buch unter uns wirkt. Aber Denifle setzt zugleich den Wert des Buches ungehörlich herab. Savigny habe sich wohl bestrebt, sagt Denifle S. IX, die Universitäten aus den Quellen zu schildern und zuerst auf die Unterschiede der Verfassungen derselben hingewiesen, die Abhandlung habe „ungemein anregend gewirkt“, sie könne sich aber „nicht im entferntesten“ mit anderen Theilen des Werkes messen. „Einzelnen Universitäten z. B. den spanischen, englischen vorzüglich aber den deutschen sammt den ungarischen und den polnischen widmete er nicht die geringste Aufmerksamkeit. Andere, namentlich die französischen werden zu flüchtig behandelt und hinsichtlich der Pariser stützt er sich fast durchgehends auf Du Boulay. Was die italienischen Universitäten anbelangt, so kam bei Savigny im Grunde nicht das 13. und 14. Jahrhundert zur Dar-

dasselbe als ein Statut über Hörsäle und Wohnungsmiethe bezeichne. „Dieser Ausdruck, sage ich S. 108, lässt schwerlich errathen, dass der Rector auch die unwürdige Konkurrenz der Magister bezüglich der Hörsäle verhindern sollte.“ Statt den Mangel seiner Interpretation anzuerkennen, der freilich seine ganze Theorie über das Rectorat berührt, dreht Denifle die Sache so, als bezweifele ich, dass das Statut von Hörsälen handle, und diese Unterstellung dient ihm dann S. 347 als Beweis, dass ich die bei Bulaeus abgedruckte Urkunde nicht „einsehen konnte“, also nur Jourdain's Regesten hatte, nicht den Bulaeus selbst. Sapienti sat! Im ersten Bande meiner Geschichte der deutschen Universitäten, der hoffentlich noch Ende dieses Jahres (bei J. G. Cotta) erscheinen wird, werde ich noch auf einzelne Punkte zurückkommen müssen.

stellung, sondern von manchen Einzelheiten abgerechnet, eine spätere Epoche. Dies betrifft besonders seine Auseinandersetzungen über die Organisation der Universitäten Bologna und Padua.“ Dagegen ist zu bemerken: Die spanischen, englischen, deutschen etc. Universitäten behandelte Savigny allerdings nicht, aber nicht aus Unaufmerksamkeit, sondern planmässig. Er hatte so wie so schon nöthig, diese ausgedehnte Untersuchung der Universitäten zu rechtfertigen, und dabei sagt er Bd. III S. VII f. ausdrücklich, die deutschen Universitäten habe er übergangen, denn „sie waren in dem Zeitraum, von welchem hier die Rede ist, überhaupt nicht von grosser Bedeutung, für das Römische Recht aber völlig ohne Einfluss“. Aus denselben Gründen übergang er die anderen, selbst die sonst so interessanten englischen und spanischen (III, 409 und 411). Aus dieser Auslassung kann also seiner Forschung kein Vorwurf erwachsen, aber weil Savigny die Universität Lerida nicht behandelt, versteigt sich Denifle sogar zu dem höhnischen Worte: „Den Herren Savigny und Stein waren, so scheint es, alle spanischen Universitäten spanische Dörfer“ (S. 499 Note 1114). Vor solchem Hohne hätten den verdienten Mann schon die wenigen Sätze schützen sollen, in denen er die Statuten von Salamanca und einige andere wichtige Quellen bespricht. Sie bieten keine Darstellung von Salamanca und noch weniger von den anderen spanischen Universitäten, es sind Bemerkungen, mit denen Savigny über dieselben hinweggeht, aber sie weisen doch auf einige Hauptquellen unserer Kenntnis hin.

Nicht weniger ungerecht ist der andere Vorwurf, Savigny behandle die französischen Universitäten flüchtig. Er schildert nicht alle und einige nur kurz, ausführlicher nur Montpellier und Paris, aber diese auch eingehend. Von dem Abschnitt über Paris behauptet Denifle freilich, Savigny stütze sich fast durchgehends auf Du Boulay, aber Savigny giebt eine selbständige Darstellung auf Grund der in den Folianten von Du Boulay aufgehäuften Urkunden und Nachrichten. Ich halte Savignys Darstellung von Paris in mehreren Punkten nicht für richtig, aber er hat sich doch nicht zu solchen Irrthümern verirrt, wie sie jetzt Denifle verbreitet.

Ein Fehler von Savigny war es z. B., das sogenannte Concordat der vier Nationen über die Wahl des Rectors mit Bulaeus in das Jahr 1206 zu legen, und er setzte deshalb die Ausbildung dieser Institute vielleicht zwanzig Jahre zu früh — aber Denifle verfällt bezüglich derselben in einen weit grösseren Irrtum. Er behauptet S. 95, dass die Nationeneinteilung „sich nicht auf eine spontane Entwicklung“ gründe, sondern „künstlich“ „gemacht worden sei“, ohne auch nur andeuten zu können, wann, wie und von wem dies geschehen sei. Als Beweis bringt er nichts als die Erwägung, dass die Art der Gruppierung den geographischen Verhältnissen so schlecht entspreche — aber wenn dies Argument gelten sollte, könnte man es dann nicht mit besserem Recht gegen die Vermutung einer künstlichen, also von erwägender Leitung durchgeführten Einteilung geltend machen? Dies nichtige Argument genügt Denifle um seine Theorie darauf zu bauen, trotzdem es sich

keineswegs um eine Meinung handelt, die so neben her geäußert wird und die für das Verständnis und die Untersuchung des Einzelnen gleichgültig wäre. Paris ist der Hauptort für die Ausbildung einer grossen Gruppe von Universitätsordnungen, und die Nationen bilden eins der wichtigsten Organe dieser Verfassung — deshalb ist es von grundlegender Wichtigkeit, wie man ihre Entstehung auffasst. Nun liegt für die Vermutung Denifles kein Zeugnis vor, und es widerspricht ihr alles, was wir von Paris wissen. Es lässt sich nicht einmal ein Muster nachweisen, das von dem Verfassungskünstler befolgt wäre. Denifle deutet auf die italienischen Universitäten, aber an denselben hatten die Nationen eine andere Zusammensetzung, Verfassung und Bedeutung wie in Paris, auch ist es zweifelhaft, ob sie früher als in Paris zu fester Ausbildung gelangten. Dagegen finden sich Spuren, dass schon im 12. Jahrhundert nationale Gruppierungen der Scholaren (*docentes et discentes*) in Paris bestanden und dass sie sich unter dem Einfluss der in den ersten Decennien auftretenden Bedürfnisse und Nötigungen zu rechtlich organisierten Corporationen festigten.

Deutlich zeigt diese Theorie Denifles die Mängel seiner Methode. Wo es sich um eine Einzelheit handelt, um die Feststellung einer Lesart, um eine chronologische Frage etc., da ist er sorgfältig bemüht, das Gegebene festzustellen, wo es sich um Schlüsse aus einer grösseren Reihe von Thatsachen handelt, ist er in Gefahr, Vermutungen und Einfälle für Thatsachen auszugeben.

Ein anderes Beispiel ist seine Darstellung des Rectorats. Sie gipfelt S. 125 in der Behauptung, dass die allmälige Steigerung des Rectors an Befugnissen und Rang „ein ganz unnatürliches Resultat“ sei und S. 693 behauptet er sogar: „der Rector der Universität Paris war und blieb immer etwas Ueberflüssiges“. Nun ist das Amt des Rectors gleichzeitig mit der Festigung der Organisation der Universität aus kleinen Anfängen zu der leitenden Behörde herangewachsen, es ist die bare Willkür, diese Entwicklung zu verwerfen und eine andere zu verlangen, es ist ein Seitenstück zu der Behauptung, die Nationen seien künstlich gemacht worden. Die ganze Entwicklung von Paris wird mit solchen Behauptungen auf den Kopf gestellt, es wird eine Entwicklung als die *correcte* bezeichnet, für die keinerlei Zeugnisse der Quellen vorliegen.

Die Folgen dieser Willkür zeigen sich dann auch in der Interpretation der Urkunden. Im Jahre 1283 klagte die Universität¹⁾ bei dem Papste, der Kanzler behauptete, er sei das Haupt der Universität, während *Parisiensis Universitas non credit nec confitetur secundum suum Rectorem habere capud aliud a Vestra sanctitate* d. h. der Rector ist das Haupt der Universität und mit ihm stehen wir unmittelbar unter dem heil. Stuhl. In einem anderen Satze betonen die Magister dies nochmals. *Item Universitas sicut ipsa tota*

¹⁾ Die Urkunde ist abgedruckt bei Jourdain *Index Chartarum Univ. Paris.* p. 49.

confitetur nullo medio pertinet ad Romanam ecclesiam. Die unter dem Rector geeinigte Universität bezeichnet hier die Ansprüche des Kanzlers als den Versuch, sich als eine Instanz zwischen sie und den Papst zu schieben¹⁾. Denifle behauptet nun, die Universität bestreite zwar dem Kanzler, dass er ihr Haupt sei, sie sage aber nicht, „der Rector sei es sondern der Papst. Wer da weiss, dass der Papst als das allgemeine Haupt der Welt galt, und dass Klöster u. s. w. sich bemühten, mit ihrem Abt etc. direct unter dem Papste zu stehen, keinen Herrn über sich zu haben als ihn, der kann über den Sinn der Worte: neben unserem Rector haben wir kein anderes Haupt als den Papst“ nicht zweifelhaft sein. Die Interpretation Denifles ist wieder nur ein Beweis, wie sehr ihm seine willkürliche Theorie vom Rectorat die Erklärung selbst ganz unzweideutiger Stellen erschwert.

Durch eine ähnliche Willkür hat Denifle die Untersuchung über die Entstehung des Kanzleramtes verwirrt, welches neben dem Rectorat und den Nationen die Hauptsäule der Verfassung der Universität Paris bildet und daselbst eine ganz eigentümliche Ausbildung gewann. Ein Hauptantrieb zur Bildung der geregelten Ordnung der Studien lag in dem Uebelstande, dass junge Leute mit unzureichender Vorbildung als Lehrer auftraten und was sie eben gelernt hatten mit keckem Munde und vielfach gefährlicher Consequenzmacherei als neue Lehre verkündeten. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts haben einsichtige Männer hierüber laute und bittere Klage erhoben. Bekannt sind die satyrischen Schilderungen des gelehrten Johann von Salesbury, aber nicht blos dieser überlegene Geist erkannte das Uebel, es war eine allgemeine Klage, und die Abhülfe dieses Notstandes bildet eine Hauptaufgabe der damals entstehenden Universitäten. In diesem Punkte vor allem musste Ordnung treten an Stelle des regellosen Treibens der isolirt neben einander stehenden Privatgelehrten. Der Uebergang vom Schüler zum Professor wurde durch eine in vorgeschriebener Weise zu gewinnende Lizenz geregelt. Merkwürdiger Weise entwickelten sich nun in Paris für die Erteilung dieser Lizenz und für die damit verbundenen Examina zwei Behörden, nicht eine. Neben dem Kanzler von Notre Dame übte der Abt von S. Genovefa diese Befugnis in ähnlicher Weise. Diese Entwicklung ist höchst auffallend, begegnet auch nur in Paris, und die Geschichte der Entstehung der Universität darf sie nicht unerklärt lassen. Da man nun aber weiss, dass S. Genovefa neben Notre Dame bereits in der ersten Hälfte und in der Mitte des 12. Jahrhunderts ein Hauptsitz und Mittelpunkt der Gelehrten war, so hat man nicht gezweifelt, dass um dieser Bedeutung willen der Abt von S. Genovefa jene mit dem Kanzler von Notre Dame rivalisirende Stellung gewann. Dem gegenüber stellt nun Denifle plötzlich die Behauptung auf, S. Genovefa sei um 1200 kein Sitz von gelehrten Schulen gewesen und keine

¹⁾ Der Kanzler fasste die Sache vermutlich anders, er wollte den Rector nicht als den Vorstand und Leiter der Universität anerkennen, aber diese Auffassung liess die Universität gar nicht aufkommen, dass der Rector ihr capud sei, behandelte sie als selbstverständlich.

Bildungsstätte der Universität. Die Anfänge der Universität seien ausschliesslich in einer Vereinigung der dem Kanzler der Kathedrale unterstehenden Lehrer zu suchen. Als Beweis für diese Hypothese, welche mit der angeführten Thatsache in ungelöstem Widerspruch steht, dient ihm die Behauptung, dass in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts nur Gelehrte erwähnt werden, welche in Paris lehrten, und S. Genovefa liege ausserhalb der Stadt. Richtig ist daran, dass S. Genovefa politisch erst Anfang des 13. Jahrhunderts zur Stadt Paris hinzugezogen wurde, aber ebenso sicher ist, dass in einem lässigeren Sprachgebrauch S. Genovefa schon im 12. Jahrhundert zu Paris hinzugerechnet wurde und dass im Besonderen bereits im 12. Jahrhundert die Schulen der Gelehrten in Paris und den Vororten als ein zusammengehöriges Ganze betrachtet und als *scholae Parisienses* zusammengefasst wurden. Nur gelegentlich hob man die Scheidung hervor. Die Gelehrsamkeit, welche Denifle aufbietet, kann die Punkte, auf welchen die Entscheidung ruht, wohl verhüllen aber nicht beseitigen, und im Besonderen sind seine Erörterungen über den Abt Stephanus nicht am Platze. Es handelt sich nicht um die Klosterschule sondern um Schulen auf dem Gebiete des Klosters.

Von solchen Fehlern ist Savigny frei, und das reichere Material, das Denifle zu Gebote stand und die Unterstützung, welche Arbeiten wie die von Thurot, Jourdain u. a. gewähren, haben ihn nicht vor dem Schicksal bewahrt, die bereits gebahnten Wege in gefährlicher Weise wieder zu verbauen!

So viel von Paris — und Paris bildet nicht einmal den bedeutendsten Teil von Savignys Darstellung, sondern Bologna.

Ueber die Methode dieses Teils urteilt Denifle jedoch ebenso abschätzig. Savigny schildere im Grunde nicht die Zeit des 13. und 14. Jahrhunderts, sondern lege die Statuten des 16. Jahrhunderts zu Grunde. Er wiederholt diesen Vorwurf S. 181, indem er behauptet, Savigny habe bei der Schilderung des Rectorats „wie auch sonst zu meist nur die (im 16. Jahrhundert) gedruckten Statuten zur Hand genommen“. Von den Rectoren handelt Savigny vorzüglich an zwei Stellen § 65 f. S. 174 und § 72 f. S. 188 f. In § 65 giebt er die Nachrichten, die wir aus dem 12. und 13. Jahrhundert haben und citirt auch nicht ein einziges Mal die gedruckten Statuten sondern Stellen der Glossatoren Azo, Accursius, Odofred, Cinus, sodann zahlreiche Stellen der Urkunden bei Sarti und Savioli. Ebenso bestimmt er das Wesen der Gerichtsbarkeit des Rectors § 66 mit Stellen aus den Glossatoren S. 177 Note a und b. § 67 S. 179 schildert er auf Grund der bei Ghirardacci erhaltenen Nachrichten die Versuche der Mediciner einen eigenen Rector aufzustellen (Ende des 13. Jahrhunderts). Und solchem Thatbestande gegenüber wagt Denifle jene Beschuldigung! Man sieht, welchen Wert seine Beschuldigungen und seine Beweise haben.

Von § 68 an schildert Savigny dann die Verfassung der Universität nach den gedruckten Statuten, aber unter ausdrücklicher Verweisung auf die § 60 gegebene Geschichte derselben und indem er zur

Erläuterung der geschichtlichen Entwicklung auch hier das übrige Material heranzieht. Man vergleiche nur die Noten etwa S. 192 f., wo Savigny die Lehren der damaligen Juristen Rolandinus und Baldus, die Nachrichten und Urkunden bei Sarti und Ghirardacci aus dem 13. und 14. Jahrhundert zu den bezüglichen Paragraphen der Statuten hinstellt. Auch für diesen Abschnitt ist deshalb Denifles Vorwurf im Widerspruch mit den Thatsachen, und das tritt noch deutlicher hervor, wenn man die Beschaffenheit dieser Statuten in Erwägung zieht. Savigny benutzt die im Jahre 1561 gedruckte Ausgabe der Statuten, welche im Wesentlichen die Redaction derselben aus dem Jahre 1432 darstellen. Er zeigt dann zunächst, dass dieser Redaction eine ältere aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts zu Grunde liegt, weil in einem Capitel der 1348 verstorbene Jurist Johannes Andreae als lebend erwähnt werde. Sodann empfiehlt er die Annahme, dass zwar nicht der Fassung aber dem Inhalt nach „das meiste und wichtigste, was sich jetzt in den Statuten findet, aus der Zeit der ersten bestimmten Einrichtung der Universität herrühren mag. Folgende Gründe machen diese Annahme sehr wahrscheinlich: erstlich die bestimmte Nachricht, dass wenigstens im Jahre 1253 schon Statuten der Universität wirklich vorhanden waren, besonders aber zweitens der in den gedruckten Statuten enthaltene Katalog der Bücherverleiher. Denn in diesem stehen fast durchaus Werke des 12. und 13. Jahrhunderts, nur wenige aus der ersten Hälfte des 14. und z. B. von Bartolus und Baldus kein einziges.“

Denifle übergeht das aus der Erwähnung von J. Andreae entnommene Argument und verwirft die Berufung auf die Statuten von 1253 als „eine *petitio principii*“. Er fragt, ob diese Statuten mit denen von 1432 identisch gewesen seien. Es kenne sie doch niemand, auch Savigny nicht. Das heisst dem Savigny etwas unterschieben, um ihn bekämpfen zu können. Savigny hat diese Identität nicht behauptet, sondern hat nur an die Thatsache erinnert, dass bereits 1253 schriftlich formulierte Statuten vorhanden waren, dass also die Redaction des 14. Jahrhunderts auf einer Redaction des 13. Jahrhunderts ruhte. Wie viel sich aus dieser Redaction in den späteren erhielt, dafür dient ihm als Beispiel der Katalog. Denifle meint dagegen, das Alter des Katalogs beweise nicht für das Alter der Statuten, „zwischen denen er steht“. Er steht jedoch nicht blos zwischen ihnen sondern er ist eingefügt in dieselben, und seine Preise bildeten eine rechtskräftige Norm wie die anderen Statuten. Anfangs war er für sich erlassen aber bereits im 14. Jahrhundert bildete er eine Rubrik des „*Corpus Statutorum*“, wie die einleitenden Worte und die Florentiner Ableitung zeigen. Denifle hat aber noch ein Argument. Der Katalog sei auch in die Florentiner Statuten von 1388 aufgenommen worden, „buchstäblich gleichlautend, ohne neue Zuthat und mit unmerklichen Varianten“ und dies sei ein „schlagender Beweis“, dass der einmal angefertigte Katalog eben immer wieder dem jeweiligen *Corpus* der Constitutionen beigegeben wurde.“

Zunächst sind die Varianten nicht unmerklich, denn die Preise der Bologneser Statuten sind fast durchgängig geändert und zwar bedeutend, bisweilen auch die Berechnungsart. Sodann könnte die Aufnahme des Katalogs in die Florentiner Statuten nur in dem Falle als Argument dafür gelten, dass der Katalog beliebigen Statuten angefügt wurde, wenn die Florentiner Statuten von den Bologneser wesentlich verschieden wären: aber das sind sie nicht, sie stimmen mit den Statuten von Perugia, die in einer Redaction von 1457 erhalten und als eine nahverwandte Ableitung der Bologneser Statuten anerkannt sind¹⁾, in der Reihenfolge der Paragraphen und vielfach im Wortlaut überein und da sie aus dem 14. Jahrhundert stammen, so stellen sie uns eine Ableitung aus der im 14. Jahrhundert in Bologna geltenden Redaction der Statuten dar. Ihre Uebereinstimmung erbringt den unmittelbaren Beweis für die Annahme Savignys, dass die gedruckten Statuten „das meiste und wichtigste“ so geben wie es bereits im 14. Jahrhundert galt. Da wir nun wichtigere Veränderungen der Einrichtungen im 14. Jahrhundert in Ghirardaccis Geschichte²⁾ von Bologna und anderen Nachrichten verfolgen können, so kann man von dieser Redaction des 14. Jahrhunderts auch die Ordnung des 13. Jahrhunderts beurteilen, und sagen, dass sie ihr in der Hauptsache gleich.

Es hat ja immer seine Schwierigkeit, grosse Institute zu schildern, die Jahrhunderte hindurch bestanden und natürlich mancherlei Veränderungen erlitten, aber wenn die Universität im 16. Jahrhundert noch die Redaction ihrer Statuten von 1432 benutzte und nur mit einigen Zusätzen versah, wenn diese Redaction in grossen Abschnitten sich durch die Ableitungen von Perugia und Florenz auf eine Redaction des 14. Jahrhunderts zurückführen lässt und so dass grosse Stücke noch wörtlich stimmen — so ist es doch auch gerechtfertigt, diese Statuten bei der allgemeinen Schilderung der Universität zu Grunde zu legen und das hinzuzufügen, was von Veränderungen im Laufe der Zeit bekannt ist. Das aber hat Savigny gethan, und wenn man im Einzelnen seine Darstellung bessern und vervollständigen kann, im Ganzen hat er das Rechte getroffen. Denifle hat seinen Vorwurf noch besonders gegen Savignys Darstellung des Rectorats gerichtet, ich kann die Leser nur bitten, die bezüglichen Abschnitte S. 174 f. S. 193 ff. nachzulesen, namentlich die Schilderung der Wandelungen der Gerichtsbarkeit des Rectors.

¹⁾ Die Florentiner Statuten liegen jetzt in der Ausgabe von Gherardi und Morelli Documenti di Storia Italiana Tomo VII. 1881 Firenze 4 vor, erläutert durch Beigabe zahlreicher Urkunden. Leider haben die Herausgeber die Vergleichung mit den Statuten von Bologna und Perugia nicht vorgenommen, ich habe mehrere Stellen constatirt, an denen sie untereinander zur Besserung des Textes benutzt werden können. Padelletti Documenti inediti per servire alla Storia della Università Italiana. Bologna 1872 hat die Statuten von Perugia edirt und die bezüglichen Paragraphen der Statuten von Bologna mit ihren Ueberschriften daneben angeführt aber die Vergleichung nicht ins Einzelne geführt, auch die Florentiner nicht benutzt, die erst später gedruckt wurden. — ²⁾ Sie besteht grossenteils aus actenmässigen Mittheilungen.

Die höhnische Beschuldigung des grossen Gelehrten, dass er „harmlos nachschreibe“, dass ihm die spanischen Universitäten spanische Dörfer seien, dass er das 13. und 14. Jahrhundert nach Quellen des 16. schildere u. s. w. fällt auf den Kritiker zurück, der von Savigny lernen sollte.

Vor allem hätte er noch zwei Thatsachen von ihm lernen können, die für die Geschichte der Universitäten von allgemeiner Bedeutung sind. 1. Die Beurteilung der kaiserlichen und päpstlichen Stiftbriefe und 2. die Stellung des 15. Jahrhunderts. Ueber die Bedeutung der Stiftbriefe oder Gründungsprivilegien hatte Savigny S. 415 f. in der Kürze das Wesentliche richtig vorgetragen, aber das hat Denifle nicht gehindert, sie so zu überschätzen, dass er die Universitäten darnach gruppiert, ob sie solche Briefe empfangen haben oder nicht. Denifle reisst deshalb die Darstellung derjenigen Universitäten, deren Entstehungsgeschichte sich gegenseitig erläutert, wie Krakau, Ofen und Fünfkirchen, oder Oxford und Cambridge etc. auseinander, behandelt sie in verschiedenen Gruppen, und stellt dagegen solche, die sich in der Hauptsache spontan entwickelt haben, wie Montpellier und Cambridge, mit solchen in dieselbe Kategorie, die wie Heidelberg in einer viel späteren Periode und durch wirkliche Gründung, durch Uebertragung der an andern Orten und durch lange Entwicklung ausgebildeten Formen entstanden.

Diese Ueberschätzung führt ferner zu einer ganzen Reihe von falschen Urteilen über wichtige Vorgänge und Verhältnisse.

Der andere Punkt betrifft die Behauptung, dass das 15. Jahrhundert überall neue Verhältnisse aufweise und dass deshalb das Jahr 1400 der richtige Abschluss für die Behandlung der Universitäten des Mittelalters bilde. Denifle sagt darüber S. XXVI: „Alleröings kommen diese (neuen Verhältnisse) nicht gerade mit dem Jahre 1400 zum Vorschein. Hätte ich z. B. blos die deutschen Universitäten berücksichtigt, so würde ich ungefähr mit der Mitte des 15. Jahrhunderts geschlossen haben, während ich die italienischen nicht weit über die Mitte des 14. Jahrhunderts hinaus in Betracht gezogen hätte.“ Dass die italienischen Universitäten im 15. Jahrhundert keinen wesentlich andern Character tragen wie im 14. Jahrhundert, dafür bürgt bereits was oben von den Statuten Bolognas mitgeteilt wurde. Ich füge hinzu dass wir Perugia durch zahlreiche Documente aus dem 13. durch das 14. in das 15. Jahrhundert verfolgen können und dass durchaus kein Grund vorliegt das 15. Jahrhundert als eine eigene Periode zu betrachten. Florenz hat ferner im Jahre 1432 seine aus dem 14. Jahrhundert stammenden Statuten durch einige wenige Zusätze vermehrt und 1448 jene Statuten und diese Zusätze von neuem als das Recht der Universität bestätigt. Für Frankreich und England gilt dasselbe. Man nehme nur die Munimenta Academica von Oxford und man wird in den Beschlüssen und Urkunden des 15. Jahrhunderts ganz ähnlichen Verhältnissen und Ordnungen begegnen wie im 14. und 13. Gewiss hat sich manches geändert, aber die Aenderungen des 15. Jahrhunderts waren nicht

stärker als die welche das 14. Jahrhundert an den Ordnungen des 13. vornahm.

In der Erwiderung auf meine Kritik (Archiv II. 350) hat er für die Wahl dieser Grenze jene inneren Gründe nicht mehr geltend gemacht sondern den Umstand, dass die Fülle des Materials zu gross sei, als dass er allein es unternehmen könne, auch die Universitätsgeschichte des 15. Jahrhunderts in gleicher Weise zu untersuchen. Thatsächlich giebt er damit zu, dass innere Gründe nicht vorhanden sind, das 15. Jahrhundert von dem 14. abzutrennen, aber er verhüllt diese Anerkennung meiner Ausführung, indem er mich lang und breit über die Masse der Acten des 15. Jahrhunderts belehrt, obschon ich mit keinem Worte behauptet hatte, dass sie gering sei. Diese Masse des Materials ändert aber nichts an der Thatsache, dass auch für die Universitäten nicht mit der Wende des 15. Jahrhunderts, sondern erst mit der Wende des 16. Jahrhunderts eine neue Zeit beginnt. Diese richtige Anschauung hatte man bisher allgemein und diese grundlegende Anschauung ist von Denifle verlassen und verdunkelt worden.

Die Masse des Materials ist allerdings erdrückend, aber deshalb ist nicht eine falsche Periodeneinteilung zu wählen, sondern es ist eine sachentsprechende Teilung der Arbeit vorzunehmen, man muss sich beschränken das ungedruckte Material zu durchsuchen oder auf Grund der Editionen eine Darstellung zu geben. Indem Denifle beide Aufgaben gleichzeitig lösen wollte, sah er sich gezwungen, jene willkürliche Epoche als Grenze zu setzen, aber auch diese gewaltsame Zerreißung der zusammengehörenden Periode hat ihm keine Hilfe gebracht. Denn auch für die Geschichte der Universitäten bis 1400 ist das Material an Büchern und Urkunden so ungeheuer, dass es ein Mann nicht bewältigen kann, der zugleich das ungedruckte Material durchsuchen und Arbeiten wie den Index chartarum von Jourdain nicht als eine Basis gelten lassen, dessen Arbeiten noch einmal machen will. Wollte er aber so vorgehen und die vorhandenen Ausgaben der Urkunden selbst wieder auf die Handschriften prüfen, also sowohl die Editionen und Regesten machen oder controlieren und das Material verarbeiten: dann müsste er wenigstens die eine Arbeit nach der anderen vornehmen.

Denifle ist denn auch mit seinem Versuch gescheitert. Der Wert der Arbeiten liegt in den Mitteilungen aus den Handschriften und in den zahlreichen kritischen Ausführungen, aber in der Form von Regesten und Monographien würden sie noch viel nutzbarer sein. Seine Darstellung schleppt dagegen alte Irrtümer weiter und hat neue hinzugefügt, welche die wichtigsten Fragen verwirren und verdunkeln.

Strassburg.

Georg Kaufmann.

M. Fournier, *Essai sur les formes et les effets de l'affranchissement dans le droit gallo-franc.* Paris 1885. Vieweg. 177 Seiten. 8°.

Trotz der zahlreichen deutschen und französischen Werke, welche die Freilassung als Teil des gesamten Rechtslebens der in der Völkerwanderung gegründeten Germanenreiche behandeln, und trotz der glänzenden Erörterungen, welche einzelne, Form und Wirkungen der Freilassung betreffende Fragen in den Werken von Roth und Sohm gefunden haben, machte sich doch der Mangel einer dieselbe genügend wissenschaftlich und einigermaßen erschöpfend behandelnden Monographie bemerkbar. Denn einer Halleschen Dissertation: „Die Freilassungen im Zeitalter der Volksrechte, von Arthur Stock, 1881“ fehlte es nur allzu sehr an der Kenntnis des allerdings recht bedeutenden Quellen- und Litteraturmaterials.

Jetzt hat dies interessante Institut mittelalterlichen Rechtslebens, das ganz besonders auch für die Erkenntnis der auf ihm zum grössten Teil beruhenden Ständeverhältnisse von Wichtigkeit ist, eine tüchtige Bearbeitung in dem oben genannten Werke gefunden. Der Verfasser hat schon ein verwandtes Gebiet in einem 1883 in der *Revue historique* publicierten Aufsatz, *Influence de l'église, de la royauté et des particuliers sur la condition des affranchis*, behandelt und dabei sowohl gründliche Kenntnis von Quellen und Litteratur wie selbständige und sichere Methode in Forschung und Kritik bewiesen.

Die genannte neue Abhandlung giebt in sofern mehr, wie der Titel verspricht, als ausser den im gallisch-fränkischen Reiche herrschenden Freilassungsarten auch langobardische, westgothische und angelsächsische, allerdings mehr in zweiter Linie, behandelt werden. Auch wird die Geschichte der einzelnen Freilassungsformen in Frankreich und z. T. auch in Deutschland und Italien bis ins 10. und 11. Jahrhundert verfolgt.

Sehr zu loben ist die reiche Benutzung der kirchlichen Rechtsquellen, an der es so viele andere diese Zeit behandelnde Werke fehlen lassen. Dass ausser den gallischen auch die spanischen Concilienbeschlüsse zur Erklärung fränkischer Rechtsverhältnisse zahlreich verwendet sind, kann gegenüber der häufigen Berufung fränkischer Synoden auf jene kaum getadelt werden. Dagegen tritt in der Benutzung der weltlichen Rechtsquellen vielfach ein Mangel kritischer Methode hervor, namentlich in den ersten Abschnitten des Werkes (Ursachen und Bedingungen der Freilassungen). So werden z. B. als unabhängig vom Willen des Herrn eintretend fünf Fälle der Freilassung genannt, von denen jedenfalls zwei, die zur Strafe des Herrn und die zur Belohnung für dem Staate geleistete Dienste, nur in der, auf ganz andern Grundlagen als die übrigen sogenannten Volksrechte beruhenden, westgothischen Gesetzgebung sich finden. Denn die gefälschten Capitularien Benedicts können doch nicht als Quelle geltenden Rechts angesehen werden. Fournier citiert dieselben auffallender Weise, wie es übrigens vor ihm auch Guérard und die meisten andern französischen Forscher getan haben, als Ansegisi Capitularia und behandelt sie wie ganz unzweifelbares Rechtsmaterial.

Auch ist es zu tadeln, dass mitunter ganz neue und unwahrscheinliche Erklärungen für Quellenstellen gegeben werden, ohne dass sich der Verfasser dabei im mindesten mit den gewöhnlichen und allgemein angenommenen Auffassungen derselben auseinandersetzt. So wird der bekannte Tit. 45 der *Lex Salica* (de migrantibus) darauf gedeutet, dass ein Sklave, der ein Jahr lang sich im thatsächlichen

Zustände der Freiheit befunden, nicht mehr von seinem Herrn in Anspruch genommen werden könne. Zu so viel Erörterungen der genannte Titel auch schon Anlass gegeben (vgl. Sohm, R.- u. G.-V. 61 und 83, Schröder Ztschrft. der Sav.-Stiftng. II. S. 55) so ist doch, soviel ich weiss, eine solche Erklärung desselben nie versucht worden. Wenn ihre völlige Unrichtigkeit noch nachgewiesen werden müsste, so genügt es doch allein schon auf die Formeln zu verweisen, in welchen Personen, die bisher immer als Freie gelebt, nur des unfreien Standes ihrer Eltern wegen selbst als unfrei in Anspruch genommen werden. — Ebenso kann in Lex Rib. LVIII 3: „nemo servum ecclesiasticum absque vicario libertatem facere praesumat“ dieser vicarius unmöglich, wie Fournier p. 37 will, als der geistliche Beamte dieses Namens (als „clerc“) angesehen werden. Die von F. citierte Controverse zwischen Roth, Sohm und Löning bezog sich nur darauf, ob unter vicarius ein Stellvertreter, der für den freizulassenden Sklaven gegeben werden musste, oder der weltliche Beamte dieses Namens zu verstehen ist. (Cf. Roth Feudalität S. 291, Sohm R. und G. V. 221 und in seiner Ausgabe der Lex Rib., Löning 229 Note).

Der Auseinandersetzung der Bedingungen, welche zur Freilassung im allgemeinen notwendig waren, folgt eine ausführliche Darstellung der einzelnen Freilassungsformen. Die Erklärung der Symbole und, so zu sagen, eine juristische Konstruktion der Freilassungen wird dann in einem besondern Kapitel: *Du sens juridique des formes de l'affranchissement et de l'assimilation des formes de l'affranchissement à celles de la tradition* versucht. Dasselbe zerfällt in eine ausführliche auf den Arbeiten von Sohm und Brunner beruhende Auseinandersetzung der verschiedenen Uebereignungsformen von Grundstücken und den Beweis der im zweiten Teil der Ueberschrift dieses Kapitels enthaltenen These. Jedoch ist Verf. der selbst gestellten Aufgabe, zu der ihn einige allerdings auffallende Aehnlichkeiten, die sich aber bei den verschiedensten Rechtsgeschäften finden, verführt haben, nicht gerecht geworden. Man vergleiche nur seine Ausführungen über die Freilassung durch den Denar, den Verfasser mit der festuca zusammenstellt, indem er den Halm als Symbol des tradierten Objekts, den Denar als Symbol des dem Freigelassenen nun erwachsenden Wergeldes auffasst.

Noch weniger kann die in der bekannten Stelle des Paulus Diaconus und in den anglonormannischen Gesetzen sich findende Freilassung durch Waffen ohne weiteres mit der Auflaffung per cultellum zusammengestellt werden. Vollends bei den dem römischen Recht entstammenden Formen der Freilassung und Eigentumsübertragung ist Anwendung von Urkunden und Vornahme in der Kirche doch nichts so eigentümliches, dass beides sich nicht auch bei andern Rechtsgeschäften fände und dass man wegen ihres Vorhandenseins in zwei verschiedenen Rechtsgeschäften auf eine besondere Aehnlichkeit derselben schliessen müsste. Weit wichtiger, als überhaupt nach der Aehnlichkeit deutscher und römischer Freilassungsformen mit entsprechenden Uebereignungsformen zu suchen; wäre es gewesen, die Symbole der Freilassung danach zu sondern und zu erklären, wie sich in einzelnen besonders die Aufgabe von Rechten seitens des Herrn, in anderen die Aufnahme in die Volksgemeinschaft ausdrückt.

Recht verdienstlich ist dagegen das letzte Kapitel (die Wirkungen der Freilassung). Auf die Mitteilungen der Volksrechte gestützt, weist der Verfasser die verbreitete Ansicht, dass die durch alle Generationen fortdauernde Abhängigkeit der Freigelassenen, welche wir im mittelalterlichen Recht ganz entgegengesetzt dem römischen finden, wie überhaupt die beschränkte Wirkung der Freilassung auf altgermanischer Wurzel beruhe, als unbegründet zurück. Gab doch die von römischen Einflüssen ganz unabhängige älteste Freilassung des salischen, ribu-

arischen und langobardischen Rechts die volle Freiheit! Die Einschränkungen in den Wirkungen der Freilassung werden vielmehr darauf zurückgeführt, dass das spätrömische Recht Bedingungen und Einschränkungen der Freilassung zuliess, von denen namentlich diejenige, ein bestimmtes Stück Land zu bebauen und jährliche Abgaben zu zahlen, für die Entwicklung der Ständeverhältnisse bedeutend wurde. Dies geschah nach F. besonders deshalb, weil die Römer im fränkischen Reich nur die römischen Formen der Freilassung anwenden konnten. Es wäre in der That sonderbar gewesen, wenn die Romanen, welche sich selbst nicht zum Range eines Franken erheben konnten, ihren Sklaven denselben hätten verschaffen können! Von den Franken sind aber, je schwieriger die *denariatio*, welche die Anwesenheit des Königs erforderte, bei der Ausdehnung des Reiches wurde, auch die römischen Formen vielfach benutzt worden.

Nach der jedesmaligen Bedingung der Freilassung und namentlich nach der Art der dem Freigelassenen auferlegten Dienste und Abgaben bestimmte sich aber seine und seiner Nachkommen rechtliche Lage. Danach unterschied man auch die verschiedenen Klassen der Freigelassenen: *luminarii*, *cerarii*, *liti* etc. Diese Einteilung wurde aber jedenfalls nicht bloss, wie F. meint, durch die Einteilung in *denariales*, *chartularii*, *tabularii* ergänzt, sondern wohl auch teilweise von dieser gekreuzt, indem dieselben Personen nach den ihnen auferlegten Abgaben z. B. *cerarii* und nach der Form ihrer Freilassung *tabularii* genannt wurden.

Seinem inhaltsreichen Werke fügt der Verfasser ausser einem umfassenden Litteraturverzeichnis noch eine chronologische Tabelle sämtlicher sich auf die Freilassung beziehenden Quellenstellen vom Jahre 400 — 1290 hinzu.

Berlin.

Dr. Carl Koehne.

Druckfehler-Berichtigung.

In der Miscelle 'Gutachten der Juristenfakultät zu Leipzig über einen Bauer, welcher „ungebeichtet das Sakrament empfangen wollen“ (1523) in Bd. 6 der Germ. Abth. ist auf S. 190 Z. 11 v. u. zu lesen: „Einweihung“, ebenda S. 180 Z. 11 v. o. lies: „Clewitzen“, S. 191 Z. 30 v. o.: „richter“ und Z. 43 v. o.: „ceterschryet“.

In der Germ. Abth. dieses Bandes S. 94 Anm. 1 Z. 1 lies: „Propstes“ und S. 96 Anm. 3 Z. 1: „In“ statt „Zu“.

VIII.

Beitrag zur Geschichte der väterlichen Gewalt nach altfranzösischem Recht.*)

Von

Herrn Dr. **L. R. von Salis**,

Privatdozenten in Basel.

Ueber die Art und Weise der Aufhebung der väterlichen Gewalt nach den Prinzipien des germanischen Rechts stehen sich in der Rechtswissenschaft verschiedene Ansichten gegen-

*) Litteratur: Nougariède, lois de famille, Paris 1814, seconde édition der 1801 unter dem Titel: essai sur l'histoire de la puissance paternelle erschienenen Schrift giebt keinen Aufschluss über die uns hier interessierenden Fragen; bei Bernard, histoire de l'autorité paternelle en France 1863 (ouvrage couronné) kommt die historisch juristische Darstellung neben den ethischen Betrachtungen zu kurz. — Die neueren Lehrbücher (précis de l'histoire du droit français) von A. Gauthier (1 volume in 8°, 2^e édition 1884), Quétat (1 volume in 8° 1884), Beaune (1 volume in 8°, 1880) werden durch Paul Viollet's précis de l'histoire du droit français, 2 volumes 1884, 1886 — weit übertroffen. Viollet's Werk zeichnet sich aus durch die auf umfassender Litteraturkenntnis und auf selbständigem Quellenstudium beruhende Darstellung (im Titel fügt er ausdrücklich bei: accompagné d'indications bibliographiques). — Klimrath, travaux sur l'histoire du droit français, Paris 1843 tome I p. 367, 377 ff. — Pardessus in der Einleitung zu seiner Ausgabe der Loi Salique, Paris 1843. — Giraud, précis sur le droit contumier, 2. édition 1875, p. 19 ff. — Aus der deutschen Litteratur genügt es zu verweisen auf: W. T. Kraut, Die Vormundschaft II p. 586—669. — Rive, Vormundschaft II 1, p. 174—202; 2, 149—177. — O. Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts IV p. 303, 386 ff. — A. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts I 105 ff., II 431 ff. — O. Stobbe, Beiträge zur Geschichte des deutschen Rechts 1865 N. I. — R. Sohm, Die fränkische Reichsverfassung I p. 341 ff., 544 ff.

über. Der Grund dieser Verschiedenheit liegt zunächst darin, dass die Rechtsquellen des Mittelalters die Frage der Aufhebung der väterlichen Gewalt nur beiläufig, oder meistens auch gar nicht erörtern, ihre Beantwortung eben als bekannt voraussetzend; besonders ist aber von maassgebendem Einfluss die verschiedene Auffassung des Verhältnisses der väterlichen Gewalt zur Vormundschaft nach den germanischen Rechten. Eine möglichst vollständige Gleichstellung dieser beiden Rechtsinstitute wird auch gleiches Recht für die Beendigung der väterlichen Gewalt und der Vormundschaft behaupten und zu beweisen suchen, während für eine Ansicht, welche von einem prinzipiellen Gegensatz zwischen väterlicher Gewalt und Vormundschaft ausgeht, die Auflösungsgründe des einen und des andern Verhältnisses nicht von einander abhängig sind ¹⁾).

Bei einer Wiederaufnahme der Frage nach der Aufhebung der väterlichen Gewalt ist daher zunächst das Untersuchungsgebiet auszudehnen. Dies geschieht durch Heranziehen der französischen Rechtsquellen des Mittelalters. Obschon ich nun meine Darstellung auf diese Rechtsquellen beschränke, so bin ich trotzdem der Ansicht, dass das für Frankreich gefundene Resultat auch auf das deutsche Recht des Mittelalters Anwendung findet. Der historische Ausgangspunkt ist für beide Rechte derselbe; denn die germanische *Munt* ist sowohl für Frankreich wie für Deutschland die historische Grundlage des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern. Der römisch rechtliche Begriff der *patria potestas* hat auf die rechtliche Gestaltung dieses Verhältnisses nur geringen Einfluss ausgeübt. Das äussere Gewand, die Terminologie ist im Laufe des Mittelalters und im Beginn der neuern Zeit römisch ge-

¹⁾ Als hauptsächlichsten Vertreter der erstern Ansicht nenne ich Kraut; auch in der französischen Litteratur macht sich dieselbe als die herrschende Ansicht geltend, (vgl. Pardessus: *le mundium cessa en même temps que la tutelle, lors même qu'ils habitaient dans la maison de leur père, ils n'y étaient plus sous son mundium; les femmes y restèrent toujours soumises* — andrerseits aber Klimrath, *filis emancipés par leur établissement séparé et le partage que leur faisait leur père*). Die Gegensätzlichkeit wird neuerdings namentlich von Stobbe in seinem Handbuch IV p. 307, 308 betont.

worden, der rechtliche Inhalt dagegen ist in seinen Elementen germanisch geblieben¹⁾.

Die Grenze unserer Untersuchung gegen den Süden Frankreichs ist damit gegeben, dass wir uns auf die Länder des coutümiären Rechtes beschränken. Der Gegensatz des droit

¹⁾ In der deutschen Litteratur hat zuletzt Stobbe, Handbuch IV § 250, 7 u. 8. sich entschieden für eine materielle Reception des römischen Rechts in Deutschland in dieser Materie ausgesprochen; sehr bedenklich aber lautet, um nur einen Punkt zu berühren, der Satz auf S. 345: „Wenn auch mancher römische Satz dem deutschen Rechtsbewusstsein widerstrebt und darum auf die Dauer keinen Eingang in das praktische Leben fand“, das heisst doch soviel als: eine Reception fand nicht statt. — Im coutümiären Recht Frankreichs ist die Terminologie im Eltern- und Kindesverhältnis schon frühzeitig römisch geworden. Statt des einheimischen Ausdrucks, *mainburnie*, *garde* etc. reden die Quellen von *puissance* (*pouvoir*), *Beumanoir*, *Pierre de Fontaines* etc. gebrauchen den letztern Ausdruck noch nicht, dagegen kommt derselbe direkt im Anschluss an das römische Recht vor in den *Assises de Jérusalem* (*cors des bourgeois* 15 (édition Kausler p. 55): *filius familias: ce est, li fis familias qui est en poier de son pere*, vgl. 215: *fis daucun home qui est en son poier*, sodann namentlich im *Livre des droiz et commandemens*; in den älteren Handschriften des *Grand Coutumier de France* des *Jacques d'Ableiges* findet sich noch statt *puissance* das Wort *selle*. Dasselbe gilt bezüglich des Ausdrucks *émancipation*, der den ältern einheimischen „*mettre hors de son pain et pot*“ u. ä. ersetzte, derselbe kommt schon vor in den *anciennes coutumes de Ponthieu* etc. aus dem Anfang des XIV. Jahrhunderts (*Marnier, anc. coutumier inédit de la Picardie* 1840 p. 124), während *Beumanoir* und seine Zeitgenossen denselben noch nicht anwenden (vgl. auch *Boutillier's, Somme Rurale*, I 100). — Der rechtliche Inhalt des Verhältnisses zwischen Kindern und Eltern ist aber durch diese Reception der römischen Ausdrücke nicht von der bisherigen germanischen Grundlage auf eine römischrechtliche gestellt worden; dies gilt nicht nur (was wohl unbestritten ist) für die persönlichen Beziehungen, sondern auch für die vermögensrechtlichen. Wenn auch in vermögensrechtlicher Richtung durch den Anschluss an die Unterscheidung des *ususfructus* und der *proprietas* (*Livre des droiz* 142) in manchen Landesgegenden eine materielle Aenderung des Rechtes eingetreten ist, so liegt darin noch lange keine Reception des römischen Pekuliensystems; denn der Ausgangspunkt blieb nach wie vor die Vermögensfähigkeit des Kindes und nicht die römischrechtliche Vermögensunfähigkeit des Kindes. — Wie weit in Südfrankreich und im Anschluss an Südfrankreich in einzelnen Gegenden des *droit coutumier* das römische Recht in Wirksamkeit war, ist hier nicht näher zu untersuchen.

écrit und des droit coutumier lässt sich allerdings weder sachlich noch geographisch genau feststellen¹⁾. Wie das im siebenten Jahrhundert aus einem Stammesrecht zum Territorialrecht umgeschaffene westgothische Gesetzbuch in reichlichem Maasse römische und germanische Rechtsideen enthält, so zeigen die Gesetze (coutumes, statuta) der südfranzösischen Städte und Länder des Mittelalters den Einfluss germanischer Rechtsanschauungen, so namentlich in dem Vorhandensein des Lehnrechts und der damit eng verbundenen Entwicklung des Erbrechts. Wir dürfen also das südfranzösische Recht nicht vollständig von unserer Betrachtung ausschliessen.

I.

Zwei Rechtsregeln des coutümiären Rechts kennzeichnen sehr zutreffend die soeben erwähnte historische Grundlage des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern: Droit de puissance paternelle n'a lieu (Loysel, règle 55), und: Les enfants sont en la vourie et mainbournie de leurs père ou mère, soit francs ou serfs, majeurs ou mineurs (Loysel 177)²⁾.

Fassen wir nun die ursprüngliche Bedeutung der germanischen Munt dahin zusammen, dass sie die unumschränkte Herrschaft und Gewalt des Hausherrn ist über die seinem Hause unterworfenen Personen, betonen wir ferner, dass im Eltern- und Kindesverhältnis dieser ursprüngliche Muntbegriff weniger als in andern Rechtsverhältnissen eine Abschwächung erfuhr, so ist damit auch von vornherein die Bezeichnung elterliche oder väterliche „Gewalt“ gerechtfertigt³⁾.

¹⁾ Klimrath giebt zwar a. a. O. II 220 ff. eine genaue sachliche und geographische Trennung. Der Streit aber, welcher darüber geführt werden konnte, ob eine gewisse Landesgegend zum droit écrit oder zum droit coutumier gehöre, spricht zu deutlich gegen Klimrath; richtiger und zutreffender sind die Bemerkungen von Viollet a. a. O. p. 125 ff.

²⁾ Institutes coutumières d'Antoine Loysel, édition Dupin et Laboulaye 1846 p. 82, 203.

³⁾ Unsern Ausgangspunkt bildet der Muntbegriff, wie ihn Heusler a. a. O. entwickelt hat, vgl. auch Viollet a. a. O. p. 412 ff. Im Moment wo mit dem Begriff Vormundschaft der moderne Gedanke eines staatlich angeordneten Schutz- und Vertretungsverhältnisses verbunden ist, muss für das Eltern- und Kindesverhältnis zur charakteristisch rechtlichen Unterscheidung von Vormundschaft eine neue Bezeichnung gewählt werden. Das Prinzipale im Verhältnis des Vaters zum

Die Frage nach dem Inhaber der Gewalt über die Kinder ist für das französische Recht von grosser Bedeutung. Der Code civil überträgt diese Gewalt beiden Eltern während der Ehe und dem überlebenden Elternteil bei Auflösung der Ehe durch Tod des einen Ehegatten¹⁾. Der Code civil hatte dadurch die *communis opinio doctorum* des coutümiären Rechts zum Rechtssatz für ganz Frankreich gemacht²⁾. Für das mittelalterliche Recht führt folgende Betrachtungsweise zu einer hiervon abweichenden Beantwortung.

Schon den französischen Rechtsquellen des XIII. Jahrhunderts ist die Geschlechtsvormundschaft unbekannt, auch die späteren Jahrhunderte brachten dieselbe nicht mehr zur Geltung. Das römische Vulgarrecht kannte dieselbe ebenfalls nicht. Die Annahme ergibt sich daher von selbst, dass Südfrankreich die Geschlechtsvormundschaft überhaupt nie recipirte³⁾. Auszu-

Kinde ist nicht die Vormundschaft, denn diese ist ein *munus publicum*, der Vater hat aber ein Recht, eine Gewalt über seine Kinder. Dies gilt namentlich gegen Bluntschli, Deutsches Privatrecht § 216 (III. Auflage). — Die Zusammenfassung in den Ausdruck „väterliche Rechte“ genügt nicht, weil die Gesamtheit dieser Rechte einen einheitlichen Begriff bildet, der in der erwähnten Fassung nicht hervortritt; daher ist der Ausdruck „Gewalt“ vorzuziehen; an den römischen Begriff ist deshalb nicht zu denken. Die Bezeichnung „Gewalt“ ist selbst dann noch zutreffend, wenn das Kindesvermögen unter „vormundschaftlicher“ Verwaltung steht, ja wenn gar keine ökonomischen Vorteile dem Inhaber der Gewalt zukommen, es bleibt eben immer noch die persönliche Beziehung bestehen. — Näher auf diese Fragen hier einzutreten, ist nicht nötig, s. auch O. Stobbe a. a. O. p. 308.

¹⁾ Art. 372, 373 s. Aubry et Rau, Cours de droit civil francais VI p. 77.

²⁾ Den Zeitpunkt aber festzustellen, von welchem an richtiger Weise die väterliche Gewalt in eine elterliche Gewalt übergegangen ist, würde eine genaue Prüfung des Eltern- und Kindesverhältnisses in allen seinen Funktionen voraussetzen. Diese Untersuchung fehlt; ein wichtiges Moment sehe ich in der von Bernard a. a. O. p. 111 constatirten Tatsache: Les juriconsultes anciens reconnaissaient à la mère un droit d'action lorsque le père voulait donner à ses enfants une éducation contraire à la décence et aux bonnes moeurs.

³⁾ Die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der Geschlechtsvormundschaft in Südfrankreich zeigen in den verschiedenartigsten Anwendungsfällen die Urkunden bei Vaissette, vgl. z. B. Urk. ann. 1013 (II 146), 1084 (II 395), 1129 (II 411), vgl. Gide-Esmein, la condition civile de la femme, 2. éd. 1885 p. 365 ff., ferner Archives nationales (trésor des chartes) I 123 (1152), 289 (1178), 238 (1172), 717 (1204).

nehmen ist allein die Vormundschaft (Munt) des Mannes über seine Frau. Nicht nur bestand im coutümiären Recht die Ehevogtei des Mannes fort und fort und ist in das heutige französische Recht aufgenommen worden¹⁾, sondern sie fand, wenn auch in geringem Maasse, Eingang in Südfrankreich²⁾ ³⁾.

¹⁾ Aubry-Rau a. a. O. V p. 132 ff.

²⁾ Gide a. a. O. p. 391. — Siehe auch: Los fors de Béarn éd. Mazure et Hatoulet 1845: 261 usadge que si ung homi preu vedve molher que aye liuhadge deu marit, no ha poder far ordi senz voluntat de son marit, puix que es en son poder, ni nulhe femme puix que es en poder de marit.

³⁾ Die Entwicklung des Verschwindens der Geschlechtsvormundschaft hing wesentlich von den zwei Tatsachen ab, dass die Frauen einerseits vor Gericht auftreten können, d. h. Processfähigkeit haben und andererseits des Lehnbesitzes fähig sind, infolge dessen in der Hierarchie des Lehnstaates eine selbständige Stellung erlangen. Die Entwicklung in dieser letztern Richtung zeigt eine Vergleichung des Rechtszustandes, welchen die Assises de Jérusalem darstellen, mit demjenigen der Rechtsbücher des XIII. Jahrhunderts. Im Osten war der Lehnbesitz für Frauen nur durch das Mittel des Lehnsvormundes, der für die Frau die Lehnspflichten erfüllte, möglich; dieser ist aber während der Minderjährigkeit der Mündelin der nächste zum bail berechtigte Verwandte; mit erreichter Mehrjährigkeit hat die Frau ein Recht verheiratet zu werden, gerade wie sie dem Lehnsherrn gegenüber verpflichtet ist, sich zu verehelichen, um durch ihren Ehemann in unmittelbarer Beziehung zu ihrem Lehnsgut zu kommen als durch den aus der Verwandtschaft genommenen Lehnsvormund. Diese Verpflichtung zur Verehelichung bestand bei Gefahr des Verlustes des Lehens auch für die Witwe nach Ablauf des Trauerjahres. So war also die Geschlechtsvormundschaft noch in Kraft: siehe näheres assises de la haute court, Jean d'Idelin 170—179, 228 ff. — Geoffroy le Tort 18. — Jacques d'Idelin 66, 65. — Philippe de Navarre 86. — La Clef des assises 222—232; besonders cit. 177: quant feme a et tient fié qui deit servise de cors et elle le tient en irritage ou en baillage, elle en deit le mariage au seigneur par l'assise ou l'usage dou reiaume de Jerusalem. . . . Im Mutterland, in Frankreich wurde die letzte Spur der Geschlechtsvormundschaft im Lehnrecht durch eine Ordonnance Louis IX. vom Jahre 1246 (Ordonnances du Louvre I p. 59, Isambert, Recueil I p. 249, Archives nationales (trésor des chartes) N. 3521 p. 617) abgeschafft. Diese Verordnung geht aber bereits von der Voraussetzung aus, dass nicht nur die Witwe (relictia nobilis) die Lehnsvormundschaft über ihre Kinder habe, sondern dass es auch ein ungerechtfertigter Eingriff sei, wenn die Frauen mit Erreichung der Mehrjährigkeit nicht der Lehnsvormundschaft entlassen werden, sondern zugewartet werde bis zu ihrer Verheiratung; weil aber für Frauen infolge dieser nun abzuschaffenden

Livre de Justice et de Plet III, 9 § 4 (p. 118 édition Rapetti in der Collection des documents inédits 1850): S'ele (sc. la femme) est hors de garde et ele n'ait point seignor, l'an ne li doit respondre devant onze ans.

Beaumanoir, les coutumes du Beauvoisis XLIII, 27 (édition Beugnot 1843, II, p. 178): car si tost comme ses barons est mors, ele revient en se plaine volenté.

Compilation Desmares 35: De coustume la femme est en la puissance de son mari, autrement est de droict escript.

Im Erbrecht sind die Frauen den Männern gleichgestellt. Wenn auch neben gleichberechtigten Männern die Frauen in der Erbberechtigung in Lehengüter in verschiedener Weise zurücktreten, so ist ihre Erbberechtigung in Lehen und ihre Lehnsfähigkeit an und für sich anerkannt; bloss die Thronfolge konnte in Frankreich nach der sog. loi salique nicht durch Weiber vermittelt werden. Dieser Grundsatz blieb auf Frankreich beschränkt; denn in den Reichen der Kreuzfahrer stand dem Anfall der Krone an Frauen nichts entgegen¹⁾.

Folgender Rechtszustand tritt nun bei Auflösung der Ehe durch Tod des Mannes ein:

Uebung kein bestimmter Mehrjährigkeitstermin im Lehnrecht bestand (non est certa consuetudo), so bestimmt die Ordonnance: quod femina non maritata postquam quintum decimum annum compleverit habeatur legitimae aetatis ad faciendum hommagium domini et habendam terram suam; vgl. hiezu Livre de justice et de plet (XII 5 § 7 p. 233): li anciens droiz si est tex que feme n'est à âge à terre tenir devant qu'ele fût mariée, et li rois Loys vost ci fère amendement et establi, par général concire, que feme puis qu'ele aroit quinze ans fust hors de baill et tenist sa terre. — Inwiefern aber die Selbständigkeit der Frauen im landrechtlichen Verkehr früher oder später als im lehnrechtlichen anerkannt war, darüber fehlen noch nähere Nachweisungen. Maassgebend halte ich namentlich das Moment der hauptsächlich bei bourgeois (gens de poeste) eintretenden Fortsetzung der Gütergemeinschaft (compaignie) zwischen Mutter und Kindern nach dem Tode des Vaters; denn Plédéant chap. XVI (édition Foucher 1841 p. 86): l'aage de la feme est quant elle est mariée, ou yeve, ou que elle ait voué chasteté, weist darauf hin, dass zunächst die Witwe der Geschlechtsvormundschaft enthoben war.

¹⁾ Siehe Assises de la haute court (Edition Kausler N. 301 ff. p. 355): la royne de par cuy li reaumes meut, oder: la reaute eschiet au plus ains nes de ces fis dou premier mari et se elles sont filles, si vient la reaute a la plus ains nee. . . . Vgl. auch Viollet a. a. O. p. 81.

1. Entweder führt die Mutter mit den Kindern die Gemeinderschaft (*compaignie*), welche zwischen ihr und ihrem Ehemann bestanden hat, fort. Diese Gemeinderschaft umfasst das Mobiliarvermögen, den Ertrag des Immobilienvermögens und die Errungenschaft; ausgeschieden bleibt das Eigentum der ererbten und vor Eingehung der Gemeinderschaft erworbenen Liegenschaften. Wie die Gemeinderschaft überhaupt ein weit verbreitetes und leicht eintretendes Rechtsverhältnis im Land- und Hofrecht war¹⁾, so ist sie als das allgemein geübte Rechtsverhältnis zwischen der überlebenden Mutter und den Kindern in Kreisen, die sich bloss im land- und hofrechtlichen Verkehre bewegten, anzusehen²⁾. Während der Minderjährigkeit der Kinder ist die Mutter Repräsentantin des Hauses. Eine besondere Vormundschaft neben der Mutter, sei es im Sinne der modernen Vormundschaft oder im Sinne der alten Munt, findet nicht statt. Diese Gemeinderschaft setzt sich oft fort in eine zweite, dritte Ehe der überlebenden Mutter. Beaumanoir hebt diese Fortsetzung der Gemeinderschaft in eine zweite Ehe hinein besonders hervor, diejenige aber nach dem Tode der ersten Ehegatten nicht; dies zeigt, wie er dieses letztere Rechtsverhältnis als selbstverständlich voraussetzt³⁾.

Beaumanoir XXI, 8: La quinte maniere de compaignie comment ele se fet, si est entre gens de poeste, quant uns hons ou une feme se marie deux fois ou trois ou plus et il a enfans de çascun mariage, et li enfant du premier mariage demorent aveques lor parrastre sans partir et sans certaine convenence de tenir les:

1) Beaumanoir XXI, 5: le quarte maniere par quoi compaignie se fet, si est le plus perilleuse et dont j'ai veu plus de gens deceus; car compaignie se fet, par nostre coustume, par solement manoir ensanlle, à un pain et à un pot, un an et un jor, puis que li mueble de l'un et de l'autre sont mellé ensanlle. Imbert, Enchiridion du droit écrit gardé et observé en France 1559 p. 292.

2) Beaumanoir XXI, 21: or veons quant li enfant ont ou pere ou mere mort et il demeurent avec celi qui demeure, comment il poent estre osté de mainburnie.

3) Siehe aber auch z. B. XXI, 24: se uns hons de poeste a plusors enfans qui font compaignie avec li, par le reson des biens à le mere morte qui furent mellé avec les siens. . . .

en tel las il poent perdre et gaaigner aveques lor pere et aveques lor marrastre, ou aveques lor mere et aveques lor parrastre.

Jüngere Modifikationen sind es, wenn die Fortsetzung der Gemeinderschaft erst nach Ablauf von Jahr und Tag (an et jour) eintritt, oder wenn mit Erreichung der Grossjährigkeit die Kinder sich über Annahme oder Ablehnung der Gemeinderschaft entscheiden können¹⁾. Hier ist die Revokationsbefugnis, welche den Minderjährigen gegen sämtliche von ihnen abgeschlossene Rechtsgeschäfte zusteht, auf einen Fall ausgedehnt worden, in welchem die Minderjährigen nicht ein Rechtsgeschäft abschliessen, sondern von Gesetzes wegen in ein Rechtsverhältnis eintreten. Dieser Eintritt ist aber bedingt durch ihre Eigenschaft als Erben. Im erstern Fall wird die Frist, innerhalb welcher die Frau zwischen Fortsetzung der Gemeinderschaft oder Auseinandersetzung der bestandenen ehelichen Gemeinderschaft wählen kann, auf Jahr und Tag ausgedehnt²⁾.

¹⁾ Vgl. Cout. d'Anjou et du Maine 1411 § 345 (bei Beautemps-Beaupré, Coutumes de l'Anjou 4 vol. 1877 suiv. sub E).

²⁾ Siehe § 64 der Coutume von Reims aus dem XV. Jahrhundert (Varin, Archives législat. de Reims I p. 630), welche die Frist von Jahr und Tag noch nicht kennt, im Gegensatz zu § 189 cout. 1481 (ibidem I p. 705): *Se après le trespas d'un père ses enfans demeurent aveq leur mère qui aura survescu le père et que elle et eulx vivent ensemble de leur bien commun sans en faire partaige ne devison et ilz demeurent en cest estat par an et jour, ils acquièrent et tacitement contractent communauté de biens.* In der Fassung dieser Stelle wird das Rechtsverhältnis nicht als Fortsetzung der Gemeinderschaft aufgefasst, sondern als Eingehung einer neuen Gemeinderschaft. Diese Auffassung schliesst sich an die, nach Ablauf von Jahr und Tag infolge faktischen Zusammenlebens eintretende Gemeinderschaft unter mehrjährigen Personen an; für die zwischen Mutter und minderjährigem Kind ist sie unzutreffend. — Vgl. auch Grand Coutumier d'Ableiges II 40 (édition Laboulaye et Dareste 1868 p. 365): *nota que si deux personnes conjoints ensemble par mariage, le survivant tient et possède les biens an et jour après le trespasement du premier mort, sans faire inventaire avant partaige et division, les héritiers pe vent demander communauté de biens avec le survivant de tout tant qu'il a lesdicts an et jour passés, excepté son propre héritaige et ce qu'il avoit conquesté avant qu'il se mariast.* — Es ist zu beachten, dass diese Gemeinderschaft nicht auf den minderjährigen Erben beschränkt ist. Bei minderjährigen Erben trat in Paris allerdings meistens der bail ein.

Ueber den Umfang der Rechte der Mutter in der Gemeinderschaft, namentlich hinsichtlich der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der Vertretung und des von der Mutter ausgehenden für die Gemeinderschaft wirkenden Handelns gelten keine besondern Grundsätze. Obschon diese Grundsätze nirgends eingehend dargestellt sind, so muss ich es mir untersagen, hier näher darauf einzutreten¹⁾.

2. Oder die Mutter übernimmt als nächstberechtigte den bail oder die garde über ihre minderjährigen Kinder²⁾. Bail und garde bezeichnen Rechtsverhältnisse, welche in historischem Zusammenhang mit der germanischen Munt stehen. Ein constanter Sprachgebrauch, welcher die beiden Wörter für bestimmte, genau von einander geschiedene Rechtsverhältnisse verwendet, findet sich in den Quellen nicht. Regelmässiger

¹⁾ Aus Beaumanoir kommt namentlich XVI, 7 in Betracht. Vgl. Heusler a. a. O. § 50—53, Viollet a. a. O. p. 641—644, 673, 674.

²⁾ Trotz den eingehenden Untersuchungen namentlich von d'Arbois de Jubainville, *Recherches sur la minorité et ses effets dans le droit féodal français* (Bibliothèque de l'École des chartes 3^e série II 415, III 136, 533) und von Viollet in seiner Ausgabe der *Etablissements de Saint Louis* 1881 Bd. I fehlt noch eine genaue Darstellung des Verhältnisses von bail und garde im altfranzösischen Recht; vgl. hauptsächlich Beaumanoir cap. XV. — Die garde seigneuriale geht derjenigen der Mutter vor, als solche hatte sie sich erhalten in der Bretagne und in der Normandie; grand coutumier de Normandie (édition Tardif 1881, I 11). Der Vorzug des mehrjährigen Sohnes im bail (Lehnsvormundschaft) über die minderjährigen Geschwister erklärt sich aus erbrechtlichen Momenten: Burgund (in Boubier, *les coutumes de Bourgogne*, Dijon 1742) 106: *si unus homo habet filios et unus eorum sit pubes, ille habet avoeriam aliorum liberorum et non pater vel mater.* — *Les coutumes d'Anjou et du Maine* 1437 (in *Beautemps-Beaupré, les coutumes du Maine* Text F) 773: *gentil femme a le bail et la garde de ses effans s'il n'y a heir masle qui soit en aage au temps de la mort du pere, et s'il y avoit heir masle qui fust en aage au temps du trespassement dudit pere, il auroit le bail des autres qui seront soubz aage; dieser Bestimmung stehen §§ 46, 49 der coutumes d'Anjou et du Maine 1411 (faiz aux grans jours d'Anjou par les gens du conseil desdiz pays) entgegen (Beautemps-Beaupré *ibid.* Text E): *s'il y a plusieurs effans et il y en ait aucun d'iceulx eaigez, ilz n'auront point le bail de leurs freres ou seurs puisnez durant la vie du pere ou de la mere à qui le bail appartient.* *Livre de droiz et commandemens* (éd. Beautemps-Beaupré) 420: *Gentilfeme a le bail de ses enfans . . . s'il n'y a hoir masle.**

ist derselbe bezüglich des Wortes bail. Bail bezeichnet nämlich ein Rechtsverhältnis, welches dem alten Muntbegriff näher steht, als die garde und ist meistens auf den lehnrechtlichen Verkehr beschränkt¹⁾. Der bail äussert sich darin, dass der Berechtigte (bail, baillistre) das dem Minderjährigen angefallene Lehen in seine Nutzung und Verwaltung nimmt. Das Mobilienvermögen fällt ihm als Eigentum zu; dafür haftet er auch für sämtliche Schulden des Erblassers; er erfüllt die Lehnspflichten²⁾; ferner verwaltet er den übrigen nicht lehnrechtlichen Immobilienbesitz des Mündels (die sog. vilenages, terres à censive) und sorgt für die Person des Mündels. Diese beiden letzteren Funktionen des bail werden mit garde bezeichnet³⁾. Die Uebnahme des bail konnte für den

¹⁾ Beaumanoir XV, 23 sagt ausdrücklich, dass der bail sich auf den lehnrechtlichen Verkehr beschränke; ob bail eintritt oder nicht, hängt nicht von dem Stand der Person ab, welche ein Gut inne hat, sondern vom Rechtsverhältnis, in welchem diese Person zum Gute steht: On dist que un home de poeste n'a point de bail; mais c'est à entendre quant il n'ont point de tere de fief; car s'il ont fief, il poent avoir bail et l'emporte li plus prochains, en le maniere que je voz ai dit dessus des gentix homes. Mais s'il n'i a fors vilenages, il n'i a point de bail; et aussi n'aroit il entre gentix homes s'il n'i avoit fors vilenages; ains y apartient garde; anderseits siehe aber Etabl. I 141 (137).

²⁾ Beaumanoir XV 2: Li plus prochains du lignage as enfans et qui apartient du costé dont li fiés muet, pot penre le hail s'il li plest, et fere l'ommage au seigneur comme de bail et estre en son ommage; et doit deservir le bail dusqu'à tant que li uns des enfans soit en aagiés; XV 4: s'il tient en bail, qu'il l'aquit au seigneur, et qu'il soustiegne les enfans, et qu'il rende l'eritage quite et delivre au premier aagie; es heisst vom bail: il fait les meubles siens. Im Laufe der Zeit wurden die Rechte des baillistre mehr und mehr im Interesse des Mündels eingeschränkt. Vgl. z. B.: d'Ableiges, Grd. cout. de France II 41, Livre des droiz 400, cout. de Paris 1510, Tit. VIII, IX; 1580 Tit. XII. Poitou, Cout. 1486.

³⁾ Der bail und die garde kommen nach Beaumanoir XV, 4 der gleichen Person zu, nach den Etablissements und den verwandten Rechtsquellen, sowie nach den Assises de Jérusalem fallen diese beiden Funktionen, ausgenommen bei Eltern, verschiedenen Personen zu, vgl. den Reimspruch: ne doit mie garder l'aiguel — qui en doit avoir le pel (assises Jean d'Ibelin 170 que baill ne deit mie garder mermiau). Aber auch nach Beaumanoir kann dem baillistre mit Leichtigkeit die garde der Person entzogen werden, siehe Beaumanoir XV 4 gegenüber XV 31, 32, XXI 18. Boutillier 93, 4: car sçachez que fief est de si

baillistre schwere ökonomische Lasten herbeiführen und die Ausschlagung dieses an und für sich nutzbaren Rechtes nahe legen. Beaumanoir sagt geradezu¹⁾: *poes voz savoir qu'il a grant peril en penre bail. Trat die Ausschlagung des bail ein, so fiel das Lehngut par défaute d'homme an den Lehns-herrn; dieser behielt dasselbe bis zur Mehrjährigkeit des Kindes. Die garde über vilenages und den Mündel konnte von den Verwandten in Anspruch genommen werden; geschah auch dies nicht, so lag diese garde dem Lehns Herrn ob²⁾. Der bail der Eltern³⁾*

noble nature et condition que quiconque a le bail d'aucun par la raison du fief, aussi lien a-t-il la garde de toutes autres terres, car ainsi la veut le droit de fief. Coutume d'Artois (éd. Tardif 1883) XXIX: *cil qui porroient avoir le terre de la mort de l'oir n'en auroient mie le warde et ne devoient l'avoir selon l'esgart des sages, que autrui dou lignage auquel il n'escharroit mie dont li uns d'iciaus doit avoir le warde; mais on voit plus souvent avenir le contraire entre petites personnes.*

¹⁾ XV 6.

²⁾ Beaumanoir XV 13, 19; vgl. XVI 16: Livre de Justice XII 6 § 35, 38.

³⁾ Beaumanoir bezeichnet den bail von Vater und Mutter mit garde, er ist aber nicht consequent und spricht oft auch von bail dieser Personen über ihre Kinder z. B. XV 31, woselbst er gerade hervorheben will, dass, wenn die Eltern den bail als nutzbares Recht aufgeben, sie trotzdem die einfache garde über ihre Kinder behalten können. Die Unterscheidungsmerkmale, welche er XV 10, (siehe auch XV 29), zwischen der garde der Eltern und dem bail aufstellt, gestalten diese garde nicht zu einem wesentlich verschiedenen Rechtsverhältnis, sondern sie sind Modifikationen des Rechtsverhältnisses des bail, hervorgerufen durch den Einfluss teils ehegüterrechtlicher, teils rein accessorischer Momente (so namentlich der erste); Schwierigkeiten bereitet namentlich die Erklärung von XV 10 zweiter Fall in Verbindung mit XXI 9, 10. Wenn Beaumanoir in XV, 10 sagt: *le seconde difference qui est entre bail et garde, si est cele que se mi enfant sous aagie sont avec moi, et il ont aucune cose de par lor mere qui est morte, il perdent et gaaignent (vgl. XXI 8) avec moi dusqu'à tant que partie lor est fete soufissamment et qu'ils sont osté de me mainburnie, so weist dies auf eine Fortsetzung der Gemeinderschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Kindern. Dieser Gedanke wird nun aber in XXI 9 und 10 entschieden zurückgewiesen; denn bezüglich der vilenages kommt das Princip der garde zur Anwendung (tout li porfit et toutes les yssues du vilenage doivent estre gardées à l'enfant, si ques il les aient en son porfit quant il seront en aage). Das perdre et gagner kann sich daher blos auf die Mobilien beziehen und bedeutet eben, dass bei Beendigung des bail das ehegüterrechtliche Moment sich geltend macht, wonach die Mobilien zwischen Mann und Frau resp.*

und der bail der Ascendenten¹⁾ überhaupt wird oft mit garde bezeichnet; ebenso wo im landrechtlichen Verkehr sich die Munt als ein nutzbares Recht erhalten hat, wenn auch in bedeutend beschränkterem Maasse als im Lehnrecht, wird der Ausdruck garde gebraucht²⁾. Weder bail noch garde enthielten das Recht einer Stellvertretung des Mündels in sich, weder der baillistre noch der gardien schlossen Rechtsgeschäfte im Namen des Mündels ab; sie handelten vielmehr in eigenem Namen und vertraten ihr eigenes Interesse. So waren sie nicht zur Veräußerung des liegenschaftlichen Bestandes des Vermögens der Minderjährigen befugt, weder zu einer solchen aus freier Hand noch im Prozesse. Die Funktion der Vertretung wurde vielmehr im Anschluss an das römische Recht einem vom Richter zu bestellenden Tutor, Curator übertragen. In einzelnen Coutumes hat sich demnach neben dem gardien und baillistre ein besonderer tutor eingebürgert, so nament-

den Erben des Vorverstorbenen geteilt werden. Wenn mehr Schulden vorhanden sind bei Beendigung des bail, als dass sie mittelst der vorhandenen Mobilien könnten bezahlt werden, so fällt dies wie bei jedem bail ausschliesslich dem Elternteil zur Last; hatten sich die Mobilien vermehrt, oder sind überhaupt welche nach Abzug der Schulden vorhanden, so erhalten die Kinder die Hälfte. Wird also durch das Vorhandensein von Lehen die Fortsetzung der Gemeinderschaft unmöglich und tritt deshalb die Lehnsvormundschaft ein, so werden nun auf der andern Seite die vilenages auch der Gemeinderschaft entzogen, und nur bezüglich der Mobilien macht sich der Gedanke der fortgesetzten Gemeinderschaft deshalb geltend, weil bei Trennung der Ehe dieselben nicht wie die vilenages sofort eine Ausscheidung erfuhren. Der gleiche Gesichtspunkt kann zur Erklärung von XV 29 verwendet werden.

¹⁾ Compilatio Desmares 250: garde a lieu en ligne directe et bail en ligne collaterale, ebenso d'Ableiges grand cout. de France II 41 (éd. Laboulaye p. 373). Etabli. de St. Louis und ihre Nachfolger, Livre de Justice, Assis. de Jérus. etc. verwenden auch bei den Eltern das Wort bail. — Später und namentlich seit der Zeit der officiellen Redaktionen der Coutumes unterscheidet man zwischen garde noble und garde bourgeoise; diese Unterscheidung bildet die Grundlage der Theorie über die garde bei den Schriftstellern der letzten Jahrhunderte, siehe z. B. Pothier, Traité de la garde noble et bourgeoise.

²⁾ z. B. Amiens (Coutume aus dem XIII. Jahrhundert) bei Thierry Recueil des monuments inédits de l'histoire du tiers état pr. sér. tome I 1850, § 65 p. 143 (auch bei Bouthors, Cout. loc. de la ville d'Amiens 1845): Derechief, père et mère a le warde des enfans tant com il sont dés-

lich in Paris¹⁾; in andern Coutumes dagegen hat der gardien die Funktionen des tutors übernommen, auch der letztere Name trat oft an die Stelle des erstern²⁾.

3. Nach dem Recht der Länder des droit écrit tritt die Mutter als Vormünderin im Sinn des römischen Rechts ein, sofern nicht der Vater eine entgegengesetzte Anordnung in seinem letzten Willen getroffen hat. Dieses Recht findet sich schon im XIV. Jahrhundert auch in der zum droit coutumier gehörenden Landschaft Poitou.

Livre des droiz 420: Car en Poitou le père puet donner le bail de ses enfans là où il li plaist. 921: Quant un homme donne en son testament ou dernière volenté à sa femme ou à aucun la tutelle ou l'administration de son enfant. In folgender Stelle (851) ist daher vorauszusetzen, dass der Vater keine Anordnung getroffen hat: Si aucun homme qui ait femme et enfans et il meurt, la femme aura la tutelle de ses enfans jusques à tant qu'elle soit convolée aux secondes noces³⁾.

Statuta villae Riomo in Arvernia 1248 (Archives nationales, trésor des chartes Bd. II) uxor . . . nec potest habere tutelam,

aaigié et de toz lor biens qu'il ont et sont lor tout li porfit qui en isteront, tant que il seront desaigié en lor mainburnie . . . besonders aber in Paris; d'Ableiges loc. cit. II 41, comment. in Mansc. fonds lat. 4643, Bibl. nat. § 7; Cout. 1510 VIII, IX. — Ueber die landrechtliche Vormundschaft im XIII. Jahrhundert vgl. Etabliss. I 141: mais il ne randroit nules des issues de la terre, anderseits Beaumanoir XV 7.

¹⁾ Cout. 1510, Art. 99, 103; 1580, Art. 270.

²⁾ Diese Entwicklungen im einzelnen darzustellen, kann hier nicht versucht werden; ich verweise auf Heusler a. a. O. §§ 47, 158, 168. Wichtig ist namentlich die Ordonnanz König Philipp's VI. 1330 (Ordon. du Louvre. II 63). In den Quellen des XIII. Jahrhunderts treten namentlich zwei Momente hervor, einerseits das Streben nach der Zulassung der Stellvertretung des gardien oder eines besonders bestellten Vertreters für den Minderjährigen im Process und ausserhalb des Processes, anderseits das Streben nach Einschränkung des Revokationsrechtes des Mündels. Dieses geschieht namentlich durch Betonung des Interessestandpunktes; man verlangt als Voraussetzung der Revokationsbefugnis eine Verletzung der Interessen des Minderjährigen. Der direkte Einfluss des römischen Rechts zeigt sich namentlich bei Pierre de Fontaines deutlich (éd. Marnier 1846) p. 83—106. Beaumanoir XVI, XVII behandelt auch diesen Gegenstand in höchst lichtvoller Weise.

³⁾ Vgl. auch Mazuer, Practica forensis, Titel: de tutoribus, namentlich § 5 und 8.

puerorum suorum nisi pater praeceperit et si secundo nupserit tutelam amittit.

Marseille, Statuten um 1250, II, 45 relictis pupillis quibus tutores non dederit (sc pater) . . .¹⁾

Für diese letzte Reihe von Rechten ist es nun unbestritten, dass zu Lebzeiten des Vaters dieser allein Inhaber der väterlichen Gewalt ist. Die Quellen und die Schriftsteller erwähnen denn auch die Mutter stets nur als Vormünderin, den Vater hingegen als Inhaber der väterlichen Gewalt:

Die alten Coutumes von Bordeaux a. a. O. 78: filh qui es en poder de payre . . .

Marseille, Coutume aus dem XIII. Jahrhundert: quicunque filius familias in patris potestate constitutus²⁾.

Aber auch für die Länder des droit coutumier gilt, dass erst durch den Tod des Vaters die bisher ihm zustehenden Rechte teilweise auf die Mutter übergehen. Sie übt nun in eigenem Namen die Mundialrechte aus, denn während der Ehe steht sie ja selbst unter der Munt ihres Mannes. In

¹⁾ Ueber die Organisation der Vormundschaft in Südfrankreich geben uns las coutumas de la villa de Bordeü (Bordeaux 1768; entstanden im Laufe des XIII. und XIV. Jahrhunderts) Aufschluss, 241: Cum grands dampnatges sian avinguts en temps passats aux de menor-état, per so quar no era qui ben guardés et administrés los bens de lor empuis la mort de lor payre, lo Major et ly Jurats et ly savis hommes de Bordeü, volens esquivar un temps que es à venir los grans dampnatges que segon lo temps passat eran avinguts et poden avenir, an stablit: que quand Dius aura feit son commandant de aucun Borgués de Bordeü, qui aura her de menor-état, lo Major deü anar ab seis prud'hommes jurats o autres et si anar no pot ed tramettre los VI prud'hommes, assaber los bens mobles et no mobles deu mort et aquest deven ne far carta de cartolari per que lo de menor-état pusca trobar los bens quand sera d'atge et en quanque maniera que moria lo prosom los qui deven guardar et baillar los bens deu qui es de menor-état segon la coutuma sia de etat de dex ans o de mench tota ordilha qui non sera necessaria, blat et vin et vestiar se deu vendre ab cosselh deusd. VI prudhomes quant sera cridat que ataus causas se benden et aquet que plus y borra dar aquet las aura. Aquet qui tendra los bens deudit heretey mobles et nomobles deü dar segurtat ataus que l'héretey pusqua cobar sos bens quant sera d'atge am los fruits, qu'en seran issits o poiran estre issits.

²⁾ Auch die Coutumes und Rechtsbücher von Poitou gehören hieher, s. Livre des droiz a. a. O. 556, 1035, 805 u. 8.

wie weit die Stellung der Mutter zu ihren Kindern moderne Vormundschaft oder alte Munt ist, beantwortet sich je nach dem Grad der Unabhängigkeit, die ihr der Familie und der öffentlichen Gewalt gegenüber eingeräumt ist, und je nach dem Maass ihrer Rechte in Hinsicht auf das Vermögen der Kinder. Anderseits ist die väterliche Gewalt ein spezifisch ausgezeichneter Anwendungsfall der alten Munt. Daraus ergibt sich, dass mit dem Tode des Vaters nicht die väterliche Gewalt auf die Mutter übergeht, sondern es tritt eine von ihr unterschiedene Erscheinungsform der Munt auf.

Die Theorie der Schriftsteller über coutümiäres Recht lautet nun anders. Pothier fasst dieselbe in seinem Commentar zur Coutume von Orleans tit. 9 § 1 N. 3 in die Worte zusammen:

notre puissance paternelle est commune au père et à la mère,

oder Fleury in seiner Histoire du droit français (édition Laboulaye 1852) I, 225:

et puisque les mères ont leur part de la charge des enfants, il étoit juste aussi qu'elles participassent à la puissance paternelle.

Unter den verschiedenen Wendungen kehrt derselbe Gedanke bei sämtlichen Autoren wieder. Diese Theorie hat aber ihren Ausgangspunkt in folgender Ausdrucksweise der französischen Rechtsquellen und Rechtsbücher:

enfants qui sont en la mainbournie de père et de mère (Beaumanoir XXI, 20: quant pere et mere ont lor enfans avec eus en lor garde ou en lor mainburnie . . .)

Die kumulative Verbindung père et mère ist jedoch in keiner Weise eine ausschliessliche, die gleichen Quellen gebrauchen bald den Ausdruck der mainburnia patris et matris, bald den der mainburnia patris. In Poitou hat sich sogar schon früh im Anschluss an das römische Recht die Bezeichnung für das Verhältnis des Vaters zum Kind als potestas patris (pover du père), für das Verhältnis der überlebenden Mutter zum Kind als tutela matris eingebürgert.

Statt mainburnia (mainburnie, mainbreure) werden in Anlehnung an den römischen Ausdruck potestas Wörter wie: puissance, pouvoir, poer, pover (Clermont, Anjou) gebraucht, im nörd-

lichen Frankreich begegnet man häufiger Bezeichnungen wie: garde, warde, avouerie, main (Amiens, Beaumanoir, Vitry); sehr beliebt sind: pain, selle, pain et pot, pain et vin (de usibus Andegavensibus, Etablissements, Beaumanoir, Parloir aux Bourgeois, Lille etc.); ferner kommen vor: gouvernement, subgession (Boutillier, Assises de Jérusalem).

Veranlassung zu der kumulativen Verbindung père et mère lag in der Gestaltung der normalen und daher regelmässigen Verhältnisse. Solange beide Eltern bei einander wohnen, liegt beiden die leibliche und geistige Erziehung des Kindes ob; je nach Alter und Beschäftigung wird die Mutter oder der Vater in hervorragenderem Maasse direkt in die Erziehung eingreifen; beiden Eltern gegenüber besteht demnach für das Kind eine Gehorsampflcht. Diesem Gedanken geben die erwähnten Sätze Ausdruck. Das eigentlich rechtliche Verhältnis wird damit nicht berührt; denn maassgebend für dieses ist ausschliesslich, dass der Wille des Vaters sowol der Frau wie dem Kinde gegenüber der gebietende ist.

Diese persönlichen Beziehungen der Eltern zu ihren Kindern, die Beteiligung der Mutter an der Erziehung des Kindes hätten übrigens an und für sich die Theorie der puissance des père et mère nicht hervorrufen können. Dies beweist uns das römische Recht. Schon Ulpian setzt in dem Titel de liberis exhibendis den Fall als möglich voraus, dass die Mutter unter Ausschluss des Vaters das Erziehungsrecht und die Fürsorge für die Person des Kindes in Anspruch nehmen kann; trotzdem bleibt die patria potestas ungeschmälert:

optinuit mater, ut sine deminutione patriae potestatis apud eam filius moretur¹⁾.

Das eigentliche Motiv der Theorie des coutümiären Rechts ist in den vermögensrechtlichen Verhältnissen der Kinder zu den Eltern und in denjenigen der Eheleute zu suchen. Der

¹⁾ Die ganze Stelle lautet l. 3 § 5 D. de lib. exh. (XXXXIII, 30): Etiam si maxime autem probet filium pater in sua potestate esse, tamen causa cognita mater in retinendo eo potior erit, idque decretis divi Pii quibusdam continetur: optinuit enim mater ob nequitiam patris, ut sine deminutione patriae potestatis apud eam filius moretur. Vgl. l. 1 § 3 eod. (et divus Pius decrevit et a Marco et a Severo rescriptum est), c. u. C. div. facto V, 24, anno 294, Nov. 117 cap. 7.

Jurist, welcher die in dieser Richtung im coutümiären Rechte ausgebildeten Rechtssätze mit denjenigen des römischen Rechts verglich, kam zum Resultat, dass der schon den ältesten Coutumes und Rechtsbüchern geläufigen Redeweise einer elterlichen Gewalt die erwähnte rechtliche Bedeutung zukomme.

Durch die Ehe wird aus dem Vermögen des Mannes und aus dem Vermögen seiner Frau eine einheitliche Vermögensmasse gebildet, welche zunächst unter der Leitung und Verwaltung des Mannes steht. Der Mann ist jedoch nicht unbeschränkter Herr über dieses Vermögen, namentlich ist ihm die Veräusserung des Immobilienbestandes nicht frei und willkürlich gestattet; hiezu kann er nur durch Beteiligung seiner Frau gelangen, welcher durch das douaire ein schon beim Eheschluss eröffnetes sicheres Recht auf die Immobilien des Mannes gegeben ist.

Beaumanoir XXI, 2: *voirs est que tant comme il vivent ensanlle li hons en (d. h. des ehelichen Vermögens) est mainburnissieres, et convient que le feme suefre et obeisse de tant comme il appartient à lor muebles et as despuelles de lor heritages; tout soit ce que li feme y voie se perte tout apertment, si convient il qu'ele suefre le volonté de son segneur; XXX, 99: tuit li mueble sunt à l'omme, le mariage durant — dagegen XXI, 2: mais voirs est que li treffons de l'iretage qui est de par le feme, ne pot li maris vendre, se ce n'est de l'otroi et de le volonté de se feme; ne le sien meisme, se ele ne renonce à sa doaire, qu'ele riens ne demandera por son douaire, s'ele le sorvit.* Vgl. XIII, 5.

Coutumes notoires 164: *le mari peut forfaire les meubles et les conquests*¹⁾.

Wird die Ehe durch den Tod des Mannes oder durch den Tod der Frau gelöst, so fallen der Frau oder ihren Erben zunächst die von ihr in die Ehe gebrachten Liegenschaften zu; diese fallen ja auch während der Ehe nicht dem Eigentumsrechte, sondern bloss dem Ertrage nach in das Gemeinder-schaftsvermögen; sodann wird das gesammte Mobiliervermögen

¹⁾ Vgl. etwa noch Livre de Justice XII, 16 § 1. Marnier, anc. cout. de Picardie 1840 p. 152. 155. Reims (Cout. aus dem XV. Jahrh. §§ 15, 45 bei Varin a. a. O. I, p. 615 ff.) Assises des Bourgeois (Kausler p. 244) 219.

und die Errungenschaft der Ehe zwischen dem Ueberlebenden und den Erben des verstorbenen Ehegatten geteilt¹⁾.

Jacques d'Ableiges II 32: item debita et credita sunt communia inter virum et uxorem et conquestus facti durante matrimonio.

Picardie (Marnier a. a. O.) I, 9: toutes fois que uns hom et une femme acquièrent en sanle, tant a le femme comme li hom, et en doit goir après son décès se ele veut sans empêchement. II, 1, 9 (p. 110): Se uns homs va morir et se femme demande le moitié des moebles et des cateus, li hoirs ne le peut contredire mais que elle baille boine seurté des debtez pour tant que à se partie monte par devers l'oir; et quant elle veut partir as cateulz, elle doit partir as debtes²⁾.

Durch die Ehe entsteht eine Gemeinderschaft (communauté, compaignie):

Beaumanoir XXI, 2: Çascun set que compaignie se fait par mariage, car si tost comme mariages est fes, le bien de l'un et de l'autre sont coïmun par le vertu du mariage.

Cout. notoires 163: Les biens, debtes et créances d'homme et de femme conjointes par mariage sont communs ensemble entre eux durant leurdit mariage combien que le mari en ait le bail, gouvernement et auctorité (probata 1373).

Diese rechtliche Gestaltung des ehelichen Güterrechts, die Idee der Gemeinderschaft zwischen den Eheleuten bringt es mit sich, dass die Kinder, welche im Haushalt der Eltern mit diesen zusammenwohnen, bezeichnet werden als:

enfants demourans soubz la selle³⁾ de leur père et mère (Jacques d'Albeiges, grd. cout. II, 40) oder

¹⁾ Das Recht des donaire berührt uns hier nicht. Auf Einzelheiten kann natürlich nicht eingegangen werden. Das im Text mitgeteilte kann ja bloss als allgemeine Grundlage des französischen coutümlären Rechts gelten; universelle Gütergemeinschaft ist höchst selten, s. Vjollot a. a. O. p. 662. 663. Abweichend ist sodann namentlich das Recht der Normandie.

²⁾ Vgl. etwa noch Beaumanoir XIV, 29, Boutillier, Somme rurale 76, 3, Etablissements I, 136, 139 (édition Isambert), Assises des Bourgeois (Kausler p. 198) 180. — Für die spätere Entwicklung: Loysel a. a. O. I, 2, Règles 103 ff. p. 144 ff.

³⁾ Die Ausgabe von Laboulaye und Dareste hat puissance statt

enfant de bourgeois tant comme il sont ou pain de pere et mere (Roisin, Franchises, lois . . . de Lille, 1842 edirt von Brun-Lavaine p. 11, li capitles des escassement).

Mit diesen Bezeichnungen wird nicht sowol die Person oder die Personen, welche die Gewalt über die Kinder innehaben, ins Auge gefasst; als vielmehr das vermögensrechtliche Verhältnis des Kindes zu seinen Eltern. Wie am Vermögen des Hauses Mann und Frau beteiligt sind, so treten die Kinder, welche noch im elterlichen Haushalt sind, das Brot und Salz des elterlichen Hauses genießen, in eine engere vermögensrechtliche Beziehung zu Vater und zu Mutter, als diejenigen Kinder, welche schon selbständig sind und das elterliche Haus verlassen haben. Die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten haben zur Folge, dass die Rechtsquellen durchaus nicht in einem Widerspruch sich befinden, wenn sie bald von elterlicher Gewalt, bald nur von väterlicher Gewalt reden. In diesem letzteren Fall wird die rechtliche Bedeutung des Vaters gegenüber den Kindern als Muntinhabers und die Stellung des Vaters als Hauptes des Hauses und desshalb auch des ehelichen Vermögens betont; in jenem Falle dagegen wird das vermögensrechtliche Verhältnis der Kinder zu ihren Eltern, zu Vater und zu Mutter hervorgehoben. Denn was das Kind, welches noch im Brote seiner Eltern ist, erwirbt, sei es durch eigene Tätigkeit, sei es auf irgend eine andere Weise, öffnet das Vermögen der Familie, das Gemeinderschaftsvermögen, entweder so, dass bloss der Fruchtgenuss der Gemeinderschaft zukommt oder so, dass der Erwerb des Kindes geradezu Erwerb der Gemeinderschaft ist¹⁾. Andererseits, wenn das Kind Schaden stiftet, so leidet darunter wiederum das Familienvermögen²⁾.

selle; richtiger ist selle, so nämlich in den zwei besten Handschriften, auf welche L. Delisle (*Mémoires de la société de l'histoire de Paris* 1881 tome VIII) aufmerksam gemacht hat.

¹⁾ Der vollständige Ausschluss des Erwerbs des Kindes von der Gemeinderschaft und der Vermögensanfall an das Kind selbst ist demnach nicht der ursprüngliche Rechtszustand, sondern das Resultat einer historischen Entwicklung.

²⁾ Die Entwicklung der Vermögensverhältnisse zwischen Eltern und

Beaumanoir XXI, 20: Quant pere et mere ont lor enfans avec eus en lor garde ou en lor mainburnie et li enfant font aucun meffet, el quel meffet il appartient amende d'avoir, on se prend du meffet au pere s'on ne pot trouver celi qui fist le meffet; et s'on le tient et il l'amende, si convient il que li peres pait l'amende; car li enfant qui sont en le mainburnie le pere et le mere n'ont riens soit qu'il aient aage ou non aage; vgl. XIV, 30, XVI, 10. Pierre de Fontaines XIV, 10 (Marnier p. 99).

Amiens 1209, 42: si filius burgensis aliquod foris factum fecerit, pater eius pro filio iusticiam communie exequetur; si autem in custodia patris non fuerit . . .

Raisons . . . de la commune de Saint Dizier N. 45 (in Beugnot's Olim II, p. 738): fiz est jugiez quites d'amende pour ce qu'il est dessous l'eage de quinze ans mais le peire l'amendera ¹⁾.

Parloir aux bourgeois (Histoire de l'Hôtel de ville de Paris, le Roux de Lincy 1846 p. 106 ff.), Urteil aus dem Jahr 1293: Que les enfans demeurans aveques le pere ou aveques la mere, se ilz funt aucuns acqueis ils sunt ceuz au pere ou à la mere, sans contredire, ne il ne funt point de compagnie. Et mort le pere et la mere touz les diz biens reviennent aus enfans et sunt communs entre eus et lors se fet compagnie . . .

Aliqua de stilo Parlamenti ²⁾ (XIV. Jahrhunderts) in

Kindern, sowohl derjenigen, welche sich durch Aufhebung der väterlichen Gewalt ergeben, worüber noch näheres unten, als auch derjenigen zwischen Eltern und Kindern in väterlicher Gewalt, ist im ältern französischen Recht eine äusserst mannigfaltige und interessante; die Länder des droit écrit nehmen an dieser Entwicklung ebenfalls teil. Die im Text mitgetheilten Quellenbelege mögen für vorliegenden Fall genügen.

¹⁾ Vgl. noch: Reims, liber Practicus de cons. Rem. 34 mainburniator solvet emendam ac si ipsemet deliquisset.

²⁾ Reims, Coutume XV. Jahrh. § 16 (Varin a. a. O. I p. 615): Acquest est se ung homme a pluseurs enfans, et on laisse à l'ung desdits enfans non émançipé, l'éritaige laissié ne sera pas au prouffit du père (soll heissen: sera au prouffit?) et après le trespasement dudit père autant y prendra chascun des autres enfans comme cellui à qui on le laissa. Hierzu bemerkt der Commentator Montfaucon: Ceste coutume n'est pas conforme à droit; car de droit le père n'i doit avoir

der Bibl. de l'Ecole des chartes: *Consuetudo, quod legatum vel donum factum alicui existenti in gardia patris vel matris, altero eorum mortuo, quod fit sine adicione certe cause, dicitur esse conquestus apud illum qui dictam gardiam habet et de eo potest ordinare. Glossa: hoc est contra jus, quare ista sunt bona adventicia et filiis queruntur quoad proprietatem, posito etiam quod sint in potestate parentum, et ita multo potius a patria potestate liberatis per mortem patris queri debent¹⁾.*

Clermont 1496: *Item s'aucune chose est donnée à enfant qui soit en la puissance de père et de mère, la chose est acquise au père et mère quant à l'usufruit seulement quousque l'enfant sera en aage, quant il est question de héritage ou chose immeuble. Item mais s'aucun meuble est donné à tel enfant estant en la puissance de père et mère, tel meuble est aquis et appartient au père ou à le mère et se pevent attribuer à soy²⁾.*

que l'usufruit tant seulement, et la propriété doit appartenir à l'enfant. Vgl. sodann Cout. de Reims 1481 (eod. l. p. 660) § 18: Héritage laissé ou donné à ung enfant ayant père en la puissance duquel il est, sans estre émancipé de luy, est acquest audict père et non à l'enfant, s'il n'est conditionné expressément par le testateur ou donateur que l'héritage vienne au prouffit de l'enfant et non du père.

¹⁾ Obgleich die Stelle von garde (bail) redet und nicht von compagnie, so gilt für diese dasselbe Prinzip; vgl. namentlich Beaumanoir XXI, 20 und XIV, 30, andererseits aber XV, 31. Seitdem sich in der Praxis festgesetzt hatte, dass *lais* ou *don causé*, welche einem Kind in väterlicher Gewalt gemacht wurden, zunächst für den gesetzten Zweck zu verwenden seien, haben wir für Paris auch Belege für das Kind in väterlicher Gewalt, s. d'Ableiges grand coutumier II, 9, II, 40 (Laboulaye p. 200, 370), Desmares 248.

²⁾ Was den Erwerb des Kindes anlangt, so erwähnen die Quellen denselben nicht, weil im Prinzip für das Kind darin, dass es seinen Unterhalt sich selbst erwerben konnte eine Veranlassung zur Ausscheidung aus dem väterlichen Brote lag. Es ist jedoch mit Rücksicht auf Beaumanoir XXI, 20 und Etablissements I, 140 nicht zu bezweifeln, dass ein allfälliger Erwerb der Kinder in die Gemeinderschaft der Eltern fiel. Boutillier stellt in 75, i. f. einen entgegengesetzten Rechtszustand dar unter Angabe des Motives dieser Veränderung: *Encore veut la loy escriite, que s'il est un fils qui soit en pouvoir de pere et de mere*

Stehen nun auch der Frau bestimmte Rechte neben dem Manne am ehelichen Vermögen zu, welche ihr nicht wider ihren Willen können entzogen werden, und nimmt die Mutter auch in der persönlichen Herrschaft und in der Leitung des Kindes direkt Anteil, so bleibt der Mann und Vater trotzdem hier wie dort Haupt des ehelichen Vermögens und Muntinhaber über das Kind:

li hom en est mainburnissieres (Beaumanoir XXI, 2).

Als ein weiteres Moment zur Ausbildung der Theorie der Vater und Mutter gemeinsam zustehenden Gewalt über das Kind kommt endlich das Rechtsverhältnis des überlebenden Elternteils zum Kinde in Betracht. Das Verhältnis gestaltet sich im wesentlichen gleich, sei es dass der Tod des Vaters oder der Tod der Mutter die Ehe löst. Auch mit dem Vater setzt das Kind entweder die Gemeinderschaft der Ehe fort, oder der Vater übernimmt den bail und die garde. Prinzipiell bleibt seine väterliche Gewalt bestehen. Der Eintritt aber eines ähnlichen Verhältnisses für die Mutter beim Tode des Vaters konnte leicht die Anschauung hervorrufen, dass auch

et par sa prudence ait gagné aucune chose qu'il ait assemblé et puis apres la mort au pere soit fait que les freres et soeurs . . . facent rapport, sçachez qu'il ne convient ce rapporter que ainsi a gagné le fils qui est en pouvoir de pere ou de mere. Car comme dit le chevalier ou le clerc qui gaigne en tel estat, que les clerks appellent de castrensi peculio, n'est tenu de rapporter: aussi n'est tenu le fils qui en ce point est, et pour ce ne demeure qu'il ne partisse avec les autres freres et soeurs. Darnach war es hauptsächlich eine aus erbrechtlichen Motiven entsprungene Billigkeitsrücksicht, welche diesen Rechtszustand schuf. — Von maassgebendem Einfluss sodann für den Entzug der Nutzung am Vermögen, welches dem in väterlicher Gewalt und in der Gemeinderschaft der Eltern verbliebenen Kinde zugefallen war, war die Betonung des Umstandes, dass nur da, wo bail (Lehnsverhältnisse) vorliegen, eine Nutzung eintreten könne. In den Gegenden, in welchen das römische Recht maassgebend einwirkte, erhielt sich die Nutzung des Vaters am Kindervermögen mit der römischen Argumentation des ususfructus und der proprietas (s. Livre des droiz 142, Coutume de l'Anjou et du Maine 1411 243, Liger 598, 599, Mazuer, Practica XIII, 9. — Ferrière: dans les coutumes muettes le père ne gaigne point les fruits des héritages donnés à son fils ou qui lui appartiennent de quelque côté que ce soit, si ce n'est en vertu de la garde; Coquille sur la Cout. de Nivernois, Pothier sur la Cout. d'Orléans IX, 178. — Bourges (Coutume von 1505) I, 3 in Richebourg III, 905).

sie wie der Vater ein schon während der Ehe bestehendes Rechtsverhältnis fortsetze.

Mit dieser Darstellung dürften wir die leitenden Motive der Entstehung der Theorie der elterlichen Gewalt (*puissance des père et mère*) klar gelegt haben; gleichzeitig erhalten wir auch damit eine genügende Erklärung der Rechtsregel „*puissance paternelle n'a point lieu*“.

Der prinzipielle Unterschied der römischen *patria potestas* und der römischen *tutela* beruht auf der verschiedenen Rechtsfähigkeit des Hauskindes und des Mündels. Der Mündel ist *sui iuris*, das Hauskind *alieni iuris*. Das Hauskind hat keine selbständige Vermögensfähigkeit, der Mündel ist derselben teilhaftig. Das germanische Recht kannte diesen Unterschied der Rechtsfähigkeit nicht. Die *Munt* des Vaters unterscheidet sich hinsichtlich der Rechtsfähigkeit der beherrschten Person nicht von der *Munt* über den des Vaters entbehrenden Minderjährigen. Wo aber dieses letztere Rechtssystem vorlag, war für den Juristen, der sich mit dem römischen Recht befasste, die mehrerwähnte Deduktion von der Nichtexistenz der römischen *patria potestas* von selbst gegeben. Der Satz bedeutet also nicht, dass das coutumière französische Recht überhaupt keine väterliche Gewalt kenne, sondern dass dieselbe verschieden sei von der römischen väterlichen Gewalt.

Der Ursprung der Rechtsregel „*puissance paternelle n'a point lieu*“ findet sich wohl in der *glos. ad § 1, I. de pat. pot. (I, 9)*: *aliae vero gentes quaedam ut servos tenent filios, ut Scilavi, aliae ut prorsus absolutos, ut Francigenae.*

Wie diejenigen, welche zuerst in dieser Weise auf den Unterschied im Rechtsverhältnis zwischen Eltern und Kindern des französischen und römischen Rechts hinwiesen, denselben auffassten, zeigt die von De Launay¹⁾ mitgeteilte Tatsache, dass *maitre Michel* in seiner Uebersetzung der *Institutionen* vom Jahre 1292 den Titel *de patria potestate* durch einen Titel: *des enfants qui sont en bail, et de ceux qui en peuvent être hors* ersetzt habe. Man setzte also in richtiger Weise an die Stelle des römischen Rechtsverhältnisses der *patria potestas* das auf der germanischen *Munt* beruhende Rechtsverhältnis des *bail*.

¹⁾ Loysel, édition Laboulaye I p. 82.

Später verlor sich das Bewusstsein dieses historischen Zusammenhanges, und man erklärte daher, die Regel „puissance paternelle n'a point lieu“ sei eigentlich unrichtig, in Frankreich bestehe auch eine väterliche Gewalt, sie sei aber milder als diejenige des römischen Rechts¹⁾. Man verwies hierbei einerseits auf die in den Coutumes vorkommende und auch sonst bezeugte émancipation und puissance, andererseits war die Bezeichnung des Vaters als tuteur, garde légitime et naturel de ses enfants (z. B. Comté d'Eu 1580 § 165, Bretagne, Anjou 1411) beliebt²⁾. Wenn nun auch Laboulaye in seinem Buche *la condition des femmes* 1843 p. 80 suiv. die historische Grundlage wieder hervorgehoben hat, und ausdrücklich die germanische Munt zur Erklärung des Rechtsverhältnisses zwischen Eltern und Kindern des französischen Rechts heranzieht, so genügt seine Erklärung desshalb nicht, weil nach ihm die römische patria potestas „inhumaine et sévère“ ist, das germanische mundium dagegen auf „principes généreux“ beruhen soll³⁾. Die späteren Autoren sind hierin Laboulaye

¹⁾ Senlis 221 ist die einzige Coutume, welche die Regel ausspricht: le droit de puissance paternelle n'a point lieu audit Bailliage. Hiezu bemerkt Richebourg, coutumier général II, 726: c'est-à-dire que le droit de puissance paternelle n'est tel et si ample qu'il étoit chez les Romains.

²⁾ Als eine Consequenz des Längnens der väterlichen Gewalt im römischen Sinn behauptete man, dass dem Vater die Nutzung des Kindesvermögens fehle; warum aber trotzdem entgegengesetztes Recht gilt, kann man nicht erklären; siehe Imbert a. a. O. p. 162 ff., Titel, puissance paternelle: l'opinion d'Accurse est suivie par tous les docteurs exceptés quelques nouveaux . . . que le pere chez les Francais n'a l'usufruit et choses qui sont advenues à ses enfans par succession de leur mere ou autrement a eus acquises que par le moyen de leurdit pere. Toutes fois presque tous les statuts des pais coutumiers de France, il est escrit le contraire. — Vgl. Chassenaeus 1574, 870: quod iste usufructus datur patri tantum ratione administrationis per hanc nostram consuetudinem et non ratione patriae potestatis, quia pater in Gallia non habet filium in potestate. Auf die Spitze wird diese Theorie getrieben, wenn Gosson (Commentar zur Cout. d'Artois in Maillart p. 197) sagt: loco patriae potestatis competit parentibus custodia tutela et cura liberorum; hic (Artois) desunt patria in filios potestas, adoptiones, emancipationes si quidem universi Artesii divina quadam providentia naturali potiuntur libertate liberique parentum sui sunt iuris naturaque emancipati.

³⁾ Wie passt z. B. zu einer patria potestas, die inhumaine et sévère sein soll, I. 5 D. de leg. Pomp. (48, 9): nam patria potestas in pietate

gefolgt, und so ist die allgemeine Ansicht: *mundium* semble avoir été une autorité instituée dans l'intérêt plutôt de ceux qu'il protège que de celui qui l'exerce. Fasst man die römische *patria potestas* als das dem *pater familias* zustehende *ius vitae ac necis* über das Hauskind auf, so war auch dem ursprünglichen Muntbegriff derselbe Gedanke nicht fremd. Wenn nach römischem Recht der Haussohn bis zum Tode des Vaters in einer *patria potestas* blieb, nach germanischem Recht dagegen nicht, so sind dies rein civilrechtliche Verschiedenheiten, denen an und für sich absolut keine ethische Bedeutung zukommt. Darin liegt wol der Fehler der Ansicht von Laboulaye, dass zwei Rechtsinstitute, welchen in zwei verschiedenen Rechtssystemen analoge Funktionen zukommen, an und für sich einer moralischen Würdigung unterworfen werden, ohne ihre Beziehung zum gesammten Kulturleben, in welcher sie auftreten, in Betracht zu ziehen. Daher habe ich eine nur von civilrechtlichen Momenten ausgehende Erklärung aufzustellen versucht.

II.

Der Gegensatz, welcher zwischen der römischen und germanischen väterlichen Gewalt besteht, äussert sich besonders in der verschieden normirten Art und Weise der Auflösung des Gewaltverhältnisses zwischen Vater und Kind. Nach römischem Recht entscheidet allein und ausschliesslich der Wille des *pater familias*¹⁾, wie lange er sein Kind in seiner *patria potestas* behalten will. Wenn der Vater sein Kind aus der *patria potestas* entlässt, so verzichtet er freiwillig auf

debet non in atrocitate consistere (Divus Hadrianus) oder l. 5 D. si a parente (37, 12): Divus Traianus filium quem pater male contra pietatem adficiat, coegit emancipare! Dem *ius vitae ac necis* gegenüber sagt Ulpianus in l. 2 D. ad leg. Cornel. (48, 8): *Inauditum filium pater occidere non potest, sed accusare eum apud praefectum praesidiumve provinciae debet*, vergl. c. 3 de pat. pot. (VIII, 36 [37]). — Wie passt aber andererseits zu den principes généraux des *mundium* das bis tief ins Mittelalter bestehende Verkaufsrecht des Vaters und das weitgehende Züchtigungsrecht des Vaters! vgl. Heusler, Institutionen a. a. O. Bd. II, p. 431 ff., O. Stobbe a. a. O. Bd. IV, p. 319, P. Viollet a. a. O. p. 412 ff.

¹⁾ Die im Laufe der Zeit eingetretenen Ausnahmen fallen für unsere Betrachtung ausser Betracht, s. Windscheid, Pandekten V. Aufl. § 525.

ein ihm zustehendes Recht. Die Munt des Vaters hingegen dauert nur so lange, als das Kind ökonomisch an das Haus seines Vaters und auf die durch dasselbe ihm zu Teil werdende Hilfe angewiesen ist. Das Wesen der Munt des Vaters über sein Kind liegt demnach in der ökonomischen Unselbständigkeit und Abhängigkeit dieses letztern. Die Quellen, welche stets einander gegenüber stellen das Kind, welches das väterliche Brot isst und im Hause der Eltern wohnt, und das Kind, welches aus dem väterlichen Brot und Haus geschieden ist, zeigen deutlich, dass die vermögensrechtliche Selbständigkeit die Aufhebung der väterlichen Gewalt (Munt) mit sich führt. Beispiele:

Lille, Li capitles des descasement a. a. O.: lois est, que enfant de bourgeois tant comme il sont ou pain de pere et de mere im Gegensatz zu: se aucuns bourgeois et se femme ou li uns d'iaus deux, se de l'autre estoit defalit, mesisent ou mesist aucun de leur enfans hors de leur pain.

Assises des bourgeois 215 (Foucher I, 796, Kausler I, 240): Le fis daucun home est qui est en son poier (es heisst auch: tant come il est desous son pere) im Gegensatz zu: se ces fis nest soub sa subgession mais est par luy, hors des biens de son pere.

Amiens a. a. O. 42: Si filius burgensis aliquod foris factum fecerit, pater eius pro filio iusticiam communie exequetur im Gegensatz zu: si autem in custodia patris non fuerit . . .

Boutillier, Somme rurale I, 100. Dire veux comment j'ay veu emanciper, que les ruraux appellent mettre hors son enfant de son pain et de son pot, c'est à dire que depuis lors l'enfant est hors du gouvernement de pere et mere et est en son mesme gouvernement¹⁾.

Der Eintritt der ökonomischen Selbständigkeit trifft nun nicht in allen Fällen zu gleicher Zeit ein. Ein maassgebender

¹⁾ Auch die zahlreichen, in allen Rechtsquellen häufig wiederkehrenden Stellen, welche das verheiratete Kind dem im väterlichen Haus zurückgebliebenen gegenüberstellen, können herangezogen werden, weil die Heirat Veranlassung zur Selbständigstellung des Kindes war; hierüber noch näheres unten.

Unterschied macht sich geltend, wenn das Kind schon eigenes Vermögen hat, welches in väterlicher Nutzung und Verwaltung oder wenigstens in väterlicher Verwaltung steht, oder wenn das Kind kein eigenes Vermögen hat. Das erstere traf hauptsächlich dann ein, wenn die Mutter frühzeitig starb; seltener war wohl der Fall, und er ist dies auch noch heute, dass einem Kinde bei Lebzeiten seiner Eltern eigenes Vermögen anfällt; doch sehen einzelne Quellen auch diesen Fall als möglich voraus: z. B. De usib. Andeg. (in Viollet's Etablis. III. oder bei Beaumonts-Beaupré) 14: *il est usage que li filz tant comme il soit ou le pere et ou la mere et de lour pair et de lour vin, se il empruntoit sanz lour congiez et il muere avant que le pere ne la mere, il ne sont mie tenu à rendre cele debte, se il n'i a aucune propriété qui li ait esté donnée¹⁾.*

Hat das Kind eigenes Vermögen, so liegt in der Erreichung der Volljährigkeit für dasselbe eine Veranlassung zum Austritt aus der väterlichen Gewalt; hat das Kind kein eigenes Vermögen, so liegt in der Erreichung der Mehrjährigkeit diese Veranlassung nicht.

Es können Zweifel darüber entstehen, ob dieser Unterschied zwischen Kindern mit eigenem Vermögen und Kindern ohne eigenes Vermögen ein ursprünglicher ist, oder ob derselbe sich erst im Laufe der Jahrhunderte geltend machte. Das capitulare I cap. 8 ad leg. Salicam (Behrend, *lex Salica* p. 91) enthält einen willkommenen Beleg für die erstere Annahme in dem Sinne, dass schon die Zeit der Volksrechte diesen Unterschied kannte.

Si tamen filii parvoli sunt, usque ad perfectam aetatem res uxores anteriores vel dotis causa liceat patri iudicare; sic vero ut de has nec vendere nec donare praesumat.

Die Nutzung und Verwaltung des Kindesvermögens ist für den Vater nur deshalb auf die Zeit der Minderjährigkeit beschränkt, weil mit Eintritt der Mehrjährigkeit das Kind sein Vermögen selbständig in seine Verfügung nimmt und sich damit ökonomisch unabhängig vom väterlichen Haus stellen wird.

¹⁾ Vgl. auch Beaumanoir XV, 31.

Der mehrjährig gewordene Jüngling, der durch seine Mehrjährigkeit Mitglied des Volksheeres geworden ist und zur Uebernahme von öffentlichen Leistungen herangezogen wurde¹⁾, und der ferner die volle Handlungsfähigkeit erlangte, galt gerade deshalb für befähigt, seines Vermögens eigener Herr zu sein. Der rechtliche Grund der Auflösung der väterlichen Gewalt lag übrigens nicht in der Erreichung der Mehrjährigkeit an und für sich, sondern in dem durch die Mehrjährigkeit veranlassten Selbständigstellen des Kindes gegenüber dem Vater. Dies wird namentlich durch den Umstand bewiesen, dass schon vor erreichter Mehrjährigkeit die Entlassung aus der väterlichen Gewalt eintreten konnte, und dass umgekehrt, wenn trotz der Mehrjährigkeit das Kind im väterlichen Haushalt verblieb, wenn es sein Vermögen noch fernerhin in väterlicher Nutzung und Verwaltung liess, damit auch die väterliche Gewalt nicht aufgehoben wurde.

Der Beweis der Richtigkeit dieser Darstellung liegt in den Rechtsquellen und Rechtsbüchern selbst, welche ganz allgemein ohne Unterschied, ob der Vater oder ein Verwandter das Vermögen des Kindes als bail oder als gardien in Händen hat, den bail oder die garde mit Eintritt der Mehrjährigkeit aufhören lassen. Damit setzen die Quellen voraus, dass nun die Uebernahme des Vermögens mit Erfüllung sämtlicher damit verbundenen Pflichten durch das mehrjährig gewordene Kind stattfinde. Andererseits unterscheiden die Quellen, wenn das Kind vor erreichter Mehrjährigkeit selbständig gestellt wird, nicht, ob dasselbe bereits eigenes Vermögen hat oder dessen entbehrt.

Lille a. a. O.: et se aucuns bourgeois et se femme ou li uns d'iaus deux, se de l'autre estoit défalt, mesissent ou mesist aucun de leur enfans hors de leur pain, prou que li enfes fust désaagies — — —

Die²⁾ dritte Modalität endlich, Fortdauer der väterlichen

¹⁾ Vgl. z. B. Arch. nat. (trésor des chartes I, 306) 1186^e Carta für Tours: pueri autem . . . cum ad annos discretionis pervenerint . . . sacramentum praestabunt. . . .

²⁾ Nicht hieher gehören Stellen wie Beaumanoir XVI, 12 oder Pierre de Fontaines XIV, 27: Es handelt sich hier um die Jahrgebung (venia aetatis), welche in diesen Stellen für das XIII. Jahrhundert als

Gewalt trotz erreichter Mehrjährigkeit und trotz Besitzes von eigenem Vermögen, hob in der praktischen Gestaltung den Unterschied der Auflösung der väterlichen Gewalt für Kinder mit eigenem Vermögen und Kinder ohne eigenes Vermögen auf. Seitdem aber die landrechtliche und die lehnrechtliche Majorität fast allgemein nicht mehr mit der gleichen Altersstufe eintraten¹⁾, so war damit wol auch der Grund einer Fortdauer der väterlichen Gewalt nach Eintritt der Mehrjährigkeit sowol im Lehnrecht wie im Land- und Hofrecht weggefallen. Für den land- und hofrechtlichen Verkehr machte sich im Mittelalter kein Bedürfnis einer Verlängerung der Minorennität geltend. Erst mit dem Ausgang des Mittelalters trat infolge veränderter Kulturzustände eine an das römische Recht²⁾ sich anschliessende Umgestaltung ein. Im Lehnrecht dagegen konnte der allzu frühe landrechtliche Termin der Volljährigkeit fast allgemein nicht eingehalten werden. Der junge Mann war physisch nicht fähig, die Lehendienste in dem Maasse zu erfüllen, wie sie ihm auf Grund seines Lehnbesitzes oblagen. So mochte mit Einwilligung des Lehnsherrn zur Vermeidung der *commise pour défaute d'homme* die Uebernahme des Lehngutes durch den landrechtlich Mehrjährigen hinausgeschoben worden sein³⁾, und die väterliche Gewalt

praktisches Recht dargestellt wird. Später war die *venia aetatis* fast allgemein von der Erteilung von *lettres patentes* abhängig; schon P. de Fontaines fügt am Schluss bei: *et ce enteng-je seulement de cels que li rois reçoit*. Ob die betreffenden Minderjährigen noch unter väterlicher Gewalt standen, oder ob sie gleichzeitig mit der Jahrgabung aus derselben (eben in Folge der Selbständigkeit, welche sie erlangten durch Uebernahme der Lehen,) entlassen wurden, wird in diesen Stellen nicht untersucht. — Der aus der väterlichen Gewalt entlassene Minderjährige blieb an und für sich minderjährig; hätte er aber durch Gebrauch der Revokationsbefugnis hinsichtlich der von ihm abgeschlossenen Rechtsgeschäfte diese seine Stellung zum Schaden seiner Contrahenten ausbeuten wollen, so hätten Beaumanoir und Pierre de Fontaines jedenfalls analog XVI, 13 und XIV, 26 geantwortet.

¹⁾ Vgl. Jacques Flach, *Etude historique sur la durée et les effets de la minorité* 1870, bes. p. 52 ff., 58 ff. u. ö., über den Beweis des Alters s. Beaumanoir XVI, 6, *Jugement de l'Echiquier de Normandie* (Delisle a. a. O. 427), *Livre des droiz* 450.

²⁾ Das Nähere hierüber vgl. bei Flach a. a. O.

³⁾ Ein Beispiel, welches sich allerdings nicht auf die väterliche Gewalt bezieht, vgl. in den *Arch. nationales* (trésor des chartes I, 1092)

dauerte fort. Diese tatsächliche Uebung ist schon im XIII. Jahrhundert rechtliche Norm. Damit scheint eine Fortdauer der väterlichen Gewalt oder überhaupt des bail nach erreichter lehnrechtlicher Mehrjährigkeit zur Seltenheit geworden zu sein. So lässt Livre de Justice et de Plet bloss noch beim bail der Eltern, d. h. bei der mit bail verbundenen väterlichen Gewalt und beim bail der Mutter diese Fortdauer als möglich zu, während bei jedem andern bail mit Eintritt der Mehrjährigkeit Uebernahme der Lehnspflichten und des Lehngutes absolut gefordert wird.

XII, 6 §§ 12. 13: *Bau si ne dure que au tens jusques li heirs ait vintg anz, et plus et quant il a passé tot le âge et il ne prant de li, li sires pot assener à la chose por défaut de vavassor. Père ne mère ne rachate pas do bau de ses fiz ne ne puet l'en aler encontre, tant comme il vodra demorer ou bau son père ou sa mère.*

Die meisten Quellen erwähnen jedoch eine solche Fortsetzung des bail und Fortsetzung der väterlichen Gewalt gar nicht; sie stellen vielmehr bei Androhung der commise pour défaute d'homme das Erfordernis der Uebernahme des Lehnbesitzes unbedingt auf¹⁾. Beaumanoir geht nun allerdings in XV, 14. von einem entgegengesetzten Prinzip aus. Er behauptet, trotz erreichter Mehrjährigkeit könne jemand im bail, also auch in der väterlichen Gewalt bleiben, sogar wider Willen des Lehnsherrn; allerdings fügt er vorsichtig bei, dass die Fortdauer ohne Betrug dem Lehnsherrn gegenüber geschehen müsse.

Certaine coze est que li hoirs malles est aagiés, par nostre coustume, quant il a quinze ans acomplis, et

anno 1214: *Ego Theobaldus comes Campanie palatinus, quod quando Philippus rex Francie ad preces matris mee michi reddidit terram meam et hommagium meum inde recepit, ego eidem domino regi et domine matri mee concessi; quod antequam habeam viginti unum annos non exibo de ballio matris mee, nisi hoc fecero per ipsam et de voluntate et assensu ipsius; cf. hiezu 1215 (ibidem n. 1177): O. hommagium fecit comitissae Campaniae et Th. comiti filio eius.* Wenn bail im technischen Sinn zu verstehen ist, so scheint mit Eintritt der Mehrjährigkeit wenigstens das „hommagium facere“ verlangt worden zu sein.

¹⁾ Z. B. *li droit et lis coustumes de Champaigne et Brie in Richebourg, cout. gén. III, p. 209 ff. VI.*

le femme quant ele a douze ans acomplis. Mais por ce ne demeure pas qu'il ne se puissent bien tenir u bail ou en le garde où il sont, tant comme il lor plest; mais que ce soit sans fraude et sans barat; car s'il fesoient aucune convenence à cix qui les tiennent en bail ou en garde, par le quele convenence il seroit aperte coze qu'il l'aroient fet por apeticier le droit du segneur, li sires ne l'aroit pas à souffrir; mais tant comme il se voelent taire, sans convenence fere de lor bone volenté, li sires ne les pot contraindre.

Beaumanoir führt hiernach zum Beleg seiner Ansicht ein Urteil (il fu regardé par le conseil) des sages homes de conte an. Der mitgeteilte Fall zeigt aber gerade, dass nur in aussergewöhnlichen Fällen die erwähnte Fortdauer stattfinden konnte, und dass Beaumanoir allzusehr generalisirt hat.

Lebte das minderjährige Kind in Gemeinderschaft mit seinem Vater, so wurde es mit der Mehrjährigkeit selbständiges Glied der Gemeinderschaft. Damit hörte auch die väterliche Gewalt auf. Das Kind stand alsdann nicht mehr unter dem Vater, sondern neben ihm. Der Grund der Aufhebung der väterlichen Gewalt ist aber auch hier nicht die Mehrjährigkeit des Kindes, sondern seine vermögensrechtliche Selbständigkeit, welche darin liegt, dass das Kind hinreichend eigenes Vermögen zur Selbsterhaltung besitzt, über welches es nun zu verfügen befugt ist. Denn fehlt dem Kind diese vermögensrechtliche Selbständigkeit, weil es kein eigenes Vermögen besitzt, so tritt mit der Mehrjährigkeit wol seine volle Handlungsfähigkeit ein, an und für sich bleibt es aber nach wie vor an das väterliche Haus gebunden, in welchem es seinen Unterhalt findet.

Dass der Eintritt der Volljährigkeit die väterliche Gewalt nicht auflöst, geht nicht bloss daraus hervor, dass die Quellen bei Besprechung der Wirkung der Volljährigkeit nur die Handlungsfähigkeit¹⁾ berühren:

¹⁾ Die Fähigkeit zur rechtsgiltigen Vornahme einzelner Handlungen und Akte knüpft sich an verschiedene Altersstufen an: z. B. Eidesfähigkeit im Anschluss an das kanonische Recht Beaumanoir XVI, 8: de tel aage (s'il estoit de douze ans ou de plus quant il fist le serement) pot on bien jurer; vgl. Desmares 138. Kampffähigkeit vgl. Etabl. I, 78; Beau-

Livre de Justice et de Plet II, 9 § 4 (p. 118): se menor qui a esté non âgé et sera venuz à âge, s'il ne demande dedanz l'an et dedanz le jor restablissemanz il ne sera pas oiz dès iqui en avant.

Ordonnance Philippe VI, 1330 (Isambert IV, p. 385—387, Ordon. du Louvre II, 63): Consuetudo, ut in causa proprietaria vel reali . . . alteram partium . . . decedere contingeret, aliquibus relictis liberis . . . qui omnes seu aliqui . . . minores existant, personas idoneas standi in iudicio seu causas prosequendi propter defectum aetatis legitimaе non habentes . . . ¹⁾

sondern auch aus direkten Quellenaussprüchen, wonach sowol Minderjährige wie Mehrjährige als unter väterlicher Gewalt stehend gedacht werden:

Beaumanoir XII, 35: Se cil qui fet son testament, fet fiancier à ses hoirs qui sont sous aage ou il sont en aage, mais il sont en se mainburnie²⁾; oder XXI, 20:

manoir LXIII, 4; Us. Andeg. 99 etc.; strafrechtliche Verantwortlichkeit Beaumanoir XVI, 10; Pierre de Fontaines XIV, 20. 21; Assises des Bourgeois I, 265 (Kausler p. 322) = 234 (Foucher I, p. 680). — Schon die Tatsache, dass landrechtliche und lehnrechtliche Mehrjährigkeit aus einander fallen, weist darauf hin, dass die Mehrjährigkeit an und für sich nicht auf die väterliche Gewalt verändernd einwirkt. Von späteren Rechtsquellen vgl. bes. Poitou 684, Cout. d'Auvergne 1510 I, 7.

¹⁾ Im einzelnen hierüber siehe namentlich Beaumanoir XVI, Conseil de Pierre de Fontaines XIV, Deslisle im Recueil des Jugements de l'Echiquier de Normandie 1864.

²⁾ Diese Stelle ist sehr charakteristisch; sie zeigt einerseits, dass das mehrjährige Kind, welches unter väterlicher Gewalt steht, voll und ganz handlungsfähig ist, andererseits soll dasselbe trotzdem gegen eine von ihm vorgenommene Rechtshandlung geschützt werden; die Stelle lautet: Se cil qui fet son testament, fet fiancier à ses hoirs qui sont sous aage ou il sont en aage mais il sont en se mainburnie, que il tenront l'ordenance de son testament, et après, se cil qui fist le testament muert: se li hoir vöient qu'il feist le testament contre droit, li creantemens ne lor doit pas nuire; car li sous aagiés se pot aidier de le qu'il n'estoit pas en aage de fere creantement ne convenence. Et cil qui estoit en aage mais il estoit en se mainburnie, se pot excuser, par ce qu'il ot peur que s'il ne fesoit se volonte ou ottrioit, qu'il ne moreust en courouz ou en hayne, ou qu'il ne li vendist son heritage s'il escapoit. Mais neporquant quant à Dieu noz creons que cil qui estoit en aage se meffet, s'il va contre che qu'il fiancha et jura.

Car li enfant qui sont en le mainburnie le pere et le mere n'ont riens, soit qu'il aient aage ou non aage.

Declaratio subsidii . . . Paris 1355 (Ordon. du Louvre III, 24): enfans en mainbournie audessus de XV ans im Gegensatz zu denjenigen sous l'aage de XV ans¹⁾).

Ferner Emancipationsakte im Châtelet zu Paris 1396: filz aagé de XXVI ans ou environ, oder: filz aagé de XXVIII ans et plus . . . (arch. nat., Châtelet Y 5220 fol. 199, 262.)

Die Aufhebung der väterlichen Gewalt tritt bloss ein, wenn das Kind ökonomisch selbständig geworden ist, sei es in der Weise dass es das väterliche Haus verlässt, um in eigener Wirtschaft oder in fremdem Hause seinem Erwerbe nachzugehen, oder in der Weise dass der Vater sein Kind als selbständigen Teilhaber in die Gemeinderschaft aufnimmt.

Die väterliche Gewalt wird also nicht aufgehoben, obschon der Sohn oder die Tochter das väterliche Haus verlassen hat, sofern dieses Verlassen bloss vorübergehender Natur ist. So wird in den Quellen z. B. der Fall erwähnt, dass der Sohn seiner Studien wegen vom elterlichen Hause wegzieht. Der Sohn bleibt nach wie vor in der väterlichen Gewalt, und die Eltern²⁾ haften für die Kosten des Lebensunterhaltes und für die Bezahlung der Lehrgelder des Sohnes.

Assises des bourgeois 215 (Foucher I, p. 796, Kausler I, p. 240) le fis daucun home et qui est en son poier par sa volente est en escole ales por aprendre aucune science: la raison juge et coumande, que le pere ou la mere de celuy sont tenus de paier ce que il a emprunte por son vivre ou por son maistre paier.

¹⁾ Vgl. noch Cout. de Chimay 1627 in Richebourg II, 172 oder Loisel 177. — Es kann auch auf solche Stellen wie: de usib. Andeg. 14, Lille, capitles des escasement 8 aufmerksam gemacht werden, in welchen nur auf die Tatsache des Abhängigseins vom väterlichen Hause abgestellt wird, um zu constatiren, dass Schulden eines solchen Kindes nicht verfolgbar sind, sofern dasselbe nicht eigenes Vermögen besitzt. Der Einfluss der Volljährigkeit äussert sich darin, dass, sofern der mehrjährige Sohn Schulden machte, er diese Rechtsgeschäfte nicht mehr revociren konnte, der Gläubiger aber seine Forderung nicht geltend machen konnte, wenn der Sohn nicht Vermögen besass, welches weder unter väterlicher Nutzung noch Verwaltung war.

²⁾ Vgl. oben p. 156.

Parloir aux bourgeois 1304, 17. Januar (a. a. O. p. 164): Die Stelle redet von einem Sohn, der eben aus der väterlichen Gewalt entlassen worden ist (ung jeune homme de l'aage de XVII anz ou de plus), und der nun dem Vater sein Vermögen entre vis schenkt und zwar: en recompensacion de ce que le fuiz li a couté grant chose en despens fors de son hostel et à vestir . . .

Es wäre deshalb eine zu enge Formulirung, wenn man sagen würde, das Verlassen des väterlichen Hauses bewirkt Erlöschen der väterlichen Gewalt.

Liber Practicus de cons. Rem. (bei Varin I, 1 p. 39) 35: si quis in mainburnia existens in aliam villam venerit et ibi manens delinquerit, mainburniator defendet se ac si cum eo in eadem villa maneret; mainburnia enim non rumpitur propter hoc, quod in diversis locis morantur ¹⁾.

Andrerseits wenn der mehrjährige Sohn und die mehrjährige Tochter im Hause und in der Wirtschaft des Vaters bleiben und durch ihre Tätigkeit das Vermögen der elterlichen Gemeinderschaft (Beaum., compaignie et mainburnie le pere et le mere) in erheblichem Maasse zu vermehren helfen, so treten sie deshalb nicht aus der väterlichen Gewalt, sofern sie eben nicht als selbständige Teilhaber in die Gemeinderschaft aufgenommen werden ²⁾.

Beaumanoir XXI, 20: car li enfant qui sont en le mainburnie le pere et le mere n'ont riens soit qu'il aient aage . . . XXI, 22: car riens ne met en compaignie, riens n'i doit penre ³⁾.

¹⁾ Unter mainburnia kann man ebenso wol nach dem Sprachgebrauch dieser Rechtsquelle den Inhaber der väterlichen Gewalt, als auch jeden sonstigen Muntinhaber verstehen.

²⁾ Die beliebte Ausdrucksweise „separata oeconomia“ (émancipation par domicile distinct) sei Auflösungsgrund der väterlichen Gewalt, ist richtig, wenn man sie in der Weise, wie es im Text geschehen ist, begrenzt und erweitert; weil aber die im Text gegebene Formulirung nicht ohne weiteres sich mit dem Ausdruck separata oeconomia deckt, so vermeide ich ihn lieber zur Verhütung unrichtiger Vorstellungen.

³⁾ Darunter wird gemäss eod. l. XXI, 22 verstanden: ein beim Beginn der compaignie vorhandenes Aktivum; die blosse Arbeitskraft gilt nicht als solches; s. Beaumanoir XXI, 4 u. 5.

Einfach gestaltet sich das Verhältnis, wenn überhaupt kein Vermögen vorhanden ist. Das Kind verlässt das väterliche Haus vielleicht schon vor seiner Mehrjährigkeit, um seinem Verdienste nachzugehen. Damit ist jede vermögensrechtliche Beziehung zwischen dem Kind und dem väterlichen Hause gelöst; gleichzeitig ist das Kind aus der väterlichen Gewalt ausgetreten¹⁾. Oder das Kind bleibt bei seinen Eltern und erwirbt mit ihnen den Unterhalt des Hauses. Auch hier ist das Kind vermögensrechtlich selbständig und damit der väterlichen Gewalt enthoben. Eine Gemeinderschaft findet nicht statt, weil sie faktisch unmöglich ist; die Leute leben von der Hand in den Mund. Eine Aufnahme des mit die Kosten des Hauses tragenden Kindes in eine Gemeinderschaft ist nicht möglich, weil hierzu die faktische Grundlage fehlt.

Mannigfaltigere Formen ergeben sich nun, wenn die väterliche Gewalt über ein Kind aus vermöglichem, ja reichem Hause soll aufgehoben werden.

Vor allem tritt uns hier die Vermögensausstattung entgegen, welche bei Anlass der Entlassung aus der väterlichen Gewalt stattfindet. Diese Frage der Vermögensausstattung halte ich für eine familiengüterrechtliche und erbrechtliche und nicht für eine Frage, welche mit dem Begriff der Auflösung der Munt zusammenhängt; dies bedeutet aber: ob der aus der väterlichen Gewalt zu Entlassende einen Anspruch auf Vermögensausstattung hat oder nicht, hängt wesentlich vom Familiengüterrecht und Erbrecht ab. Darauf weist schon die Tatsache, dass bei Vermögenslosigkeit die väterliche Gewalt ebenso gut besteht, wie in reichen Familien, namentlich aber die Tatsache, dass die Frage der Vermögensausstattung in den verschiedenen Rechten eine verschiedene Normirung findet (vgl. Sachsenspiegel im Gegensatz zum Schwabenspiegel), und dass trotzdem die Auflösung der väterlichen Gewalt auf gleiche Weise geschieht, d. h. durch die ökonomische Selbstständigstellung des Kindes.

Ich kenne keine unter den älteren französischen Rechtsquellen, welche dem Sohn, der kein eigenes Vermögen besass, ein

¹⁾ Einen Fall dieser Art kann man sich unter der Auflösung durch *envoyer les servir hors d'entor* aus (Beaumanoir XXI, 20) denken.

Recht auf Vermögensteilung eingeräumt hätte, durch welche die väterliche Gewalt wäre aufgehoben worden. Wenn daher das mehrjährig ¹⁾ gewordene Hauskind wider den Willen seines Vaters das Haus verlässt, um selbständig sich seine eigene Wirtschaft zu gründen, so mag dasselbe dies thun. Eine Vermögenszuteilung konnte es sich dadurch vom Vater nicht erzwingen. Durch seine Selbständigkeit tritt es aber aus der väterlichen Gewalt. Konnten der Sohn und die Tochter, die so das väterliche Haus verlassen haben, sich den Lebensunterhalt nicht erwerben, kehrten sie vielmehr wieder in das Haus des Vaters zurück, und nimmt der Vater seinen Sohn oder seine Tochter wieder in sein Haus auf, so lebt auch die väterliche Gewalt wieder auf, und man ist geneigt anzunehmen, dass der Vater in derselben Weise für die Handlungen dieses Kindes einzustehen hatte, wie wenn dasselbe mit des Vaters Willen bloss vorübergehend das väterliche Haus verlassen hätte. Die Wiederaufnahme wirkt wie eine Ratihabition.

Vgl. die citirte Stelle der Assises des bourgeois. Wenn der Haussohn mit des Vaters Willen ausserhalb des väterlichen Hauses den Studien obliegt, *la raison juge et commande que le pere ou la mere de celui*

¹⁾ Ich setze also voraus, dass die Eltern gegenüber dem mehrjährigen Kinde keine physische Gewalt anwenden können, um dasselbe zur Rückkehr ins Elternhaus zu zwingen. Direkte Quellenbelege stehen mir allerdings nicht zur Verfügung; ebensowenig ergibt sich aus den mittelalterlichen Quellen, in wie weit ein solcher Zwang Minderjährigen gegenüber bestand. Man möchte vielleicht auf den Umstand hinweisen, dass die wider Willen des Vaters abgeschlossene Ehe giltig war (näheres hierüber unten). Ob der Gedanke des Art. 374 code civil (*l'enfant ne peut quitter la maison paternelle sans la permission de son père*) schon in den mittelalterlichen Rechtsquellen enthalten ist, scheint mir nicht so ohne weiteres ausser allem Zweifel zu stehen. Stellen wie Etabl. I, 141 (Viollet) = (I, 137 Isambert) und die davon abgeleiteten Us. Andeg. 14, Abrégé Champenois 38 nehmen zwar die Eltern direkt aus, aber sehr verschieden konnte doch das Verhältnis den Eltern gegenüber nicht sein; vgl. namentlich Frankfurt a./M. 1297 § 28, Kraut a. a. O. II, 670, Viollet Etabl. I, 159, s. auch Jugement de l'Echiquier de Normandie (Delisle loc. cit.) 1233 N. 501: *quod mater filie T. habeat castodiam filie sue cum omni reddito suo quousque habeat septem annos et postea poterit ire ubi voluerit vel morari cum matre sua et interim mobilia eiusdem filie in salva custodia ponantur.*

sont tenus de paier ce que il a enprunte por son vivre ou por son maistre paier . . . et ce il faiseit nul mau ou nul larecin tant com il est desous son pere, la raison juge, quil en est tenus le pere ou la mere auci bien com cil meisme leust fait, et de faire lamende de tous ses biens. Ist der Haussohn wider des Vaters Willen weggelaufen und hat Schulden gemacht, und der Vater nimmt ihn später wieder auf, so ist es anzusehen, als ob er mit des Vaters Willen dies gethan hätte, und der Vater haftet ebenfalls.

Die familiengüterrechtlichen und erbrechtlichen Beziehungen des durch Davonlaufen der väterlichen Gewalt enthobenen mehrjährigen Kindes lassen sich ebenfalls als vollständig gelöst denken. Man argumentirt, nicht nur die väterliche Gewalt ist erloschen, sondern auch jede vermögensrechtliche Beziehung; der davongelaufene Sohn oder Tochter ist zu Gunsten der übrigen Kinder enterbt¹⁾. Ob und in wie weit diese Argumentation Rechtsnorm des Mittelalters war, muss ich mangels durchschlagender Quellenbelege dahingestellt sein lassen; namentlich können nicht Quellenstellen dafür angerufen werden, welche die mit einer Aussteuer das väterliche Haus verlassenden Kinder und die im Hause zurückgebliebenen einander gegenüberstellen und bloss diese letztern für erbberechtigt erklären, weil solche Stellen den Fall des Kindes, welches unausgestattet das Haus verlässt, gar nicht in Betracht ziehen. Gegen den Ausschluss vom Erbe spricht aber die Tatsache, dass die Gebundenheit des Familienvermögens dem Ausschluss eines Kindes ohne irgend welche vermögensrechtliche Entschädigung entgegensteht. Sodann bezeugen direkt sprechende Quellenaussprüche das Erbrecht des Kindes, welches wider den Willen des Vaters das väterliche Haus verlassen hat. Aus Südfrankreich siehe *Cout. des nobles de Narbonne 1232*: *Si aliqua filia militis voluntate sua sine con-*

¹⁾ *Lex Wisigoth. III, 2, 8*: *Quod si absque cognitione et consensu parentum eadem puella sponte fuerit viro coniuncta, et eam parentes in gratiam recipere noluerint, mulier cum fratribus suis in facultate parentum non succedat, pro eo quod sine voluntate parentum transierit prouior ad maritum.*

silio patris duxit virum infra XX annos pater potest exheredare eam, ultra vero XX annos non puniatur (Vaissette III, 208).

Coutumes d'Amiens aus den Jahren 1300—1303 (in Marnier, anc. cout. de Picardie p. 158) IX, 2: Se aucune personne se marie outre le volenté sen père ou se mère et il n'emporte riens de leurs biens, après les debtes du père et de le mère ou du quel que soit qui morroit, il emporterait se partie ès moebles et hyretages par conte d'oirs et ès acquestez, se elles n'estoient devisées, au tele partie comme li enfant à marier aroient; ne jà pour che s'il estoit mariés ne lairoit qu'il n'eust se partie puis qu'il n'arait riens emporté à mariage des biens sen père et se mère¹⁾.

Auch in folgender Stelle der Etablissements de Saint Louis I, 144 haben wir uns wider Willen des Vaters das väterliche Haus verlassende Kinder, Sohn und Tochter, zu denken. Sie erben in gleicher Weise wie die im Hause gebliebenen oder wie die mit Willen des Vaters wegziehenden und desshalb von ihm mit Vermögen ausgestatteten Kinder:

Se einsinc estoit que uns hom costumiers aüst anfangz et il en aüst o soi de sages et de bien gueaignanz et li i aüst un fol et taverneret et jueor de dez, qui s'en fust alez hors du païs, et li peres se mourust et li fous l'oïst dire et il revenist frareschier o les autres, il avroit autretant es muebles et en la terre, come li autre frere avroient; et autretant comme uns chascuns en avroit par soi, autretant en avroit il par droit à sa part cōme cil qui les avroit aidiez à gueaignier. Et tout einsinc une des serors s'ele s'en estoit alée en meschinage ou en autre leu aillors, por soi jouer et por faire sa volenté si avroit par droit sa fraresche o ses autres freres come li fous.

¹⁾ Ebenso Cout. Amiens bei Thierry art. 52: Se aucune personne se marie outre le volenté sen pere ou se mere et il n'emporte riens de leurs biens, après les debtes du pere et de le mere ou duquel que soit qui morroit il emporterait se partie es moebles et hyretages par conte d'oirs et es acquests se elles n'ostrient devisées autele partie comme li enfant à marier aroient; ne jà pour che s'il estoit mariés ne lairoit qu'il n'eust se partie puis qu'il n'arait riens emporté à mariage des biens sen pere et se mere.

Beumanoir stellt in XII, 17 folgenden Rechtszustand dar¹⁾. Vier Fünftelle der ererbten Liegenschaften bleiben unumstösslich den Intestaterben, bloss über einen Fünftel der ererbten Liegenschaften und über das Mobiliar- und Errungenschaftsvermögen kann jemand letztwillig verfügen (*gascuns pot laisser en son testament le quint de son heritage et ses muebles et ses conquès*). Von diesem Vermögensteil kann nun der Erblasser seinen Intestaterben, sofern derselbe sich ihm gegenüber hat etwas zu Schulden lassen kommen, enterben. Dies gilt jedenfalls auch vom Kinde, das wider den Willen des Vaters ungehörigerweise sich der väterlichen Gewalt entzog²⁾.

Li secons cas en coi une restors ne doit estre fes as hoirs, si est s'il fet mention el testament que li hoir li aient meffet, parquoi il ne lor vaut riens laisser el testament; car se je voi mon fils, me fille ou me mere ou cele qui doit estre mes oirs, mener si deshoneste vie que ce soit escanlles à li et à son lignage, je ai bone reson de li oster de mon testament³⁾. . . Mais voirs est que des quatre part de mon heritage ne puis je pas oster à mes hoirs ce que coustume et drois donne, ne por nuls des cas dessus dis.

Die Quellen befassen sich in den meisten Fällen nur mit denjenigen Rechtsverhältnissen, welche dadurch entstehen, dass das Hauskind durch den Vater selbst ökonomisch selbständig gestellt wird. Der Sohn oder die Tochter verlässt das väterliche Haus, ausgestattet mit einer dem Vermögen

¹⁾ Vgl. Pierre de Fontaines XXXIV, 10.

²⁾ Unmittelbarer Einfluss des römischen Rechts lässt sich bezüglich dieser Lehre in Beumanoir nicht behaupten; anders dagegen verhält es sich mit den Assises des bourgeois du royaume de Jérusalem, woselbst cap. 234 (éd. Kausler; cap. 219 éd. Foucher) eine fast wörtliche Reception der Novelle 115 Justinians enthält. Dieses Kapitel führt denn als zehnten Enterbungsgrund an: *la dizime raison si est, se le fis ou la fille maigre son pere ou de sa mere use o iugleors (usa far putanismi) et devient iuglier et la fille fait puterie et devient comunau et ses peres la veut marier et elle ne vost.* — Ueber das spätere Recht s. Ordonnance 1556 (Isambert l. c. XIII p. 469 ff.), Ord. 1579 art. 41 (Isambert XIV p. 392) und Ord. 1639 (Isambert XVI p. 520).

³⁾ Als Beispiel wird dann noch angeführt: *mariege desavenant fet pas eles contre me volenté.*

seiner Eltern entsprechenden Aussteuer. Diese Aussteuer richtet sich aber ursprünglich nach dem Gesichtspunkte, welcher in manchen spätern Quellen noch als der regelmässige vorausgesetzt wird, dass die Aussteuer ein Ersatz des dem ausscheidenden Kinde am Familienvermögen zukommenden Anteils ist. Aeusserte sich also das Recht des Kindes am Familienvermögen nicht in der Stärke, dass das Kind seinerseits schon bei Lebzeiten seiner Eltern eine Vermögensabteilung verlangen konnte, so stand ihm doch andererseits ein solches Recht dann zu, wenn die Aufhebung der väterlichen Gewalt mit dem Willen des Vaters geschah. Durch eine solche vollständige Abschichtung war jede vermögensrechtliche Beziehung des Abgeschichteten zum väterlichen Hause gelöst, so lange noch unabgeschichtete Kinder im väterlichen Hause zurückblieben. Beim Tode der Eltern besteht kein Kollationsrecht; die im Hause zurückgebliebenen Kinder sind allein ihren Eltern gegenüber erbberechtigt. Schon im XIII. Jahrhundert macht sich eine, vielleicht infolge römisch-rechtlicher Einflüsse hervorgerufene Bewegung geltend, dass, sofern das Kollationsrecht *expressis verbis*¹⁾ vorbehalten wurde beim Akt der Abschichtung, der Abgeschichtete nach

¹⁾ Noch in einem französischen Formelbuch des XVI. Jahrhunderts hebt anlässlich der Emancipation seines Sohnes der Vater ausdrücklich hervor: *et a voulu et consenty et veult et consent que sondict filz puisse venir et soit receu en partaige avec ses freres et seurs es successions de ses pere et mere et chascun deulx en raportant ce que dit*; ob schon dieses Formelbuch erst aus dem XVI. Jahrhundert stammt, so darf es doch hier herangezogen werden; andererseits enthält die noch unten zu erwähnende *émancipation devant le Parlement* (2. April 1326, *invent. des actes du Parl. de Paris N. 7831*) eine vollständige Abschichtung. Die Fassung des *praemium emancipationis* lautet: *sibique dedit* (d. h. der Vater dem Sohn) *et deliberavit M libras turonensium in premium emancipationis eiusdem, quibus ipse Robertus* (i. e. der Sohn) *presens consensiens et acceptans ac proinde successionibus legatis et elemosinis Agnetis quondam de Hangesto sue matris atque Guillelmi de Hangesto avi sui, contentus de hiis omnibus patrem suum praedictum suosque alios liberos ac omnes ipsorum heredes et successores perpetuo quitavit et adhuc se suos et sua efficaciter obligans omnibus hiis per quae premissa vel eorum aliqua possent quomodolibet impugnari de iure vel consuetudine renunciavit sub suo super hoc prestito juramento.*

Tode seiner Eltern unter Einwerfung des Vorempfangs in das Erbrecht wieder eintreten konnte; Beaumanoir seinerseits geht noch weiter, er lässt den Willen des Ausgeschiedenen maassgebend sein, ob Kollation eintreten soll oder nicht.

Cout. d'Amiens (Thierry p. 144) 68: Se li pères et le mère marit ensamble un de lor enfans ou plusors à tel partie come li pères et le mère li dorront à mariage, à tel partie convenra l'enfant tenir, jà soit che chose qu'il n'ait mie le remanant quite n'il ne porra rien clamer, quant li pères et le mère morra nule eskéanche ne nul formortuore.

Cout. d'Amiens (2. Red.) 50: Se aucuns hom et se feme marient aucuns de leur enfans et leur donnent de leurs biens, chil qui sont marié au vivant leur père et leur mère ne poent riens demander au remanant de tous les biens leur père et leur mère, soient moeuble ou hyretage ou acquestes ne en l'iretage dont leur mère est douée, s'il n'est ensi que le condicions du mariage ne soit tele, que pour cose que il emporte ne quite-il mie le remanant; car toutes conditions de mariage qui sont faictes sans fraude sont à tenir.

Livre de Jostice et de Plet: XII, 24 § 1 (p. 255): Uns hons et sa feme ont trois enfanz et en marièrent les deux, enprès li pères et la mère morirent; totes les remenances des choses mobles et escheetes et conquez et patreinoine seront as derreniers enfanz qui remaindrent sanz partie.

XII, 21 § 5 (p. 252): Se aucuns a vilenage et il et sa feme marie ses enfans à aucuns; et aucuns remeigne avec le père ou avoc la mère et il i eist part d'éritage, cil qui remaint en la sele aura tot ce que père et mère aura par queque manière léial il li vieyne. Et ce est ausint en fiez et en vilenages; car quantque père et mère fet, si est estable.

Coutume d'Orléans in den Etablissements de Saint Louis II, 26: Ce que pere et mere fait à ses enfanz durant le mariage si est estable. Et s'il marie son fil ou sa fille si s'en va quites o ce que pere et mere

li done sans retour¹⁾; erst ein Zusatz der Etablissements ist: se droite escheoite ne li avient²⁾).

Parloir aux bourgeois loc. cit. 1290, 6. Juli: que cil ou cele que père et mère marient après le décès de leur père et de leur mère ou de l'un d'eus, il ne puent revenir en partie o les autres enfans qui estoient demourés en la sele du père et de la mère ou de l'un d'eus se il ne fust mis en convenant ou traicté du mariage.

1291, 22. August: Père puet sanz l'asentement de sa fame promestre et otroier, que son enfant que il marie en raportant ce que il li donne en son mariage après le décès de son père revienne en partie ovecques ses autres enfans.

1291, 14. November: Père ou lit de la mort, de le volenté sa fame, peut ordener, que leur enfant que il ont marié en raportant ce que il enporterent en mariage reviennent après le décès du père en partie des biens du père aveques les autres enfans.

Décisions de Jean Desmares 236: Se entans sont mariéz de biens communs de père et de mère et autres enfans demeurent en selle, c'est à dire en domicile de père et de mère, iceux enfans renoncent taisiblement à la succession de père et de mère, ne ny puent riens demander au préjudice des autres demeurans en selle, supposé qu'ils rapportassent ce que leur donné leur a esté en mariage. Car par le mariage ils sont mis hors la main de père et de mère, se ce n'est que par exprès il eust esté reservé ou traicté de mariage que par rapportant ce qui donné leur a esté en mariage ils puissent succéder à leurs père et mère avec leurs frères et soeurs qui sont demeurez en selle . . .

¹⁾ Vgl. Liv. de jost. XII, 6 § 17 (p. 234): quanquez père et mere fet de ses choses resonablement au marier ses enfanz est estable.

²⁾ Vgl. Antiochien (Assises d'Antioche, Vénise 1876, französische Uebersetzung des armenischen Textes): S'ils marient leur enfant tout ce qu'ils lui donneront de leur volenté c'est le seul bien qui lui reste et dès ce moment il est séparé pour jamais de ses frères et soeurs . . . car les enfans mariés et séparés ont déjà obtenu leur part et se sont éloignés.

Commentar zur Coutume von Paris, Msc. fonds lat. 4643 (bibliothèque de l'Ecole des chartes) 23: Si ambo parentes filium vel filiam collocent in matrimonium, potest admitti ad successionem ipsorum cum aliis liberis referendo tamen etc.; quod est verum si ambo parentes hoc agerint ante matrimonium, quod tunc possent sine consensu ipsarum ymmo eciam contra voluntatem aliorum liberorum. Sed post matrimonium non possent ambo parentes similiter hoc efficere nisi aliorum consensus interveniret liberorum, licet quilibet parentum quoad bona sua tantum hoc facere possit sine alterius conjugis vel liberorum consensu.

Etablissements I, 136: De partir entre freres la descendue de pere et de mere. — Quant hom costumiers a enfanz soient fiz ou filles autretant a li uns come li autres en la terre au pere et à la mere, et tout autretant es muebles et es achaz et es conquez s'il les ont; car borse à vilain si est patrimoines selonc l'usage de la cort laie. Et se li hom costumiers avoit marié un de ses fiz et une de ses filles, et il en aust autretant à l'ostel qui ne fussent pas marié [et il se morust] et li marié venissent à [ces qui seroient en] l'ostel [re mains] et demandassent partie en l'escheoite cil qui seroient en l'ostel ne la lor porroient pas veer par droit; mais il covendroit as autres que uns chascuns raportast le qu'il avroit au en fraresche, fust terre fust maison fussent dernier ou autre mueble¹⁾.

¹⁾ In Anjou wurde bloss noch die adelige Tochter durch Ausstattung erbrechtlich abgeschichtet, Etabl. I, 11: Gentis hom si puet bien doner à sa fille plus grant mariage que avenant. Et se li peres la marioit o mains que avenant si ne puet ele retourner à la fraresche. Usib. Andeg 104: que le cotumier ne puit fere à ses enfenz l'une partie meindre de l'autre de eritage ne de meuble fors tant comme il vit, quar après sa mort il sunt tuit frarechau en raportent arriere ce que il ont eu, dagegen ibidem 64: que file de chevalier s'ampart de la terre son pere quant il la marie en tel mariage comme il li donne ne ne puit plus demander rien en la tierre son pere fors par reson d'eschoete ou par deffaute de hoir. Livre de droiz 674. 397. 774, vgl. auch Bretagne règles coutumières abgedruckt in Viollets Etablissements III, 213, 260, Cout. glossée 1385 ad Etabl. I, 11, Cout. d'Anjou 1411 art. 163.

Wenn auch mit dem Austritt des Kindes aus der väterlichen Gewalt, welcher mit Willen oder sogar auf Veranlassung des Vaters erfolgte, keine vollständige Abschichtung verbunden war, so blieb dem Ausgetretenen immer noch das Recht auf eine Aussteuer¹⁾. Historisch betrachtet ist diese Aussteuer der dem Kinde gebührende Ersatz für den nun aufgehörenden Genuss am Familienvermögen. Die Ausstattung geschah von Vater und Mutter; denn das Kind ist beiden gegenüber erbberechtigt, hat also gegen den Vater und gegen die Mutter einen Anspruch auf eine Aussteuer. Wenn nun auch etwa eine vom Vater allein ausgehende Vermögenszuwendung beim Austritt erwähnt wird, so erklärt sich dieser Umstand aus der Stellung des Vaters als Hauptes des geeinten Familienvermögens, und aus der ihm zustehenden Disposition über dieses Vermögen. Auch darauf ist hinzuweisen, dass, wenn beim Rechtsakt der Entlassung der Vater allein als handelnd²⁾ auftritt, er auch allein die Aussteuer dem Kinde

164. 166. 224, Liger 804. 1232, (in *Beautemps-Beaupré* l. c.), Poitou 1486 lib. V; über *droit écrit* s. vorläufig Mazuer a. a. O. XXXIII, 10. Eine vollständige Theorie über den *rapport sur partage* enthält *Beaumanoir*; die wichtigsten Stellen sind VII 20, XIV 12—15, 27, XXX 87. Das Prinzip ist: *coustume suefre hien que cil que pere et mere marient, ait plus qu'il n'emporteroit en se partie; mais que ce ne soit trop outrageusement, et cis outrages doit estre restrains par le juge à le requeste des autres hoirs, après le mort du pere ou de le mere; car tant comme il vivent, poent il et doivent garantir à lor enfans che qu'il lor ont doné en mariage.*

¹⁾ Anklang an das ältere Recht siehe noch in *Cout. de la Ville d'Estaires* au XV siècle (*Mém. de la soc. des sciences de Lille* 2 série, 2 tome 1855) 75: *que père et mère poront leurs enfans eagié mettre hors de leur part et prouvende par leur donnant auchune gratuité rasenable à l'entendement d'eschevins de besoing est et par tant en seront descargié en ley.* — Der Beweis dieser Behauptung liegt in der bei sämtlichen Emancipationsurkunden vorkommenden Erwähnung der Ausstattung (sog. *praemium emancipationis*), vgl. *Viollet* 440. — Wenn mit der Zeit dieser Rechtszustand geändert wurde und das *praemium emancipationis* verschwand, so liegt der Grund hiervon in der Einwirkung des römischen Rechts und in dem vollständigen Verschwinden des Gedankens des Familienvermögens.

²⁾ *Etab. I, 119: Se einsinc avenoit que aucuns gentis hom mariast sa fille et li peres venist à la porte dou mostier etc.* — *Règles cout.* (XV. Jahrh.) 54 bei *Viollet* a. a. O. p. 221: *Si gentil homme marie sa fille ou*

zuteilen wird; in welchem Verhältnis aber diese aus seinem Vermögen oder aus demjenigen seiner Ehefrau herrührt, bleibt hiebei unerörtert.

Einerseits: Beaumanoir XIV, 13: Cil qui . . . avoit porté aucune coze du pere et de le mere, vgl. auch XXI, 20, XIV, 29: se li peres et le mere avoient marié lor enfans de l'iretage qu'il aroient aquis ensanlle;

andererseits: XXI, 4: quant il veut doner de se marqueandise à ses enfans à mariage.

Etablissements II, 26: Se aucuns a vilenages et il et sa feme marie ses enfanz; andererseits I, 11, 21, 136 et se li hom costumier avoit marie un de ses fiz.

Anc. coutumier de la Picardie I, 9. 3: el cas de mesire Mahieu de Bele-perche à Huppi du don que me sires ses pères et se mère li firent de leur acqueste que il avaient faite; vgl. ibidem I, 97 p. 87.

St. Dizier a. a. O. 236: uns homs marie ses filz ou ses filles . . .

Livre de Jostice (p. 236) XII, 6 § 34: quant li pères et la mère marient lor enfanz . . .

Alles dies weist uns wiederum darauf hin, den Zusammenhang zwischen Aussteuer und Familiengüterrecht hervorzuheben und andererseits die accessorische Bedeutung der Aussteuer bei der Aufhebung der väterlichen Gewalt zu behaupten. Blicken wir aber auf die praktische Gestaltung, so wird die Aussteuer oft die Voraussetzung sein, dass ein Austritt aus der väterlichen Gewalt überhaupt möglich ist; sie bildet für das austretende Kind die Grundlage seiner Selbständigkeit. Ohne Vermögensausstattung wäre der Sohn oder die Tochter nicht im Stande, unabhängig vom väterlichen Hause sich selbständig zu geriren.

Verschiedenartig konnten die Motive sein, welche sei es von Seiten des Sohnes und der Tochter, sei es von Seiten der

la mere si elle ne avoit pere ou son frere germain qui avroit povair de la marier et ung d'eulx dist à la porte du moustier: je vous donne certe damoiselle et tant de terre avec elle . . . — Bibl. de l'Ecole des chartes 1874 Bd. 35 p. 462 N. 13; a. 1234: eskevin . . font savoir . . . E . . et . . se femme ont donnée leur terre . . à E le borgne avec leur fille en mariage . . .

Eltern den Anstoss zur Aufhebung der väterlichen Gewalt gaben. Beaumanoir hebt aber namentlich hervor, dass die Entlassung des Kindes aus der väterlichen Gewalt für die Eltern ratsam sei, damit dieselben dadurch jeder Verantwortlichkeit und Haftbarkeit für das Handeln des Kindes entbunden würden. Er sagt: in dem Maasse als die Kinder mehrjährig würden, können die Eltern sie der väterlichen Gewalt entlassen. So mochte mancher Vater veranlasst sein, durch eine genügende Ausstattung den Sohn selbständig zu stellen. Beaumanoir setzt voraus, dass das Kind mehrjährig sei, auch in andern Rechtsquellen wird dieses Erfordernis aufgestellt. Oft heisst es aber nur, dass der zu Entlassende das der Coutume genügende Alter erreicht habe, die Altersstufe selbst wird nicht angegeben (*sufficienter existens aetatis de consuetudine ut dicebat*)¹⁾; oder das beigefügte Alter zeigt uns, dass das zu entlassende Kind noch nicht mehrjährig ist, z. B. R. a émancipé et mis hors de sa puissance paternelle J. son filz aagé de environ IX ans²⁾. So macht sich später in den offiziellen Coutumes derselbe Unterschied geltend, dass nämlich die Entlassung aus der väterlichen Gewalt ohne Rücksicht auf das Alter ermöglicht wird, oder dass hiefür eine bestimmte Altersstufe erforderlich ist³⁾.

Die höchst interessante Stelle Beaumanoir XXI, 20 lautet (vgl. auch XV, 31):

¹⁾ Inventaire des actes du Parlement de Paris (in Archives de l'Empire) 7831, Emancipation devant le Parlement 1326: emancipavit et extra suam mainburniam posuit Robertum filium suum sufficienter existentem etatis (de consuetudine ut dicebat) . . .

²⁾ Archives nationales, Châtelet Y 5220 fol. 144. Diese Urkunden sind mir bekannt geworden durch Viollet's Rechtsgeschichte a. a. O. p. 436; s. die schon oben citirte Stelle aus der Coutume von Lille.

³⁾ Z. B. Montarges VII, 8 (Cout. 1531, Richebourg III, 842): emancipation se peut faire du père aux enfans en quelque aage que soient les dits enfans tant en jugement que dehors, presence que absence desdits enfans pardevant notaires et tesmoins et succedent en rapportants, Berry 1539 I, 5: Et peut le père emanciper sur enfant présent ou absent en quelque âge qu'il soit et n'est requise par ladite coutume la solennité de droit en l'emancipation des enfans qui sont de l'aage de 7 ans et audessous pourveu que la cause pour laquelle l'on fera ladite emancipation soit au profit des enfans. — Bretagne 526: Le pere peut émanciper son enfant s'il vingt ans passéz et si l'enfant le requiert. (Richerbourg IV, 894), vgl. Boutillier somme rurale 100.

Quant pere et mere ont lor enfans avec eus en lor garde ou en lor mainburnie, et li enfant font aucun meffet, el quel meffet il appartiengne amende d'avoir, on se prend du meffet au pere, s'on ne pot trouver celi qui fist le meffet; et s'on le tient et il l'amende si convient il que li peres pait l'amende, car li enfant qui sont en le mainburnie le pere et le mere n'ont riens, soit qu'il aient aage ou non aage. . . . Donques li peres et le mere qui voelent esquiver tex perix, poent metre lor enfans, à le mesure qu'il viennent en aage hors de lor main et hors de lor pain et de lor port et de lor mainburnie etc.

Die Gestalt, in welcher der Rechtsakt der Aufhebung der väterlichen Gewalt vor sich geht, ist entweder eine einfache, formlose oder eine rechtsförmliche. Tritt die Aufhebung der väterlichen Gewalt dadurch ein, dass der Sohn oder die Tochter das Haus verlässt, um selbständig ausserhalb des väterlichen Hauses seinem Verdienste nachzugehen, sei es dass er eine Aussteuer erhält, oder sei es dass die Mittel zu einer solchen fehlen, so ist dies eine einfache, besonderer Rechtsförmlichkeit ermangelnde Entlassung. Ferner ist die Entlassung eine formlose, wenn der Sohn oder die Tochter ohne besondern Entlassungsakt in die Gemeinderschaft der Eltern als selbständiger Teilhaber aufgenommen wird. Dasselbe gilt aber auch von denjenigen Fällen, in welchen im Anschluss an ein anderweitiges Rechtsgeschäft der Austritt aus der väterlichen Gewalt eintritt, so namentlich, wenn der junge Mann Ritter (chevalier) wird, oder wenn das Kind in ein Kloster eintritt. Diese Rechtsakte gehen vor sich, ohne dass der Entlassung des Kindes aus der väterlichen Gewalt besonderer Erwähnung gethan wird. Dasselbe gilt endlich, wenn der Sohn infolge von Eheschliessung der väterlichen Gewalt enthoben wird. Rechtsförmlich ist hingegen die Entlassung, wenn sie in einem besonderen, zu diesem Zwecke vorgenommenen Rechtsgeschäft unter Mitwirkung des Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde geschieht. Rechtsförmlich ist sie auch im Falle der Eheschliessung der Tochter, so lange sich die Eheschliessung darstellte als ein Rechtsgeschäft zwischen dem Bräutigam und dem Muntinhaber. Mit Aufnahme der kanonisch-rechtlichen

Idee der Eheschliessung ist auch hier die Aufhebung der väterlichen Gewalt aus einer rechtsförmlichen zu einer einfachen (formlosen) geworden.

Eine besondere Benennung hat die in rechtsförmlicher Weise stattfindende Entlassung aus der väterlichen Gewalt nicht; wenn man auch frühzeitig den dem römischen Recht entlehnten Ausdruck *emancipatio*¹⁾ (*émancipation*) hauptsächlich hiefür gebrauchte, so verstand man darunter auch die formlose Entlassung. Der Ausdruck aber, welcher der einheimischen Sprache entnommen ist, und der zugleich auch das Wesen der Aufhebung der väterlichen Gewalt kennzeichnet, ist: *mettre hors son enfant de son pain et de son pot*; Beaumanoir sagt einmal in XXI, 20, woselbst er recht eigentlich die vollständige Aufhebung bezeichnen will:

*metre hors de main et hors de pain et de pot et de mainburnie*²⁾.

Wie man ferner die Ausdrücke *main, gouvernement, avouerie, puissance* etc. nicht bloss zur Bezeichnung des Verhältnisses der väterlichen Gewalt gebrauchte, sondern für die verschiedensten Muntverhältnisse, so kam die Bezeichnung *émancipation* für die Auflösung, namentlich für die durch besonderes Rechtsgeschäft eintretende Auflösung aller dieser Munt- (Vormundschafts-) Verhältnisse in Gebrauch und ist bekanntlich, seitdem der *Code civil*³⁾ diesen Sprachgebrauch adoptirt hat, heute noch in Uebung.

Sodann lauteten die Formulare, welche zur Beurkundung des Rechtsgeschäfts verwendet wurden, in Bezug auf die Bestandteile des Auflösungsaktes ähnlich, oder auch wörtlich gleich, sei

¹⁾ Die *Coutumiers* des XIII. Jahrhunderts allerdings noch nicht, wol aber die *Coutumes* und *Coutumiers* des XIV. Jahrhunderts, siehe oben p. 139; z. B. *Parloir aux bourgeois* (a. a. O. p. 164) Urteil anni 1304, *Boutillier* a. a. O. 75, 100; *Marnier, anc. cout. de Picardie* a. a. O. p. 124. Die Statuten der Länder des *droit écrit* kommen natürlich nicht in Betracht.

²⁾ Vgl. namentlich die schon citirte Stelle aus *Boutillier*: *émanciper que les ruraux appellent mettre hors son enfant de son pain et de son pot*; in gleicher Weise sagt die *coutume du pays de Lalloeu* (*Bouthors* a. a. O. II, 496 ff.) (1507) § 12: *émancipant son enfant que l'on dist audit pays vulgairement mettre hors de son pain.*

³⁾ Art. 476 ff.

es dass es sich um Auflösung der väterlichen Gewalt oder um Auflösung irgend eines Vormundschaftsverhältnisses handelte. Der Grund hievon liegt in der gemeinsamen historischen Grundlage aller dieser Verhältnisse, welche eben die germanische Munt ist. Für den Inhalt des Rechtsverhältnisses ist allerdings diese in gleicher äusserer Form sich manifestirende Auflösungsart ohne Einfluss.

Die rechtliche Ausgestaltung des Entlassungsaktes ist verschieden je nach der Art und Weise der Beteiligung des Richters¹⁾. Dieser ist entweder ausschliesslich als Urkundsperson bei der Vornahme des Rechtsgeschäftes tätig, oder aber er nimmt selbst aktiv an der Vornahme der Entlassung teil. In diesem letzteren Fall ist die Aufhebung der väterlichen Gewalt ein durch ein Organ des Staates vorzunehmender Akt. Die Entlassung tritt mit der Verfügung dieses Organs in Kraft; die Entlassungserklärung des Vaters genügt an und für sich nicht, erst die Sanktion des Beamten verschafft derselben Rechtswirkung. Wo hingegen die Tätigkeit des Richters oder des Notars²⁾ sich auf eine Beurkundung des in seiner Gegenwart geschehenen Rechtsaktes beschränkt, da geschieht die Entlassung durch eine vom Vater ausgehende Handlung vor dem Organ der Oeffentlichkeit. Diese letztere Form scheint in den uns überlieferten Emancipationsakten, welche im Châtelet und Parlament zu Paris im XIV. Jahrhundert vor sich gingen, beobachtet worden zu sein. Ein

¹⁾ Statt des Richters werden erwähnt die Schöffen (échevins), so in Lille (Roisin a. a. O. titre des ravestissements, Amiens a. a. O.), maire, majeur, so in Provins (vgl. Bibliothèque de l'Ecole des chartes 1856 p. 193 ff.), in Südfrankreich: pro emancipationibus faciendis . . . curia nostra (Aigues-Mortes, charte 1246).

²⁾ In wie fern Entlassung vor dem Notar genügend war, war im XVIII. Jahrhundert in Burgund bestritten. Entlassung vor dem Notar ist Entlassung durch den Vater in Gegenwart der Urkundsperson. Der Notar ist bloss Urkundsperson. Präsident Bouhier hält einen solchen Akt vor dem Notar nicht für genügend, die Praxis liess diese Emancipationsart zu; die bei Simonnet (Etudes sur l'ancien droit Bourgoignon in Revue historique de dr. fr. et étr. 1868 tome XIV p. 529 ff.) abgedruckten Urkunden zeigen deutlich, dass im Mittelalter die Entlassung vor und durch den Richter zu geschehen hatte. — Emancipation vor Notar wird zugelassen z. B. in Cout. de Montargis VII, 8 (Richebourg III, 842).

Eingreifen eines Beamten in das Rechtsgeschäft wird nicht erwähnt.

Arch. de l'Empire (Inv. des actes du Parl. de Paris) N. 7831, 2. April 1326: notum facimus omnibus quod in Parlamento nostro personaliter constitutus magister Sello de Bellovidere clericus advocatus emancipavit et extra suam mainburniam posuit Robertum de Bellovidere filium suum sufficienter existentem etatis de consuetudine ut dicebatur sibique dedit . . . (folgt noch das praemium emancipationis . . .)

Archives nationales, Châtelet Y 5220 fol. 199, 5. Mai 1396: Aujourd ui noble homme monsieur Guy seigneur de Cousant et de la Perriere, conseiller du roy nostre sire et grant maistre de son hostel a émancipé et mis hors de sa puissance paternele Huguelin de Cousant escuier son filz aagié de XXVI ans ou environ, si comme il dit à ce que doresnavant il puisse contraher . . . et en signe de ce lui a donné . . . (folgt Beschreibung des praemium emancipationis).

Allgemeiner wird aber die Entlassungsform bezeugt, in welcher auf die Erklärung des Vaters diejenige des Richters folgt, d. h. die Entlassung vor und durch den Richter. Die Formel, welche uns für Burgund schon aus dem XIV. Jahrhundert überliefert ist und in spätern Formelbüchern wiederkehrt, ist dieselbe, welche auch die Summa artis notariae Orlandini Rudolphini Bononiensis enthält:

Burgund: Cui emancipationi nos (judex) ponimus auctoritatem nostram et decretum nostrum.

Orlandini s.: Quibus omnibus sic peractis dictus judex suam et communis Bononiae auctoritatem interposuit et decretum.

Französisches Formelbuch: en ce avons interpose nostre auctorite et decret en tant que mestier est.

Vgl. auch noch Imbert a. a. O. ¹⁾ la forme d'éman-

¹⁾ Bernard Antomne, Commentaire de la Coutume de Bordeaux 1621: il faut que le père déclare devant le juge qu'il émancipé son fils, l'autorise et délivre de la puissance paternelle et prie le juge de le déclarer émancipé et autorisé et en sa pleine puissance et le juge

ipation; que le père declare devant le juge aiant moyenne jurisdiction: qu'il émancipe et met hors sa puissance son fils. Et requiert ledit juge qu'il le declare personne de ses droits; laquelle requeste le juge enterine et en est fait registre.

Von den Schriftstellern des XVII. und XVIII. Jahrhunderts wird uns die formelle Ausgestaltung des Aktes der Entlassung mitgeteilt, diese Formen weisen auf ein ziemlich hohes Alter, und wir dürfen wol mit Recht annehmen, dass dieselben schon in früheren Jahrhunderten Geltung hatten, so namentlich wenn erwähnt wird, dass der Sohn, kniend vor dem Vater oder vor dem Richter, mit gefalteten Händen um Entlassung bittet, und dass hierauf der Vater, indem er die Entlassungserklärung ausspricht, den Sohn bei der Hand hält, damit dieser sich erhebe¹⁾.

Wie nun aber der Haussohn durch die Emancipation selbständig gestellt werden soll, so tritt uns als wesentlicher Inhalt der Aufhebung der väterlichen Gewalt die Erklärung des Vaters entgegen, dass der Sohn von nun an befähigt sei, jegliches Rechtsgeschäft, welcher Natur es sein möge, vorzunehmen, dass er sein eigener Herr sein soll. In reichen Wendungen

interine sa requête; vgl. auch: Urteil 1579 in Bordeaux (Coutume ibidem) l'emancipation faite pardevant un notaire n'est pas valable.

¹⁾ Siehe Antomne; die oben angeführte Stelle fährt fort: et le fils étant de genoux devant le juge, le père le prend par la main et le fils se lève . . . ; besonders Bouhier, Les Coutumes de Bourgogne I, 491: Dans un formulaire de pratique qu'a dressé il y a plus d'un siècle un lieutenant général au bailliage de Châlons, il est dit que toutes émancipations d'enfants nobles doivent se faire pardevant les lieutenans au bailliage et en frappant l'enfant sur la tête ou la jone, après avoir dit qu'il est mis hors de la puissance paternelle et jouit de ses droits. J'ai vu un pareil acte de l'année 1511 où il est dit seulement, que le père tenant les mains de ses enfants entre les siennes les a émancipés et mis hors de sa puissance . . . Sodann erwähnt er einen Akt von 1716: J. G. étant marié et majeur, notaire royal et procureur à . . . supplie son père de l'émanciper. Le père y consent et déclare qu'il émancipait son fils: auquel effet ledit fils s'est mis à genoux joignant les mains lesquelles son père a disjointes et celui relevé . . . Der Akt geschah devant le juge. — Einen ähnlichen Akt vom Jahre 1792 zu Limoges erwähnt L. Guibert, La famille limousine p. 23, 24, siehe Viollet a. a. O. p. 444: le fils se met à genoux, les mains jointes et prie son père de l'émanciper . . . le père a relevé son fils et lui a disjoint les mains.

wird diese Selbständigkeit des Sohnes zum Ausdruck gebracht, und nach verschiedenen Richtungen werden einzelne Funktionen derselben hervorgehoben. Hieran schliesst sich die Ausstattung des emancipirten Kindes, welche den Namen *praemium emancipationis*¹⁾ führt. Ueber die rechtliche Bedeutung dieses *praemium* ist oben gesprochen worden.

*Comparentibus*²⁾ in iudicio coram nobis Joh. Aubrieli de Dyvione, cancellario Dyv. die dominica post Matheum anno MCCCXLI Guidone dicto le Daamet de Talento volente Johannem primogenitum et Villemetum eius liberos ex potestate emancipare ex una parte et dictis Johanne et Villemeto petentibus a patre emancipari ex altera; dictus Guido liberos tenens per manum ipse emancipavit et a sacris nexibus et vinculis patrie potestatis exemit, nihil retinens in eosdem praeter amorem filialem. Dat eisdem potestatem acquirendi, testandi, vendendi, et omnia quae pater familias potest etc. Et in praemium emancipationis dat dictis liberis suis . . .

Cui emancipationi nos ponimus auctoritatem nostrum et decretum nostrum.

Die schon öfters erwähnte Emancipation 1396, 5. Mai (Châtelet Y 5220 fol. 199) lautet weiter: si comme il dit à ce que doresnavant il puisse contraher garder gouverner et deffendre ses terres heritages possessions et faire tout ce que franche et liberal personne puet et doit faire et en signe de ce lui a donné cédé deleysé et transporté des maintenant à tousjours une sienne terre appellée Archemont assise en la conté de forestz en la chastellerie de Cousant ou dyocese de

¹⁾ Der römisch geschulte Jurist Masuer spricht unumwunden seine Verwunderung aus über dieses *praemium emancipationis*: *advertendum, quod notarii in litteris emancipationis et quando pater facit donationem filio, consueverant inserere haec verba in praemium emancipationis, quod est absurdum dicere quia secundum verum sensum et intellectum verba illa referuntur ad usumfructum vel dimidiam usufructus quae remanet patri loco praemii, qui gratis et sua liberalitate emancipando facit liberos sui iuris.*

²⁾ Urkunde bei Simonnet a. a. O. p. 532, ebendasselbst noch einige andere Emancipationsurkunden analogen Inhalts.

Lyon, toutevoyes retenu et reservé à ycelui chevalier l'usuffruit d'icelle sa vie devant.

Cout. de Clermont en Beauvoisis 1496 (Bibl. nat. msc. fds. fr. 4515): Par la coustume dudit conté il loist au pere mener son filz lors estant en sa puissance devant le hault justicier ou son juge et illec exposer et dire: que sondit filz est des lors enavant sage assez discret et malicieux pour soy gouverner, et pour ce luy donne puissance et auctorité et puissance de faire tout ce qu'à homme emancipe loist et appartient de faire pourquoy et met hors de sa puissance, et en signe de ce il lui donne quelque piece de heritage ou autre chose; et des lors en avant telz filz ne peut faire chose ou detriment de sondit pere que avant telle et pour¹⁾ quelque malfin tel pere eust fait ladite emancipation ouquel cas il doit estre puny selon l'exigence de la matiere.

Unter den Gesichtspunkt der vermögensrechtlichen Selbständigstellung als des alleinigen Auflösungsgrundes der väterlichen Gewalt fällt nun auch die Auflösung in Folge der Tatsache, dass der Sohn Ritter (chevalier) wird, oder dass das Kind ins Kloster geht, oder dass das Kind heiratet u. s. f.

Dadurch dass der Sohn Ritter wird, hat er dem Vater gegenüber, mit dessen Einwilligung er Ritter geworden ist, einen Anspruch auf vermögensrechtliche Ausstattung; dadurch ist er aber auch von seinem Vater ökonomisch nicht mehr abhängig und ist somit seiner Gewalt enthoben. Wird er gegen den Willen des Vaters Ritter, so hat er gegen seinen Vater keinen Anspruch auf eine Ausstattung; es liegt hier der Fall vor, dass ein mehrjähriger Sohn ohne Ausstattung von Seiten des Vaters das väterliche Haus verlässt, um seiner selbst Herr zu sein; auch damit ist er der väterlichen Gewalt enthoben.

¹⁾ Vgl. Beaumanoir XXI, 20: le justice doit moult regarder à l'entencion que li peres ot à oster l'enfant hors de se garde, se le coze fu fete malicieusement ou non, et selonc ce que il trueve, il en doit ovrer. — Vgl. das schon erwähnte Formelbuch des XVI. Jahrhunderts: et (sc. le père) a jure sur les saintes evangilles de Dieu que la dicte emancipation il ne fait point en fraude, mais pour le bien et avancement de sondit filz.

Etablissements I, 21: Se gentis hom marie son fil, il li doit faire le tierz de sa terre, et ausin quant il est chevaliers. .¹⁾)

Deutlicher kommt derselbe Gedanke zum Ausdruck in den unter Einfluss der Etablissements entstandenen Rechtsquellen:

Coutumes de Bretagne 1301 sog. Ordon. de Jean II, 5: Sy gentil homme marie son filz aensné,²⁾ et le mariage soit fait de son assentement, il luy doit bailler le tiers de sa terre en pourvoiance; et autant s'il a esté fait chevalier de son assentement.

Règles coutumières (XV. siècle) 1. série 20: Si gentil homme a esté fait chevalier de l'assentement de son pere, il avra la tierce partie de l'heritaige au pere, s'il luy plaist.

Einlässlicher beschäftigt uns der Fall der durch Heirat eintretenden Aufhebung der väterlichen Gewalt. Es besteht zunächst ein prinzipieller Unterschied, je nachdem Sohn oder Tochter heiratete. Soweit in Frankreich die germanisch-rechtliche Idee Aufnahme gefunden und diejenige des römischen Rechtes verdrängt hat, tritt die Frau durch Eheschliessung aus der väterlichen Familie aus, um in diejenige ihres Mannes überzugehen. Durch die Eheschliessung erwirbt der Mann das dem Vater über seine Tochter zustehende Mundium. Der Vater entlässt seine Tochter aus seiner väterlichen Gewalt nicht zum Zweck, sie ökonomisch selbständig zu stellen, sondern um sie in die Munt des Ehemannes zu geben. Folgerichtig ist dann aber, dass, wenn der Schwiegersohn auf das Gut der Eltern seiner Frau zieht, und die Eltern der Frau für den Unterhalt der jungen Eheleute sorgen, die Tochter nichts destoweniger der unmittelbaren Gewalt des Vaters enthoben ist. Es lässt sich nicht behaupten, dass in einem solchen Fall der Schwiegersohn in die Gewalt (Mundium) des Vaters seiner Frau fiel; denn hiezu wäre ein besonderer Unterwerfungsakt notwendig, welcher in der Heirat nicht liegt; mehr als

¹⁾ Ebenso Coutume d'Anjou et du Maine 1411 § 769, Livre des droiz et commandemens (XIV. Jahrhundert) 422.

²⁾ Der älteste Sohn wird bloss erwähnt wegen der lehnrechtlichen Erbfolgeordnung; vgl. z. B. Etablis. I, 26: aisé doit fere avenant bien-fait es puisnés et doit les filles marier.

eine tatsächliche Abhängigkeit, die eben durch den von seinen Schwiegereltern erhaltenen Unterhalt bedingt ist, liegt nicht vor¹⁾.

¹⁾ Ich kann allerdings keine Quellenbelege anführen, welche direkt die im Texte behaupteten Sätze aussprechen; es giebt aber auch keine Stellen, welche ein entgegengesetztes Prinzip aufstellen: instruktiv sind folgende Stellen aus dem Livre des droiz et commandemens 643: Si aucune fille est mariée de son père qui soit vif et le mary et la femme et père demeurent ensemble, la fille ne sera point de chief ès acquestz si parlé n'avoit esté, mais le mary le sera; car la fille est ou pover du pere et ne puet riens acquerre etc. . . Cfr. auch 526: Si aucun se marie en ung hostel ou autres personnes qui demeurent ensemble à un feu et à un lieu par an et jour c'est communauté et autant prendront les uns comme les autres ès meubles es acquestz que seront durant leur communauté et es meubles qui estoient par avant en l'hostel s'il n'y avoit convenances autres faictes entre eulx. Et celui qui vendroit en autrui hostel et prist une feme de celui hostel qui eust partage de son droit oudit hostel aussi bien prendroit home comme sa femme partie . . . Der Verfasser lässt entgegen dem noch in der coutume de Poitou 1486 erwähnten Auflösungsgrund der väterlichen Gewalt durch Eheschliessung der Tochter (la femme est en povoir de son mari et n'est plus au povair de son père) die Tochter erst nach Trennung von Jahr und Tag (elle aist esté hors de la compaignie son pere an et jour) aus der väterlichen Gewalt scheiden. Desshalb ergiebt sich ihm der Rechtszustand: dass, wenn der Schwiegersohn mit seiner Frau und den Schwiegereltern zusammenbleibt, eine compaignie zu drei Teilen nicht zu vier Teilen entsteht. Der Schwiegersohn kommt nicht in die Gewalt des Schwiegervaters. Hiezu 350 Cout. d'Anjou et du Maine 1411 (Beautemps-Beaupré a. a. O. Text E): Si aucuns marient leur filz ou fille, et que la femme de leur filz ou le mary de leur fille viengne demourer avec eulx et apporte le don de son mariage, s'ilz demeurent ainsi par an et par jour communauté de biens se assiet entre lesdictes parties et ès conquestz qui servient faiz ce pendant. Durch Eheschliessung kommt die Frau in die Gewalt des Mannes, wenn daher die Schwiegereltern mit dem jungen Ehepaare zusammenwohnen und compaignie nicht ausdrücklich ausschliessen (vgl. Coustume du pais d'Anjou et du Maine 1463, Beautemps-Beaupré a. a. O. Text J 400: mais si oudit mariage faisant par lesdiz pere et mere est appointé qu'ilz norriront leur filz et sa femme ou leur fille et son mary à leurs despens et à leur maison jusques à certain temps, il n'y aura point de communauté entre eulx moiennant ladicté paction), so entsteht dieselbe zu vier Teilen; von einer Gewalt der Schwiegereltern findet sich nichts. — Aber ebenso wenig enthalten die Quellen des XIII. Jahrhunderts, wie Beaumanoir, de Fontaines etc. Anhaltspunkte, welche auf eine Gewalt, in welche der Schwiegersohn käme, schliessen lassen.

Bekanntlich sind in den Volksrechten verschiedene Standpunkte vertreten hinsichtlich der ohne Muntkauf geschlossenen Ehe, d. h. hinsichtlich der wider Willen des Muntinhabers der Tochter geschlossenen Ehe¹⁾. Im Mittelalter war die Richtung des kanonischen Rechts darauf gerichtet, solche *matrimonia clandestina* für gültig zu erklären²⁾. War aber eine solche Ehe gültig, so hatte damit auch die väterliche Gewalt über die Tochter aufgehört, welche durch Eheschliessung in die Ehevogtei kam. Auf die weiteren Rechtsfolgen dieser Ehen und auf die nähere Entwicklung einzutreten, ist hier nicht der Ort.

Das coutümiäre Recht hat daran festgehalten, dass durch Eheschliessung die Tochter und zwar auch die der väterlichen Gewalt bereits entthobene Tochter in die Gewalt ihres Mannes, in seine Ehevogtei kommt.

Z. B. Nivernais XXIII, 1: *femme mariée après le contrat de mariage par parole de présent et solemnisation en face de l'église, est et demeure du tout en la puissance de son mari et du tout hors de celle de son père.*

Masuer loc. cit. XIV, 17: *De consuetudine uxor censetur esse in viri potestate et idem servatur in sponsa, ita quod mortuo viro uxor non recidit in patris potestate, secus si forte in sponsalibus.*

Es ist daher dem Einfluss des römischen Rechts zuzuschreiben, wenn seit Ende des Mittelalters in einzelnen Coutumes, namentlich in solchen, welche an der Grenze des *droit écrit* entstanden sind, von einer doppelten Gewalt, nämlich einer Gewalt des Vaters und einer Gewalt des Ehemannes geredet wird, und wenn die Vornahme einer besondern Emancipation für die Tochter verlangt wird. Praktischen Wert hatte diese Theorie wegen der mit ihr verbundenen Lehre über die Fähigkeit der Ehefrau, letztwillig über ihr Vermögen zu verfügen³⁾.

¹⁾ Vgl. Stobbe a. a. O. § 239, IV, p. 9. 10; Sohm, das Recht der Eheschliessung 1875 p. 51.

²⁾ Viollet a. a. O. p. 344. — In den französischen Rechtsquellen tritt abgesehen von der Consensberechtigung des *seigneur* diejenige der Verwandtschaft im allgemeinen hervor; z. B. Beaumanoir XXI, 12. XV, 31.

³⁾ Vgl. Montpellier Statuta 1204 § 54 (*trésor des chartes*, arch.

Was aber den Haussohn anlangt, so lag nach dem Recht des Mittelalters in seiner Verehelichung an und für sich kein Grund zur Auflösung der väterlichen Gewalt¹⁾. Wenn der Sohn mit Willen des Vaters heiratet und nach wie vor unselbständig bleibt, mit seiner Frau im Hause des Vaters verweilt und nicht in die Gemeinderschaft eintritt, weil ihm jegliche eigene Mittel zu diesem Eintritt entgehen, so erlischt die väterliche Gewalt nicht²⁾; wol aber erlischt dieselbe,

nat. I, p. 260 oder bei Giraud, *essai sur l'histoire du droit français* 1843 II, p. 61). Die *filia maritata* kann kein Testament machen *sine consilio patris sui vel matris sue vel eis deficientibus propinquorum suorum*. Dieser Satz zeigt, dass der verheirateten Frau die Fähigkeit, testamentarisch über ihr Vermögen verfügen zu können, nicht deshalb entgieng, weil sie in väterlicher Gewalt war (diese erlosch durch Heirat, Montpellier *ibid.* § 53), sondern weil aus familiengüterrechtlichen Rücksichten das Vermögen der verheirateten Frau ihrer Familie sollte erhalten bleiben. — Später gieng das Bewusstsein dieses Grundes verloren, und man begründete daher den Rechtssatz damit, dass man sagte, die väterliche Gewalt bleibe bestehen. Andererseits wo man die väterliche Gewalt neben der Ehevogtei nicht anerkannte, liess man den in Frage stehenden Rechtssatz der Unfähigkeit der verehelichten Frau, letztwillig verfügen zu können, fallen, so namentlich in den Ländern des *droit écrit*, welche unter dem Parlament von Paris standen (ressort du Parlement de Paris), vgl. *Coutumes du ressort du Parlement de Guyenne, Bordeaux 1768 im Anhang*: Es ergieng im Jahre 1539 das Urteil, dass eine verheiratete Tochter testiren könne selbst *au préjudice de son père*: „Il y eut du murmure au pays quand on entendit cet arrêt pour ce que l'on disoit, que c'étoit abolir un ancien droit dont on avoit toujours usé dans ladite province: tellement qu'il y eut quelques mémoires dressés par les trois Etats d'icelle . . . Cy sont les coutumes d'Anjou et du Maine 1437 (bei *Beautemps-Beaupré a. a. O. Text sub F*) 811: *femme mariée peut bien faire testament . . .* vgl. auch die Formulirung Lapeyrère (*Commentar zur Coutume von Bordeaux*): *par la coutume générale du royaume la fille mariée est émancipée par le moyen du mariage toutesfois ne pourra faire testament dans notre ressort(Guyenne); il faut émancipation judiciaire . . . pour faire testament.*

¹⁾ Besonders klar ist dies in der allerdings nicht dem französischen Rechtsgebiet angehörenden *lex Romana Curiensis* ausgedrückt XXII, 6, 2: *filie mancipantur . . . aut si ad ipsus filius uxores dederint ut in sua ipsorum potestatem eos vivere dimittat . . .* Nicht die Heirat an sich wirkt emancipirend, sondern die durch dieselbe veranlasste Selbständigkeit (*in sua potestate vivere*).

²⁾ Dieses Resultat folgt unwiderleglich aus *Beautemps-Beaupré a. a. O. Text J 400* verglichen mit *ibidem Text F 1197 ff.*

wenn der Sohn das väterliche Haus verlässt, um mit seiner Frau einen eigenen Hausstand zu gründen. Die Quellen sprechen nun ganz allgemein beim Sohne sowol wie bei der Tochter von einer Ausstattung, welche ihnen bei Anlass der Heirat zu Teil wird; damit ist der Sohn selbständig gestellt, und er tritt aus der väterlichen Gewalt.

Vgl. die oben citirten Stellen, in welchen der Sohn bei Anlass seiner Heirat einen bestimmten vermögensrechtlichen Anspruch gegen den Vater hat. Beaumanoir sagt stäts ohne weitere Unterscheidung: *peres et meres avoient marié lor enfans; Etabl. I, 136: li hom costumiers avoit marié un de ses fiz et une de ses filles . . . etc.*

Geschah die Heirat des Sohnes aber wider den Willen des Vaters, so mag die Ausstattung gefehlt haben; Grund zur Auflösung der väterlichen Gewalt war aber um so mehr vorhanden, als der Vater einen solchen Sohn wol nicht mehr in seinem Haus oder Brot duldete. Der Sohn trat aus der väterlichen Gewalt, nicht weil er vom Vater eine Aussteuer erhielt und von ihm vermögensrechtlich selbständig gestellt wurde, sondern weil er ohne diese ökonomische Unterstützung seitens des Vaters auf eigene Faust hin seine Selbständigkeit dartat.

Das Resultat ist demnach, dass auch beim Sohne durch die Heirat eine Aufhebung der väterlichen Gewalt erfolgte. Wie dies schon im XIII. Jahrhundert allgemein der Fall sein mochte, zeigt eine interessante Stelle des *Livre de Jostice et de Plet*. Dieses Buch enthält im Anschluss an das System der Pandekten eine zusammengewürfelte Darstellung des römischen, des kanonischen und des coutümiären französischen Rechts. Die Vorlage des Verfassers enthält in l. 36 D. de adoption. et emanc. (I, 7) den Satz:

emancipari filium a patre quocunque loco posse constat, ut exeat de patria potestate.

Der Verfasser übersetzt I, 10 § 8:

Car seue chose est que li pères puet marier en queconques leu où il voudra son fiz et il plese au prince.

Emancipare ist dem Verfasser identisch mit marier.

Schon im XIV. Jahrhundert sprechen sodann einzelne Rechtsquellen den Satz aus, dass Heirat, gleichgiltig ob Heirat

des Sohnes oder Heirat der Tochter, ein selbständiger Auflösungsgrund der väterlichen Gewalt sei.

Reims (liber Practicus 36, in Varin's archives législ. de Reims I, p. 39): Si quis contraxerit matrimonium statim [erit] de mainburnia, etiam si cum patre et matre in eadem domo remanserit.

Die Fassung dieser Stelle weist darauf hin, dass namentlich auch der Fall in dem Rechtssatz sollte ausgedrückt werden, in welchem der Sohn trotz Verhehlung keine ökonomische Selbständigkeit erreicht hatte. Der Verfasser des liber practicus will die entgegengesetzte Ansicht verwerfen; welche von diesen Ansichten aber in der Praxis zahlreichere Vertreter fand, wissen wir nicht¹⁾.

Desmares 236: Car par le mariage ils (sc. enfans) sont mis hors la main de père et de mère²⁾.

Wir haben in unserer Darstellung keinen Unterschied gemacht zwischen Auflösung der väterlichen Gewalt für Söhne und Auflösung für Töchter; bloss bezüglich der durch Heirat bedingten Auflösung haben wir darauf hingewiesen, dass sich dieselbe für Töchter aus dem Begriff und Wesen der Eheschliessung ergebe. Weil schon das ältere französische Recht die Weibervormundschaft nicht mehr kennt, so ergab sich damit notwendiger Weise die von uns beobachtete Gleichstellung der Frauen und der Männer hinsichtlich der Auflösung der väterlichen Gewalt. Mag auch in der Praxis der Fall des Ausscheidens einer Tochter aus dem väterlichen Hause und der väterlichen Gewalt vor der Heirat seltener³⁾ gewesen sein als bei Söhnen, rechtlich stand diesem Ausscheiden nichts entgegen. Die Tochter war selbständig in gleicher Weise, wie es die Witwe durch den Tod ihres Mannes wurde.

Werfen wir endlich einen Blick auf die Gestaltung der

¹⁾ Vgl. li droict de Champagne et Brie (lois de Thibaut 29, Richebourg III, 214): Coustume est en Champagne que la ou les mains mortes sont que trois choses partent hommes de poote: cest assavoir aages mariages, feux et leux, et y puet penre li sires la morte, main quant li uns de ses hommes se muert.

²⁾ Paris anc. cout. 117; nouv. 239.

³⁾ Aber gerade in ärmlichen Verhältnissen ist dieser Fall doch nicht als Seltenheit zu denken.

Aufhebung der väterlichen Gewalt in Südfrankreich, so bildet unsern Ausgangspunkt die *lex Wisigothorum*. Die in der *lex Wisigothorum* enthaltenen Vorschriften kann man als den Ausdruck des durch den Einfluss germanischer Rechtsanschauungen modificirten römischen Vulgarrechts charakterisiren. Indem wir den Rechtszustand der *lex Wisigothorum*¹⁾, ganz abgesehen von den Grenzen des westgothischen Reiches als denjenigen von Südfrankreich und Spanien bezeichnen, stützen wir uns hauptsächlich auf den in den spätern Rechtsquellen gleichartigen Rechtszustand hinsichtlich der Auflösung der väterlichen Gewalt.

Vorzüglicher Auflösungsgrund ist aber die Verheiratung sowol beim Sohn wie bei der Tochter:

Montpellier 1204 (Giraud a. a. O. I, 61): *Filius conjugatus vel filia maritata voluntate patris intelligitur emancipatus*²⁾.

Fuero de Cuença XIV, 10: *Filii sint in potestate parentum donec contrahunt matrimonium*.

Die Bedeutung aber der Eheschliessung als vermögensrechtliche Abschichtung des Kindes von seinen Eltern zeigen diejenigen Bestimmungen, welche die verheiratete Tochter und, wenn auch seltener, den verheirateten Sohn von der Erbberechtigung am Vermögen der Eltern ausschliessen.

Montpellier a. a. O. § 58.

Toulouse (Tardif, *Cout. de Toulouse* 1884, XIII. Jahrhundert): *et hoc dicimus et intelleximus de filiis non*

¹⁾ Ueber den Rechtszustand der *lex Wisigothorum* siehe Stobbe, *Beiträge* p. 11. 12. Die in derselben enthaltenen Rechtssätze stimmen vollständig mit der oben entwickelten Theorie der vermögensrechtlichen Selbständigkeit als des alleinigen Aufhebungsgrundes der väterlichen Gewalt; ausser der Stelle der *lex Wisig.* IV, 2, 13 kommt namentlich die *formula Wisigoth.* 34 in Betracht.

²⁾ In dem *commune stabilimentum Tolosae* (um 1300) wird die Heirat als das die Handlungsfähigkeit wesentlich beeinflussende Moment erwähnt: *Quod aliquis homo vel femina alicui hominis istius ville Tholose patrem habenti vel alicui alii in bailia existenti pecuniam non prestat, nec aliquid aliud cum pignore nec sine pignore nec cum fideiussore nec cum sacramento nec aliquo alio modo; sine consilio et voluntate patris vel sine consilio baviorum illius qui in bailia fuerit si ille qui patrem habet uxorem non habet nec habuit...*

emancipatis exhereditatis ratione matrimonii et de filiabus legitimis per patres non maritatis.

Andrerseits: Bordeaux (Archives de Bordeaux 1867 I, p. 287) 1205, Bestätigung 1295: quod postquam maritata fuerit aliqua cum terra et pecunia apud Burdegalem et ipsa et vir suus patati (1295: pactati) fuerint de maritagium, non liceat predictae post mortem patris sui redire ad divisionem paterne hereditatis cum aliis heredibus, si pater heredem masculinum reliquerit sed recepto maritaggio sit contenta¹⁾.

Riomo 1248 (arch. nat., trésor des chartes III, p. 62): Si pater dotaverit unam filiam suam vel plures filias suas, volumus quod sint contente illa dote vel illa portione sibi assignata, et nichil amplius possint petere a fratre vel a fratribus . . .²⁾

Wie weit nun der germanische Rechtsgedanke der vermögensrechtlichen Selbständigkeit als des Auflösungsgrundes der väterlichen Gewalt in Südfrankreich verwirklicht wurde, können wir nicht feststellen, denn der Einfluss des römischen Rechtes machte sich im Laufe der Jahrhunderte mehr und mehr geltend. Neben der Auflösung der väterlichen Gewalt durch rechtsförmlichen Akt³⁾ liess man diejenige durch Heirat

¹⁾ Vgl. die coutume de Bordeaux (in den Cout. du ressort du Parl. de Guyenne, Bordeaux 1768 Bd. I) 76: que quant lo payre a maridat la filha et la marida dedens la cyptat o defora, si dedans la cyptat apres ne deu estar recebuda a partir los bens paternaus ab los filhs mascles deu medis payre ni deven succedir en defrach apres la mort de aucun deus dits frayres o filhs; empero aux bens de la mayre hen den succedir sy no que aya quitat. Mais sies fora le Bordeū era deū estre recebuda a la partida per que retribuissqua so que aura deu payre o nos diu hom merevilhar; quær es en outra maneyra dedens la cyptat que defora.

²⁾ Vgl. etwa noch: libertates ville S. Antonii Ruthenensis 1144 (Arch. nat., trésor des chartes I, 86), Coutume des nobles de Narbonne anno 1232 (Vaissette III, 208), Marseille anno 1255, (de Fresquet Statut de Marseille 1865), Cout. de Thégra § 14 (nouv. Revue historique), Salon (Giraud a. a. O. II, 248), Masuer a. a. O. XXXIII, 10; vgl. auch: 1270 (Vaissette III, 360) Anordnung im Testament Philipp's de Monteforti: filiae quae dotatae sunt vel dotabuntur nobis et uxore nostra viventibus dotibus suis secundam eandem consuetudinem sint contente.

³⁾ Dazu kommt noch: Emancipation auf Grund gewisser Würden im Anschluss an Nov. 81 pr. c. 1, 3. C. 5 de consul. XII, 3

bloss in denjenigen Gegenden zu, in welchen das Landesgesetz dieselbe positiv sanktionirte¹⁾. Endlich bot die

C. 1 de patria potestate C. VIII, 46 (47), Antoninus et Verus: Si filium tuum in potestate tua dicis esse, praeses provinciae aestimabit, an audire te debeat, cum diu passus sis ut patris familias rem eius agi per eos qui testamento matris tutores nominati fuerunt.

eine Stütze zu einer römischrechtlichen Erklärung der germanischen Idee. Man machte aus der Tatsache, dass ein Hauskind seine Unabhängigkeit von dem väterlichen Hause durch seine eigene Selbständigkeit an den Tag legte, eine emancipatio tacita und nahm aus der Theorie der Verjährung und Ersitzung von Rechten einen Termin²⁾ hinzu; damit hatte man für diese emancipatio tacita auch einen Anhaltspunkt in den Quellen, nämlich in dem diu der eben citirten

¹⁾ So namentlich in Toulouse, woselbst die alte Coutume aus dem XIII. Jahrhundert fort und fort in Geltung blieb; (Richebourg IV, p. 1652) III rubrica de emancipationibus: Quod usus et consuetudo est Tolosae, quod filii, quibus patres eorum fecerint donationem seu donationes super matrimonio vel ratione seu occasione matrimoniorum, quae dicti filii contraxerunt cum uxoribus suis habentur pro emancipatis. — Bezüglich der Entlassung durch Heirat ist schon oben auf die Entwicklung hingewiesen worden. Die Bewegung im Sinne des römischen Rechts spricht sich namentlich in den Schriften des Président Bouhier aus: I, 361: l'émancipation de la fille par le mariage qu'on met au rang des maximes du droit français est néanmoins uniquement du droit coutumier. — Emancipation tacite par mariage: elle n'a pas lieu dans la plupart des pays du droit écrit, mais elle a été introduite depuis plus d'un siècle dans ceux qui sont du ressort du Parlement de Paris et elle a lien depuis fort longtemps en notre Bourgogne.

²⁾ Der Termin war entweder Jahr und Tag (an et jour) oder 10 Jahre oder 20 Jahre. Die Frist von Jahr und Tag kommt besonders schon im Livre des droiz 643 etc. vor und ist überhaupt nach verschiedenen Richtungen ein beliebter Termin des altfranzösischen (germanischen) Rechts. — In Beziehung auf die Aufhebung der väterlichen Gewalt findet er sich auch im Recht der Normandie 1384: . . . émancipé et mis hors d'avecques son père si comme l'en a accoustumé à faire au pays de Normandie . . . il (sc. père) ne le doit recueillir ne logier jus an et jor passé. Die Bedeutung der Frist ist aber hier nicht sowohl die, dass erst mit Ablauf derselben die Emancipation eintritt, sondern die, dass durch dieses Fernbleiben vom väterlichen Haus der junge Mann seine Selbständigkeit an den Tag legt.

Constitutio¹⁾. Im einzelnen den Entwicklungsgang dieser Theorie darzulegen, liegt ausserhalb des Rahmens unserer Abhandlung.

III.

Ein anderes Bild entfaltet sich, wenn wir das Mittelalter verlassen und uns den Rechtszustand vergegenwärtigen, welcher in den seit Ende des XV. und im Anfang des XVI. Jahrhunderts redigirten Coutumes der Länder des droit coutumier enthalten ist.

Nach der Theorie der Autoren über coutümiäres Recht der Periode, welche der Entstehung des Code civil unmittelbar vorangiegt, sind die Auflösungsgründe der väterlichen (elterlichen) Gewalt abgesehen vom Tod:

1. die Erreichung der Mehrjährigkeit;
2. die ausdrückliche sich durch Rechtsakt vollziehende Entlassung (émancipation);
3. die Verehelichung; endlich, obschon nicht allgemein bekannt²⁾,
4. die durch getrennte Haushaltung sich manifestirende Selbständigkeit des Hauskindes, sofern diese Trennung mit Willen des Vaters geschieht, vgl. z. B.

Reims (Richebourg II, 493) 6, 7: Fils et filles de familles sont en la puissance de leur pere et n'en sortent, qu'ils ne soient aagiez de vingt ans ou qu'ils ne soient mariez ou émancipez. Sont lesdits enfans censez et reputez émancipez, quand au veu et sceu de leur pere et mere ils font et exercent à part negociation, estat ou charge publique³⁾.

¹⁾ Unter diesen Gesichtspunkt brachte man auch die Emancipation durch Heirat, vgl. namentlich l'usage de Saintonge (zum droit écrit gehörend, Richebourg IV, p. 883 aus dem XV. Jahrh.) 10: Par la coutume generale de France les enfanz mariez qui ont demeuré an et jour hors de la maison du père, sont censez estre émancipez; diese Auffassung kam auch in einzelne Coutumes des droit coutumier, so Poitou, Angoumois etc.

²⁾ Pothier erwähnt den vierten Auflösungsgrund nicht; der Code kennt ihn ebenfalls nicht. Derselbe mochte übrigens auch da, wo er galt, neben der Beendigung der väterlichen Gewalt durch Erreichung der Mehrjährigkeit in seiner praktischen Anwendbarkeit vollständig zurückgedrängt sein.

³⁾ Ueber den letzten Grund s. etwa noch Cout. de Bourgogne 1459

Irrtümlich wäre die Annahme, diese Rechtsgrundsätze seien in sämtlichen Coutumes enthalten. Die Schriftsteller des XVI. Jahrhunderts vertreten durchaus nicht ausnahmslos diese Theorie. Loysel sagt in der Regel 177 ausdrücklich: *les enfans sont en la vourie et mainburnie de leurs père ou mère, soit francs ou serfs, majeurs ou mineurs*. Das Alter ist also für ihn an und für sich noch kein Auflösungsgrund der väterlichen Gewalt. Dumoulin will die Verheiratung bloss dann als Aufhebungsgrund der väterlichen Gewalt gelten lassen, *quando datur eis habitatio seorsim, secus si et quandiu retinentur in domo paterna*¹⁾.

Obschon Laurière zu der erwähnten Regel Loysel's beifügt: „il y a ici faute“ und auch Belege beibringt, welche Loysel entgegenstehen, so entspricht andererseits der Auffassung Loysel's²⁾ z. B.

Coutume de la Salle, Bailliage et Chastellenie de Lille 1567 XIII, § 1 (Richebourg II, 906): *par la coutume enfanz procréés en leal mariage sont et demeurent en la puissance de leur pere, tant qu'ils soient emancipez pardevant Justice competente, qu'ils soient mariez ou ayent point estat honorable;*

Coutume de Chimay 1627 VI, § 1 (Richebourg II, 272): *tous enfans residens soubz ledit Chefieu aagez de vingt-cinq ans, desirans faire leur traficque et profit particulier et s'affranchir des debtes de leur pere et mere, pourront d'eux-mesmes, si bon leur semble, demander d'estre mis hors du pain de leurs dits pere et mere, presentans à ces fins requeste ausdits Mayeur*

VI, 3 (Richebourg II, 1174): *le fils ou fille estant hors d'age de pillarité tenant feu et lieu en leurs chefs ou separément de son pere est réputé émancipé de sondit pere.*

¹⁾ Commentar zur Coutume de Bourbonnais § 166 (vgl. Richebourg a. a. O. III, p. 1243), denselben Gedanken wiederholt Dumoulin zu § 1 ff. der Coutume de Blois (Richebourg a. a. O. III, p. 1047): *die Eheleute werden angesehen: ut emancipati nisi nupserint in familia i. e. manentes in domo et priori administratione patris.*

²⁾ Auf dem alten Standpunkt steht im Prinzipie noch Boutillier, *somme rurale* 100. Das Alter ist an und für sich nicht Auflösungsgrund der väterlichen Gewalt.

et Eschevins de Chimay; lesquels trouvant leurs raisons suffisantes, les y pourront admettre, si non, rejeter¹⁾.

Die Auffassung von Dumoulin hat in den Coutumes nur wenig Anhaltspunkte. Gerade die Coutumes von Blois und Bourbonnais, auf welche Dumoulin seine Ansicht stützt, lassen mit der Heirat an und für sich die väterliche Gewalt erlöschen; die Voraussetzung der getrennten Wirtschaft, d. h. der Selbständigkeit (siehe namentlich die Formulierung: nupserint in familia) stellen sie nicht auf²⁾. Wol aber stimmt mit Dumoulin's Ansicht der Rechtszustand, welchen z. B. die Coutumes d'Anjou et du Maine 1437 darstellen, und seine Auffassung entspricht dem ursprünglichen Gedanken und Motiv der Aufhebung der väterlichen Gewalt.

Anjou et Maine 1437 (Beautemps-Beaupré l. c. sub F 1197 ff.): le filz est emancipé du povoir paternel de son pere . . . quant le filz est marié et demeure hors de la compaignie de son pere;

vgl. auch Coutume d'Angoumois 120 (Richebourg IV, 850): Si le fils d'aucun roturier marié demeure en son mesnage hors d'hostel et domicile de son pere par an et jours entiers, il est eo ipso émancipé et réputé personne usant de ses droits³⁾.

¹⁾ Vgl. auch Bouhier: Majorité ne finit point la puissance paternelle en Bourgogne; denn Cout. de Bourg. 1459 VI, 5 7: Väterliche Nutzung und Verwaltung des Kindervermögens dauert: jusques à ce que sesdits enfans soient en aage suffisant et separés de leur père . . . im Anschluss hieran erwähnt Bouhier eine Stelle aus Pérard's Recueil de pièces curieuses, welche sich auf einen Akt 1407 bezieht: que les enfans demeurans avec leur père de quelque âge qu'ils soient, lesquels auparavant n'ont point été chefs d'hostel, sont regardés comme fils de familles.

²⁾ Bourbonnais sagt nur 166 (Richebourg III, 1243): fils de famille mariez ou prestres sont reputez emancipez et majeurs . . . Blois (ibid. III, 1047) I, 2: enfans mineur, par mariage sont reputez majeurs . . .

³⁾ Poitou 1514, 317 (Richebourg IV, 767): Si le filz d'aucun roturier marié demeure en son mariage hors de l'hostel et compaignie de son pere par an et jour, il est deslors émancipé taisiblement et personne de son droict et n'a mestier d'autre émancipation s'il ne veult: mais autre chose est en un enfant noble, car il n'est point émancipé pour estre marié ne pour demourer hors de la maison de son pere et y convient émancipation expresse. 318: Mais une fille dès ce qu'elle

Diese Darstellung möge genügen zum Beweise des Satzes, dass erst die Praxis und Jurisprudenz im Laufe der Jahrhunderte den eingangs dargestellten Rechtszustand schuf und zwar durch eine von einheitlichen Gesichtspunkten ausgehende Interpretation der verschiedenen Coutumes des droit coutumier. Die Motive dieses Ganges der Rechtsentwicklung liegen zunächst darin, dass schon im Mittelalter die Aufhebung der väterlichen Gewalt sich regelmässig an eine jener vier Tatsachen anschloss, und zwar desshalb, weil im Eintritt einer der vier Tatsachen sich der germanischrechtliche Auflösungsgrund manifestirte¹⁾. Die Entwicklung ist aber die, dass diese vier Tatsachen an und für sich selbständige von einander unabhängige Auflösungsgründe werden. Hinsichtlich der Heirat ist das schon oben ausgeführt worden. Die Aufhebung durch Rechtsakt ist, sofern das praemium emancipationis beibehalten wurde, der früheren Auflösung gleich geblieben, ebenso im wesentlichen die durch Selbständigstellen des Kindes hervorgerufene Auflösung. Hinsichtlich der Auflösung durch Erreichung der Mehrjährigkeit endlich war folgende Tatsache von maassgebendem Einfluss. Man recipirt die dem römischen Recht geläufige Unterscheidung zwischen homines sui iuris und homines alieni iuris. Bei der näheren Charakterisirung des homo sui iuris gieng man aber nicht davon aus, dass er einer Gewalt nicht unterworfen sei (so die Römer: vgl. Gaius I, 48 ff. 142 ff.), sondern man zählte die einzelnen Funktionen auf, welche dem vollen handlungsfähigen Menschen zukamen²⁾. Dadurch ergab sich aber als Gegensatz der homines sui iuris nicht mehr personae quae alieno iuri subiectae sunt, d. h. quae in potestate, in manu, in mancipio sunt (Gaius I, 49), sondern Personen, welche die Handlungsfähigkeit noch nicht besitzen. Damit

est mariée, deslors elle est hors du pover de son pere et entre au pover de son mary.

¹⁾ Siehe die oben besprochene Stelle aus Beaumanoir XXI, 20, ferner etwa: Assises des bourgeois 215 (Kausler I, p. 240): Mais se ces fis nest soute a subgession, mais est par luy hors des biens de son pere, ou il a devisee chose des biens dou pere a ceaus dou fis ou par cort ou sans cort, si com est ce il est d'aage et a pris feme et a anfans.

²⁾ So namentlich schon in den ältesten uns bekannten Emancipationsurkunden.

sind auch der Minderjährige, welcher unter Vormundschaft steht, und der Minderjährige, welcher in väterlicher Gewalt ist, einander gleich gestellt; andererseits wurde das mehrjährige Kind zum homo sui iuris und damit auch der väterlichen Gewalt enthoben¹⁾.

¹⁾ Z. B. Reims, Richebourg II, p. 493 § V: toutes personnes sont jouissans et usans de leurs droicts ou sous la puissance d'antruy; hiezu Montargis VII, 5: Tous enfans masles par l'aage de vingt ans et un jour, soient mariez ou non, sont à leurs droicts ayans pere ou non et peuvent contracter, estre en jugement et faire tous actes de liberté. — Die Formel: hommes et femmes mariés sont tenus pour émancipés wird oft ersetzt durch homme et femme conjoints par mariage sont réputés usans de leurs droits . . . (so z. B. Paris 239), Nivernais XXIII, 26: Gens mariés sont réputés pour émancipés et usans de leur droits quant à la puissance et autorité paternelle.

Litteratur.

Verzeichniss der Litteratur der nordgermanischen Rechtsgeschichte.

Von Herrn Dr. K. Lehmann, Privatdozenten in Berlin.

Das nachfolgende Verzeichniss will nur die wesentlichsten Erscheinungen auf dem Gebiete der skandinavischen Rechtsgeschichte zusammenstellen, um das Eindringen in diesen so wichtigen Theil der germanischen Rechtsgeschichte zu erleichtern; es beansprucht also nicht das Gleiche leisten zu wollen, was Möbius' treffliche Kataloge für die altnordische Litteraturgeschichte geleistet haben. Daher beschränkte sich der Verfasser fast stets auf die Anführung der neuesten Ausgaben und berücksichtigte ältere Ausgaben — sei es von Quellenwerken, sei es von Darstellungen — regelmässig nicht. Auf der anderen Seite wollte und konnte der Verfasser an den der Rechtsgeschichte so nahe verwandten Gebieten der Geschichte nicht vorübergehen. Wie werthvoll die norwegisch-isländischen Geschichtsquellen z. B. für das Verständniss der Rechtsentwicklung im Norden sind, ist ja ebenso bekannt als, dass ohne Benutzung der grossen geschichtlichen Werke von Munch, Keyser, Strinholm etc. eine solide rechtsgeschichtliche Arbeit nicht zu Stande kommen kann. Darum wandte der Verfasser der Aufzeichnung der geschichtlichen Litteratur ein fast ebenso eifriges Interesse zu, als der Aufzeichnung der rechtsgeschichtlichen Litteratur, wengleich er jene nur unter der Rubrik: Hilfsmittel, auftreten lässt.

Der Verfasser hofft, bedeutendere Arbeiten nicht übersehen zu haben, kleinere Fehler werden bei Benutzung der citirten bibliographischen Werke leicht entfernt werden können.

Dem deutschen Leser wird es zu nicht geringer Genugthuung gereichen können, wenn er bemerkt, welch' reiche geistige Arbeit von seinen Landsleuten, vor Allem von Konrad Maurer zur Lichtung und Rodung dieser Urwälder des germanischen Rechts geleistet worden ist.

A. Hilfsmittel.

Einführung.

- Paulsen, P. O. C., über das Studium des nordischen Rechts im Allgemeinen und des dänischen insbesondere. Kiel 1826.
von Amira, K., über Zweck und Mittel der germanischen Rechtsgeschichte. München 1876 (dazu R. Schröder in Krit. Vierteljahrsschrift XVIII, 592 ff.).

Schlyter, Om laghistoriens studium och dess förhållande till rättsvetenskapens öfriga delar. Stockholm 1835.

Bibliographie.

- Dreyer, Beiträge zur Litteratur der nordischen Rechtsgelehrsamkeit. Hamburg 1794, insbes. S. 153—212.
- Grimm, J., Litteratur der altnordischen Gesetze (Zeitschr. für geschichtl. Rechtswissenschaft III).
- Bibliotheca danica. Systematisk Fortegnelse over den danske Literatur fra 1482—1830. Udg. fra det store kongel. Bibliotek ved C. A. Bruun. Kopenhagen 1875. Heft 2.
- Möbius, Th., Catalogus librorum islandicorum et norvegicorum aetatis mediae. Leipzig 1856.
- Möbius, Th., Verzeichniss der auf dem Gebiete der altnordischen Sprache und Literatur von 1855 bis 1879 erschienenen Schriften. Leipzig 1880.
- Aagesen, A., Fortegnelse over Retssamlinger, Retslitteratur etc. in Danemark, Norge, Sverig og til Dels Finland 1876 (dazu K. Maurer in Kr. V. XIX, S. 106 ff.) insbes. S. 149 ff.
- Secher, Fortegnelse over den danske Rets Literatur 1876—1883 in Ugeskrift for Retsvæsen 1884 (auch als Separatabdruck, Kopenhagen 1884).
- Allen Haandbog i Fædrelandets Historie. 7. Ausg. Kopenhagen 1870. S. IX flg.

Topographie.

- Munch, Historisk-geographisk Beskrivelse over kongeriget Norge i Middelalderen. Christiania 1849.
- Kålund, Kr., Bidrag til en historisk-topografisk Beskrivelse af Island. Kopenhagen 1877—1882 (dazu K. Maurer in Germania XXIV, S. 88 ff.).
- Gudmundsson, S., Alþingisstaður hinn forni við Öxará. Kopenhagen 1878.
- Wiede, L. E., Nytt svar på den gamla frågan: hvar låg Anskarii Birka. Norrköping 1876.
- Styffe, Skandinavien under Unionstiden. 2. Aufl. Stockholm 1880.

Wörterbücher.

- Ostersen (Weylle), Glossarium iuridicum danico-norvegicum. Kopenhagen 1665.
- Kalkar, Ordbog til det ældre danske sprog (1300—1700) Bd. I. II, 1. 2. 3. Kopenhagen 1881 ff.
- Molbech, C., Dansk Glossarium. Kopenhagen 1857. 1866.
- Lund, G. F. V., Ordbog til de gamle danske Landskabslove, de sonderjydske Stadsretter, samt øvrige samtidige Sprogminde-merker. Kopenhagen 1877.
- Schlyter, Glossarium zu Skånelagen, siehe Skånelagen.
- Jonsson, Oldnordisk Ordbog. Kopenhagen 1863.

- Möbius, Th., *Altnordisches Glossar*. Leipzig 1866.
- Fritzner, *Ordbog over det gamle norske Sprog*. Kristiania 1867;
2. Auflage, Kristiania 1883 ff.
- Gudbrandr Vigfússon, *An Icelandic-English Dictionary*. Oxford 1874.
- Finsen, *Ordregister zur Grágás*, siehe Grágás.
- Loccenius, *Lexicon juris sveo-gothici*. Upsala 1665.
- Ihre, J., *Glossarium Sviogothicum*. Upsala 1769.
- Rydquist J. E., *Svenska Språkets Lagar 6 Bde.* Stockholm 1850—1883.
- Schlyter, *Ordbok till Samlingen af Sweriges Gamla Lagar*. (Bd. XIII des corpus juris Sveo-Gotorum.) Lund 1877 und die Glossare zu den einzelnen Landschaftsrechten.
- Kock, A., *Bidrag til svensk etymologi. Förklaring af fornsvenska lagord*. Lund 1880.
- Kock, A., *Tydning af gamla svenska ord*. Lund 1881.
- Egilsson, Sv., *Lexicon poeticum antiquae linguae septentrionalis*. Kopenhagen 1860.
- Münzwesen, Zeitrechnung, Alterthumskunde überhaupt:**
- Müllenhoff, K., *Deutsche Alterthumskunde*. Bd. I 1870; V/1 1883.
- Fritzner, *Sproglige og Kulturhistoriske Studier over gamle norske Ord og Udtryk* (in *Forhandl. i Videnskabs Selskabet*) 1880.
- Werlauff, E. C., *Nonnulla de notione vocis „jarteikn“* (*Laxdæla saga* p. 401—406).
- Lind, E. H., *Om Rim och Verslemningar i de svenska Landskapslagarne*. Upsala 1881.
- Finn Magnussen, *Om Dagenes Tider i det gamle Norden* (*Kongel. Danske Vidensk. Selsk. hist.-phil. Afhandl.* 1845. S. 129 ff.).
- Gudbrandr Vigfússon, *Um tímatal í Íslendfnga sögum* (*Safn til sögu Íslands I.*).
- Dalström, J. F., *Den norske og islandske Tidsregning i det 10de århundrede*. Kopenhagen 1874.
- Maurer, K., *Ueber die norwegisch-isländischen gagnföstur* (*Sitzungsber. der k. bayer. Akad.*) 1881.
- Lange, Chr., in *Diplomatar. Norvegicum*. Bd. I, S. XIII ff.
- Falkmann, L. B., *Om mått och vikt i Sverige. I. Den äldsta tiden till och med år 1605*. Stockholm 1884. Bd. II 1885.
- Erslev, Kr., *Quelques remarques sur les plus anciennes monnaies du Danemark*. (*Mémoires de la société royale des Antiquaires du Nord*. Kopenhagen 1885.)
- Haldorsen, Bj., *De centenario argenti* (*Annotationes zur Ausgabe der Kristni-saga 1773*).
- Halldórr Einarsson, *Om Værdieberegning paa Landsviis og Tiender Ydelsen i Island*. Kopenhagen 1833.
- Soetbeer in *den Forschungen zur deutschen Geschichte* Bd. I.
- Holmboe, *Das älteste Münzwesen Norwegens* (in *Köhne, Zeitschr. für Münzkunde* 1846).

- Holmboe, *De prisca re monetaria Norvegiae*. Christiania 1854.
- Dietrich in *Zeitschrift für deutsches Alterthum* Bd. X.
- Holmboe, *Om Oprindelsen af det skandinaviske Vægtsystem i Middelalderen*. (Christiania Videnskab-Selsk. Forhandl. 1861 S. 96 ff.)
- Schive, J., *Norges Mynter i Middelalderen*. 1865.
- Schive, J., *Om Forholdet i Middelalderen mellem den norske Mark Sølv og den stedse forringede gangbare Myntmark samt Værdierne af fremmede Myntsorter som til forskjellige Tider anføres i Oldbrevene som Betalingsmiddel*. (Chr.-Vid.-Selsk. Forh. 1876 S. 1 ff.)
- Schive, *Fremstilling af engelske og nordiske Mynters Vægt fornemmelig i 9 og 10 Aarhundrede*. (Chr.-Vid.-Selsk. Forh. 1866 S. 220 ff.)
- Much, M., *Baugen und ringe, eine studie über das ringgeld und seinen Gebrauch bei den Germanen*. (Mittheilungen der anthropol. Gesellschaft in Wien 1879.)
- Thorlacius, Sk., *Antiquitatum borealium observationes miscellaneae Heft 4*. 1784.
- Rosenberg, *Nordboernes Andsliv fra Oldtiden til vore Dage*. 3 Bde. Kopenhagen 1877—1883.
- Weinhold, K., *Die deutschen Frauen in dem Mittelalter*. 2. Aufl. 2 Bde. Wien 1882.
- Kålund, Kr., *Familielivet på Island i den første sagaperiode* (Aarbøger 1870).
- Weinhold, K., *Altnordisches Leben*. Berlin 1856.
- Engelstoft, *Forsøg til en Skildring af Quindekjønnetts huuslige . . . kaar hos Skandinaverna*. Kopenhagen 1799. 8^o.
- Dasent, G. W., *The Norsemen in Iceland*. (Oxford Essays 1858.)

Gesamtdarstellungen der Geschichte.

- Holberg, *Dänemarks og Norges geistlige og verdslige Stat*. Kopenhagen 3. Aufl. 1762.
- Dahlmann, *Geschichte von Dänemark*. 3 Bde. Hamburg 1840—43.
- Suhm, *Historie af Danmark*. XIV Bde. Kopenhagen 1782—1828.
- Petersen, N. M., *Danmarks Historie i Hedenold*. 3 Bde. 1854—55.
- Cronholm, *Skånes politiska historia*. I. Lund 1847, Stockholm 1851.
- Müller, C. L., *Danmarks Historie*. Kopenhagen 1866—1884.
- Allen *Haandbog i Fædrelandets historia*. 7. Ausg. Kopenhagen 1870.
- Baden, G. L., *Afhandlingar i Fædrelandets Cultur-, Stats-, Kirke- og Literatur-historie*. Kopenhagen 1820 ff.
- Baden, G. L., *Danmarks Riges historie*. Kopenhagen 1829—32. 5 vol.
- Sartorius, *Urkundliche Geschichte des Ursprungs der deutschen Hansa*. Hamburg 1830, insbes. S. 157 ff.
- Barthold, *Geschichte der deutschen Hansa*. Leipzig 1862.

- Schäfer, Dietrich, Die Hansestädte und König Waldemar von Dänemark. Jena 1879.
- Dalin, Svea rikets historia 1747—1762.
- Lagerbring, Swea Rikets Historia. Stockholm 1769—1783.
- Strinnholm, A. M., Svenska Folkets historia. V Bde. Stockholm 1834—1854.
- Gejer, Svea rikets häfder. Upsala 1825.
- Gejer, Svenska folkets historia. Stockholm 1876.
- Hildebrand, H. O., Svenska folket under Hednatiden. 2. Aufl. 1872 (dazu K. Maurer in Germania XVIII S. 126 ff.).
- Hildebrand, H., Das heidnische Zeitalter in Schweden, übersetzt von J. Mestorf. Hamburg 1873.
- Montelius, O., Sveriges hednatid samt medeltid . . . till år 1350. Stockholm 1877.
- Hildebrand, H., Sveriges Medeltid. Kulturhistorisk skildring. Stockholm 1879—1881.
- Fahlbeck, P. E., Den s. k. striden mellan Svear och Götar, dess verkliga Karaktär och orsaker. (Historisk Tidskrift IV.)
- Munch, Det norske folks historie. Christiania 1852—63, VI Bde.
- Keyser, R., Norges historie. 2 Bde. 1866—1870.
- Sars, J. E., Udsigt over den norske historie. I. Bd. 2. Aufl., II. Bd 1. Aufl. Christiania 1877 (dazu: Nils Höjer, Norsk national historieskrivning in Hildebrands Historisk Tidskr. 1886 S. 123 ff.).
- Sars, J. E., Historisk Inledning til Grundloven. Kristiania 1882.
- Petersen, N. M., Bidrag til den oldnordiske Literaturs Historie in Annaler for Oldkyndighed. 1861.
- Geffroy, M. A., L'Islande avant le christianisme d'après les Grágás et les Sagas (Mémoires présentés à l'Académie. I. série. t. VI) 1864.
- Maurer, K., Island von seiner ersten Entdeckung bis zum Untergange des Freistaates. München 1874.
- Maurer, K., Islands und Norwegens Verkehr mit dem Süden vom IX. bis XIII. Jahrh. (Zeitschr. für deutsche Philol. II.).

Kirchengeschichte.

- Münter, Kirchengeschichte von Dänemark und Norwegen. 3 Bde. Leipzig 1823—1833.
- Maurer, K., Die Bekehrung des norwegischen Stammes zum Christenthume. 2 Bde. München 1855—1856.
- Dehio, Geschichte des Erzbisthumes Hamburg-Bremen. Berlin 1877.
- Søren Bloch Thrige De Bremiske Erkebispens Bestræbelser for at vedligeholde deres Høihed over den nordiske Kirke. 1845.
- Reuter Dahl, Svenska Kyrkans historia. 4 Bde. 1838—1866.
- Daugaard, Om de danske Klostre i Middelalderen. 1830.
- Helveg, Den danske Kirkes Historie til Reformationen. 2 Bde. Kopenhagen 1862—1870.

- Hammar, A. N., Om Kyrkan i Skåne under Catholicismen. Lund 1868. (Ny Kirkehistor. Saml. III S. 829 ff.)
- Jørgensen, Erkebiskopkiftet i Lund 1177 og den skånske Kirkelov. (Ny Kirkehistor. Saml. V. Kopenhagen 1867.)
- Jørgensen, A. D., Om Kristenforfølgelser i Danmark. (Aarbøger 1871 S. 85 ff.)
- Jensen, Schleswig-Holsteinsche Kirchengeschichte. 4 Bde. 1873—79.
- Lange, De norske Klostrers historie i Middelalderen. 2. Ausg. 1856.
- Keyser, R., Den norske Kirkes Historie under Catholicismen. Christiania 1856—58 (dazu C. Paludan-Müller in Hist. Tidsskr. 3 Række. Bd. I S. 261 ff.).
- Jørgensen, A. D., Den nordiske Kirkes grundlæggelse og første Udvikling. 1874—78.
- Tønder Nissen, R., De nordiske Kirkers historie. Kristiania 1884.
- Munch, P. A., Undersøgelse om de ældste kirkelige Forhold i Norge. (Langes Tidsskr. V. Heft I.) Christiania 1851.
- Faye, A., Christiansunds Stifts Bispe og geistlige Historie. Heft I. 1866.
- Zorn, Staat und Kirche in Norwegen. München 1875 (dazu Maurer in Kr. V. XIX, S. 114 ff.).
- Maurer, K., Norwegens Schenkung an den heiligen Olaf. (Abh. der k. bayr. Akademie der W. I. Cl. XIV. Bd. II. Abth.) München 1877.
- Johanneus, F., Historia ecclesiastica Islandiae. 4 Bde. Kopenhagen 1772—1778.
- Dahl, W. S., Biskop Nikolas Arnessøn. En kritisk historisk Fremstilling. Kristiania 1884.

B. Quellen.

I. Unmittelbare Rechtsquellen.

Dänemark.

- Kolderup Rosenvinge Samling af gamle danske Love. 1821—1846.
- Bd. I. 1. Abth.: Lex Scaniae antiquae latine reddita per Andream Sunonis, archiepiscopum Lundensem. Kopenhagen 1846.
- Bd. II. Lex Sielandica Erici regis. Kopenhagen 1821.
- Bd. III. Jyske Lov u. Thord Degns Artikler. Kopenhagen 1837.
- Bd. IV. De oldenborgske Kongers Recesser og Ordinantser. Kopenhagen 1824.
- Bd. V. Danske Gaardsretter og Stadsretter. Kopenhagen 1827.
- Skånske Lov og Eskils skånske Kirkelov ed. Thorsen. Kopenhagen 1853.
- Skånelagen med Ärkebiskopen i Lund Andreas Sunessons Latinska Bearbetning, Skånska Kyrkrätten och Stadsrätten, samt Åtskilliga Stadgar för Skåne ed. Schlyter in Corpus iuris Sueo-Gotorum antiqui. Vol. IX. Lund 1859.

- Det Arnamagnæanske Haandskr. Nr. 28. 8^o, Codex Runicus udg. i fotolitografisk Aftryk. Kopenhagen 1877.
- Valdemars sællandske Lov og Absalons sællandske Kirkelov ed. G. Thorsen. Kopenhagen 1852.
- Eriks sællandske Lov ed. G. Thorsen. Kopenhagen 1852.
- Jyske Lov ed. N. M. Petersen. Kopenhagen 1850.
- Aarsberetninger fra det kongelige Geheimearchiv. Bd. II. 1856—1860, Bd. V. 1871—75.
- De med Jydske Lov beslægtede Stadsretter ed. Thorsen. Kopenh. 1855.
- Thorkelin, Samling af danske Kirkelove. Kopenhagen 1781.
- Gildestatuten bei Pappenheim, Die altdänischen Schutzgilden. Breslau 1885. S. 441 ff.

Schweden.

- Schlyter, Corpus iuris Sveo-Gotorum antiqui. Bd. 1—8, 10—12. Stockholm, Lund 1827—1869.
- Bd. I. Westgötalagen utg. af Collin och Schlyter. Stockholm 1827.
- Bd. II. Ostgötalagen utg. af Collin och Schlyter. Stockholm 1830.
- Bd. III. Uplandslagen utg. af Schlyter. Stockholm 1834.
- Bd. IV. Södermannalagen utg. af Schlyter. Lund 1838.
- Bd. V. Westmannalagen utg. af Schlyter. Lund 1841.
- Bd. VI. Helsingelagen, Kristnubalken af Smålandslagen och Bjärköa-Rätten utg. af Schlyter. Lund 1844.
- Bd. VII. Gotlandslagen utg. af Schlyter. Lund 1852.
- Bd. VIII. Wisby Stadslag och Sjørätt utg. af Schlyter. Lund 1853.
- Bd. X. Konung Magnus Erikssons Landslag utg. af Schlyter. Lund 1862.
- Bd. XI. Konung Magnus Erikssons Stadslag utg. af Schlyter. Lund 1865.
- Bd. XII. Konung Christoffers Landslag utg. af Schlyter. Lund 1869.
- Äldre Västgötalagen normaliserad Text ed. Adolf Noreen u. Eugène Schwartz. Upsala 1876.
- Äldre Västgötalagen, öfversatt och förklarad af Ivar Otman. Helsingfors 1883.
- Fragment af äldre Vestgötalagen. Utg. af G. E. Klemming. Stockholm 1874 (in Svenska Fornskr. Sällsk. Allm. Årsmöte 1874).
- Yngre Vestgötalagens äldsta fragment, antecknade af Lydekin omkring år 1300, utg. af G. E. Klemming 1880 (in Svenska Fornskr. Sällsk. Allm. Årsmöte 1880 S. 179—216).
- Ostgötalagen Aftryck efter 1830 års upplaga ombesörjdt af L. F. Leffler. Upsala 1880.
- Säve Gutniska Urkunder: Gutalag, Gutasaga och Gotlands Runinskrifter. Stockholm 1859.

- Magnus Erikssons Gårdsrätt ed. G. E. Klemming 1871 (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1871).
 Eriks af Pommern Gårdsrätt ed. G. E. Klemming 1871 (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1871).
 Schröder, J. H., Reginae Margaretae ius aulicum. Upsala 1842.
 Reuterdahl, Statuta synodalia veteris ecclesiae sveo-gothicae. Upsala 1841.
 Widmark, F., Valda stycken ur Sveriges gamla Lagar öfversatta och förklarade. Upsala 1864.

Gildestatuten.

- Klemming, G. E., Skrå-Ordningar in Sammlingar utg af Svenska Fornskr. Sällskapet. Stockholm 1856.
 Derselbe, Bröderna af S. Gertruds Gille i Stockholm 1419—1484 (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1882 S. 299—318).
 Derselbe, Stadga för ett St. Görans Gille (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1876).
 Derselbe, Stadga för ett Junøfru Mariae Gille (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1877).
 Derselbe, Skogs Stadga för Medals Treding i Trögt af år 1369. Stockholm 1872.
 Derselbe, Stadga för St. Görans Gille vid Koppaberget (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1874).
 Derselbe, Stadga för rett St. Eriks Gillan in Upsala (in Sv. F. S. Allm. Årsmöte 1875).

Norwegen.

- Norges gamle Love indtil 1387. 4 Bde. Christiania 1846—1885.
 Bd. I: ed. R. Keyser og P. A. Munch. Norges Love ældre end Kong Magnus Haakonssøns Regjerings-Tiltrædelse i 1263. Christiania 1846.
 (Den ældre Gulathings-Lov. Den ældre Frostathings-Lov. Kong Haakon Haakonssøns islandske Lov, Hákonarbók. Den ældre By-Lov eller Bjarkø-Ret. Den ældre Borgarthings eller Vikens Christenret. Den ældre Eidsivathings-Christenret. Kong Sverres Christenret. Retterbøder og Forordninger.)
 Bd. II: ed. R. Keyser og P. A. Munch. Lovgivningen under Kong Magnus Haakonssøns Regjeringstid fra 1263—1280, tilligemed et Supplement til første Bind. Christiania 1848.
 (Den nyere Lands-Lov. Den nyere By-Lov. Nyere Christenret udg. af Kong Magnus Haakonssøn. Nyere Christenret udg. af Erkebiskop Jon den yngre. Hirdskraa. Retterbøder og Forordninger. Supplement til I. Bind.)
 Bd. III: ed. R. Keyser og P. A. Munch. Lovgivningen efter Kong Magnus Haakonssøns Død 1280 indtil 1387. Christiania 1849.
 Bd. IV: ed. G. Storm. Supplementer til de tre foregaaende Bind samt Haandskriftbeskrivelse med Facsimiler. Christiania 1885. (Zu Bd. IV vgl. K. Maurer in Krit. V.-J. Bd. XXIX S. 68—77; von Amira in Göttinger gelehrte Anzeigen 1886.)

Sievers, Ed., Tübinger Bruchstücke der älteren Frostuthingslög. Halle 1886 (dazu von Amira in Gött. gelehrt. Anz. 1886).

Gildestatuten.

Statut der St. Olafsgilde bei Thorkelin, Dipl. Arna-Magnæan. Theil II.

Island.

Grágás, Islændernes Lovbog i Fristatens tid udg. efter det kongelige Biblioteks Haandskrift og oversat af Vilhjálmur Finsen. Kopenhagen 1852—1870.

Grágás, Stadarhólsbók udg. af Kommissionen for det Arnamagnæanske Legat. Kopenhagen 1879.

Grágás, Skálholtsbók etc. udg. af Kommissionen for det Arnamagnæanske Legat. Kopenhagen 1883. (Enthält auch das Ordregister.)

Ius ecclesiasticum novum sive Arnæanum ed. Thorkelin. Kopenhagen 1777.

Hin forna lögbók Islendinga sem nefnist Járnsíða edr Hákonarbók ed. Th. Sveinbjörnsson. Kopenhagen 1847.

Hákonarbók siehe N. G. L. Bd. I.

Jónsbók in Norg. gaml. Love. Bd. IV S. 185 ff.

Lovsamling for Island udg. af O. Stephensen og J. Sigurdsson. Kopenhagen 1853 ff.

II. Mittelbare Rechtsquellen.

Dänemark.

Geschichtsquellen.

Saxo Grammaticus ed. P. E. Müller et Velschow. 1839—1858.

Saxo Grammaticus ed. Holder. 1885.

Langebeck, J., Scriptores rer. Danicarum mediæ aevi. VIII Bde. Kopenhagen 1772—1834. Bd. IX Register. Kopenh. 1878.

Jómsvíkinga Saga utg. af G. Cederschiöld. Lund 1875.

Knytlíngasaga in Fornmannasögur XI. (s. S. 215.)

Urkunden.

Diplomatarium Arna-Magnæanum ed. Thorkelin. 2 Bde. 1786.

Nielsen gamle jyske Thingsvidner. Kopenhagen 1882.

Codex Esromensis Esrom Klosters Brevbog udg. ved O. Nielsen. Kopenhagen 1880—81.

Molbech C. u. Petersen, N. M., Udvalg af utrykte danske Breve og Diplomer. 1842—1858.

Seidelin, Diplomatarium Flensborgense 1865—1873.

Diplomatarium Vibergense. Kopenhagen 1879.

Terpiger Ripae Cimbricae. Flensburg 1736.

Nielsen, Kjøbenhavns Diplomatarium. 1872—1886. 7 Bde.

Hasse, P., Das Kieler Stadtbuch aus den Jahren 1264—1289. Kiel 1875.

Hansisches Urkundenbuch. 2 Bde. Halle 1876—1879.

Nielsen, O., Ribe „oldemoder“. Samling af Adkomster etc. Kopenhagen. 1869.

- Liber census Daniae. Kong Valdemar den andens jordebog udg. af Dr. phil. O. Nielsen. Kopenhagen 1873.
- Urkundensammling der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte. 4 Bde. 1839—1875.
- Schleswig-Holstein-Lauenburgische Regesten und Urkunden, herausg. von P. Hasse. Hamburg 1884. ff.
- Regesta diplomatica historiae danicae. Bd. I. II. 1847. 1870. Series II./1—5. 1880 ff.
- Kolderup Rosenvinge. Udvalg af gamle danske Domme. Kopenhagen 1842—1848.
- Vgl. ausserdem die bei Langebeck scriptores abgedruckten Urkunden.

Schweden.

Geschichtsquellen.

- Scriptores rerum Suecicarum. 3Bde. Upsala 1818. 1828. 1871. 1876.
- Adami Bremensis historia ecclesiastica in Monumenta Germaniae historica tom. VII.
- Um styrilsi kunga ok höfþinga ed. Geete. Stockholm 1878.
- Historia Gotlandiae in Schlyter corpus iuris VII.
- Vita S. Anskarii in Monumenta Germ. ed. Waitz 1884.
- Hervarar saga ok Heidreks ed. Bugge. Kristiania 1865.
- Olai Petri Svenska Krönika utg. af G. E. Klemming. Stockholm 1860.
- Urkunden.
- Diplomatarium Suecanum ed. J. G. Liljegren, später B. E. Hildebrand. Stockholm 1829 ff.
- Svenskt Diplomatarium från och med år 1401. Stockholm 1875 ff.
- Svenska Riks Archivets Pergamentsbref von 1351—1400. Stockholm 1860—1868.
- Hausen Bidrag till Finlands Historia. Helsingfors 1881—1883.
- Diplomatarium Dalecarlicum. 3 Thle. mit Suppl. Stockh. 1842—53.
- Rydberg, O. S., Sverges Traktater med främmande Magter. Stockholm 1877. Theil I. (822—1335*) Theil II 1883, Theil IV/1 1885.
- Hildebrand, H., Stockholms stads jordebok 1420—1474. Stockholm 1876.

Runen.

- Monumenta Runica . . . Tillägg till Svenskt diplomatarium. Stockholm 1834.
- Rune-Indskriften paa Ringen i Forsa Kirke i Nordre Helsingland udg. af Sophus Bugge (Christ. Univers. Festskrift 1877).
- Bugge S., Tolkning af runeindskriften på Rökstenen i Östergötland. (Antiquarisk Tidsskr. för Sverige V.)
- Hjärne, H., Runinskriften på Forsaringen (Nordisk Tidsskrift for filologie V, 177 ff.).

Norwegen.

Geschichtsquellen.

- Storm, Sigurd Ranessöns Proces. Kristiania 1877.
- Symbolae ad historiam antiquiorem rerum Norwegicarum ed. P. A. Munch. Christiania 1850.

- Monumenta historica Norvegiae udg. G. Storm. Kristiania 1880.
 A'grip af Noregs Konunga sögum. Kopenhagen 1880.
 Fornmannasögur eptir gömlum handritum útgefnar að tilhlutum
 hins Konungl. Norrœna Fornfrœða Félags. XII Bde. Kopen-
 hagen 1825—1837. 8^o.
 Saga Olafs Konungs Tryggvasunar. Kong Olaf Tryggvesöns saga
 forfattet af Odd Snorreson Munk i Thingeyre Kloster paa
 Island udg. af P. A. Munch. Christiania 1858.
 Olafs saga hins helga. En Kort Saga om Kong Olaf den Hellige
 fra anden Halvdeel af det XII. Aarh. Udg. af R. Keyser og
 C. R. Unger. Christiania 1849.
 Morkinskinna udg. af C. R. Unger. Christiania 1867.
 Fagrskinna ed. P. A. Munch u. C. R. Unger. Christiania 1847.
 Heimskringla eller Norges Kongesagaer af Snorre Sturlassøn udg.
 ved C. R. Unger. Christiania 1868.
 Codex Frisianus, En Samling af Norske Konge-Sagaer. Christiania
 1871.
 Konunga sögur. Sagaer om Sverre og hans Efterfølgere udg.
 af C. R. Unger. Christiania 1873.
 En Tale mod Biskopperne, et politisk Stridskrift fra Kong Sverres
 Tid udg. ved G. Storm. Kristiania 1885.
 Speculum regale ed. Brenner. München 1881.
 Flateyjarbók Bd. I—III. Christiania 1860—1868.

Urkunden.

- Diplomatarium norvegicum. XI Bde. Christiania 1849—1884.
 Codex diplomatarius monasterii St. Michaelis Bergensis dioecesis
 vulgo Munkalif dicti ed. Munch. Christiania 1845.
 Aslak Bolts Jordebog ed. P. A. Munch. Christiania 1852.
 Biskop Eysteins Jordebog (Den røde Bog) ed. Huitfeldt. Christiania
 1879.
 Björgynjar Kalfskinn, Registrum praediorum et redituum ad ec-
 clesias dioecesis Bergensis saeculo P. C. XIV. pertinentium
 ed. P. A. Munch. Christiania 1843.

Island.

Geschichtsquellen.

- Íslendingasögur, udg. efter gamle Haandskrifter af det kongelige
 Nordiske Oldskrift-Selskab. Kopenhagen. 2 Bde. 1843—1847.
 Bd. I: Íslendingabók, Landnámabók,
 Bd. II: Harðar saga Grímkelssonar, Hænsa Þóris Saga,
 Gunnlaugs saga Ormstúngu, Saga af Víga-Styr ok
 Heiðarvigum, Kjalnesingasaga.
 Sagan af Agli Skallagrímssyni. Reykjavík 1856.
 Bjarnar saga Hítðælakappa. Kopenhagen 1847.
 Sagan af Helga ok Grími Droplaugarsonum. Kopenhagen 1847.
 Fljótsdælasaga hin meiri . . . eller Droplaugarsonasaga ed. Kålund.
 Kopenhagen 1883.

- Fóstbrædra saga. Kopenhagen 1852.
 Laxdæla saga. Kopenhagen 1826.
 Eyrbyggja saga. Leipzig 1864.
 Fornsögur, Vatnsdælasaga, Hallfredarsaga, Flóamannasaga. Leipzig 1860.
 Islenskar fornsögur gefnar út af hinu íslenska bókmentafélagi
 III Bde. Kopenhagen 1880. 1881. 1883.
 Bd. I. Glúma og Ljósvetninga Saga.
 Bd. II. Reykdæla og Valla-Ljóts Saga.
 Bd. III. Svarfdælasaga und Þórleifs Þátr jarlsskálds.
 Finnþoga saga hins ramma ed. Gehring. Halle 1879.
 Grettissaga. Kopenhagen 1859.
 Bandamannasaga ed. G. Cederschiöld. Lund 1874.
 Hrafnkels saga Freysgoða. Kopenhagen 1847.
 Tver sögur af Gísla Súrssyni udg. ved. K. Gislason. Kopenh. 1849.
 Gullþórissaga ed. K. Maurer 1858.
 Vapnfirdingasaga. Kopenhagen 1848.
 Kormaks saga ed. Möbius. Halle 1886.
 Njála. Kopenhagen 1875.
 Havardar saga Isfirdings. Kopenhagen 1860.
 Gudbrandr Vigfusson and F. Y. Powell, An Icelandic prose reader.
 Oxford 1879.
 Sturlungasaga including the Islendinga saga by Dr. Gudbrand
 Vigfusson. Oxford 1878.
 Biskupa sögur. Kopenhagen 1858—1878.
 Sæmundaredda hins fróða ed. S. Bugge. Christiania 1867.
 Edda Snorra Sturlusonar ed. Þórleifr Jónsson. Kopenhagen 1875.
 Völsungasaga in Norrøne Skrifter af sagnhistorisk Indhold ed.
 Bugge. Krist. 1865.
 Corpus poeticum boreale. The poetry of the old northern tongue
 from the earliest times to the thirteenth century. Ed. . .
 G. Vigfusson and F. Y. Powell I. II. Oxford 1883.

Urkunden.

- Diplomatarium islandicum, Bd. I. Kopenhagen 1857—1876.
 Maldaga Bækur Hoola domkyrkun in: Tímarit gefið út af J. Þeturssyni I. Reykjavík 1869.
 Reykjaholtsmáldagi, udg. af Samfund til udgivelse af gammel
 nordisk litteratur. Kopenhagen 1885.

C. Quellengeschichte.

I. Unmittelbare Rechtsquellen.

- Maurer, K., Überblick über die Geschichte der nordgermanischen
 Rechtsquellen in Holtzendorffs Encyclopädie der Rechtswissen-
 schaften. 4. Aufl. Leipzig 1882. Nr. 5.
 Maurer, K., Udsigt over de nordgermaniske Retskilders Historie.
 Kristiania 1878.

Grimm, J., Literatur der altnordischen Gesetze in der Zeitschr. für geschichtl. Rechtswissenschaft. Bd. III, Berlin 1817. S. 73 ff.

Dänemark.

Kofod Ancher, En Dansk Lov Historie. 2 Theile. Kopenhagen 1769—1776.

Daresté, R., Les anciennes lois du Danemark im Journal des Savants 1881 p. 108 ff.

Larsen, J. E., Samlede Skrifter. Bd. I, S. 35—210

Schlegel, J. F. W., Om de gamle Danskes Retssaedvaner og Autonomie. 1827. (Danske Vidensk. Selsk. philosoph. og hist. Afhandl. III.)

Schlyter, C. J., „Företal“ in der Ausgabe von Skånelagen. S. CI ff. Kolderup-Rosenvinge, Om den saakaldte ny Sjellandske Lovs Alder. (Det skand. Litt. Selsk. Skrifter. Bd. 17) 1820. Auch als Einleitung seiner Ausgabe (vergl. oben S. 210).

Kinch, J., Om Thord (Degn) og hans Artikler in Saml. til jydsk Historie og Topogr. II.

Jørgensen, A. D., Om Forholdet mellem den søllandske og den skaanske Kirkelov (Annaler for n. Oldkyndigh. 1873).

Forchhammer, Geschichte des Schleswiger Stadtrechts (in Falcks Staatsbürgerlichem Magazin Bd. III, 1823, S. 527 ff.).

Paulsen, Chr., Beiträge zu der Geschichte der süd-jütischen Stadtrechte (im Staatsbürgerl. Magazin Bd. V, S. 54 ff.).

Sarauw im Neuen staatsbürgerlichen Magazin VII, IX.

Thorsen in: Vorerinnerung zu der Ausgabe der Stadtrechte.

Nitzsch, K. W., Deutsche Studien. Berlin 1879.

Hasse, P., Das Schleswiger Stadtrecht. Kiel 1880 (dazu Jørgensen in den Aarbøger 1880 S. 1—46, Secher in der Historisk Tidsskr. V, 2, S. 196—219).

Hasse, P., Die Quellen des Ripener Stadtrechts. Hamburg 1883 (dazu Pappenheim in Kr. Viertelj. Bd. 26 S. 579—585).

Frensdorff, F., Das Stadtrecht von Ripen in seinem Verhältnisse zu dem von Lübeck. (Hansische Geschichtsblätter Jahrg. 1883.)

Secher, V. A., Den saakaldte Erik Glippings almindelige byret (Universitetsjubilæets danske Samfunds „Blandingere“).

Steenstrup, Danelag. Kopenhagen 1882.

Juel, Om fremmede Loves indflydelse paa Retsudviklingen i Sønderjylland indtil Midten af det 13. Aarhundr. in slesvigske Prov. Efterr. I—III.

Pappenheim, Die altdänischen Schutzgilden. 1885. S. 125 ff.

Schweden.

Wilde, Sveriges beskription lagars grund, art och upprinnelse samt ålder, omskiftelse och fornyselse. Stockholm 1736.

Wilda, W. E., Strafrecht der Germanen. 1842. S. 26—51.

Schlyter, C. J., in den Vorworten zu den Ausgaben der einzelnen Landschaftsrechte (siehe ob. S. 211).

- Maurer, K. in Kritische Vierteljahrsschrift. Bd. XIII. (1871.)
SS. 51—89.
- Daresté, R., Mémoire sur les anciennes lois suédoises. Paris 1880.
- Schlyter, C. J., Juridiska Afhandlingar II. Lund 1879. SS. 38—172,
192—200.
- von Amira, K., Nordgermanisches Obligationenrecht I. 1882. S. 2 ff.
- Leffler, L. Fr., Om den fornsvenska hednalagen (in Kongl. Ak.
Månadsbl. 1879. SS. 100—140).
- Leffler, L. Fr., Om 1607 års upplaga af Uplandslagen in Upsala
universitets. Årskr. 1880.
- Schlyter, C. J., Om en föregifven ännu i behåll varande äldre redaktion
af Södermannalagen in Acta Universitatis Lundensis XVII.
1880. 1881.
- Fant, Fr., De moribus veterum Helsingiorum et occasione legum
eorum provincialium. Upsala 1788.
- Liljenstrand, A., Om Helsingelagens ålder och betydelse för lag-
skipningen i Finland under äldsta tider (Juridiska föreningens
i Finland Tidskrift II). Helsingfors 1866.
- Klemming, G. E., Upplysningar och Anmärkningar om . . . den
förlorade Söderköpings-Rätten (K. Vitterhets . . . Handlingar
Th. XXV) 1867.
- Holtius, Over Wisby en het Wisbysche Zeeregt. Utrecht 1851.
- Höhlbaum, K., Wisbysches Seerecht. (Mitteilungen aus dem Stadt-
archiv zu Köln VIII, 39 f.)
- Hjärne, H., Om förhållandet mellan landslagens bade redaktioner
in Upsala Univers. Årskr. 1884.
- Hjärne, H., När antogs K. Magnus Erikssons Landslag? (Kongl. . .
Ak. Månadsbl. 1874, SS. 88—92).
- Maurer, K., Zum alten schwedischen Hofrecht in Germania
XXIV, S. 64.
- Maurer, K., Das älteste Hofrecht des Nordens. München 1877.

Norwegen.

- Maurer, K., Gulapingslög in Ersch und Grubers Encyclop. Section I.
Bd. 97.
- Aubert, L. M., En Udsigt over de norske Loves Historie indtil
Nutiden. Kopenhagen 1875. (Dazu K. Maurer in Krit. Viertel-
jahrsschr. XVII, 469 ff.)
- Daresté, R., Les anciennes lois de la Norvège. (Journal des
Savants 1881 p. 242 ff., 297 ff.)
- Brandt, Fr., Forelæsninger over den norske Retshistorie I, 1880. S. 4 ff.
- Maurer, K., Die Entstehungszeit der älteren Gulapingslög (Abh.
der k. bayr. Akad. der Wissensch. I. Cl. XII. Bd. 3. Abth.),
München 1872.
- Maurer, K., Die Entstehungszeit der älteren Frostupingslög (Abh.
der k. bayr. Akad. der Wissensch. I. Cl. XIII. Bd. 3. Abth.),
München 1875.

- Maurer, K., Das sog. Christenrecht König Sverrirs (bei Bartsch Germanistische Studien I, 1872).
- Maurer, K., Studien über das sog. Christenrecht König Sverrirs (Festgabe zum Doctorjubiläum von Spengels). München 1877.
- Storm, G., Om Haandskrifter og Oversættelser af Magnus Lagabøters Love. (Christiania Videnskabselskabs Førhandlinger 1879 SS. 22—45.)
- Maurer, K., Die Eingangsformel der altnordischen Rechts- und Gesetzbücher (Sitzungsber. der kgl. bayer. Akad. der Wiss. philos.-philol. Cl. 1886).

Island.

- Detharding, G., Abhandlung von den isländischen Gesetzen. Hamburg 1748.
- Schlegel, J. F. G., Om den gamle islandske Lov- og Retsbog, kaldet „Graagaas“ (in Nordisk Tidsskrift for Oldkyndighed I. 1832, SS. 109—150).
- Schlegel, J. F. G., Commentatio historica et critica de Codicis Grágás origine etc. (in Hin forna Lögbók Islendinga sem nefnist Grágás S. XIV ff. Kopenhagen 1829).
- Einarson, Bald., Bemærkninger om den gamle islandske Lov Graagaasen (in Juridisk Tidsskr. Bd. XXII). Kopenh. 1834.
- Maurer, K., Ueber die isländischen Gesetze und deren Ausgaben (in Krit. Ueberschau Bd. I, S. 277 ff.).
- Sveinbjørnsson, Om den ældre islandske Kristenret er en Del af Graagaasen (in Jur. Tidsskr. Bd. XXIV).
- Maurer, K., Grágás in Ersch und Grubers Encyclopädie, Section I, Theil 77 (dazu Rive, Zur nordischen Rechtsgeschichte in Krit. Vierteljahrssch. VII, S. 56 ff.).
- Finsen, V., Om de islandske Love i Fristatstiden (in Aarbøger for nordisk Oldkyndigh. 1873, SS. 101—250).
- Maurer, K., Ueber das Alter einiger isländischer Rechtsbücher (in Germania XV, SS. 1—17).
- Finsen, V., Förerindring zur Ausgabe der Stadarhólsbók, insb. S. VIII ff.
- Finsen, V., Förerindring zur Ausgabe der Skálhólsbók S. XXXII ff.
- Dareste, R., Les anciennes lois de l'Islande (im Journal des Savants 1881 p. 490 ff.).

II. Mittelbare Rechtsquellen.

- Usinger, Dänische Annalen und Chroniken des Mittelalters. Hannover 1861.
- Steenstrup, Indledning i Normannertiden. Kopenhagen 1876.
- Müller, C. P., Om kong Valdemars Jordebog. (Vidensk. Selsk. Skrifter. 5 Række. 4. Bd. SS. 163—282.)
- Erslev, Kr., Kong Valdemars Jordebog og den nyere Kritik. (Historisk Tidsskr. 4 Række. 5. Bd. S. 56 ff.) Kopenhagen 1875.
- Müller, P. E., Om den islandske Historieskrivnings Oprindelse etc. (in Nordisk Tidsskr. for Oldkyndighed Bd. I.).

- Maurer, K., Die Quellenzeugnisse über das erste Landrecht und über die Ordnung der Bezirksverfassung des isländischen Freistaates. München 1864. (Abh. der k. bayer. Akad. der Wissensch. I. Cl. XII. Bd. 1. Abth.)
- Maurer, K., Ueber die Ausdrücke: altnordische, altnorwegische und isländische Sprache. München 1867. (Abh. der k. bayer. Akad. der Wissensch. I. Cl. XI. Bd. 2. Abth.)
- Maurer, K., Ueber die Hænsa-þóris Saga. München 1871. (Abh. der k. bayer. Akad. der Wissensch. I. Cl. XII. Bd. 2. Abth.)
- Storm, G., Snorre Sturlassons Historieskrivning. Kopenhagen 1873.
- Jessen, E., Glaubwürdigkeit der Egilssaga und anderer Isländ. Sagas (in Historische Zeitschrift Bd. XIV, S. 61 ff.).
- Brenner, O., Ueber die Kristni-Saga. München 1878.
- Gudbrandr Vigfusson, Prolegomena zur Ausgabe der Sturlunga.
- Lehmann, K. und Schnorr von Carolsfeld, H., Die Njálssage, insbesondere in ihren juristischen Bestandtheilen. Berlin 1883.
- Wimmer, L., Runeskiftens Oprindelse og Udvikling i Norden. Kopenhagen 1874.

D Allgemeine Rechtsgeschichte.

- Grimm, J., Deutsche Rechtsalterthümer. 3. Aufl. Göttingen 1881.
- Vigfusson G. und F. Y. Powell, Traces of old Law in the Eddic lays (in Grimm centenary). Oxford 1886.
- Boesen, J. E., Træk af retsudviklingen i Norden i den ældre middelalder. Kristiania 1883. (Udsigt over det philol. hist. Samfunds Virksomhed 1880—1882.)
- Kofod-Ancher, Samlede juridiske Skrifter, udg. af Schlegel und Nyerup. Kopenhagen 1807—1811.
- Kolderup-Rosenvinge, Grundrids af den danske Retshistorie. 3. Aufl. 1860.
- Larsen, J. E., Samlede Skrifter. I. Afd. Kopenhagen 1857—1861.
- Stemann, Chr. L. E., Den danske Retshistorie. Kopenhagen 1871.
- Derselbe, Geschichte des öffentlichen und privaten Rechts des Herzogthums Schleswig. 3 Bde. Kopenhagen 1866. 1867.
- Hasse, P., Dänenrecht und Fremdenrecht in Dänemark zur Zeit Waldemars II. (Als Manuscript gedruckt.) Kiel 1883.
- Stjernhöök, Joh., De jure Sveonum et Gothorum vetusto libri duo. Holmiae 1672.
- Loccenius, Joh., Antiquitatum Sveo-Gothicarum libri 3. Editio 4^o. Frankfurt 1676.
- Lundius, Chr., Selectiores dissertationes juridicae ed. Nettelbladt. Greifswald 1743.
- Nordström, J. J., Bidrag till den svenska Samhälls-författningens Historia. Helsingfors 1839, 1840.
- Naumann, Chr., Svenska Statsförfattningens historiska utveckling. Stockholm 1866—1875.

- Neumann, Chr., Sveriges Statsförfattningsrätt. Första Bandet. Statsförfattningsens Historia. Stockholm 1876—1879.
- Wolff, Jemferande rättshistoriska studier till de tolf lagornes lag. Göteborg 1884.
- Keyser, R., Efterladte Skrifter. Bd. II. Christiania 1867 (dazu K. Maurer in Krit. V. J, X, 360 ff.).
- Brandt, Fr., Forelæsninger over den norske Retshistorie. 2 Bde. Kristiania 1880. 1883 (dazu K. Maurer in Krit. Vierteljschr. XI, S. 410 ff.).
- Sveinn Sölvason, Tyro juris. 2. Aufl. 1799.

E. Verfassungsgeschichte.

- Aschehoug, T. H., Statsforfatningen i Norge og Danmark indtil 1814. Kristiania 1866.
- Rothc, Tygo, Nordens Staatsverfassung. Ins Deutsche übersetzt von Reichel. Leipzig 1784. 1789.
- Molbech, Indledning til en Skildring af de Germanisk-Skandinaviske Forfatning. (Dansk histor. Tidsskr. IV, 369 ff.)
- Lehmann, K., Der Königsfriede der Nordgermanen. Berlin 1886.
- Olufsen, C., Bidrag til Oplysning om Danmarks indvortes Forfatning i de ældre Tider. (Kongelig Danske Vidensk. Selskabs. Skr. I, 1823.)
- Schlegel, Danmarks Statsret I. Kopenhagen 1827.
- Holberg, L., Leges Waldemari regis. Kopenhagen 1886.
- Nielsen, Bidrag til Oplysning om Sysselindelningen i Danmark. Kopenhagen 1867.
- Steenstrup, J., Studier over K. Valdemars Jordebog 1873. 1874.
- Larsen, J. E., Om de danske Kongers personlige Deeltagelse i Retspleien (in Saml. Skr. I, 2 S. 303 ff.).
- Larsen, J. E., Om Kongemagtens Arvelighed (in Saml. Skr. I, 2 S. 171 ff.).
- Werlauff, Historisk Undersøgelse om de danske Kongers Krøning og Salving. (Molbechs Nord. Tidsskr. Bd. 4 S. 165 ff.) Kopenhagen 1836.
- Jørgensen, A. D., Det gamle danske Kongevåben. (Aarbøger 1879 S. 21 ff.)
- Larsen, J. E., Om Rigsdage og Provindsialforsamlinger samt Rigsraadet i Danmark fra det 13te Aarhundrede (in Saml. Skr. I, 2 S. 213 ff.).
- Jahn, Almindel. Udsigt over Nordens især Danmarks Krigsvæsen i Middelalderen 1825.
- Velschow, De Danorum institutis militaribus. Kopenhagen 1831.
- Fries G., Bemærkninger til nogle Punkter i Kong Frodes Lov for Hæren. (Aarbøger for nord. Oldkyndighed 1882. S. 233 ff.)
- Velschow, H. M., Om Bryderne en egen Classe af den danske Bondestand i Middelalderen. (Histor. Tidsskr. 1840 I.)

- Petersen, N. M., Bonde, Bryde og Adel. (Annaler for nord. Oldkynd. 1847 S. 228 ff.)
- Kinch, J., Om den danske Adels Udspring fra Thinglid. (Aarbøger 1875 SS. 247—350.)
- Olufsen, Nogle Bemærkninger om de danske Herregaarde. (Det skand. Litt. Selsk. Skrifter Bd. XXV, S. 135 ff.)
- Molbech, Bemærkninger angaaende Hoveriets, Vornedskabets og Herregaardenes Oprindelse i Danmark. (Histor. Tidsskr. II, S. 393 ff.)
- Jørgensen, A. D., Bidrag til oplysning af middelalderens love og samfundsforhold (in Aarbøger 1872. 1876: Oldinge, Lagkøb, Ed af Højste-Lag, Witherlogh, Worthhæld, Vabéné, Vabentag).
- Nielsen, O., Kjøbenhavns Historie og Beskrivelse. Kopenhagen 1877 ff.
- Nielsen, O., Undersøgelser om Kjøbenhavns ældste Forhold. (Danske Saml. 2 Række. Bd. IV, SS. 234—258.)
- Heise, A., Det ældste Kjøbenhavn og den nyere granskning. (Historisk Tidsskr. 5 Række. Bd. II.)
- Jørgensen, D. A., Det ældste Kjøbenhavn. (Aarbøger 1872. 1877. 1881.)
- Heise, A., Det ældste Kjøbenhavn og den nyere granskning. (Aarbøger 1882.)
- Kinch, J., Ribe Bys Historie og Beskrivelse, 2 Bde. Ribe 1869—1884.
- Engelstoft, C. J., Odense Byes Historie. Odense 1862.
- Sach, Geschichte der Stadt Schleswig. Schleswig 1875.
- Finn Magnussen, Om de oldnordiske Gilders Oprindelse og Omdannelse. (Tidsskr. for nordisk oldkyndighed Bd. II.) Kopenhagen 1829.
- Wilda, W. E., Das Gildenwesen im Mittelalter. Berlin 1831.
- Hartwig, Untersuchungen über die ersten Anfänge des Gildenwesens. (Forschungen zur deutschen Geschichte I.)
- Wedel, F., Gilder og Laug i Flensborg. Kopenhagen 1874.
- Pappenheim, M., Die altdänischen Schützgilden. Breslau 1885. (dazu von Amira in den Göttinger gelehrt. Anzeig. 1886, Maurer in der Krit. Viertelj. XXVIII, Lehmann in der Zeitschrift für Handelsrecht XXXII.)
- Kofod Ancher, Den danske Lehnret (in Saml. Skr. III). Kopenhagen 1777.
-
- Schlyter, C. J., Tentamina ad illustrandam historiam iuris Scandinavici. Lund 1829.
- Schlyter, C. J., Juridiska Afhandlingar I. II. Upsala 1836. Lund 1879.
- Bring, E. S., De veterum Suecorum et Gothorum præcipuis, quæ rempublicam spectant, institutis. Lund 1823—1826.
- Bring, E. S., Om statsförfattningen och krigsväsendet hos de fordna Svear och Göther. Lund 1832.
- Tengberg, R., Om den äldsta territoriala indelningen och förvaltningen i Sverige. Stockholm 1875.

- Silfverstolpe, G. A., Den svenska statsförfattningens historia. Stockholm 1809.
- von Nordenflycht, F. O., Die schwedische Staatsverfassung in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Berlin 1861.
- Malmström, C. G., Om Centralisation, Embetsmän och Län i Sverige under Medeltiden. (Bergstedts Tidsskr. för Litteratur 1851.)
- Nordström, Om läns författningen i den svenska nordn indtil Gustav I. tid. 1826.
- Rydberg, S., Svearnas och Göthernas Strid om Konungavalet. Lund 1830.
- Fahlbeck, P. E., Den s. k. striden, siehe oben 209.
- Järta, C. T., Anmärckningar angående striden mellan Konungamakt och Furstevælde i Sverige. (K. Vitterhets Akad. Handlingar 1846.)
- Runbom, C. L., Om Konungavalen enligt landslågerna. (Nord. Univ. Tidssk. X.)
- Frondin, El., Electio regum ad lapides Morenses, Morastena. Upsala 1741. 4^o.
- Wingquist, Om svenska representationen i äldre tider. Stockholm 1863.
- Alin, O., Bidrag till Svenska Rådets historia under Medeltiden. Upsala Univ. Årsskr. 1872.)
- Petri, C. Magn., Om Vestgötalagmannen Eskil, ett blad ur Sveriges medeltids historie. Lund 1859.
- Rabenius, O., De antiquis Vestrogothiae legiferis. 1769.
- Linder Hjalmar, De svenske lagmännens ställning till Konung och folk etc. Upsala 1875.
- Bergfalk, Om svenska jordens beskatning til och med början af 17. årh. Upsala 1832.
- Ramstedt, C. W., Om Krigs- och Skatteväsendet i Svealandens Lagar. Upsala 1875.
- Styffe, C. G., Framställning af de så kallade Grundregalernas uppkomst etc. (K. Vitterhets . . . Handlingar IV.)
- Schröder, J. H., Om de äldsta Ståndsförhållanden i Skandinavien. Upsala 1847. 1848.
- Cronholm, A., De Sueciae nobilium ordine ante unionem Calmariensium instituto. 1848.
- Kreüger, J., Svar på frågan: Hvad innebär titeln „Väpnare“, „Sven af väpnare“, „Af vapen“ som förekommer i svenska handlingar från medeltiden? (Naumanns Tidsskr. för lagst. 1880.)
- Ekmark, Huru i de skandinaviska rikena böndernas ställning utvecklade sig till tiden för enväldet. Stockholm 1869.
- Odhner, Svenska stadsförfattningens Historia. (Vetensk. Soc. Arsskrift 1861.)
- Odhner, Bidrag till Svenska städernas och borgareståndets historia. 1860.

- Maurer, K., Gulabing in Ersch und Grubers Encyclopädie Sect. I, Th. 96.
- Keyser, R., Samlede Afhandlinger Bd. I. Christiania 1873.
- Storm, G. Magnus, Erlingssøns Lov om Kongevalg og Løfte om Kronens Offring. (Christiania Videnskabsselekselskabs Forhandlinger 1880 Nr. 14.)
- Maurer, K., Ueber die Einziehung der norwegischen Odelsgüter durch K. Harald Hårfagri (in Germania XIV, SS: 27—40).
- Sars, E., Om Harald Haarfagres Samling af de norske fylker. (Historisk Tidsskrift II.) Christiania 1872.
- Werlauff, Om de norske Kongers Salving og Krøning i Middelalderen. 1836. (Kongel. Danske Vidensk. Selsk. hist.-phil. Afhandl.)
- Maurer, K., Das Alter des Gesetzesprecheramtes in Norwegen. München 1875 (dazu v. Amira in Krit. Vierteljahrsschr. XVIII, S. 169 ff.)
- von Richthofen, K., Untersuchungen zur friesischen Rechtsgeschichte. 1882. Bd. II, S. 456 ff.
- Sigurdarson, S., Gaves der noget Lagmands embede i Norge før Sverres tid? (Aarbøger 1879.)
- Schröder, R., Gesetzesprecheramt und Priesterthum bei den Germanen. (Savigny-Zeitschr. IV, S. 215 ff.)
- Lehmann, K., Zur Frage nach dem Ursprunge des Gesetzesprecheramtes. (Savigny-Zeitschr. Bd. VI S. 193 ff.)
- Brandt, Fr., Den norske Krigsforfatning i Middelalderen (in Militært Tidsskrift Bd. 34). Kristiania 1871.
- Hertzberg, E., En fremstilling af det norske aristokratis historie indtil Kong Sverres tid. Kristiania 1869.
- Munch, P. A., Om Adelens Oprindelse. (Norsk Maanedskrift I.)
- Storm, G., Lendermands Klassens Talrighed i det 12. og 13. Aarh. (Historisk Tidsskrift 2 Række IV.)
- Nielsen, Yngv., Det norske Rigsraad. Christiania 1880.
- Maurer, K., Die ärmenn des altnorwegischen Rechts. (Sitzungsber. der kgl. bayer. Akad. der Wissensch. philos.-hist. Cl.) 1879.
- Anchersen, J. P., Ius publicum et feudale veteris Norvegiae ex antiquo iure aulico Hirdskraa in compendium et systema redactum. Kopenhagen 1736.
- Anchersen, J. P., Commentatio iuridico-historica de hospitibus Norvegiae veteris in iure publ. Norv. Gestir appellatis etc. Kopenhagen 1742.
- Hartung, J., Norwegen und die deutschen Seestädte bis zum Schlusse des 13. Jahrhunderts. Berlin 1877.
- Nielsen, Yngv., Bergen fra de ældste Tider indtil Nutiden. 1877.
- Nielsen, Yngv., De dudieske Kopmann unde de Norman. (Christ. Vidensk. Selsk. Forhandl. 1876 Nr. 8.)
- Nielsen, Yngv., Raadmaendene i de norske Kjøbstæderne i Middelalderen. (Christ. Vidensk. Selsk. Forhandl. 1879.)

Hansen, Chr., Det gamle Nidaros. Thronheim 1880.
Maurer, K., Freimarkt (in Germania XIX).

-
- Maurer, K., Die Entstehung des isländischen Staats und seiner Verfassung. München 1852.
Maurer, K., Upphaf allsherjarríkis á Islandi. Islenzkað af Sigurði Sigurðarsyni. 1882.
Vidalin, P., Skýringar yfir fornyrði lögbókar þeirrar er Jónsbok, kallast 1856.
Jón Sigurdsson, Lögsögumannatal og lögmanna á Íslandi. (Safn til sögu Íslands og íslenzka bókmennta II.) Kopenhagen 1860.
Gísli Brynjúlfsson, Um goðorð í fornöld og búðaskipun í þingvöllum. (Ný félagsrit XIII.) 1853.
Maurer, K., Zur Urgeschichte der Godenwürde. (Zeitschr. für deutsche Philologie Bd. IV.)
Brynjólfur Jónsson, Um þridjungamót í Rangárþingi og Arnessþingi á söguöldinni. (Jón Péturssons Tímarit Bd. I.) 1869.
Sig. Vigfússon, Um hof og blótsíðu í fornöld. (A'rbók hins íslenzka fornleifafélags.) Reykjavík 1882.
Páll Melsted, Nyjar athugasemdir við nokkrar ritgjördir um alþingis-málid. 1845.

F. Geschichte des Strafrechts.

- Wilda, W. E., Das Strafrecht der Germanen. Halle 1842.
Weinhold, K., Ueber die deutschen Fried- und Freistätten. Kiel 1864.
Schrevelius, De principiis legislationis poenalis majorum. Lund 1833.
Kolderup-Rosenvinge, Om Blodhævnen hos de gamle Skandinaver. (Juridisk Tidsskrift XX.)
Hagströmer, J., Om Frihetsstraffen. 1875.
d'Olivecrona, K., De la peine de mort 1868 (dazu K. Maurer in Krit. Viertelsschr. VI, S. 404).
Schlegel, Undersögelse om Jævnet-Eeds sande Betydning. (Det sk. L. Selsk. Skr. Bd. XVII S. 331 ff.)
Casse, De autoribus delictorum psychologis 1835.
Schlyter, C. J., Juridiska Afhandlingar I. Utkast till Edsöreslagarnes historia S. 55 ff.
Schlyter, C. J., Tentamina ad illustrandam historiam iuris Scandinavici Fasc. I. Lund 1819.
Bring, De judicio homicidii secundum iura Suiogothicae vetusta. Lund 1820.
Schlyter, C. J., Bilagor till Herr C. J. Lindblads afhandl. om dråp og mord. Stockholm 1832.
Lindblad, J. C., Bihang till de af Herr Schlyter utg. bilagor till afhandlingen om dråp och mord. Stockholm 1833.

- Kolderup-Rosenvinge, Om den oprindelige Bemærkelse af Ordene Mord og Mordbrand. (Nyt jur. Ark. XVII.)
- Thorarinsson, Stephan, De homicidio secundum leges Islandorum antiqua I. 1773.
- Eriksson, J., Commentatio de expositione infantum apud veteres septentrionales. (Anh. zur Ausgabe der Gunnlaugssaga orms tungu 1775.)
- Platz, Wilhelm, Geschichte des Verbrechens der Aussetzung. Stuttgart 1876.
- Grimm, J., Ueber die Notnunft an Frauen. (Ztschr. für deutsches Recht V. 1841.)

G. Geschichte des Kirchenrechts.

- Kolderup-Rosenvinge, Grundrids af den danske Kirkeret. 2 Bdc. Kopenhagen 1838—1840. 2. Aufl. 1851.
- Jón Petursson, Íslenzkur Kírkjurettur. Reykjavík 1863. (dazu K. Maurer in Krit. Vierteljahrsschr. VII, S. 161 ff. 383 ff.)
- Pétur Pétursson, Commentatio de iure ecclesiarum in Islandia ante et post reformationem. Kopenhagen 1844.
- Kolderup-Rosenvinge, Bemærkninger om den Kanoniske Rets Anvendelse i Danmark. (Kirkehist. Samlinger I.)
- Liljenstrand, A. W., Om den Kanoniska rättens inflytande på Sveriges lagstiftning. Helsingfors 1851.
- Rickert, M. B., Om den rätta betydelsen af Västgötalagens inlednings- och slutord. (Nord. tidsskr. for filolog, N. R. III.) Kopenhagen 1879.
- Hofmann, T., Om Oprindelsen til at give og tage Tiende. 2. Aufl. Kopenhagen 1777.
- Maurer, K., Ueber den Hauptzehnt einiger nordgermanischer Rechte. (Abh. der k. bayer. Akad. der W. I. Cl. XIII. Bd. 2. Abth.) München 1874.
- Schroeder, J. H., Prisca episcoporum iura circa beatificationem sanctorum in Scandinavia. Upsala 1842.
- Olafson, J., Syntagma de baptisme sociisque sacris ritibus 1770.
- Olafson, J., De cognatione spirituali. Kopenhagen 1771.
- Kolderup-Rosenvinge, Nogle Bemærkninger om det hemmelige Skriftemaals Anvendelse i Norden. (Kongel. Danske Vidensk. Selsk. hist.-phil. Afhandl. 1845. S. 1 ff.)
- Bring, Sv., Dissertationes theologicae 1750 ff.

H. Geschichte des Processes.

- Kofod-Ancher, Om vore gamle Retter-Ting in Dansk Lov-Historie. 2. Theil S. 406 ff.
- Stein, Geschichte des dänischen Civilprocesses. Kiel 1841.
- Nellemann, Forelæsninger over den ordinaire civile Procesmaade. 3. Aufl. 1881.

- Uppström, Öfversigt af den svenska processens historia. Stockholm 1884 (dazu von Amira in Gött. gel. Anz. 1885).
- Kreüger, Svenska kriminalprocessens utveckling. (Naumanns tidskr. Årg. XX, XXI.)
- Hertzberg, E., Grundtrækkene i den ældste norske Proces. Kristiania 1874 (dazu K. Maurer Kr. V. XVIII S. 32 ff.)
- Brandt, Fr., Forelæsninger over den norske Retshistorie. Bd. II. 1883. S. 157 ff.
- Jón Arnason, Historisk Indledning til den gamle og nye Islandske Rættegang. Kopenhagen 1762.
- Wolff, Th., Zur Geschichte der Stellvertretung vor Gericht nach nordischem Recht. (Zeitschr. für vergl. Rechtswissens. 1885.)
- Sachsse, C. R., Das Beweisverfahren nach deutschem mit Berücksichtigung verwandter Rechte des Mittelalters. Erlangen 1855.
- Maurer, K., Das Beweisverfahren nach deutschen Rechten (in Krit. Ueberschau Bd. V. München 1857).
- Sylov, H., Den materielle Bevissteoris udviklingshistorie i dansk ret. 1878.
- Secher, Om Vitterlighed og Vidnebevis i den ældre danske Proces. Kopenhagen 1885 (dazu K. Maurer in Kr. Viertelsschr. XXVIII, SS. 90—94).
- Kolderup-Rosenvinge, Om Edens Anvendelse til Bevis. (Nyt jur. Ark. XIV, XXI, XXII.)
- Kolderup-Rosenvinge, Dissertatio de usu iuramenti. Kopenhagen 1815.
- Hjärne, H., Om den fornsvenska Nämnden. (Upsala Univers. Årskr. 1872.)
- Schlyter, C. F., Juridiska Afhandlingar I. Anmärkningar angående det forna förhållandet emellan domare och nämnd (S. 209 ff.).
- Afzelius, Om partsed såsom processuelt Institut. Upsala 1879.
- Leffler, L. F., Hedniska edsformulär i äldre Vestgötalagen (Antiquar. Tidskrift för Sverige V).
- Müllenhof, K., Eidring (Zeitschrift für deutsches Alterthum XVII, S. 428 ff.).
- Holmboe, Om Eeds Ringe in Oldtiden. (Christ. Vidensk. Selsk. Forh. 1864 S. 170 ff., 1865 S. 249 ff.)
- Nordström, Skildring af bevisningsmethoderna i brottmål efter de gamla landskapslagarne. Helsingfors 1832.
- Lagus, Om bevisningsmeth. i brottmål efter de gamla landskapslagarne. Helsingfors 1832.
- Aubert, L. M. B., Bevissystemets Udvickling i den norske Criminalproces. (Ugeskr for Lovkyndighed IV.) Christiania 1864.
- Kreüger in Naumanns Tidsskrift for Lagsk. XVIII, S. 641 ff., XX, S. 129 ff.
- Maurer, K., Das Verdachtszeugniss des altnorwegischen Rechtes. (Sitzungsber. der k. bayer. Akad. der Wissens. philos.-hist. Cl. 1883 Heft IV.)
- Kempe, A., Studier öfver den Isländska Juryn enligt Grágás. (Dissert.) Lund 1885 (dazu K. Maurer in Kr. V.-J. XXIX SS. 80—88.)

- Michelsen, Ueber die Genesis der Jury. 1847.
- Repp, Thorl. Gudm., A historical Treatise on Trial by Jury, Wager of Law etc., übersetzt von Buss. Freiburg 1835.
- Dahlmann, Wegweiser durch die Geschichte der englischen Jury (in Zeitschr. für deutsches Recht X. 1846).
- Wilda, W. E., Ueber den Ursprung der Geschwornengerichte. 1848. (Verhandl. der Germanisten zu Lübeck.)
- Wilda, W. E., Ordalien in Ersch und Grubers Encyclop. Sect. III, Bd. IV.
- Maurer, K., Das Gottesurtheil im altnordischen Recht: (Germania XIX.)
- Müller, P. E., De vi formulae „at gánga undir jardaermen“. (Anhang zur Ausgabe der Laxdœlas.)
- Pappenheim, M., Die altdänischen Schutzgilden. 1885. S. 21 ff.
- Thorlacius, B., Om Tvekampe i det hedenske Norden. (Vidensk. Selsk. Skrifter. 1809. 1810.)
- Homeyer, C. G., Ueber das germanische Loosen. (Bericht über die Verh. der Berl. Akad.) 1853.
- Homeyer, C. G., Die Loosstäbchen, ein Nachtrag zu dem german. Loosen. (Symbolae Bethm. Hollwegio oblatae. Berlin 1868.)
- Ödberg, F., Om den Svenske Konungens Domsrätt. Stockholm 1875.
- Kreüger, Om de forna räfst- och rättaretingen. (Naumanns Tidsskr. II.)
- Kreüger, Ytterligare om räfst- och rättaretingen. (Naumanns Tidsskr. XVI.)
- Blomberg, Om Sveriges Högsta Domstols statsrättliga ställning etc. Upsala 1880.
- Lehmann, K., Der Königsfriede der Nordgermanen. 1886. S. 13 ff., 65 ff.
- Kolderup-Rosenvinge, Om Rigens Ret og Dele. Kopenhagen 1848.
- Landtmansson, J. S., Om Concursbo. (Upsala Univ. Årsskr. 1866.)
- Martin, H., Om Ackord i Concurs enligt Svensk Rätt. Upsala 1880.
- d'Olivecrona, K., Bidrag till den Svenska Concurslagstiftningens Historia. (Upsala Univ. Årsskr. 1862.)
- Brandt, Fr., Om foreløbige Retsmidler i den gamle norske Rættengang. Christiania 1862.
- von Amira, K., Nordgermanisches Obligationenrecht I. S. 108 ff.
- von Amira, K., Altnorwegisches Vollstreckungsverfahren. München 1874 (dazu K. Maurer in Kr. Vierteljschr. XVI, S. 82 ff.).
- Lagus, V. G., De remediis iuris contra sententias in genere etc. Åbo 1823.
- Kolderup-Rosenvinge, Bemærkninger over de gamle danske Loves Bestemmelser om Vindikationsretten. Kopenhagen 1819.
- von Brünneck, W., Die Relutionsklagen aus Veräusserungsbeschränkungen um Grundstücke und Mobilien. Königsberg 1873.
- Serlachius, O., Om klander å jord enligt de svenska landskapslagarne. Helsingfors 1884.
- Svend Grundtvig, Om de gotiske folks Våbenéd. Kopenhagen 1871.
- Djurklou, G., Om Vapentaget såsom laglig bekræftelsesform i Sverige. (Svensk Fornminnesføren. Tidsskr. I.)

- Maurer, K., Ueber das vápnatak der nordischen Rechte. (Germania XVI S. 317 ff.)
 Jørgensen, A. D. (in Aarbøger 1876; s. oben auch Verfassungsgeschichte S. 222.)

I. Geschichte des Privatrechts.

- Kongslew, Den danske og norske private Rets første Grunde. Kopenhagen 1781.
 Pausen, Chr., Gesammelte kleinere Schriften. 3 Bde. 1857.
 Calonius, M., Opera omnia. Stockholm. 1829—1836.
 Falck, Handbuch des schleswig-holsteinischen Privatrechts. 5 Bde. 1825—48.
 Paulsen, Lehrbuch des Privatrechts der Herzogthümer Schleswig und Holstein. 2. Aufl. 1842.
 Krieger, Den slesvigske Privatrets specielle Deel. 1855.
 Vedel, E., Den slesvigske Privatrets almindelige Deel. 1857.
 von Amira, K., Nordgermanisches Obligationenrecht. I: 'Altschwedisches Obligationenrecht. Leipzig 1882 (dazu Landtmansson J. S. Svensk Rätthistoria i Utlandet in Ups. Univers. Årsskr. 1883).
-
- Maurer, K., Ueber die Wasserweihe des germanischen Heidenthums. (Abh. der k. bayer. Akad. der W. I. Cl. XV. Bd. 3. Abth.) München 1880.
 Hurtigkarl, F. Th., De servitutis quae inter majores nostros invaluit indole. Kopenhagen 1791.
 Estrup, H., Om Trældom i Norden. Kopenhagen 1823.
 Jøllés, A., Om den Trældom som fandt Sted hos vore norske Forfædre. (Skilling-Magazin IV, 1838 Nr. 11. 12.)
 Eriksen, E., Om Trældom hos Skandinaverne. (Nordisk Univers. Tidsskr. VII, Heft 3. 4. 1861.)
 Gjessing, A., Trældom i Norge. (Annaler for N. Oldk. 1862. SS. 28—323.)
 Maurer, K., Die Schuldknechtschaft nach altnordischem Rechte. (Sitzungsber. der k. bayer. Akad. der Wiss. 1874. I. Philos.-philol. Classe SS. 1—47.)
 Maurer, K., Die Freigelassenen nach altnorwegischem Rechte. (Sitzungsber. der philos.-philol. Classe der Münchener Akad. der Wiss. 1878. I.)
 Nordling, Om präskription enligt svensk allmän förmögenhetsrätt. (Upsala Univers. Fesstkr. 1877.)
 Aschehoug, T. H., Om tinglige Rettigheder efter de gamle norske Love. (Langes Norsk Tidsskr. VII. 1855. S. 209 ff.)
 Michelsen, Die Hausmarke. Jena. 1853.
 Homeyer, C. G., Ueber die Heimat nach altd deutschem Rechte, insbes. über das Hantgemal. (Abh. der Berliner Akad. 1852.)
 Homeyer, C. G., Die Haus- und Hofmarken. Berlin 1870.
 Schlegel, Om Agerdyrkningsens Tilstand før og under de første Valdemare. (Skand. Litt. Selsk. Skr. 1806. Bd. 2.)

- Hanssen, Ansichten über das Agrarwesen der Vorzeit (in Falcks Neues Staatsbürgerl. Magazin. Bd. III. VI.).
- Liljenstrand, A., De Nordiska Bygningabalkerne. Helsingfors 1881.
- Hanssen, G., Agrarhistorische Abhandlungen. 2 Bde. Leipzig 1884.
- Lindblad, J. C., Om Laga-Skifte. (Skandia Tidsskr. för Vetensk och Konst IX. Upsala 1837.)
- Lindblad J. C., Om skifte af jord enl. Sveriges gamla Lagar. Upsala 1833.
- Gíslason, K., Um „nema land“. (Safn til sögu Íslands. Bd. I.) Kopenhagen 1856.
- Vegesack, De scolatione danica. Altona 1744.
- Michelsen, Ueber die festuca notata und die germanische Traditionssymbolik. 1856.
- Lehmann, K., Die altnordische (altnorwegisch-altisländische) Auffassung. (Savigny-Zeitschr. Germ. Abh. V.)
- Hammar skjöld, C. G., Om Lösdrifvare och deras Behandling. (Upsala Univ. Årsski. 1866.)
- Wahlberg, C. J., Om lega af jord å landet enligt Svensk civilrätt. Stockholm 1870.
- Säve, C. in Bergstedts Tidskrift för Litteratur. 1852.
- v. Brünneck, Zur Geschichte der Miete und Pacht in den deutschen und germanischen Rechten des Mittelalters. (Savigny-Zeitschr. Bd. I. S. 138 ff.)
- Florin und Blåfield, De iure aedificandi antiquo coetuum rusticorum in Suecia. Helsingfors 1884.
- Fröman, N. A., De iure retractus gentilitio. Upsala 1844.
- Aschehoug, T. H., Om Eiendomsret til Havgrund. (Norsk Ugeblad for Lovkyndighed. 1870.)
- Aubert, L. M. B., Bidrag til Kundskab om Almenningerne. (Ugeblad for Lovkynd. 1867, 1868.)
- Carlberg, S. O., Historiskt sammendrag om svenska bergverkens uppkomst och utveckling samt grufvelagstiftningen etc. Stockholm 1879.
- Hjelmérus, Bidrag till svenska jordeganderättens historia. 1885.
- Munch, P. A., De gamle norske Love Bestemmelser om Jagten. (Norsk Folkekalender 1850 S. 36 ff.)
- Wilda, W. E., Das Pfändungsrecht. (Zeitschr. für deutsches Recht I, S. 167 ff.)
- Matzen, H., Den danske Panterets Historie indtil Kristian V. lov. 1869. (Dazu K. Maurer in Kr. V.-J. XIII, S. 360 ff.)
- Matzen (in Ugeskrift for retsvæsen. 1869).
- Kolderup-Rosenvinge, Bemærkninger om Pant i ældre Tider. (Jur. Tidsskr. XXV.)
- Kolderup-Rosenvinge, Bemærkninger ved Vedel Simonsens Skrift om den danske Adels- og Ridderstands Historie indtil Suveræniteten. (Nyt Jur. Ark. XVII.)
- Aubert, L. M. B., Kontraktspantels historiske Udvikling især i

- dansk og norsk Ret. Kristiania 1872 (dazu K. Maurer in Krit. V.-J. XV, S. 219 ff.).
- Paulsen, Ch., Beitrag zur Lehre von der Bürgerschaft nach dem nordischen Rechte. (Zeitschr. für deutsches Recht IV, S. 124 ff.)
- Müller, Ueber die germanische Bürgerschaft mit besonderer Rücksicht auf das jütische Lov. (Zeitschr. für deutsches Recht I, S. 321 ff.)
- Schuster, Das Spiel . . . im deutschen Recht. Wien 1878 (dazu K. Maurer in Kr. V.-J. XXI, S. 222 ff.).
- Casse, De damno ab animalibus dato. 1840.
- d'Olivecrona, K., Om Makars Giftofört i Bo. 5. Aufl. 1882.
- Lehmann, K., Verlobung und Hochzeit nach den nordgermanischen Rechten des früheren Mittelalters. München 1882 (dazu K. Maurer in Kr. V.-J. XXV, S. 239 ff.).
- Rive, Fr., Geschichte der deutschen Vormundschaft. Bd. I. Braunsch. 1862 (dazu K. Maurer in Kr. V.-J. II, S. 75 ff., IV, S. 412 ff.).
- von Dargun, L., Mutterrecht und Raubehe und ihre Reste im germanischen Recht und Leben. 1883. (Gierkes Untersuchungen XVI.)
- Finsen, V., Fremstillning af den islandske Familieret efter Grágás. (Annaler for N. Oldkyndigh. 1849. S. 150 ff., 1850 S. 151 ff.)
- Glasson, E., Formation et dissolution du mariage dans le droit islandais du moyen-age. (Nouvelle Rev. histor. du droit français et étranger. 1885. S. 65 ff.)
- Nellemann, J., Rethistor. Bemærkninger om Kirkelig Vielse. (Histor. Tidsskr. V. Række, I. Bd.) Kopenhagen 1879.
- Rosenthal, Die Rechtsfolgen des Ehebruchs nach kanonischem und deutschem Rechte. 1880.
- Nellemann, J., Ægteskabsskilmisse ved Kongelig Bevilling. Kopenhagen 1882.
- Stemann, Das Güterrecht der Ehegatten im Gebiete des Jütschen Lovs. Kopenhagen 1857.
- Paulsen, Historisch-dogmatische Darstellung der Güterverhältnisse der Ehegatten nach jütischem Lov. (Staatsbürgerl. Magazin Bd. II, S. 309 ff., 579 ff.)
- Brandt, Fr., De ældre norske og danske Loves Bestemmelser om Formuesforholdet mellem Egtefolk. (Norsk Tidsskr. 1855, S. 250 ff.)
- Thorlacius, S. Th., Om Hemsfærth og Tilgave. (Ny Samling af Vidensk. Selsk. Skr. 4. Bd.)
- Hildebrand, H., Hvad är vingæf? (Antiquitets ad:s månadsblad 1883);
Hvad betyder inna vingæf? (Antiq. ad:s månadsblad 1885.)
- Maurer, K., Die Berechnung der Verwandtschaft nach altnorwegischem Rechte. (Sitzungsber. der philos.-philol. Cl. der kgl. bayer. Akad. der Wiss. 1877.)
- Michelsen, Ueber altnordisches Armenrecht. (Falks Eranien zum deutschen Privatrecht. Bd. I—III.) 1826. 1828.
- Wilda, W. E., Von den unechten Kindern. (Zeitschr. für deutsches Recht XV.)

- Rive, Fr., Zur Lehre von der Beurtheilung der ausserehelichen Verwandtschaft nach deutschem Rechte. (Zeitschr. für Rechtsgeschichte Bd. III. 1864.)
- Normann, De legitimatione secundum ius patrium. Kopenh. 1823.
- Maurer, K., Die unächte Geburt nach altnordischem Rechte. (Sitzungsber. der philos.-philol.-hist. Classe der kgl. bayer. Akad. Heft I. 1883.)
- Winroth, A. O., Om tjenstehjonsförhållandet enligt svensk rätt I. (Upsala Univers. Årskr. 1879.)
- Ekelund, De iuris hereditarii secundum antiquissimas Danorum et Suecorum leges habitu. Helsingfors 1829.
- Bornemann, Arveret (in saml. Skrifter II).
- Blütting (Hiört Lorenzen), Vom Erbgangsrecht nach dem jütischen Landrecht. Kopenhagen 1859.
- Nordling, Föreläsningar öfver Ärdabalken. 2. Aufl. Upsala 1878.
- Landtmanson, Studier i arfsrättens historia. Upsala 1869.
- Rive, F., Zur Frage nach dem Principe der Successionsordnung im germanischen Rechte. (Bekkers und Muthers Jahrbücher VI. SS. 197—228.) 1863.
- Pappenheim, M., Zur Erbfolgeordnung des allangobardischen Rechts. (Forschungen zur deutschen Geschichte XXIII, 616-36.)
- Homeyer, C. G., Der Dreissigste. (Abhandl. der k. Akad. der Wissenschaft. zu Berlin.) 1864.
- Normann, De iure repraesentationis. Kopenhagen 1828.
- Winroth, A. O., Om arfvingavnes ausvarighet för ärflåtarens förbindelser. Upsala 1879.
- Juel, C. A., Om dana-arf. Upsala 1851.
- Petersen, De collatione bonorum. Kopenhagen 1825.
- Kolderup Rosenvinge, Om Børnebørn ere pligtige til at indføre i Bedsteforældrenes Bo, hvad disse have givet deres Børn. (Nyt Jur. Ark. XVII.)
- Kunzen, Om collatio bonorum. (Jur. Tidsskr. X.)
- d'Olivecrona, K., Testamentsrätten enligt Svensk Lagstiftning. Upsala 1879 (a. u. d. T. De la donation par dernière volonté d'après les lois civiles de la Suède. Stockholm 1880.)

N a c h t r a g.

In dem Verzeichnisse sind die nachfolgenden Werke nicht aufgeführt worden, sei es, weil der Verfasser von ihnen erst nach Absendung des Manuscriptes Kenntniss nahm, sei es, weil sie erst später erschienen sind.

A. **Hjffsmittel.**

- Wörterbücher: Söderwall, Ordbok öfver Svenska Medeltids Språket. Lund 1884 ff.
- Jörkelsson, Jón, Supplement til islandske Ordbøger. Reykjavik 1876, 1879—85.
- Gesammtdarstellungen der Geschichte: Zu Sars Udsigt ist zu vergl. K. Maurer in der Jenäer Litteraturzeitung 1875. S. 81—86, 1877 S. 35—60.
- Kirchengeschichte: Nordström, M., Jemtlands Kyrklige ställning före föreningen med Sverige 1645. Hernösand 1884.

B. **Quellen.**

- Dänemark: Dänische Gildestatuten finden sich noch bei Terpager, Ripae Cimbricae S. 436, 437.
- Schweden: Bruchstücke des Ostgötalag siehe bei Klemming, Beilage zu Svenska Fornskrift-Sällskapets allmänna Årsmöte 1873. Bruchstücke des Stadtrechts von Söderköping bei Klemming in Kongl. Vitterhets Historie och Antiquitets Akademiens Handlingar Bd. XXV, S. 273—286.
- Runen: Säve, C., Sigurds-Ristningarna å Ramsunds-Berget och Göks Stenen (K. Vitterh. Akad. Handl. XXXVI), 1869.
- Norwegen: Borgarthings ieldre Kristenret i fotolithografisk Gjengivelse efter Tunsbergs Lovbog fra c. 1320. Christiania 1886.
- Gildestatuten bei Suhm, Historie af Danmark XIV 588—590 und Nielsen Y. in Forhandl. i Videnskabs Selsk. Christiania 1878.
- Dänische Urkunden: Zu Kolderup Udvalg gehört V. A. Secher, Samling af Kongens Retterthings Domme: Judicia Placiti regis Daniae justitiarü. Bd. I 1881—83; II 1885. 86.
- Isländische Geschichtsquellen: Die Egilssaga erscheint jetzt in einer neuen Ausgabe von Finnur Jónsson.
- Quellengeschichte: Schweden: Karlsson, Förhållandet mellan ländslagens båda redaktioner (Hist. Tidsskr. 1884 S. 273—278).
- Dänemark: Schaefer, Dänische Annalen und Chroniken von der Mitte des 13. bis zum Ende des 15. Jahrh. Hannover 1872.
- Waltz, G., Zur Kritik dänischer Geschichtsquellen. (Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde XII.)
- Hennings, H., Studien über die ältere dänische Königsurkunde. Dissert. Halle 1886.

E. **Verfassungsgeschichte.**

- S. 222: Steenstrup, J. C. H. R., Vornedskabet hos den danske Bonde (Historisk Tidsskrift 5 Række VI).
- S. 221: Jacobsen, Om de Kongelige Nathold, Borgelejer og Gjæstferi under Christian den 2den etc. (Hist. For. Tidsskr. II).

G. **Geschichte des Kirchenrechts.**

- Fritzner, J., Om Anvendelsen af Jón i Formularer til dermed at betegne en Mandsperson, som endnu ikke har faaet noget

Egennavn eller som man ikke kan navngive. (Ark. for nord. filol. III/4 320 ff.)

I. Geschichte des Privatrechts.

- S. 230: Christensen, C. (Hørsholm) Agrarhistoriske Studier I. Danske Landboforhold førend Enevælden. Kopenhagen 1886.
 S. 231: Pappenheim, M., Kommissionär und Dolmetscher (in Zeitschr. für Handelsrecht XXIX, S. 440—44).

Meinen besonderen Dank habe ich Herrn Professor Konrad Maurer in München für vielfache Berichtigung und Ergänzung bei obiger Arbeit auszusprechen.

S. 230: Hammarskjöld ist zu streichen.

Ch. de Grandmaison. Fragments de chartes du X. siècle provenant de Saint-Julien de Tours. Paris, Alph. Picard. 1886. 8°. 117.

Die Archive des Departements Indre et Loire sind wiederholt Gegenstand frecher Plünderungen geworden und daher nicht so reich an alten Documenten, wie sich erwarten liesse. Diese Plünderungen sind nur zum Teil auf Rechnung der Revolution zu schreiben, vielmehr wurden dieselben fortgesetzt bis in die dreissiger Jahre dieses Jahrhunderts. Der jetzige Archivar und Herausgeber der Fragments de chartes war so glücklich, über 1200 Urkunden, die grossenteils über das 13. Jahrhundert zurückgingen, aufzufinden und dem Archiv wieder einzuverleiben. Auffallend erschien dabei die Thatsache, dass so wenige Urkunden aus der durch ihre Archive berühmten Abtei Saint-Julien de Tours vorhanden waren, und namentlich diejenigen aus dem 10. Jahrhundert beinahe ganz fehlten. Durch Zufall wurde ein Teil derselben dem Archiv wieder gewonnen. Der Gerichtsschreiber von Loches hatte in seinem Archive dreiundfünfzig Fragmente von Urkunden verschiedener Dimensionen aus dem 10. Jahrhundert entdeckt und davon der Académie des Inscriptions Anzeige gemacht. Der Gedanke lag nahe, dass man es hier mit den gestohlenen Urkunden zu thun habe und mit Hilfe der Staatsbehörden begannen sofort die Nachforschungen. Die fehlenden Documente waren von den Dieben an verschiedene Buchbinder verkauft worden, welche dieselben nun zum Einbände von Akten des Civilstandes verwendeten. So fanden sich die zerschnittenen Urkunden wenigstens teilweise in den Gerichtsschreibereien des Departements wieder. Bei der grausamen Behandlung, welche diese kostbaren Documente erfahren hatten, war es nicht immer möglich die zusammen-

gehörigen Streifen sämmtlich wieder aufzufinden, und es entstanden daher Lücken, welche vielleicht später ergänzt werden können. Diese Fragmente, 37 an der Zahl, sind es, welche de Grandmaison zum Gegenstand einer sehr interessanten Publication gemacht. Die älteste Urkunde datirt von 847, die jüngste von 997. Die meisten beziehen sich auf Schenkungen von Weinbergen und anderen Grundstücken mit oder ohne Auflage eines Zinses, eine auf die Schenkung eines Leibeigenen und mehrere andere auf Concessionen und Grenzvereinigungen.

In seiner *Palaeographia critica* hatte Kopp angenommen, der Gebrauch der tironischen Noten lasse sich nicht über die erste Hälfte des 10. Jahrhunderts hinaus nachweisen; dies erweist sich als unrichtig, indem solche Noten von Grandmaison nicht nur für das Ende des 10., sondern auch für den Anfang des 11. Jahrhunderts nachgewiesen werden. Ebenso findet sich die Anwendung von griechischen Buchstaben bei den Unterschriften geistlicher Würdenträger zu einer Zeit, wo dieselben sonst ausser Gebrauch gekommen sind, 940, 942 u. 943. In zwei noch unedirten Urkunden von 967 u. 978—983 findet sich neben den Unterschriften einer Anzahl geschichtlich bekannter Grafen auch diejenige des Frankenherzogs und nachmaligen Frankenkönigs Hugo Capet.

Alle Urkunden sind von dem Herausgeber mit erklärenden Noten versehen, sowie mit kurzen, den Inhalt anzeigenden Ueberschriften. In sorgfältigen Facsimiles werden drei Urkunden, worunter die beiden, welche die Unterschrift Hugo Capets tragen, mitgeteilt. Der Sammlung ist ein chronologisch geordnetes Verzeichniss der Urkunden und ein sorgfältiges Namens- und Ortsregister beigegeben.

Bern.

König.

Miscellen.

[Der Bauer als Fürstengenoss.] Das Weisthum von Grosskembs im Elsass (bei Grimm, Weisth. I S. 656) hat in § 9 den Satz: wir söllend auch aller fürsten genoss sin, und mögent wiben und mannen, on eygen lüt, wo wir wöllent. Zöpfl (*Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts*, II S. 136) hat daraus geschlossen, dass der personalfreie Bauer in landrechtlicher Beziehung denselben status libertatis habe wie ein Fürst des Reiches. Auch ich habe in den Institutionen des deutschen Privatrechts I, S. 178 diese Stelle als Beleg für die Ebenbürtigkeit im Landrecht zwischen Adel und freien Bauern verwendet. Aber das ist ein Irrthum. Es ist in diesem Satze keine Rede von Genossame zwischen Fürsten und Bauern, sondern bloss zwischen den Bauern der Fürsten unter sich. Den richtigen Sinn giebt eine andere Redaction des Weisthums (bei L. A. Burckhardt, die Hofrödl von Dinghöfen Baselerischer Gotteshäuser am Oberrhein, S. 144 § 12): Wir sollent auch aller be-

schornen fürsten genoss sin und mögent wiben und mannen on eigenlüt wo wir wollent. So auch das Weisthum von Sierenz (das. S. 200 § 25): So hant die gozhuslüte diē recht, dass si aller beschornen fürsten genossen sint. Daraus ergibt sich der richtige Sinn: sie haben Genossame in allen Höfen von Gotteshäusern, von geistlichen (= beschorenen) Fürsten. Sie können also weiben und mannen in einem andern Hofe, ohne der Busse zu verfallen, welche darauf gesetzt ist, dass man sich verungenossamt. Nach dem Weisthum von Sierenz (a. a. O. § 17) bessert ein solcher dem Vogte Leib und Gut, nach dem von Ebersheimmünster (Grimm I, S. 669 Z. 13 v. u.) vererbt er sein Gut nicht an die Kinder u. s. f. Der Satz spricht also nur die Statthaftigkeit des Eheschlusses zwischen Bauern verschiedener Herrschaften aus, was anderwärts durch Concordate vereinbart war (Institut. I, S. 144), aber für das Ständerecht und die Ebenbürtigkeit zwischen Fürsten und freien Bauern ist er unverwerthbar.

A. Heusler.

Ein neuentdecktes westgothisches Gesetz.

Herr Professor Gaudenzi in Bologna hat uns gestattet, das jüngst von ihm aufgefundene und in seiner Schrift „Un' antica compilazione di diritto romano e visigoto“ (Bologna 1886) veröffentlichte und eingehend erörterte Fragment eines gothischen Königsgesetzes, das von ihm nicht ohne Wahrscheinlichkeit dem Westgothenkönig Eurich zugeschrieben wird, an dieser Stelle ebenfalls mitzuteilen. Eine nähere Würdigung der Untersuchung des Herrn Gaudenzi behalten wir uns vor.

VII. De filiis ante patrem mortuis.

Si cuiumque moriatur filius eius, ante quam ille moriatur, et relinquat ei filii nepotes, ita ut unus relinquat unum filium, et alius relinquat plurimos, et moriatur postmodum avus illorum intestatus: ille unus talem portionem accipiat ex hereditatem avi sui, qualem et alii plurimi qui de fratre illius nati sunt. Et si fuerint filii tres, vel quattuor, et moriantur duo ex illis, et reliquerit unus unum filium, et alius frater plurimos, et moriatur post casus tertius frater sine filiis: omnes nepotes illius aequaliter portionem dividant, hoc est toti. Ita et si duae sorores relinquat filios, una plurimos, et alia paucos, et tertia soror moriatur sine filiis: aequaliter partiantur filii earum hereditatem, sicut in edictum scriptum est.

VIII. De naturalibus qui de ancilla nascuntur, ita et si de ingenua absconse nati fuerint. Et si non abeat filios de legitima uxore, potest fieri mater eorum, quae concuba fuit, uxor, cum conscientia tamen regis. Et postea illa mater filiorum in matrimonio, et filii eius sint liberi; et

potestatem habeat, si voluerit, pater derelinquere illis hereditatem suam. Si autem intestatus obierit, sint illi heredes filii.

VIII. Si quis non habuerit filios legitimos de legitima uxore natos, et habuerit naturales, quartam partem hereditatis suae habeat licentiam relinquere naturalibus, si voluerit, dum sanus est, per donationis chartulam, aut moriens per testamentum. Ita tamen, si ancilla sit illa concuba ipsius, cum filiis suis ante testes legitimos ingenua dimittatur; ad iunctos filios et matrem illorum det hereditatis suae quartam portionem; nam amplius quarte portionis naturalibus dare non potest. Quod si filios de legitima uxore habuerit, nullatenus ei relinquere liceat naturalibus filiis, nisi duodecimam partem; undecim reliquae partes ad legitimos remaneant filios. Si vero pater moriens non reliquerit aliquid naturalibus filiis, ingenui sint sibi contenti, et non eos revocet (l. „revocent“) ad servitium legitimi filii.

X. Si quis iudex voluntate sua iudicaverit, et edictum transgressus fuerit propter pecuniam, et aliquem preiudicaverit, quadruplum quantum acceperit inferat fisco, et amplius iudex non sit. Quod si causam ipsam non preiudicaverit voluntariae, satis reducatur secundum edicti seriem.

XI. Si quis iudex miserit nuntium ad aliquem veniendi ad iudicium, et ad quem miserit venire contempserit semel et bis, et si tertio ad iudicis iussum non venerit ad iudicium, perdat causam et restituat debitori (l. „creditori“) suo quod ei debere constiterit. Et si forte praesens non fuerit, quando iudicis praeceptio ad domum ipsius venerit, aut infirmitas illum tardaverit, aut forsitan in causa regis fuerit occupatus: si de his tribus una occupatio fuerit super eum, non molestetur. Et si postmodum venerit, restituat debitum suum secundum regis edictum.

XII. Qui ad iudicium iudicatum non reddiderit debitum, et contempserit in duobus mensibus, interpellet creditor regem aut iudicem, qui transmittat sagionem cum ipso; et tollat sagio ille de substantia eius quod ipsum debitum possit valere, quantum creditori suo restituere iussus fuerat, et reddat creditori. Et habeat creditor ille pecuniam apud se, usque dum reddatur ei debitum suum quod ei lex reddi precepit.

XIII. Si quis causam habet cum alio homine, sicut superius scriptum est, ad regem proclamet aut ad iudicem quem rex constituit. Quod si prius quam interpellet pigneraverit, et tulerit ei unum caballum, componat solidos tres. Quod si bobem iugalem tulerit, det solidos duos ad hominem illum cui caballum sibi bus fuerit, et quod pigneravit restituat. Si autem mancipium pigneraverit, cum tres solidis eum restituat domino suo.

XIII. Si quis donaverit aliquid alio homini peculium suum, aut aurum, sive argentum, aes aut ornamentum, mancipia aut de peculio aliquid, non requirat postea quod donavit, neque vicissitudinem requirat, nisi quod ille sua voluntate retribuere voluerit. Habeat tamen testes duo aut tres ingenuos, testantes, quod illum non impromtuaverit, sed donaverit. Si autem donator ille mortuus fuerit, heredes illius non repetat quod donatum est. Et si non habuerit testes ingenuos, qui ibi-

dem presentes fuerunt in ipsa donatione, restituat ei quod ille promutuavit.

XV. Si quis domum aut villam alio donaverit, hoc quod donavit per donationis chartulam firmet, ita ut in ea donatione ipse donator propria manu subscribat, et ipsa donatio non minus tribus testibus robetur. Si autem ipse donator et testes litteras nesciunt, unusquisque signum propria manu faciat, et donatio ipsa ante curiales deferatur. Quod si in civitate eadem curiales non possunt inveniri, ad aliam civitatem, ubi inveniantur, deferatur.

XVI. Si quis mutuaverit tributario sive servo alieno sine iussu aut consensu domini sui, nihil a domino serbi exigat, neque a domo in qua habitabit ille serbus, nisi de rebus servi qui mutuum accepit. Ita tamen, si tributum suum non habeat serbus ille completum, ante dominum suum (i. domino suo) restituat tributa de labore suo, et tunc, si aliquid remanserit de peculio ipsius, interpellet ille qui illi impromutuavit; et serbum non tangat, sed sit domini sui.

XVII. Si quis ingenuum hominem captivum aut in fame oppressum emerit super quinque solidos numerum, reddatur illi sex; si decem emptus fuerit, reddat duodecim; quod si plures eum sol. emerit, his similia restituatur; et redeat ad libertatem.

XVIII. Si quis ingenuus absconse peculium ad custodiendum acceperit, et hoc se postea accepisse ipse negaverit, comprobetur ei, et reddat duplum. Si autem commendatum sibi ad custodiendum peculium per sua negligentia perdiderit quolibet furto, restituat quod accepit. Quod si suam et alienam perdiderit causam, nihil dare cogatur.

XVIII. Si quis serbum fugacem venientem ad se susceperit, sive tributarium sive serbum, et ipse se dixerit liberum esse, adducat eum ante priorem civitatis, aut ante tres vel quattuor, ante quorum praesentiam se ingenuum dicat; et postmodum, si eum dominus suus invenerit, et probaverit, quod serbus ipsius fuerit, et si fuerit inventus, is qui eum ante testes suscepit, ipsum tantum solum reddat domino suo.

XX. Si cuiuslibet tributarius duxerit tributariam alienam uxorem, et procreaverit filios ex ea, medietatem de filiis tollat pater, et alia medietatem uxor. Et si cuiuslibet ancilla tulerit serbum alienum, omnes filii matrem sequantur, et dominus eius mulieris habeat omnes.



Die Zeitschrift für Rechtsgeschichte hat den schmerzlichen Verlust, der sie betreffen konnte, erlitten. Am 24. Februar d. J. wurde

Hugo Böhlau

uns durch den Tod entrissen. Wir beklagen in ihm nicht bloss einen der Mitbegründer und thätigsten Mitarbeiter unserer Zeitschrift, — ein volles Vierteljahrhundert ist er geradezu der eigentliche Träger derselben gewesen. Die Redaktion der dreizehn Bände der „Zeitschrift für Rechtsgeschichte“ (1861 bis 1878) und diejenige der germanistischen Abteilung der seither erschienenen Bände der neuen Folge (1880 bis 1886) hat fast ausschliesslich in seiner Hand gelegen. Der Name BÖHLAU S ist mit der Geschichte unserer Zeitschrift untrennbar verbunden.

Im März 1887.

Die Redaktion.

K Savigny-Stiftung für Rechts-
geschichte. Zeitschrift
S2673 Germanistische Abteilung
Z45
Bd.7

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY
